



(Beilage zu Nr. 12 der Braunschw. Anzeigen.)

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig**  
  
**im Jahre 1881.**

1881/1882

---

Druck der Herzoglichen Waisenhaus-Buchdruckerei.

# Register.

## A. Nach der Zeitfolge.

### Januar 13.

Öffentlich:

Seite

- |                     |    |
|---------------------|----|
| 1. Wahlen . . . . . | 1. |
|---------------------|----|

### Februar 3.

Öffentlich:

- |   |     |
|---|-----|
| 2. Wahl zweier Mitglieder des Vorstandes der städtischen Mädchenschulen . . . . .   | 6.  |
| 3. Gutachtliche Aeußerung über Zulassung neuer Apotheken hieselbst . . . . .  | 6.  |
| 4. Aenderweite Feststellung der Breite der Vorgärten an der Jerusalemstraße . . . . .   | 14. |
| 5. Ermäßigung des Pachtgeldes für den Dünger aus dem Schlachthause . . . . .  | 14. |
| 6. Gestattung der Benutzung von Terrain der Friedrich-Wilhelmstraße am Wilkens'schen Hause zur Anlage eines Vorgartens . . . . .  | 14. |
| 7. Beihilfe für den Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen zu Zwecken der Volksküche . . . . .                               | 15. |
| 8. Ankauf des im Hasenwinkel belegenen Taub'schen Grundstücks zu Straßenzwecken . . . . .   | 16. |
| 9. Bewilligung einer Unterstützung für den Handwerkerverein . . . . .   | 18. |
| 10. desgl. der Kosten der Herstellung des Zugangsweges vom Kattreppten zum Reichspostgebäude . . . . .                            | 18. |
| 11. Genehmigung der Uebernahme der Functionen eines Controleurs der Bürgerhilfe-Casse seitens eines städtischen Beamten . . . . . | 19. |
| 12. Vervielfältigung und Ausgabe des Vermessungsplanes der Stadt Braunschweig durch einen Privatunternehmer . . . . .             | 19. |
| 13. Abänderung des das Abfuhrwesen betr. Contractes . . . . .   | 20. |

## IV

## Seite

- |   |     |
|---|-----|
| 14. Bewilligung eines Zuschusses zur Einrichtung einer neuen Klasse bei der katholischen Schule . . . . . | 22. |
| 15. Feststellung des Etats des städtischen Wasserwerks pro 1881 . . . . .                                 | 22. |
| 16. Bewilligung von Kosten aus Bekämpfung des Flecktyphus in 1880 . . . . .                               | 24. |

## März 10.

## Öffentlich:

- |  |     |
|--|-----|
| 17. Eingabe von Anwohnern der Friesenstraße, betreffend den Erlaß von Zinsen stadtheilig vorgeschossener Canalisationskosten . . . . . | 26. |
| 18. Anschaffung von Amtsketten für die Vorsitzenden der Stadtverordneten . . . . .   | 27. |
| 19. Ankauf von Wiesenflächen hinter dem Wasserturme für städtische Zwecke . . . . .  | 31. |
| 20. Statut, betreffend die Aufhebung des §. 3 des städtischen Statuts Nr. 1 vom 24. November 1831 . . . . .                            | 31. |
| 21. Statut, betreffend die bei Erlangung des Bürgerrechts zu zahlende Gebühr . . . . .   | 32. |
| 22. Ankauf von Baugrund am Ridelntulke behuf Verbreiterung eines Theils dieser Straße . . . . .  | 33. |
| 23. Bewilligung der Mittel zum Ankauf des „Willkommen“-Beechers der früheren Leineweber-Gilde . . . . .                                | 33. |
| 24. Beschl. zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung . . . . .   | 34. |
| 25. Genehmigung des Eintritts eines anderen Schuldners in eine städtische Hypothekensforderung . . . . .                               | 38. |

## Vertraulich:

- |   |     |
|---|-----|
| 26. Bewilligung der Kosten zur Besetzung einer neuen Klassenlehrer-Stelle an der höhern Mädchenschule . . . . . | 38. |
| 27. Wahl eines Pflegehans-Inspectors . . . . .  | 38. |
| 28. Mittheilungen des Magistrats bezüglich der Jubiläums-Feier Sr. Hoheit des Herzogs . . . . .                 | 38. |

## April 7.

## Öffentlich:

- |  |     |
|--|-----|
| 29. Bewilligung des Gehalts einer neu anzustellenden Lehrerin . . . . .  | 40. |
| 30. Genehmigung provisorischer Einrichtung einer Hilfsklasse für schwachsinnige Kinder . . . . .                                     | 40. |
| 31. Bewilligung von Mitteln zur Besoldung der Inhaber neu errichteter Lehrerstellen . . . . .  | 43. |
| 32. Genehmigung der Erhebung eines Processes wegen Erstattung von Verpflegungskosten . . . . .                                       | 44. |
| 33. Ermäßigung des Zinsfußes für von der Stadt wegen Canalisationskosten den Anliegern der Friesenstraße gewährte Darlehen . . . . . | 44. |



34. Nachträgliche Genehmigung der Einziehung und anderweiten Belegung eines Capitals der Armen-Verwaltung . . . . .	45.
35. Bewilligung der Mittel zur Deckung einer Anschlagsüberschreitung bei Canalisirung der Kreuz- und Sidonienstraße . . . . .	45.
36. Genehmigung der Aufnahme eines Processus wegen Herausgabe eines Documents . . . . .	48.
37. Bewilligung der Mehrkosten bei Instandsetzung des Grabdenkmals des Fräulein Dieblich . . . . .	49.
38. Aenderungen im Contracte wegen Abfuhr des Straßengerichts . . . . .	49.
39. Feststellung einer Baulinie auf dem Madamenwege . . . . .	51.
40. Feststellung einer Baulinie auf dem Büstenwege . . . . .	51.

## Vertraulich:

41. Steuerreclamationen . . . . .	52.
42. Mittheilung eines Ministerialrescripts betreffend das Tragen von Amtsketten seitens der beiden Vorsitzenden der Stadtverordneten und in Behinderung derselben seitens zweier anderen Stadtverordneten . . . . .	52.
43. Mittheilungen bezüglich der Anbelfeier Sr. Hoheit des Herzogs . . . . .	52.

## Mai 12.

## Öffentlich:

44. Bewilligung der Kosten einer baulichen Reparatur in der Schule an der Ottmerstraße . . . . .	54.
45. Bewilligung eines eventuellen Zuschusses zu den Kosten der hauseigenen Ausstellung . . . . .	54.
46. Bewilligung der Kosten von Zweigcanälen für die Schule an der Sidonienstraße . . . . .	56.
47. Abänderung eines wegen des vormals Daub'schen, jetzt städtischen Grundstücks im Hasenwinkel abgeschlossenen Miethvertrags . . . . .	56.
48. Bewilligung der Deckung einer Anschlagsüberschreitung bei einem Reparaturbau an dem für Zwecke der Volksschule benutzten städtischen Hause hintern Brüdern . . . . .	56.
49. Desgl. der Kosten der Herstellung von Kohlenaufbewahrungs-Gelassen bei den Hufarenstallungen am Giersberge . . . . .	57.
50. Aufnahme eines Processus wegen Beitrags zu Straßen-Canalisations-Kosten . . . . .	57.
51. Genehmigung eines Vertrages wegen der Rechtsverhältnisse der Pferdeisenbahn-Gesellschaft und Uebertragung der Concession auf einen andern Unternehmer . . . . .	58.
52. Bewilligung des Gehalts für einen an der höheren Mädchenschule neu anzustellenden Lehrer . . . . .	64.
53. Wechsel in der Person des Vorsitzenden der Unterstützungsdeputation . . . . .	65.

## VI

## Seite

54. Selbständiger Antrag des Herrn Nieß wegen Feststellung einer neuen  
Bauspachtlinie an der Dasekenstraße . . . . . 66.

## Vertraulich:

55. Wahl eines Vorsitzenden der Unterstützungsdeputation . . . . . 66.  
56. Wiederwahl des seitherigen Protokollführers der Stadtverordneten . . . . . 66.  
57. Anderweite Besorgung der Geschäfte des verst. Cannuer-Assessors Spehr  
als Conservator am städtischen Museum . . . . . 66.

## Mai 19.

## Öffentlich:

58. Herstellung und Organisation der städtischen Feuertelegraphen . . . . . 68.  
59. Genehmigung des Ankaufs des sog. Fasanenholzes für die Stadt . . . . . 71.  
60. Bewilligung einer Remuneration für zeitweilige Aushülfe in Inspectorats-  
geschäften beim städtischen Schulwesen . . . . . 74.  
61. Bewilligung der zur Besoldung neuer Lehrkräfte bei den Bürgereschulen  
erforderlichen Mittel . . . . . 74.  
62. Eine Einsprache gegen die von den städtischen Behörden beschlossenen  
neuen Baulinien in der Gegend eines Theils des Madamenweges . . . . . 75.  
63. Veränderung im Niveau des Wilhelmsplatzes . . . . . 78.  
64. Eine durch die Schuntercorrection bedingte Veränderung der Grenzen  
der Feldmark Hagen . . . . . 79.

## Juni 16.

## Öffentlich:

## Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten:

65. Wahl von Vertrauensmännern behuf der Schöffenvahlen . . . . . 82.

## Sitzung der Stadtverordneten:

66. Verkauf des Terrains des früher Lages'schen Grundstücks an der  
Leopoldstraße . . . . . 82.  
67. Statuten-Entwurf wegen Einrichtung der Bierdruckleitungen . . . . . 83.  
68. Zulassung neuer Apotheken hieselbst . . . . . 88.  
69. Genehmigung einer Anschlagsüberschreitung bei den Ausgaben für das  
städt. Bankbureau . . . . . 91.  
70. Bewilligung der Mittel zum Neubau von Wasserkästen in der Neu-  
stadtmühle . . . . . 91.  
71. Erhöhung des Etat-Postens zur Entschädigung beim Aushülfenunterricht  
für behinderte Lehrer . . . . . 91.  
72. Veränderungen im Effectenbestande des Kreis-Communalfonds . . . . . 91.

73. Feststellung von Baulinien an der Kreuzstraße . . . . .	93.
74. Genehmigung einer Copirung des neuen Planes der Stadt Braunschweig . . . . .	93.
75. Abänderung einer Baulinie an der Jerusalemstraße . . . . .	93.
76. Vermietung einer Wohnung in dem Thorgebäude kleine Burg <b>M</b> 7 . . . . .	94.
77. Verkauf vom städtischen Terrain westlich vom Vöhr'schen Hause am Bruchthore . . . . .	94.

## Vertraulich:

78. Bewilligung einer Beihilfe für einen städtischen Lehrer zu Cur-Zwecken . . . . .	96.
79. Desgl. für einen städtischen Schulpedellen . . . . .	96.
80. Mittheilung des Stadtmagistrats betreffend den Ankauf des Japanen- hölzchens . . . . .	96.

## Juni 30.

## Öffentlich:

81. Antrag des Herrn Nieß wegen Benützung von der Schule an der Okerstraße gegenüberliegendem Terrain zu botanischen Zwecken . . . . .	98.
82. Eingabe hiesiger Schlachter wegen Aenderung einiger Einrichtungen im hiesigen Schlachtehanie . . . . .	100.
83. Erwirkung des Expropriationsrechtes bezüglich eines Theils des Terrains des ehemaligen Mänerngrabens . . . . .	101.
84. Verwendung eines im Dienste beschädigten Feuerwehmannes im Nacht- wachdienste bei der Stadt-Casse . . . . .	103.
85. Entschädigung eines Schulpedellen wegen der aus der Ueberdächwennung seiner Dienstwohnung entstandenen Schäden . . . . .	103.
86. Verwendung der ehemaligen Räume der Stadt-Casse zu Baumagazin- Zwecken . . . . .	104.
87. Verleihung eines durch Kündigung von Eisenbahn-Prioritäten flüssig werdenden Capitals des Kreiscommunalfonds Braunschweig an die Stadt zur Deckung außerordentlicher Etat-Bedürfnisse . . . . .	104.
88. Verfügung über einen Ueberchuß des ausgeführten Stadtcassen-Etats de 1880 . . . . .	105.
89. Bewilligung von Baukosten für Pflgehaus-Zwecke . . . . .	107.
90. Feststellung einer Baulinie an der Leopoldstraße . . . . .	108.

## Vertraulich:

91. Steuer-Reclamationen . . . . .	108.
------------------------------------	------

## August 25.

## Öffentlich:

92. Aenderweite Verpachtung der städtischen Fischerei-Gerechtsame . . . . .	110.
---	------

## VIII

	Seite
93. Einstellung eines Beitrages zu den Kosten der Errichtung eines Städte- Saales im germanischen Museum zu Nürnberg . . . . .	111.
94. Feststellung einer Baulinie in der Schuhstraße . . . . .	111.
95. Ankauf des sogenannten Fasanenholzes Seitens der Stadt . . . . .	111.
96. Erlaß von Pachtzins für das dem Baunternehmer Wilkens an der Ecke der Friedrich-Wilhelm- und der Bruchstraße zur Nutzung liber- lassene Terrain . . . . .	112.
97. Bewilligung der Kosten einer Aenderung an einem städtischen Banwerke . . . . .	112.
98. Anschaffung eines Geldschrankes für die Armen-Casse . . . . .	113.
99. Ankauf des Wollmann'schen Hauses an der Ecke der Leonhard- und der Vertramstraße . . . . .	113.
100. Abänderung des Statuts das Halten von Hunden in hiesiger Stadt betreffend . . . . .	113.
101. Feststellung des Ortsbauplans bezüglich eines auf der ehemaligen Glacis südlich der Helmstedterstraße projectirten Straßenzuges . . . . .	120.
102. Kosten der Vervielfältigung der von Holwede'schen Karte vom äußern Stadtgebiete . . . . .	124.
103. Anlagen zur Beschaffung von Trinkwasser in zwei städtischen Schulen . . . . .	124.
104. Die Kosten der Pflasterung der Verbindungsstraße zwischen Kattreppeln und dem neuen Postgebäude . . . . .	124.
Vertraulich:	
105. Steuerreclamationen . . . . .	127.

**September 8.**

Öeffentlich:

**Sitzung der Stadtverordneten:**

106. Abtürzung der hiesigen Messen . . . . .	129.
--	------

**Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten**

Vertraulich:

107. Steuerreclamationen . . . . .	136.
------------------------------------	------

**September 15.****Sitzung der Stadtverordneten:**

Öeffentlich:

108. Nachträgliche Deckung der Kosten der Straßenanlage vor dem Schul- gebäude am neuen Petritzhore . . . . .	137.
--	------

109. Bewilligung einer Remuneration für eine durch Einrichtung einer neuen 6. Klasse der unteren Bürgerschulen erforderlich gewordene Lehrerin . . . . . 138.

### **Gemeinschaftliche Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.**

#### **Vertraulich:**

110. Steuerreclamationen . . . . . 138.

### **September 22.**

#### **Öffentlich:**

111. Berathung über das Trisbaustatut für die Stadt Brannschweig . . . 139.

### **September 23.**

#### **Öffentlich:**

112. Fortsetzung der Berathung über das Trisbaustatut für die Stadt Brannschweig . . . . . 149.

### **October 13.**

#### **Öffentlich:**

113. Project und Statut, die Stadtentwässerung betreffend . . . . . 160.  
 114. Bewilligung der Kosten für Legung weiterer Gasröhren in der Hamburgerstraße . . . . . 175.  
 115. desgl. für anderweite Einrichtung des Hilfslehrerwesens bei den Bürgerschulen . . . . . 175.  
 116. Erhöhung des Gehalts eines Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken . . . . . 176.  
 117. Anstellung eines Arbeiters als Gascontrolleur . . . . . 176.  
 118. Aenderung der Regulativbestimmung, betreffend den Termin für Aufstellung des Etats der Gas- und Wasserwerke, und Etatvorlage für das Gaswerk pro II. Semester 1881 . . . . . 176.  
 119. Bewilligung der Kosten für Beleuchtungseinrichtungen in einer Knabenbewahr-Anstalt . . . . . 176.  
 120. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten des hier abgehaltenen 3. Turnfestes des VI. deutschen Turnkreises . . . . . 176.  
 121. Gesuch um Canalisation der Elmstraße . . . . . 176.

### **November 3.**

#### **Öffentlich:**

122. Entscheidung über einen Einwand des Kaufmanns Bierbaum, die Feststellung eines Ortsbauplans betr. . . . . 178.

## X

## Seite

123. Erlaß der die Ortsstraßen betreffenden Bestimmungen des Ortsbau- statuts in Form eines selbständigen Statuts . . . . .	178.
124. Statut wegen Entwässerung der Stadt Braunschweig . . . . .	179.
125. Regulativ, die Realschule II. Ordnung betr. . . . .	180.
126. Prüfung der städtischen Rechnungen von 1877 . . . . .	182.
127. Ringstraßen-Proiect . . . . .	182.
128. Baulichkeiten in einem Keller des Neustadtrathhauses . . . . .	186.
129. Bewilligung der Kosten eines Badeofens im städtischen Krankenhause . . . . .	186.

## Vertraulich:

130. Anstellung dreier städtischer Bureaubeamter . . . . .	187.
131. Steuerreclamationen . . . . .	187.

## December 1.

## Öffentlich:

132. Revision der städtischen Rechnungen von 1878 . . . . .	189.
133. Stadthaushaltsplan für 1882 . . . . .	190.
134. Erneuerung des Pachtvertrages über die Rathesbleiche . . . . .	197.
135. Ankauf von Terrain am Damme behuf Straßenverbreiterung . . . . .	197.
136. Deckung von Reichstagswahlkosten . . . . .	198.
137. Interpellation des Herrn Wolff, betreffend den Durchbruch einer Straße vom Bauplätze nach dem Altstadtmarkte . . . . .	198.

## Vertraulich:

138. Provisorische Anstellung eines Armenboten . . . . .	200.
--	------

## December 15.

## Öffentlich:

139. Ringstraßenproject im Ortsbauplane . . . . .	202.
140. Entwurf einer Armenordnung . . . . .	203.
141. Verkauf eines Grundstücks der vormaligen Südwasserkunst . . . . .	207.
142. Bewilligung von Bahngeldern für den Rendanten der Armeencasse . . . . .	207.
143. Ankauf von Terrain für Straßenzwecke an der Ecke von kleinem Exercierplatz und neuer Promenade . . . . .	207.
144. Feststellung von Baulinien am westlichen Eingange des Langenhofes . . . . .	207.
145. Feststellung der Baulinie an der Parkstraße . . . . .	208.
146. Ansbau des ehemal. Wollmann'schen Hauses an der Leonhardstraße . . . . .	209.
147. Selbstständiger Antrag des Herrn Kamdohr, betreffend die Prüfung der baulichen Einrichtungen zu schneller Entleerung der von großen Menschenmassen besuchten Localitäten im Falle von drohender Feuers- gefahr . . . . .	209.

## B. Nach den Gegenständen:

**Abfuhrwesen** in der Stadt Braunschweig,  
Contract, 20, 49.

**Anfragen** i. Interpellationen.

**Ankauf**

des Daubischen Grundstücks im Hafen-  
winkel zu Straßenzwecken 16, 56;

von Wiesenflächen hinter dem Wasser-  
thurne für städtische Zwecke 31;

von Terrain am Rickenkufst zur Straßen-  
verbreiterung 33;

des „Willkommen“-Bodens der früheren  
Leinewebergilde 33;

des Japaneholzes 71, 96, 111;

des Wollmannschen Hauses an der  
Ecke der Leonhard- und Vertram-  
straße 113;

von Terrain am Damm behuf Straßen-  
verbreiterung 197;

von Terrain für Straßenzwecke an der  
Ecke von tl. Exercierplatz und neuer  
Promenade 207.

**Anträge**, selbstständige, der Herren

Nieß, die Feststellung einer neuen Glück-  
linie an der Dajefenstraße betreffend  
66,

Benutzung von der Schule an  
der Okerstraße gegenüberliegendem  
Terrain zu botanischen Zwecken 98;

Randohr, betreffend die Prüfung der  
banlichen Einrichtungen zu schneller  
Entleerung der von großen Menschen-  
massen besuchten Localitäten im Falle  
drohender Feuergefahr 209.

**Apotheken**, Vermehrung derselben 6, 88.

**Armenverwaltung**

Anderweite Belegung eines Capitals 45;

Wechsel in der Person des Vorsitzenden  
der Unterstützungsdeputation 65, 66;

Prov. Ausstellung eines Armenboten 200;

Neue Armenordnung 203;

Bewilligung von Zahlungsbüchern an den  
Kendanten der Armencaffe 207.

**Ausstellung**, baugewerbliche, 54, 98.

**Baubüreau**, städtisches, Anschlagüberreichung  
91.

Baugewerbliche Ausstellung 54, 98.

Baulinien der Straßen, Feststellung derselben:

Bültenweg 51;

Dajefenstraße 66, 68;

tl. Exercierplatz und neue Promenade  
207;

Jerusalemstraße 93;

Kreuzstraße 93;

Pangehof 207;

Yeopoldstraße 108;

Madamenweg 51, 75;

Schuhstraße 111.

**Bedürfnisanstalt** an der Catharinenkirche,  
zeitweilige Veseitigung behuf Reparaturen  
an der Kirche 112.

**Belichtung** der Straßen,

Erweiterung der Straßenbelichtung 34;

Legung weiterer Gasröhren in der Ham-  
burgerstraße 175.

**Bierdruckleitungen**, Einrichtung derselben 83.

Bültenweg, Feststellung einer Baulinie 51.

**Bürgerhilfscasse**, Uebnahme der Controleur-  
geschäfte seitens eines städtischen Beamten  
19.

**Braunschweig**, Plan von der Stadt 19, 93;

Perficiertigung der von Holwede'schen  
Karten vom äußeren Stadtgebiete  
124.

**Canalisierung**

der Friesenstraße 11;

der Kreuz- und Sidenienstraße 45;

des Mauerngrabens 101;

## XII

der Elmstraße 176;  
Gesamt Canalisations-Proiect 160,  
179.

## Communalsteuern i. Steuern.

## Contracte

Abänderung des Contracts, betreffend  
das Abfuhrwesen 20, 49;

Nichtsverhältnisse der Pferde-Eisenbahn-  
Gesellschaft und Uebertragung der  
Concession auf einen anderen Unter-  
nehmer 58.

Erneuerung des Pachtcontracts über die  
Rathschleiche 197.

Damm, Ankauf von Terrain behuf Straßen-  
verbreiterung 197.

Dafelsenstraße, Feststellung einer neuen Bau-  
linie 66, 68.

Daub'sches Grundstück im Hasenwinkel  
Ankauf 16;

Miethvertrag 56.

## Eingaben:

des Vorstandes des Bürgervereins, be-  
treffend die Verlegung des St. Catha-  
rinenkirchhofes 110;

von Anwohnern der Kriesenstraße, be-  
treffend den Erlaß von Zinsen  
stadtseitig vorgezessener Canalisa-  
tionskosten 26;

hiesiger Schlachter wegen Aenderung  
einiger Einrichtungen im hiesigen  
Schlachthause 100;

von Anwohnern der Elmstraße um Ca-  
nalisirung dieser Straße 176.

## Einsprüche:

des Particuliers Brunke gegen eine  
Baulinie in der Gegend des Ma-  
damenweges 75;

des Kaufmanns Bierbaum gegen den  
Ortsbauplan in der Gegend der  
kleinen Vertramstraße 178.

Entwässerung der Stadt 160, 179.

## Etat:

des Wasserwerks für 1881 22;

der Stadtcasse für 1880, Verfügung  
über einen Ueberchuß 105;  
Stadthaushaltsplan für 1882 190.

Hasanenholz, Ankauf 71, 96, 111.

## Feuerwehr

Verwendung eines im Dienste beschädigten  
Feuerwehrmannes im Nachwache-  
dienste bei der Stadtcasse 103.

Feuertelegraphen, Herstellung und Organisa-  
tion 68.

Klebsyphus s. Typhus.

Fischereigerechtsame der Oster 110.

Kluchlinien s. Baulinien.

Friedrich-Wilhelmsstraße, Anlegung eines  
Vorgartens vor dem Wilkens'schen Hause  
14.

Kriesenstraße, Ermäßigung des Zinsfußes  
für den Anliegern wegen Canalisation  
gewährte Darlehen 44.

## Gaswerk

Erhöhung des Gehalts eines Beamten  
176;

Anstellung eines Gascontroleurs 176;

Aenderung der Regulativbestimmung, be-  
treffend den Termin für Aufstellung  
der Etats der Gas- und Wasser-  
werke 176.

Etat pro II. Semester 1881 176.

Gemeindesteuern s. Steuern.

Germanisches Museum zu Nürnberg s. Mu-  
seum.

Grabdenkmal des Fräulein Dierich, Instand-  
setzung 49.

Hamburgerstraße, Legung weiterer Gasröhren  
175.

Handwerkerverein, Unterstützung 18.

Hasenwinkel, Ankauf des Daub'schen Grund-  
stückes 16, 56.

Hunde, Statut über das Halten derselben 113.

Hufarenpferdeställe am Giersberge, Herstellung  
von Kohlenaufbewahrungsgelassen 57.

Hypothekenforderung der Stadt am Hause  
1½ ass. 2101 am Hagenmarkte 38.



**Jerusalemstraße**

Anderweite Feststellung der Breite der Vorgärten 14;

Abänderung einer Baulinie 93.

**Interpellation des Stadtmagistrats**

durch Herrn Wolff, betreffend den Durchbruch einer Straße vom Bauplatz nach dem Altstadtmarkte 198.

Jubiläum Sr. Hoheit des Herzogs 38, 52.

Kattreppeln, Herstellung des Zugangsweges zum Reichspostgebäude 18, 124.

Kaulig'sches Haus hintern Brüdern, Reparaturbau für Zwecke der Volksküche 56.

Knabenbewahranstalt, Bewilligung der Kosten für Beleuchtungseinrichtungen 176.

Krankenhaus, städtisches, Herstellung eines Badeofens 186.

Kreiscommunalfonds, Veränderungen im Effectenbestande 91;

Verleihung eines durch Kündigung von Eisenbahn-Prioritäten stützig gewordenen Capitals an die Stadt zur Deckung außerordentlicher Creditbedürfnisse 104.

Krenzstraße, Canalisation 45.

Feststellung von Baulinien 93.

Kages'sches Grundstück an der Leopoldstraße, Verkauf des Terrains 82.

Kangehof, Feststellung von Baulinien am westlichen Eingange 207.

Leopoldstraße, Feststellung einer Baulinie 108.

Madamenweg, Feststellung einer Baulinie 51, 75.

**Magistrat**

Übernahme der Functionen eines Controlleurs der Bürgerhilfskasse seitens eines städtischen Beamten 19.

Wechsel in der Person des Vorsitzenden der Unterstützungsdeputation 65, 66.

Anstellung dreier Bureaubeamter 187.

Mauerengraben, Expropriation eines Theils des canalisirten Terrains 101.

Messen, Abkürzung derselben 129.

**Museum, städtisches;**

Anderweite Besorgung der Geschäfte des verst. Cammerassessors Spehr als Conservator 66.

Museum, germanisches, zu Nürnberg;

Einstellung eines Beitrags zu den Kosten der Errichtung eines Städteparks 111.

**Neustadtmühle**

Neubau von Wasserkasten 91.

**Neustadtrathhaus**

Reparaturen im Keller 186.

Nickelnfuss, Ankauf von Vanterrain zur Straßenverbreiterung 33.

Oster, anderweite Verpachtung der Fischerei-Gerechtsame 110.

**Ortsbauplan**

Feststellung bezüglich eines auf der ehemaligen (Macis südlich der Helmstedter-Straße projectirten Straßen-zuges 120:

Einwand des Kaufmanns Bierbaum 178;

Ringstraßenproject 182, 202.

Ortsbaustatut 139, 149, 178.

Parfstraße, Feststellung einer Baulinie 208.

Pferdeisenbahn 58.

**Pflegehaus:**

Neuwahl eines Inspectors 38:

Bewilligung von Baukosten 107.

Plan von der Stadt Braunschweig 19, 93.

Vervielfältigung der von Holwede'schen Karten vom äußern Stadtgebiete 124.

**Processe.**

Magistrat ca. Niebs wegen Erstattung von Verpflegungskosten 44.

Ludewig ca. Stadtkasse wegen Freigabe eines hinterlegten Depositen Scheins 48;

## XIV

Steinmann ca. Magistrat, betreffend die  
Zurücknahme einer Arrestanlage  
wegen eines Beitrags zu Straßen-  
Canalisationskosten 57.

**Mathsbleiche**, Erneuerung des Pachtvertrags  
197;

Rechnungen, städtische, von 1877 182:  
desgl. von 1878 189.

Reglements f. Statuten.

Regulativ über die städtische Realschule 180.

Reichstagswahlkosten 198.

Ringstraßenproject 182, 202.

### Schlachthaus

Ermäßigung des Pachtgeldes für den  
Dünger 14;

Änderung verschiedener Einrichtungen  
100.

Schöffengewahlen f. Wahlen

### Schulen

Bürgerfchulen, mittlere und untere.

Provisorische Einrichtung einer Hilfs-  
klasse für schwachsinnige Kinder  
40.

Bewilligung von Mitteln zur Be-  
soldung der Inhaber neu errichteter  
Lehrerstellen 43, 74;

desgl. einer Remuneration für zeit-  
weilige Anshülfe in Inspectorats-  
geschäften 74;

Erhöhung des Etatspostens zur Ent-  
schädigung beim Anshülfsunter-  
richt für behinderte Lehrer 91;

Bewilligung einer Beihülfe an einen  
Lehrer zu Curzwecken 96;

desgl. für einen Schulpedellen 96;

Bewilligung einer Remuneration für  
eine durch Einrichtung einer  
neuen 6. Classe der unteren  
Bürgerfchule erforderlich gewor-  
dene Lehrerin 138;

Anderweite Einrichtung des Hilfs-  
lehrerwesens 175.

Schule an der Ottmerstraße.

Bauliche Reparaturen 54;

Schule an der Sidonienstraße.

Herstellung von Zweigcanälen 56:

Anlage zweier Filter 124.

Schule an der Okerstraße.

Benutzung des der Schule gegen-  
überliegenden Terrains zu bota-  
nischen Zwecken 98.

Schule an der Echternstraße.

Entschädigung des Schulpedellen  
wegen der aus der Ueberschwem-  
mung seiner Dienstwohnung ent-  
standenen Schäden 103.

Anlage eines Tiefbrunnens 124:

Schule am Bülttenwege.

Einweihung 159.

Realschule.

Regulativ 180.

Höhere Mädchenschule.

Besetzung einer neuen Classenlehrer-  
stelle 38;

Anstellung einer Lehrerin 40;

Anstellung eines Lehrers 64.

Katholische Schule.

Einrichtung einer neuen Klasse 22.

Schuhstraße, Feststellung einer Baulinie 111.

Schunter, die durch Correction derselben be-  
dingte Veränderung der Grenzen der  
Feldmark Hagen 79.

Sidonienstraße, Canalisation 45.

### Stadtcasse

Vermiethung der Wohnung in dem Thor-  
gebäude kl. Burg 94;

Verwendung eines im Dienste beschädigten  
Feuerwehrmannes im Nachtdienste  
bei der Stadtcasse 103;

Verwendung der ehemaligen Räume der  
Stadtcasse zu Baumagazinzweden  
104:

Verfügung über einen Ueberschuß des  
Stadtcassen-Etats de 1880 105.

Anschaffung eines Geldschrankes für die  
Armenecasse 113;

Stadthaushaltsplan für 1882 190.

Stadtverordnetenversammlung

Wahl der Vorsitzenden 1;

Commissionswahlen 2;

Anschaffung von Amtsketten für die  
Vorstehenden der Stadtverordneten  
27, 52;

Beginn der Verhandlungen 98;

Ausscheiden des Herrn Steinau 177;

#### Statut

die Entrichtung von Gebühren beim Er-  
werb des Bürgerrechts gegen Aus-  
händigung der städtischen Statuten  
betreffend 31;

die Entrichtung einer Gebühr für Er-  
theilung des Bürgerrechts betreffend  
32;

die Einrichtung der Bierdruckleitungen  
betreffend 83;

das Halten von Hunden betreffend 113.

die Entwässerung der Stadt betreffend  
160, 179;

die Bestimmungen über die Ortsstraßen  
betreffend 178;

Ortsbaustatut 139, 149;

Armenordnung 203.

#### Steuern

Uebersicht der Gemeindesteuer: Ein-  
schätzung für 1881 110.

Steuerreclamationen 52, 108, 127, 136,  
138, 187;

#### Straßen

Damm 197;

Dasefenstraße 66, 68;

Einfstraße 176;

Friedrich-Wilhelmsstraße 14;

Friesenstraße 44;

Hamburgerstraße 175;

Jerusalemstraße 14, 93;

Kreuzstraße 45, 93;

Langehof 207;

Leopoldstraße 108;

Madamenweg 51, 75;

Nickelnkuff 33;

Oferstraße 137;

Parkstraße 208;

Schuhstraße 111;

Sidonienstraße 45;

Wilhelmsplatz 78;

Herstellung des Zugangswegs vom  
Rattreppeln zum Reichspostgebäude  
18, 124;

Ertrag von Pachtzins für das dem  
Pauunternehmer Willkens an der  
Ecke der Friedrich-Wilhelmstraße und  
der Bruchstraße zur Nutzung über-  
lassene Terrain 112.

Reistellung des Ortsbauplans bezüglich  
eines auf der ehemal. Mädis südlich  
der Helmstedterstraße projectirten  
Straßenzuges 120;

Deckung der Kosten der Straßenanlage  
vor dem Schulgebäude am neuen  
Betritthore 137;

Ringstraßenproject 182, 202;

Statut über die Ortsstraßen 178;

Ankauf von Terrain für Straßenzwecke  
an der Ecke von fl. Exercierplatz  
und neuer Promenade 207;

Straßenbeleuchtung, Erweiterung 34;

Abfuhrwesen 20, 49.

Südwasserfont, vormalige, Verkauf eines  
Grundstücks derselben 207.

Turnfest des 6. deutschen Turnkreises,  
Bewilligung eines Zuschusses zu den  
Kosten 176.

Typhus, Maßregeln zur Bekämpfung desselben  
24.

#### Verkauf

des Terrains des früher Lages'schen  
Grundstücks an der Leopoldstraße  
82;

von städtischem Terrain westlich vom  
Vöhr'schen Hause am Bruchthore 94;  
eines Grundstücks der vormaligen Süd-  
wasserfont 207.

Verträge i. Contracte

#### Volksküche

Beihilfe 15;

Reparaturen am Kaulitz'schen Hause 56.

## XVI

**Wahlen**

der Vorstehenden der Stadtverordneten-  
versammlung 1;  
der Commissionen für deren regelmäßige  
Geschäfte 2;  
zweier Mitglieder des Vorstandes der  
städtischen Mädchenschulen 6;  
eines Pflegehaus-Inspectors 38;  
eines Vorstehenden der Unterstützungs-  
deputation 66;  
des Protocollführers der Stadtverordneten  
66;  
von Vertrauensmännern behuf der  
Schöffenwahlen 82.

**Wasserwerk**

Etat pro 1881 22;  
Erhöhung des Gehalts eines Beamten  
176;  
Aenderung der Regulativbestimmung  
betreffend den Termin für Aufstellung  
des Etats der Gas- und Wasser-  
werke 176.  
Wilhelmsplatz, Veränderung im Niveau 78.  
Wollemann'sches Haus, an der Ecke der Leon-  
hard- und Vertramstraße,  
Ankauf 113;  
Ausbau 209.

(Beilage zu Nr. 38 der Braunschw. Anzeigen.)

1881.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 37 de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

No 1.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. Januar 1881.

Öffentlich:

Wahlen.

Entschuldigt die Herren Jasper und Rieke. — Am Magistratstische die Herren Bürgermeister Rittmeyer und Stadtrath Ketemeyer, später auch Herr Oberbürgermeister Pockels.

Die Sitzung wird von dem seitherigen Vorsitzenden Herrn Otto mit dem Bemerken eröffnet, daß schon im verflossenen Jahre Zweifel darüber aufgetaucht seien, wer die erste Versammlung im neuen Jahre einzuberufen und die Wahl eines Vorsitzenden zu leiten habe, da weder die Geschäftsordnung noch die Städteordnung über diese Frage genügenden Aufschluß gäbe. Er habe nun in den früheren Protokollen Nachforschungen über das bisher beobachtete Verfahren angestellt und gefunden, daß sehr verschieden verfahren und eine feste Praxis sich noch nicht herausgebildet habe. Der Gedanke liege nahe, daß, ehe nicht ein neuer Vorsitzender gewählt, die Functionen des bisherigen nicht als beendet zu betrachten seien, und letzterer daher die Wahl zu leiten habe. Es könne aber der Fall eintreten, daß dieser der Versammlung im neuen Jahre nicht mehr angehöre. In den letzteren Jahren sei meist so verfahren, daß, wenn neue Mitglieder in die Versammlung eingetreten, der Vorsitzende des Stadtmagistrats die erste Versammlung im Jahre einberufen und auch die Wahl des

Vorsitzenden geleitet habe, wenn dieses aber nicht der Fall gewesen, der bisherige Vorsitzende diese Functionen noch ausgeübt habe. Würde diese Praxis als maßgebend angesehen werden, so wäre Redner nicht befugt gewesen, die heutige Versammlung einzuberufen. Herr Oberbürgermeister Pockels habe aber erklärt, daß er die Wahl eines Vorsitzenden als ein Internum der Stadtverordnetenversammlung ansehe und ihn (Redner) ersucht, die Versammlung einzuberufen und die Wahl des Vorsitzenden zu leiten. Er werde daher für dies Mal noch der Wahlverhandlung vorstehen, wenn kein Widerspruch aus der Versammlung erfolge. Um übrigens für die Zukunft derartige Zweifel zu beseitigen, halte er für nothwendig, daß die Statutencommission sich einmal eingehend mit dieser Frage beschäftige und bestimmte Vorschläge zur Aufnahme einer feststehenden Bestimmung darüber in die Geschäftsordnung mache.

Da kein Widerspruch in der Versammlung zum Ausdruck kommt, so übernimmt Herr Otto den Vorsitz, indem er zunächst die neu hinzugekommenen Mitglieder, die Herren Blasius, Meier, Reiche, Semler, Sievers und Steinau willkommen heißt, und sodann das Protokoll *N* 13 vom 9. December v. J. zur Genehmigung vorstellt. Diese wird ausgesprochen unter dem Vorbehalt einer Aenderung auf S. 19! Z. 11 v. v., wo es statt »und darin auch Verschiedenes als nicht absolut nothwendig gestrichen« heißen muß »und dann die Ansicht ausgesprochen, daß Verschiedenes als nicht absolut nothwendig gestrichen werden könne«.

Danach wird zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten.

Von den 25 abgegebenen Stimmzetteln lauten 23 für den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Otto, 1 für Herrn du Roi und 1 für Herrn Kybiß.

Herr Otto ist somit gewählt und nimmt die Wiederwahl mit dem Ausdrucke des Dankes und der Versicherung an, daß er nach besten Kräften bestrebt sein werde, die Pflichten eines Vorsitzenden zu erfüllen.

Bei der nunmehr folgenden Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden werden 24 Stimmen abgegeben; davon entfallen 20 Stimmen auf den bisherigen Vice-Vorsitzenden, Herrn Kybiß, 2 auf Herrn Schwarzenberg, 1 auf Herrn du Roi und 1 auf Herrn Jasper.

Herr Kybiß ist danach gewählt und nimmt die Wiederwahl gleichfalls dankend an.

Nach erfolgter Bestellung des Herrn Semler durch Acclamation zum stellvertretenden Protokollführer werden sodann

in die Armendeputation Herr Kloss,

in den Schulvorstand Herr von Seckendorff,

in das Kirchen- und Stiftungscassen-Collegium Herr Meyer,

in die Pflegehaus-Deputation die Herren Jasper und Kloss,

in die Deputation für die städtische Realschule die Herren von Seckendorff und Schwarzenberg,

in die Statutencommission die Herren Grote, Heymann, Lüderßen,  
 Munte, Otto, Reuter und Schwarzenberg,  
 in die Finanzcommission die Herren Jasper, Kybik, von Seckendorff,  
 Semler, Steinau, Wolff und Telligmann,  
 in die Baucommission und das Stadtbauamt die Herren Hasenbalg, Reu-  
 ter und Winter,  
 in den Gesundheitsrath die Herren Blasius, Nieß und Reuter,  
 in die Schulcommission die Herren Blasius, Grote, Ramdohr, Reiche  
 und Schwarzenberg,  
 in die Deputation für die Gas- und Wasserwerke die Herren Grote, du Roi,  
 Sievers und Telligmann,  
 in die Quartierbehörde die Herren Nieß und Winter, als deren Stellver-  
 treter die Herren Ding und Wilke,  
 in die Commission für die Einschätzung der Gewerbesteuer die Herren Jasper,  
 Kloss, Wilke und Wolff,  
 in die Deputation für das Schlachthaus die Herren Munte und Wolff,  
 in die Commission für die Grundsteuer die Herren Munte und Maurermeister  
 Beckmann,  
 in die Commission für die Einschätzung der Gebäude behuf Einquartierung die  
 Herren Meyer, Munte, Ramdohr, Reuter, Schwarzenberg und  
 Wolff

gewählt.

Nachdem endlich noch die Bestellung der Steuereinschätzungs-Commissionen in  
 der Weise erfolgt ist, daß

der für den August- und Steinthordistrict die Herren Heymann, Kybik,  
 Lüderßen, Munte, Ramdohr, Sievers, Steinau, Telligmann  
 und Winter,

der für den Wenden- und Pettrithordistrict die Herren Blasius, Ding,  
 Grote, Jasper, Reiche, Reuter, Riecke, du Roi und Schwarzen-  
 berg,

der für den Hohe- und Wilhelmithordistrict die Herren Hasenbalg, Kloss,  
 Meyer, Nieß, Otto, von Seckendorff, Semler, Wilke und  
 Wolff

zugetheilt sind,

wird die Sitzung geschlossen.

(Beilage zu N. 47 der Braunschw. Anzeigen.)

1881.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 38 de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 2.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

### Sitzung am 3. Februar 1881.

Öeffentlich:

- I. Wahl zweier Mitglieder des Vorstandes der städtischen Mädchenschulen.

Vorlagen des Stadt-Magistrats:

- II. Gutachtliche Aeußerung über Zulassung neuer Apotheken hieselbst.
- III. Aenderweite Feststellung der Breite der Vorgärten an der Jerusalemstraße.
- IV. Ermäßigung des Pachtgeldes für den Dünger aus dem Schlachthause.
- V. Gestattung der Benützung von Terrain der Friedrich-Wilhelmsstraße am Wilkens'schen Hause zur Anlage eines Vorgartens.
- VI. Beihilfe für den Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen zu Zwecken der Volksküche.
- VII. Ankauf des im Hasenwinkel belegenen Daub'schen Grundstücks zu Straßenzwecken.
- VIII. Bewilligung einer Unterstützung für den Handwerkerverein.
- IX. desgl. der Kosten der Herstellung des Zugangsweges vom Kattreppehn zum Reichspostgebäude
- X. Genehmigung der Uebernahme der Functionen eines Controleurs der Bürgerhilfs-Casse Seitens eines städtischen Beamten.
- XI. Vervielfältigung und Ausgabe des Vermessungsplanes der Stadt Braunschweig durch einen Privatunternehmer.
- XII. Abänderung des das Abfuhrwesen betr. Contractes.
- XIII. Bewilligung eines Zuschusses zur Einrichtung einer neuen Klasse bei der katholischen Schule.
- XIV. Feststellung des Etats des städtischen Wasserwerks pro 1881.
- XV. Bewilligung von Kosten aus Bekämpfung des Flecktyphus in 1880.



Entschuldigt die Herren Jasper und Steinau. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Vockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Bammel, Haake, Schöttler und Netemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden Otto

I. wird zur Wahl zweier Mitglieder des Vorstandes der städtischen Mädchenschulen geschritten.

Gewählt werden die Herren Kybiz und Hamdohr.

Sodann

II. referirt Herr Schwarzenberg namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 22. December v. J., betreffend die Abgabe einer gutachtlichen Aeußerung über die Vermehrung der Apotheken in hiesiger Stadt,

nachdem Herr Grote erklärt hat, daß er sich auf Grund des §. 57 der revidirten Städteordnung der Theilnahme an den Verhandlungen wie der Abstimmung über diesen Punkt enthalten werde.

Bereits in einem Schreiben vom 3. Juni v. J. hat der Magistrat — wie Referent ausführt — die Versammlung um ein Gutachten darüber ersucht, ob ein Bedürfniß zur Anlage einer oder mehrerer neuer Apotheken in hiesiger Stadt anzuerkennen sei oder nicht, und in der Sitzung vom 26. August v. J. ist beschloffen worden, dieses Gutachten bis dahin auszusetzen, daß auf Grund der vorjährigen Volkszählung genaue Ermittelungen der Einwohnerzahl der einzelnen Thordistricte, bezw. der zu solchen gehörigen Außenwohner, angestellt und der Versammlung mitgetheilt seien. Dieses ist nun geschehen und der Magistrat hat sein früheres Ansuchen wiederholt. Die Veranlassung dazu hatte damals zunächst eine Eingabe des Petri- und Steinhorsdistrictvereins vom 7. April 1879 gegeben: der Stadtmagistrat möge die Errichtung einer neuen Apotheke in der Nähe des Petri- und Steinhors befürworten. Dieser Eingabe ist auch ein Gesuch des Bürgervereins vom 24. Mai 1880 gefolgt, in welcher der Magistrat ersucht wird, nach Feststellung der Bedürfnisfrage, an geeigneten Stellen, vorzugsweise in der Nähe des Petri- und Steinhors die Anlage neuer Apotheken zu gestatten resp. zu erwirken. Es ist darin hervorgehoben, daß seit der Errichtung der Aegidienapotheke im Jahre 1752, obwohl die Einwohnerzahl Braunschweigs sich seitdem verdreifacht habe, keine neue Apotheke errichtet, auch die Rentabilität neuer Apotheken nicht zu bezweifeln sei, da die Hofapotheke in neuerer Zeit zu 276 000 *M.* verkauft, die Martiniapotheke für 12 900 *M.* verpachtet sei.

Bevor Referent auf die Untersuchung der Bedürfnisfrage einght, hält er für erforderlich, das Rechtsverhältniß der hiesigen Apotheken näher zu beleuchten. — Das den hiesigen Apotheken ertheilte Privilegium, wonach außer den bisherigen 4 Apotheken keine hieselbst geduldet werden soll, stammt vom 30. April 1770 und ist darin,

abgesehen von anderen nicht weiter in Betracht kommenden Pflichten und Gerechtsamen, den Besitzern der Apotheken ein jährliches Recognitionsgeld von 300 Reichsthalern (jetzt 308  $\text{₰}$  10  $\text{g}$  = 925  $\text{Mk.}$ ) auferlegt. Dieses Privilegium ist aufgehoben durch das Gesetz vom 3. August 1864, welches die bei Anlage einer neuen Apotheke vom Staate zu zahlende, an die 4 vorhandenen Apotheken gleichmäßig zu vertheilende Entschädigung auf 22300  $\text{₰}$  = 66900  $\text{Mk.}$  festgestellt hat. Nach §. 17 dieses Gesetzes kann mit den um die Concession Nachsuchenden oder den dabei interessirten Ortschaften ein Abkommen getroffen werden, wonach diese einen Beitrag zu obiger Summe zu leisten haben, welcher jedoch die Hälfte der Entschädigung nicht übersteigen darf; es entstehen daraus keine Rechte für den Concessionirten.

In dem Medicinalgesetze vom 25. October 1865 §. 71 ist festgesetzt: die Ertheilung einer neuen Concession findet statt, wo das Bedürfniß zur Anlage einer neuen Apotheke vorliegt, oder wenn die Concession zum Betriebe einer bestehenden Apotheke erledigt ist. Dieses Gesetz ist noch maßgebend, da die Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 nach §. 6 auf Apotheken keine Anwendung findet und die im Jahre 1877 vom Reichskanzleramt in Anregung gebrachte reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens unterblieben, resp. ein Apothekengesetz zwar entworfen und berathen, jedoch nicht zu Stande gekommen ist.

Die vom Magistrat unternommenen Schritte sind folgende: Es ist aus Veranlassung der Eingabe des Petri- und Steinhordistrictsvereins zunächst an den ärztlichen Verein und an Herzogliche Polizei-Direction geschrieben. Der ärztliche Verein hat unterm 6. December 1879 geantwortet, daß er das Bedürfniß für eine Apotheke am Petri- und Steinhore zwar nicht für erwiesen, solche aber im Interesse einer möglichst prompten Arzneibeschaffung für wünschenswerth erachte. Die Herzogliche Polizei-Direction, gegen welche der Stadtmagistrat die Ansicht ausgesprochen hat, daß er die Errichtung von 2 Apotheken, insbesondere für die Außenwohner des Petri- und Steinhordistricts für ein Bedürfniß halte, hat unterm 13. Mai 1880 erklärt, daß sie sich nicht in der Lage befinde, die auf Vermehrung der Apotheken gerichteten Gesuche befürworten zu können, weil Apotheken außerhalb der Thore keine Lebensfähigkeit, innerhalb der Thore aber so wenig Nutzen hätten, daß dieser zu den erheblichen Kosten, welche deren Zulassung verursache, nicht im Verhältnisse stehe. Die von Herzoglicher Polizei-Direction mit übersandten Vota des Gesundheitsraths weichen bezüglich der Bedürfnisfrage von einander ab, stimmen aber sämmtlich darin überein, daß die Zahl der Apotheken abnorm gering und eine Vermehrung derselben wünschenswerth sei.

Wäre der vom Reichskanzleramte vorgeschlagene Gesetzentwurf ins Leben getreten, wonach unter Anderm die Errichtung einer Apotheke für zulässig erklärt ist, wenn für jede Apotheke ein Absatzgebiet gesichert bleibt, so wäre die Frage auch für unsere Stadt bereits entschieden. In der diesem Gesetzentwurfe beigegebenen Denkschrift ist gesagt: Wenn die Staatsverwaltung für die größeren Städte die Zulässigkeit neuer

Apothekenanlagen im Anhalt an die Bevölkerungsziffer beurtheilt, so wird sie zwar nicht zu einer allen Rücksichten entsprechenden, immerhin aber zu einer richtigern Entscheidung gelangen, als mit Hilfe eines von jedem Ausgangspunkte losgelösten Ermessens. In der Denkschrift ist zugleich das Resultat statistischer Ermittlungen über die Zahl der Apotheken des deutschen Reiches in den Jahren 1851—1876 niedergelegt und danach entfallen im Jahre 1876 bei Städten über 50 000 Einwohner je eine Apotheke auf 9966 Einwohner, in Städten über 10 000, je eine auf 6773 Einwohner, und auf dem Lande je eine Apotheke auf 10 217 Einwohner, d. h. im Durchschnitt auf 9734 Einwohner eine Apotheke. In Elsaß-Lothringen, wo in dieser Beziehung bis zum Jahre 1877 Freiheit herrschte, entfiel allerdings schon auf 3975 Einwohner eine Apotheke.

Nach Ansicht der Statutencommission muß die Bedürfnisfrage nach den Ausführungen der gedachten Denkschrift am sichersten auf Grund statistischer Ermittlungen beantwortet werden; ein strenger Beweis dafür, daß die vorhandenen Apotheken nicht im Stande seien, die erforderlichen Arzneien genügend rasch zu bereiten, kann, auch nach dem Sinne des Gesetzes, nicht verlangt werden, denn dann könnte ja eine mit großen Mitteln versehene Apotheke in der Mitte der Stadt, etwa eine Gründung auf Actien, für genügend gehalten werden, eine Stadt von 70 000 Einwohnern allein zu versorgen. Nach der Richtung hin kann also die Bedürfnisfrage nicht gehen. Die Natur des Apothekergeschäfts erfordert strenge Aufsicht einer wissenschaftlich ausgebildeten, zuverlässigen Persönlichkeit. Mit dem Steigen der Bevölkerung und des Betriebes wird die genügende Aufsicht und Uebersicht fehlen; das Personal wird durch Gehülfen und Lehrlinge vermehrt, aber es fehlt nothwendig die gehörige Sicherheit sowohl in der Bereitung der Arzneien als in deren Ausgabe.

In dem Gesetze vom 3. August 1864 ist die Aufhebung des Verbotungsrechts deshalb ausgesprochen, weil man voraussetzte, daß die beschränkte Zahl exclusiv berechtigter Apotheken bei dem Anwachs der Bevölkerung nicht genüge; die Staatsverwaltung kann sich ihrer Entschädigungsverpflichtung nicht entziehen, wenn sich das Bedürfnis herausstellt. Dieses Bedürfnis kommt in den theilhabenden Kreisen der Bevölkerung am ersten zum Ausdruck; man braucht also nicht darauf zu basiren, daß Klagen wirklich nachgewiesen werden. Dabei wird noch bevorwortet werden können, daß auf die Concurrenten welche ein rentables Geschäft zu erwerben streben, durchaus keine Rücksicht zu nehmen angezeigt scheint, vielmehr lediglich die Rücksicht auf die Bevölkerung maßgebend sein muß.

Nach diesen Voraussetzungen müssen die Verhältnisse der Bevölkerung der Stadt Braunschweig in statistischer Hinsicht die Grundlage für das Gutachten bilden.

Danach kommt zunächst in Betracht, daß Braunschweig eine relativ sehr große Ausdehnung hat und bei Ertheilung des Privilegiums im Jahre 1770 kaum den dritten Theil der jetzigen Bevölkerung hatte. Für den Zuwachs der Bevölkerung

seit dem 1. Januar 1865 existirt kein Verbiethungsrecht. Bei Ermittlung der Entschädigungssumme wurde die Volkszählung von 1855, wo Braunschweig 38 397 Einwohner hatte, zu Grunde gelegt, weil die in den letzten 20 Jahren vor dem 1. Januar 1865 gezahlten Kauf- und Pachtpreise maßgebend waren und bei Ermittlung des Umsatzes ein Absatz für die Dörfer, welche die hiesigen Apotheken frequentirten, zu machen war. In Lambrechts »Geographie Braunschweigs«, erschienen 1863, wird die Einwohnerzahl auf 42 209 angegeben. Nimmt man die Zahl für das Jahr 1865 auf 48 000 an, so ist die Bevölkerung in den letzten 15 Jahren um mehr als 20 000 gestiegen. Im Jahre 1875 sind 63 992 Einwohner ermittelt.

Die letzte Zählung vom 1. December 1880 hat eine Bevölkerungszahl von 72 573 mit 25 626 Außenwohnern, ohne das Militair, ergeben. Diese vertheilen sich folgendermaßen:

Augssthor-District	innerhalb 8049 außerhalb 4254	}	12 303 Einwohner in	840 Gebäuden
Steinthor-District	innerhalb 7192 außerhalb 6208			
Wendenthor-District	innerhalb 8392 außerhalb 4607	}	12 999	» » 908 »
Petrithor-District	innerhalb 8585 außerhalb 1219			
Hohethor-District	innerhalb 7035 außerhalb 4753	}	11 788	» » 756 »
Wilhelmithor-District	innerhalb 7694 außerhalb 4585			

---

72 573 Einwohner in 4799 Gebäuden.

Nach diesen Ergebnissen ist die Statutencommission der Ansicht, daß die Anlegung mindestens noch einer Apotheke und zwar in der Nähe des Steinthors, erforderlich ist, und stellt deshalb folgenden Antrag:

In Erwägung, daß

die Bevölkerung der Stadt Braunschweig, welche ohnehin einen im Verhältnisse zur Seelenzahl großen räumlichen Umfang einnimmt, nach der letzten Volkszählung auf 72 573 Einwohner (excl. der Militairpersonen) gestiegen ist, wovon 25 626 Einwohner außerhalb der Umfluthgräben wohnen:

daß nach den in der Vorlage des Reichskanzlers an den Bundesrath vom 28. Mai 1877, die reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens betreffend, enthaltenen statistischen Ermittlungen im Jahre 1876 bei Städten über 50 000 Einwohner im deutschen Reiche durchschnittlich auf 9966 Einwohner eine Apotheke vorhanden ist:

in fernerer Erwägung

daß bei dem durch die Volkszählung constatirten Wachsthum der Stadt der Zeitpunkt als gekommen zu erachten ist, zu welchem im Interesse der Erhaltung des unentbehrlichen Maaßes von Concurrenz die Vermehrung der Apotheken um zunächst eine geboten erscheint:

sowie daß die Rücksichten auf die Ausdehnung der Stadt außerhalb der Umfluthgräben für die Anlage einer neuen Apotheke in der Nähe des Steinthors sprechen:

wolle die Versammlung beschließen, sich dahin gutachtlich zu erklären:

daß das Bedürfniß der Anlage einer neuen Apotheke, welche in der Nähe des Steinthors anzulegen sein würde, als vorhanden anzuerkennen sei.

Die Discussion eröffnend,

bemerkt zunächst Herr Wolff, daß die Versammlung den Schlussfolgerungen der Commission im Wesentlichen nur beipflichten könne. Das Bedürfniß für Anlage einer oder mehrer neuer Apotheken sei unbestreitbar; man könne sich, unbeschadet der Rücksichten, welche auf die bisherigen Apothekenbesitzer zu nehmen seien, wohl dahin aussprechen, daß das Interesse der Bevölkerung, namentlich der außenstädtischen, eine Vermehrung der Apotheken entschieden erheische. Nur gehe er noch weiter als die Commission, indem er die Bedürfnisfrage auch für die Gegend des Petriorthors unbedingt in Anspruch nehme und besonders betone. Allerdings sei die Zahl der Außenwohner im Petriorthordistricte im Verhältniß zu den übrigen Thordistricten außerordentlich gering. Das habe aber seinen guten Grund. Der größere Theil der Straßen vor dem Petriorthore gehöre dem Hohethordistricte an; nur der rechts der Sellenstraße belegene Theil, der alsbald von der nahen Mfer begrenzt werde, gehöre zum Petriorthordistricte. Würde man die Grenzlinie in die richtige Lage hinausschieben, so würde der Petriorthordistrict eine weit größere Anzahl von Außenwohnern haben. Es kämen aber gerade hier nicht allein die Außenwohner in Betracht, schon für die vielen Bewohner der dort belegenen, stark bevölkerten Straßen, wie der Längenstraße, der Beckenwerperstraße u. s. w. liege das Bedürfniß für Anlage einer Apotheke in jener Gegend entschieden vor, da beide concurrirenden Apotheken, die Martini- wie die Hagenmarkt-Apotheke für eilige Fälle verhältnißmäßig weit entfernt lägen. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß auch die nahe vor dem Petriorthore belegenen Ortschaften, wie Delper, Lehnndorf, Watenbüttel, Beltenhof u. s. w. ganz bedeutend in der Einwohnerzahl zugenommen hätten, ohne daß in demselben Maße für die Befriedigung ihrer arzneilichen Bedürfnisse Sorge getragen sei. Er stelle deshalb den Unterantrag, sich dahin auszusprechen, daß das Bedürfniß der Anlage zweier neuer Apotheken, einer im Steinthor- und einer im Petriorthordistricte anerkannt werde. Er sei der festen Ueberzeugung, daß die Landesregierung hierauf eingehen könne und werde; finanzielles Interesse, die Anlage neuer Apotheken zu bekämpfen, liege bei ihr nicht

vor, zumal die neu zu errichtenden Apotheken zur Entschädigungsleistung mit herangezogen werden könnten.

Herr Reuter spricht sich gegen diesen Zusatzantrag aus. Auch in der Statutencommission sei die Anlegung einer Apotheke im Petriorthordistrict erwogen, man habe aber auf Grund des (im SitzungsSaale ausgehängten) Stadtplans die Ueberzeugung gewonnen, daß die Wege für die Bewohner dieses Thordistricts nach den jetzt vorhandenen Apotheken verhältnißmäßig nicht weit seien; es kämen für sie nicht allein die Hagenmarkts- und Martini-Apotheke in Frage, sondern auch die Hof-Apotheke. Alle drei Apotheken lägen, dem Plane nach, für den Petriorthorbezirk keineswegs ungünstig; jedenfalls werde, wenn man auch dort noch eine Apotheke errichte, für Viele der Weg nach den jetzt vorhandenen Apotheken der vorzuziehende sein, so daß die Existenzfähigkeit einer Apotheke in diesem Thordistrict kaum als festgestellt angesehen werden könne. Man müsse bei der Frage überhaupt unterscheiden, ob man neue Versorgungstellen für angehende Apotheker schaffen oder aber das reine Bedürfniß im Auge behalten wolle. Thue man letzteres, so sei die berechtigteste Forderung vor dem Steinthore, in der Gegend, wo auf der Helmstedter Straße die Casernenstraße, die Betramstraße und die Parkstraße einmünden, vorhanden. Dort wohnten ca. 6000 Menschen. Es kämen hier auch noch viele Bewohner des August- und Wendenthordistricts in Betracht, die nach der dort zu errichtenden Apotheke einen bedeutend näheren Weg hätten, als nach den jetzt vorhandenen. Dort habe also die Errichtung einer Apotheke nicht allein große Berechtigung, die Apotheke habe auch die Existenzfähigkeit für sich ganz allein. Mit demselben Rechte, wie man sich für zwei Apotheken ausspreche, könne man sich auch für 4 oder 5 aussprechen, denn die Vortheile, die durch 2 Apotheken erreicht werden sollten, könne man noch an vielen anderen Stellen nachweisen: man müßte denn vor jedem Thore eine errichten und das werde doch nicht beabsichtigt. Da nun auch dafür, daß die jetzt vorhandenen Apotheken den Aufträgen des Publicums bislang nicht hätten genüge leisten können, noch kein Beweis erbracht sei, so gebe er anheim, bei dem Commissionsantrage stehen zu bleiben.

Herr Nieß stimmt den Ausführungen des Herrn Wolff bei. Die Einteilung der Stadt nach Districten könne im vorliegenden Falle keinen Maßstab für die Bedürfnisfrage abgeben. Wenn die Versammlung überall das Bedürfnis nach einer Vermehrung der Apotheken anerkenne, so könne sie sich nur für den Antrag des Herrn Wolff entscheiden. Mit demselben Rechte, wie man den Einwohnern von Delper und Lehdorf zumuthe, ihre arzneilichen Bedürfnisse aus der Hagenmarktsapothek zu holen, könne man auch den Außenwohnern des Steinthors zumuthen, nach der Aegypten-Apotheke zu gehen; es liege kein Grund vor, irgend einen Theil der Bevölkerung zu bevorzugen und die Bedürfnisfrage für den Petriorthordistrict zu verneinen.

Herr Blasius spricht sich gleichfalls für den Unterantrag des Herrn Wolff aus. Nach den Principien des dem Bundesrathe vorgelegten Gesekentwurfes und nach den von Herrn Schwarzenberg mitgetheilten statistischen Angaben müßte Braunschweig, auf 9–10 000 Einwohner eine Apotheke gerechnet, eigentlich 7 Apotheken haben und die Versammlung hätte sich danach für Concessionirung von 3 neuen Apotheken auszusprechen. In sämmtlichen Städten, die eine ähnlich große Bewohnerzahl haben wie Braunschweig, komme eine weit geringere Anzahl von Personen auf eine Apotheke als in Braunschweig.

Nach der Zählung von 1880 hat

Barmen	95 759	Einwohner,	8	Apotheken,	pro Apotheke	11 970	Einwohner,
Chemnitz	95 135	»	8	»	»	11 890	»
Grefeld	73 866	»	6	»	»	12 311	»
Düsseldorf	95 169	»	9	»	»	10 577	»
Elsfeld	93 530	»	8	»	»	11 691	»
Magdeburg	97 154	»	8	»	»	12 144	»
Nürnberg	99 475	»	14	»	»	7 105	»
und							
<b>Braunschweig</b>	<b>74 177</b>	»	<b>4</b>	»	»	<b>18 544</b>	»

Wenn Braunschweig 6 Apotheken hätte, würden pro Apotheke 12 362 Einwohner kommen.

Folgende Städte haben, wie Braunschweig, 4 Apotheken. — Zählung von 1875:

Görlitz	45 310	Einwohner,	pro Apotheke	ca.	11 000	Einwohner,
Wiesbaden	43 674	»	»	»	11 400	»
Duisburg	37 580	»	»	»	9 400	»
Rostock	34 172	»	»	»	9 000	»
München-Gladbach	31 970	»	»	»	8 000	»
Zwickau	31 491	»	»	»	8 000	»
Bromberg	31 308	»	»	»	8 000	»
Liegnitz	31 442	»	»	»	8 000	»
Bochum	28 368	»	»	»	7 000	»
Hagen i. Westfalen	25 000	»	»	»	6 300	»
Pforzheim	23 692	»	»	»	6 000	»

Die Zahlen sprächen dafür, daß die Versammlung, um die Interessen der Bürgerschaft zu vertreten, recht wohl die Errichtung dreier Apotheken befürworten könnte. Wenn also der Antrag des Herrn Wolff angenommen werde, so thue man das Geringste, was man in dieser Beziehung thun könne. Die Beschaffung der Arzneien sei jetzt für die Außenwohner des Petri- und Hohethordistricts, welche zusammen genommen 5972 zählen, höchst unbequem und Redner bittet dringend, sich für das

Bedürfniß einer Apotheke in der Petritthorgegend auch schon deshalb auszusprechen, weil der Petritthordistrictsverein das Bedürfniß am meisten gefühlt und einen dahin gehenden Wunsch am ersten geäußert habe.

Auch Herr du Roi schließt sich den Ausführungen des Herrn Wolff an und fügt hinzu, daß man, wenn man sich jetzt für Errichtung nur einer Apotheke ausspräche, bald gezwungen sein werde, der Landesregierung noch einmal in dieser Angelegenheit zu kommen.

Referent erklärt, daß auch er sich in der Commission für zwei Apotheken ausgesprochen, aber mit seiner Ansicht nicht durchweg Anklang gefunden habe. Jetzt erkläre er sich gleichfalls für den Wolffschen Antrag.

Herr Reuter: Die Commission habe nur die wirkliche Bedürfnisfrage und die Frage ins Auge fassen zu müssen geglaubt, ob die neu zu gründende Apotheke auch an einer bestimmten Stelle bestehen könne. Wenn nur eine Apotheke die Concession erhalten und sich vielleicht im Centrum der Stadt etabliren würde, so würde der Grund, welcher für die Anlage einer neuen Apotheke allein angeführt sei, nämlich die weiten Wege, nicht einmal zur Geltung kommen. Würde wirklich das Bedürfnis für Etablirung zweier Apotheken anerkannt, so würde im Petritthordistricte nicht einmal eine Stelle aufzufinden sein, welche einer Apotheke einen entsprechenden Geschäftskreis zuverlässig sichere. Uebrigens sei die Zahl der Außenwohner des Steinthordistricts größer als die der Außenwohner des Hohe- und Petritthordistricts zusammengenommen. Außerdem komme noch der Umstand hinzu, daß durch Herrichtung der Fußgängerbrücke über die Dfer auch die Communication erleichtert, Verschiedenen also der Weg zur Apotheke näher gelegt werde. Dann habe auch die Commission noch den Passus der gesetzlichen Bestimmung in Erwägung gezogen, nach welchem ein Abkommen mit den verschiedenen Ortschaften getroffen werden solle, die Regierung also wahrscheinlich einen Theil der Kosten auf die Stadt abzuwälzen suchen werde. Am Steinhore sei die Anlage einer Apotheke nicht allein berechtigt, sondern deren Lebensfähigkeit auch für alle Fälle gesichert.

Herr Wolff hält die Existenzfähigkeit einer Apotheke im Petritthordistricte, etwa am Radeflinte, wo viele lebhaft bevölkerte Straßen einmünden, für völlig gesichert.

Nachdem der Herr Referent noch darauf aufmerksam gemacht hat, daß sich die Landesregierung vorbehalten werde, bei Ertheilung der Concession für Errichtung einer neuen Apotheke auch über die Lage derselben Bestimmung zu treffen, und auch die Inhaber der zuzulassenden Apotheken gern bereit sein würden, einen Beitrag zur Entschädigungssumme zu zahlen,

wird zur Abstimmung geschritten.

Der Wolff'sche Antrag, wonach der Commissionsantrag dahin geändert wird, daß statt »zunächst eine« gesagt wird »zwei«, daß hinter »in der Nähe des Steinhors« eingeschaltet wird »der anderen in der Nähe des Petritthors«, und daß der



Schlussatz lautet »daß das Bedürfniß der Anlage zweier neuen Apotheken, welche in der Nähe des Steinhors bezw. des Petrihors anzulegen sein würden, als vorhanden anzuerkennen sei« und zugleich der ganze so geänderte Commissionsantrag wird mit 17 gegen 7 Stimmen angenommen.

II. wird, nachdem die Herren von Seckendorff und Wolff erklärt haben, daß sie sich, weil es sich um Interessen eines Consortium für Straßenanlagen handele, zu welchen sie in Beziehungen ständen, der Debatte wie Abstimmung über den folgenden Gegenstand enthalten würden,

auf einen von Herrn Munte namens der Statutencommission erstatteten Bericht, einem Magistratsantrage vom 30. December v. J. gemäß, beschlossen, sich mit der von der Direction der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank beantragten Reduction der Tiefe der Vorgärten an der Jerusalemstraße von  $6\frac{1}{2}$  auf  $4\frac{1}{2}$  m einverstanden zu erklären.

III. berichtet Herr Wolff für die Finanzcommission über ein Schreiben des Magistrats vom 22. December v. J., in welchem beantragt wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Deconom Hermann Maasberg hieselbst von dem für die Ueberlassung des Düngers des städtischen Schlachthauses während der Zeit vom 1. November 1879 bis 31. December 1880 zu zahlenden Pachtgelde 700 *M.* erlassen werden. Bei Abschluß des Pachtcontractes ist nämlich eine weit größere Anzahl des zu schlachtenden Viehes angenommen und dem Pächter in Aussicht gestellt worden, als in Wirklichkeit im Schlachthause geschlachtet ist, welcher Ausfall sich durch den Umstand erklärt, daß bis zu dem Inkrafttreten des Statuts vom 18. Juni v. J., die Untersuchung des zum Verkaufe und Genuße von außen her in die hiesige Stadt gebrachten Fleisches betreffend, eine große Menge Schlachtvieh in den benachbarten Orten geschlachtet worden ist.

Auf Befürwortung der Commission wird der Antrag ohne Weiteres angenommen.

Danach

IV. berichtet Herr Munte namens der Statutencommission über einen Magistratsantrag vom 15. December v. J. — Der Bauunternehmer Fr. Wilkens beabsichtigt, einen Theil des vor seinem an der Ecke der Friedrich-Wilhelmsstraße neu erbauten Wohnhause belegenen Straßenterrains mit einem auf Quadersockeln ruhenden, schmiedeeisernen Gitter einzufriedigen und zu einem Vorgarten einzurichten. Der Magistrat hält aus verschiedenen Gründen für geboten, das Vorhaben des Wilkens zu fördern und giebt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß das zur Anlage eines Vorgartens erforderliche Terrain dem Wilkens zu einem jährlichen Pachtprice von 40 *M.* gegen halbjährige Kündigung verpachtet werde —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission ohne Debatte angenommen wird.

V. Der Vorstand der Braunschweiger Volksküche hat an den Magistrat das Ersuchen gestellt, ihm für das Jahre 1881 und die folgenden 4 Jahre einen jährlichen Zuschuß von 500 *M.* zu den Betriebskosten der Volksküche zu bewilligen. Der Magistrat glaubt diesem Ersuchen nicht Folge geben zu dürfen, hält vielmehr, da das Fortbestehen der Volksküche nach Angabe des Vorstandes derselben als für die nächsten fünf Jahre genügend sicher gestellt nicht erachtet werden kann, für empfehlenswerther, daß den Petenten zu den diesjährigen Betriebskosten, vorbehaltlich weiterer Unterstützungen, eine Beihilfe im Betrage von 500 *M.* gewährt werde, und beantragt die Bewilligung dieser Summe aus den verfügbaren Mitteln der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde.

Die Commission schließt sich der Ansicht des Magistrats an und tritt dem Antrage bei.

Herr Ramdohr, welcher zum Vorstande der Volksküche gehört, macht auf die den Mitgliedern der Versammlung in autographischen Abzügen vorgelegte Zusammenstellung der Betriebsergebnisse der Volksküche v. J. 1880 aufmerksam. Danach hat sich die Einnahme auf 20 823 *M.* 88 *S.*, die Ausgabe auf 20 575 *M.* 68 *S.* gestellt, es ist also ein Betriebsüberschuß von 248 *M.* 20 *S.* (1,2 %) erzielt. Es ist ferner daraus zu ersehen, daß die Betheiligung bedeutend zurückgegangen und beispielsweise im Januar d. J. kaum die Hälfte des im Januar v. J. Abgesetzten verkauft ist. Redner bittet, die beantragte Summe wenigstens für das laufende Jahr zu bewilligen, da der Vorstand, wenn er gezwungen würde, das Unternehmen wieder aufzugeben, in eine mißliche Lage gerathe, indem das Inventar bei einem etwaigen Verkaufe nur einen sehr geringen Werth haben würde.

Herr Stadtrath Schöttler, als gleichfalls zum Vorstande der Volksküche gehörend, schließt sich der Bitte des Herrn Vorredners an. Er schildert den früheren baufälligen Zustand des Gebäudes der Volksküche hintern Brüdern und fügt hinzu, daß es erst der Aufwendung bedeutender Summen bedurft hätte, um dasselbe in den Stand zu setzen, der der Aufnahme von Menschen würdig erschien. Der Vorstand habe deshalb eine Beihilfe von jährlich 500 *M.* für 1881 und die folgenden 4 Jahre beantragt, weil ihm dann unter Hinzurechnung der schon früher verwilligten 500 *M.* diejenigen Kosten gesichert seien, welche er auf die Verbesserung des Grundstücks factisch verwandt habe.

Herr Blasius spricht sich gleichfalls für Bewilligung der beantragten Unterstützung aus. Die Volksküche habe eine eminente Bedeutung für den Wohlstand der Stadt, indem sie der ärmeren Klasse eine bessere Ernährung, sich selber aber dadurch eine größere Arbeitskraft verschaffe. Professor Voit sage in einem Vortrage: »Durch

die Errichtung von Volksküchen kann mit relativ geringen Mitteln viel Gutes geschaffen werden. Wenn die Aermere eine ausreichende, allen Anforderungen entsprechende Mittagsmahlzeit bekommen für eine geringere Summe, als sie sonst für ein an Brot und Kartoffeln überreiches schlechtes Mahl ausgeben, so wird nicht nur die größte Noth gelindert, sondern es wird auch die Bevölkerung tauglich gemacht für intensivere Arbeit und durch Erhöhung der Widerstandskraft in Folge der bessern Ernährung der Ausbreitung von Krankheiten entgegengetreten«.

In einer für einen stark arbeitenden Menschen ausreichenden Mittagskost müssen enthalten sein: 59 Gramm Eiweiß, 34 Gramm Fett, 160 Gramm Kohlehydrate. Unsere Volksküche arbeite nach denselben Principien wie die Berliner, und die leiste nicht vollständig das Verlangte; sie biete nur 35 Gramm Eiweiß, 19 Gramm Fett, dagegen 178 Gramm Kohlehydrate.

Durch Gewährung der beantragten Unterstützung werde die hiesige Volksküche vielleicht in Stand gesetzt, eine Mahlzeit zu liefern, die etwas mehr Fett und Eiweißstoffe enthalte als bisher.

Darauf wird der angeforderte Zuschuß bewilligt.

VI. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 29. December v. J. — Die projectirte Straße, welche mittelst Ueberbrückung der Oker an der Langentiefe die Amalienstraße mit dem Hasenwinkel verbinden würde, durchschneidet das im Hasenwinkel belegene Grundstück des vor Kurzem verstorbenen Chorsängers Daub. Die Erben haben sich bereit erklärt, das Grundstück zu 17000 *M.* an die Stadt zu verkaufen. Wenngleich die Anlage der fraglichen Straße nicht in ganz nächster Zeit zur Ausführung gelangen dürfte, so glaubt doch der Magistrat den Ankauf des gedachten Grundstücks, dessen Werth die städtische Bauverwaltung auf 16000 bis 16500 *M.* abgeschätzt hat, aus verschiedenen Gründen empfehlen zu sollen, und beantragt unter dem Bemerken, daß die erforderlichen Kaufgelder durch eine künftige Anleihe zu decken, einstweilen indeß vorschußweise aus der Stadtcasse zu zahlen sein würden, den Ankauf des Daub'schen Grundstücks zum Preise von 17000 *M.* zu genehmigen.

Die Commission schließt sich diesem Antrage an.

Auf eine Anfrage des Herrn Grote, ob denn sichere Aussicht vorhanden sei, daß die längst projectirte Okerbrücke zwischen dem Petri- und Wendenthordistricte hinter der Masch hergestellt werde,

antwortet Herr Bürgermeister Rittmeyer Folgendes: Wie der Versammlung erinnerlich sein werde, habe der Magistrat wegen Herstellung dieser Brücke und Verlängerung der Amalienstraße bereits Verhandlungen eingeleitet. Daß diese Verbindung zwischen der Außenstadt des Petrihofs und der des Wendenthofs eine überaus wichtige sei, werde Jeder einräumen, der irgendwie mit den Verkehrsverhältnissen

in jener Gegend vertraut sei; verschiedene von Fabriken und Privatpersonen eingegangene Gesuche gäben Zeugniß davon. Ein wesentlicher Punkt komme hierbei ganz besonders in Betracht: die Verbindung der Eisenbahn mit dem Schlachthause. Sei die erst hergestellt, dann brauche das mit der Bahn ankommende Schlachtvieh nicht durch die Stadt, sondern könne vom Bahnhofe ab über die Goslar'sche Straße, die Amalienstraße und die projectirte Okerbrücke direct nach dem Schlachthause geführt werden, während das aus dem August- und Steinhordistricte kommende Schlachtvieh um die andere Seite der Stadt herum hingebracht werden könne. Es ständen aber der Herstellung dieser Verbindung noch einige Schwierigkeiten entgegen, von denen die Entfernung der Schützen-gesellschaft von dem bisher innegehabten Grundstücke in erster Linie zu nennen sei. Auch in dieser Beziehung seien nun schon Verhandlungen angeknüpft. Da die Schützen-gesellschaft großen Werth darauf lege, in der Nähe der Stadt zu bleiben, so sei das Hasanenbölzchen vor dem Fallersleberthore zur Unterbringung des Schützenetablissements, mit der Schießbahn nach dem Rußberge zu, in Vorschlag gebracht worden. Die Herzogliche Cammer habe sich auch bereit erklärt, dem Wunsche des Magistrats in dieser Beziehung entgegenzukommen, doch habe die Militairbehörde sich geweigert, ihre Zustimmung zu geben. Die Angelegenheit liege jetzt so, daß die Schützen-gesellschaft auf Erwerbung eines anderweiten, passenden Terrains zur Erbauung eines neuen Schützenhauses bedacht sei; dieses Terrain sei aber ungeachtet vielfacher Bemühungen immer noch nicht gefunden. Soviel stehe aber fest, für die Dauer sei das Schützenetablissement an seiner jetzigen Stelle nicht zu halten; sobald eine weitere Bebauung der Außenstadt vor dem Wendenthore stattfinde, müsse dasselbe, wie in anderen Städten, weiter hinaus gelegt werden. Die Brücke werde also jedenfalls zur Ausführung kommen, ob aber in diesem oder im nächsten Jahre, darüber lasse sich noch nichts Bestimmtes sagen. Der Magistrat halte nun aber für rathsam, solche Grundstücke, die zu öffentlichen Zwecken nothwendig gebraucht werden müßten, bei Zeiten anzukaufen, um nicht späterhin, wenn erst die Speculationsucht sich ihrer bemächtigt habe, im Fall der Noth unverhältnißmäßig hohe Summen aufwenden zu müssen. Das Daub'sche Grundstück werde immer seinen Werth behalten, er bitte deshalb den Ankauf zu genehmigen.

Herr Reuter spricht sich gleichfalls für den Magistratsantrag aus. Es lasse sich nicht verkennen, daß das jetzt vorliegende Project einer Verbindung zwischen der Amalienstraße und dem Hasenwinkel ein weit zweckmäßigeres sei, als das durch ihn seiner Zeit vom Wendenthordistrictsvereine überreichte; letzteres sei allerdings auch erheblich billiger gewesen. Der Kostenpunkt könne dem ganzen Projecte möglicherweise noch bedeutende Hindernisse in den Weg stellen, denn es werde weit theurer werden, als man bisher angenommen habe. Nichtsdestoweniger schlage die Kauffumme für das in Rede stehende Grundstück nicht so sehr zu Buche, der noch zur Verwerthung übrig bleibende Theil desselben komme an die neue Straße zu liegen und habe daher großen Werth.

Darauf wird der Magistrats- bezw. Commissionsantrag genehmigt.

VII. wird nach einem Referate des Herrn Telligmann für die Finanzcommission einem Magistratsantrage vom 29. December v. J. gemäß beschloffen, dem hiesigen Handwerkervereine eine Unterstützung von 100 M. zur geeigneten Unterbringung einer Modellsammlung aus den Ueberschüssen der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde pro 1880 zu verwilligen.

Sodann

VIII. berichtet Herr Lüderßen namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 28. December v. J. — Als vor einigen Jahren die Reichspostverwaltung sich entschlossen hatte, ein neues Postdirectionsgebäude in hiesiger Stadt zu erbauen, hielt es schwer, einen geeigneten Platz aufzufinden. Der Magistrat gab sich große Mühe, vermittelnd einzugreifen, und seinen unausgesehten Bemühungen ist es gelungen, daß das Postgebäude seinen jetzigen Platz erhalten hat, wodurch das so äußerst wichtige Verbleiben der Ober-Postdirection in hiesiger Stadt und im Herzogthume gesichert wurde. Der Magistrat hat sich nun damals auf Ansuchen der Kaiserlichen Ober-Postdirecten bereit erklärt, der vom Kattreppele ab an der Ostseite des Reichsbankgebäudes vorüber zum neuen Postgebäude führenden Zugang als eine öffentliche Straße anzuerkennen und in derselben Weise zu unterhalten, wie solches rücksichtlich aller Straßen im Innern der Stadt statutenmäßig geschehen muß. Die Instandsetzung dieses Weges ist jetzt im höchsten Grade nothwendig und wird nach einem Anschlage der städtischen Bauverwaltung 4550 M. Kosten verursachen, wofür eine Pflasterung mit Basaltsteinen und ein Trottoir nebst Bordquadern hergestellt wird. Da das zu pflasternde Terrain sich bislang im Privatbesitz befunden hat, so sind nach den Bestimmungen des Stadterweiterungs-Statuts vom 1. Juli 1876 die Kosten der Instandsetzung und Unterhaltung der Fahrbahn von der Stadt, diejenigen der Fußwege resp. Trottoirs aber von den Besitzern der anliegenden Grundstücke zu tragen. Der Magistrat giebt in der Ueberzeugung, daß die Versammlung die zur Förderung der Wohlfahrt der Stadt vordem ertheilte Zusicherung nachträglich gutheißen werde, anheim, sich mit der Instandsetzung des fraglichen Weges einverstanden zu erklären.

Die Commission empfiehlt den Antrag zur Annahme, indem sie nur hervorhebt, daß die noch zweifelhaft scheinende Frage, ob alle Anlieger zur Tragung der Kosten des Trottoirs angehalten werden könnten, einer weiteren Untersuchung bedürfe, welche dem Stadtmagistrat zu überlassen sei, und es wird deshalb beschloffen, die Uebernahme des gedachten Terrains zur Anlage einer öffentlichen Straße zu genehmigen und zu dessen Pflasterung u. in vorgeschlagener Weise diejenigen Geldmittel zu verwilligen, welche der Stadt nach Maßgabe der bestehenden statutarischen Bestimmungen zu bestreiten obliegen.

## Weiter

IX. berichtet Herr Lüderßen für die Statutencommission, daß einem Magistratschreiben vom 12. v. Mts. zufolge der Stadtcassirer Schmidt vom Bürgervereine zu der am 1. Januar c. vacant gewordenen Stelle eines Controleurs der Bürgerhülfs-casse gewählt ist, und um Erlaubniß zur Uebernahme dieses Postens gebeten hat. In Rücksicht auf die wohlthätigen und nützlichen Bestrebungen des Bürgervereins giebt der Magistrat anheim, dieses Ansuchen zu genehmigen.

Die Commission empfiehlt die Genehmigung des Antrags; sie hat jedoch, um Berufungen vorzubeugen, zu bemerken, daß ihrer Meinung nach die städtischen Beamten im Principe keinerlei Nebenämter übernehmen sollen. Wenn man denselben auch eine passende Verwerthung ihrer außerdienstlichen Zeit nicht verwehren könne, so dürfe die Uebnahme derartiger Nebenämter, selbst wenn die wirklichen Dienstgeschäfte nicht darunter leiden, doch nur ausnahmsweise gestattet und durch diese Genehmigung kein Präjudiz für spätere Fälle geschaffen werden. Wenn sich die Commission trotz dieser Bedenken dem Magistratsantrage angeschlossen habe, so sei sie hauptsächlich von dem Gedanken geleitet gewesen, daß man alle Ursache habe, den Bürgerverein in seinen anerkanntenswerthen Bestrebungen, wozu namentlich die höchst wohlthätige Einrichtung einer Bürgerhülfs-casse zu rechnen sei, zu unterstützen.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels noch bemerkt hat, daß der Magistrat genau auf dem von der Commission vertretenen Standpunkte stehe und die Vorlage nur eingebracht habe, weil er dem Bürgervereine das schuldig zu sein glaube, andere Motive aber, etwa der Wunsch, dem Stadtcassirer Schmidt eine Nebeneinnahme zu verschaffen, nicht vorhanden gewesen seien,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

X. Der Stadtmagistrat hat bereits früher den Antrag gestellt, dem Buchhändlers Stephan Meyer die Herausgabe eines Ocularplans der Stadt Braunschweig zu gestatten. Die Beschlußfassung hierüber ist aber einstweilen verschoben, weil die Statutencommission der Ansicht war, daß durch das Vorhaben des Meyer das Urheberrecht der neuen Stadtpläne, als der Herzoglichen Landesregierung und der Stadtgemeinde, beeinträchtigt werden würde und daher erstere ihre Zustimmung dazu ertheilen müsse. Ein inzwischen vom Buchdruckereibesitzer Krampe eingegangener Antrag, ihm das Vervielfältigungsrecht der neuen Stadtpläne gegen eine Entschädigung von 2000 M. zu überlassen, ist vom Herzoglichen Staatsministerium abgelehnt, weil dasselbe, wie es unter Anderm anführt, zur Ertheilung bindender Zusagen im Interesse Einzelner nicht geneigt, vielmehr die Freiheit zu behalten wünsche, theils im dienstlichen Interesse Copien von den fraglichen Plänen nach Ermessen anfertigen zu lassen, theils im Interesse des Publicums Unternehmern auf ihre Kosten, jedoch ohne Entschädigung,

Copien von den zu den Grundacten gehörigen Stadtplänen zu gestatten. Auf den früheren Antrag vom 27. October v. J. zurückkommend, giebt der Magistrat daher anheim, ihn zu ermächtigen, im Einverständnisse mit dem Herzoglichen Staatsministerium Privatunternehmern die Vervielfältigung der neuen Stadtpläne in beliebigem Maßstabe auf ihre Kosten unentgeltlich zu gestatten, insbesondere das Vorhaben des Buchhändlers Meyer in der Weise zu fördern, daß dem Stadtgeometer Knoll die Erlaubniß ertheilt wird, bei der Herausgabe des Meyer'schen Ocularplans außerhalb seiner Dienstzeit und auf alleinige Kosten Meyers behülflich zu sein.

Auf Empfehlung des Antrags Seitens des Referenten der Statuten-Commission, Herrn Schwarzenberg, wird derselbe ohne Debatte genehmigt.

XI. berichtet Herr Rybiß über eine Magistratsvorlage vom 17. v. Mts, betreffend das Abfuhrwesen in hiesiger Stadt. — Mit dem Abfuhrunternehmer Brauwers besteht seit längeren Jahren ein Verdingcontract wegen Abfuhr des Unraths von den Straßen. Die für die Abfuhr zu zahlende Entschädigung ist je nach den gesteigerten Anforderungen verschiedentlich erhöht worden und beträgt seit dem Jahre 1870, wo auch noch die Abfuhr des Kehrichts von der Außenstadt hinzugekommen ist, jährlich 9775 M. Es hat sich nun abermals das Bedürfniß geltend gemacht, die Einrichtungen des Abfuhrwesens zu verbessern. Die Abfuhr geschieht districtweise und Brauwers ist in der Wahl der Tageszeit bisher nicht beschränkt gewesen. So ist denn Klage darüber geführt worden, daß die Abfuhr zu allen Tageszeiten, namentlich auch während der Hauptgeschäftsstunden unter Mittag vorgenommen wird, daß die den Hauskehricht enthaltenden Gefäße oft Stunden lang vor den Häusern stehen und nicht allein einen widerlichen Anblick gewähren, sondern auch den Verkehr hemmen und endlich, daß nicht allein beim Ausladen des Kehrichts Staub verursacht wird, welcher die Vorübergehenden belästigt und beschmutzt, sondern daß solcher Staub auch bei windiger Witterung von den offenen Kehrichtwagen zum Nachtheil der Passanten fortgetrieben wird. Der Magistrat hat diese Klagen für begründet erachtet und in Erwägung gezogen, wie den beregten Uebelständen abgeholfen werden könne. Er hat im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction mit Brauwers eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts von den innerhalb der inneren Umfluthgräben belegenen Straßen und Plätzen vom 1. März d. J. an während der Monate April bis incl. September in den Morgenstunden von 6 bis 9 Uhr und während der Monate October bis incl. März in den Morgenstunden von 7 bis 10 Uhr stattfindet. Außerdem hat Brauwers zur Abfuhr täglich 8 einspännige und 4 zweispännige Abfuhrwagen, welche verdeckt und nach dem vom Stadtmagistrate und der Herzoglichen Polizeidirection genehmigten Muster hergestellt sein und stets in gutem Stande erhalten werden müssen, zu verwenden. Nach diesem Muster werden die Wagen zweckmäßiger eingerichtet sein als bisher; sie sind mit einem aus mehreren

Klappen bestehenden Verdecke versehen; von diesen Klappen wird beim Ausladen des Kehrichts je nur eine geöffnet und, nachdem der Kehricht in den Wagen hineingeschüttet ist, wieder geschlossen, so daß während des Ausladens möglichst wenig Staub, während des Fahrens aber überall kein Staub verursacht wird. Die Wagen gewähren einen sauberen Anblick und sind dergestalt construirt, daß sie zum Zwecke des Entladens nach hinten zu gekippt werden können, so daß der Kehricht von selbst zur Erde fällt. Da der Abfuhrunternehmer bei dieser Einrichtung 4 Wagen, 5 Pferde und 8 Mann mehr als früher zu stellen hat, so ist mit ihm eine Erhöhung der Entschädigung auf 15000 *M.* vereinbart. Der Magistrat giebt anheim, sich mit diesen Vereinbarungen einverstanden zu erklären und die dadurch erwachsenden Mehrkosten vom Dispositionsfonds zu verwilligen.

Die Commission hält das vorgeschlagene Arrangement für zweckmäßig und schließt sich dem Magistratsantrage an. Referent ist indeß beauftragt, einige bei Durchsicht des Verdingcontractes geäußerte Wünsche zur Sprache zu bringen. Brauwers sei verpflichtet gewesen, die Abfuhrwagen mit einer Glocke zu versehen und dafür zu sorgen, daß die Kehrichtgefäße unmittelbar nach der Entleerung in die Häuser bezw. vor den Thoren in die Vorgärten zurückgesetzt werden. Brauwers resp. dessen Personal sei diesen Verpflichtungen bislang nicht nachgekommen und im Contracte sei auch keine Strafbestimmung für die Nichtbeachtung dieser Verpflichtungen vorgesehen. Es sei nun das beobachtete Verfahren um so unangenehmer, als nach §. 51 der Straßenpolizeiordnung die Hausbesitzer bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 1½ *M.* verpflichtet seien, für die Zurücksetzung der geleerten Kehrichtgefäße ins Haus zu sorgen. Diese Strafe werde erklärlicherweise häufig eingezogen, weil der sog. Dreckwagen die angekündigten Tageszeiten nicht innehalte und die Leute ihre Gefäße nicht fortwährend bis zur Entleerung im Auge behalten könnten. Die Commission habe daher für wünschenswerth erachtet, daß auf die Erfüllung der Verbindlichkeiten fortan gehalten und für den Fall der Nichterfüllung der gedachten Verpflichtungen eine angemessene Conventionalstrafe durch eine neue Contractbestimmung festgesetzt werde. — Mit diesen Modificationen, welche jedoch nicht geradezu als Bedingung für die Genehmigung der vorgeschlagenen Contractergänzungen hingestellt werden sollten, und unter der Voraussetzung, daß durch die Contractsänderung, namentlich bezüglich der Abfuhrwagen, die Verpflichtung des Brauwers zu den Schneeabfuhrn nicht geändert werde, empfiehlt die Commission den Magistratsantrag zur Genehmigung.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt hierzu, daß er mit Brauwers über die von der Commission gerügten Uebelstände bereits gesprochen habe; derselbe habe versprochen, seinen Verpflichtungen für die Folge pünktlich nachzukommen, sei auch mit Aufnahme der gedachten Strafbestimmung in den Contract einverstanden. Die Schneeabfuhrn werde derselbe auch bei Einführung der neuen Wagen, soweit er dazu contractmäßig verpflichtet sei, gratis vornehmen lassen.



Nachdem Herr du Roi noch betont hat, daß die letzten Schneecabiführen zu langsam von Statten gegangen wären und zur Beschleunigung derselben seiner Meinung nach dreist das Doppelte der verausgabten 4000 *M.* hätte verwandt werden können, da das Passiren vieler Straßen jetzt noch fast unmöglich sei, wird der Commissionsantrag genehmigt.

XII. berichtet Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission über die Magistratsvorlage vom 24. Januar c. — Nach einer Anzeige des Schuldirectors Schaarschmidt ist die hiesige katholische Schule dergestalt mit Schülern überfüllt, daß die Einrichtung einer neuen Schulklasse und die Anstellung eines fünften Lehrers dringend erforderlich erscheint, was nach einer vom Dechant Becker aufgestellten Berechnung eine jährliche Mehrausgabe von 1900 *M.* verursachen wird, eine Summe, welche die katholische Gemeinde aus eigenen Mitteln nicht aufzuwenden in der Lage ist. Das Herzogliche Staatsministerium hat sich denn auch bereit erklärt, zu gedachtem Zwecke jährlich 450 *M.* aus der Klosterreinertrags-Casse bis auf Weiteres zu verabfolgen. In Anbetracht nun, daß die unter der Aufsicht des städtischen Schuldirectors stehende hiesige katholische Schule gleich den protestantischen Gemeindeschulen der hiesigen städtischen Bevölkerung zum Nutzen gereicht und unsere Gemeindeschule erheblich entlastet, beantragt der Magistrat, zu den erwähnten Kosten ebenfalls bis auf Weiteres einen jährlichen Zuschuß von 450 *M.* aus städtischen Mitteln — Cap. XIV. *M.* 4 — zu verwilligen.

Der Antrag, von der Commission empfohlen, findet ohne Weiteres Genehmigung.

XIII. Der Stadtmagistrat hat unterm 27. v. Mts. den von der Deputation der städtischen Gas- und Wasserwerke vorgelegten Etat des Wasserwerks pro 1881 mit dem Ersuchen um Feststellung desselben auf 155 600 *M.* in Einnahme und auf 98 525 *M.* in Ausgabe überreicht.

Der Commissionsreferent, Herr von Seckendorff, giebt mit dem Bemerken, daß dieser Etat zum letzten Male allein vorgelegt sei und für die Folge stets mit dem Haushaltsetat zusammen am Ende des Jahres zur Feststellung unterbreitet werden werde, anheim, dem gestellten Ersuchen Folge zu geben.

Herr Blasius richtet die Anfrage an den Magistrat, welche Schritte derselbe gethan habe, um der in letzterer Zeit so häufig vorgekommenen Lieferung von trübem, unbrauchbarem Wasser zu begegnen. Im Etat figurire ein Posten von 3000 *M.* für Erhaltung eines Filterbassins. Von einem Filterbassin könne aber gar keine Rede sein, sondern nur von einem Absatzbassin für grobe Unreinigkeiten.

Herr Oberbürgermeister Poetz überläßt die Beantwortung dieser Anfrage, da sie technischer Natur sei, dem Director des Wasserwerks,

Herrn Reuter: Es sei allerdings eine Filteranlage vorhanden, sie sei aber für den großen Wasserbedarf der Stadt lange nicht ausreichend. Die Filteranlage habe ursprünglich schon erweitert werden sollen; es sei eine Erhöhung für einen zweiten Filter vorhanden und auch ein Theil der Umfassungswände dafür hergestellt. Später sei aber die Frage entstanden, ob das Wasserwerk bei einer Erweiterung, wie sie in Zukunft für die Stadt Braunschweig angemessen sei, überall an der jetzigen Stelle verbleiben solle. Es läge jetzt ein Project vor zur Erweiterung desselben am bisherigen Platze, ein anderes zur Anlegung eines neuen Werkes oberhalb Eisenbüttels bei Entnahme von Okerwasser und unter Benutzung eines Theils des Zuckerbergterrains, und ein drittes zur Entnahme von Wasser bei Bienenburg. In einer der nächsten Sitzungen werde sich die Deputation für Gas- und Wasserwerke mit dieser Frage beschäftigen und dann geeignete Vorschläge an die Versammlung zur Beschlußfassung gelangen lassen. Es sei übrigens nicht nur die Beschaffenheit des Wassers zu verbessern, sondern auch auf eine größere Leistungsfähigkeit des Werks überhaupt Rücksicht zu nehmen. Da die anderweite Herstellung des Werks über zwei Jahre erfordere, so müsse baldigst beschlossen werden, wie es werden solle. Für die neu hinzugekommenen Mitglieder der Versammlung hebt Redner hervor, daß die Wasserwerke seiner Zeit mit verhältnißmäßig sehr geringen Mitteln hergerichtet seien, und daß aus dem Projecte überall nichts geworden wäre, wenn man von vornherein auf die Erbauung eines von allen Mängeln freien Wasserwerkes bestanden hätte, wozu eine Summe erforderlich gewesen wäre, wie sie bei dem damaligen Verhältniß kaum hätte aufgebracht werden können. Man habe ursprünglich nicht auf eine so bedeutende Betheiligung an der Wasserentnahme gerechnet, wie sie jetzt vorhanden sei; die Consumenten müßten sich eben noch einige Jahre gedulden und eine Periode über sich ergehen lassen, wo beim besten Willen kein Mensch im Stande sei, mit den vorhandenen Einrichtungen, welche von Haus aus zu klein und ungünstig angelegt seien, Wasser von guter Beschaffenheit und in hinreichender Menge zu liefern.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß er das den älteren Mitgliedern schon aus dem vorigen Jahre bekannte Gutachten der technischen Commission zur Anlage einer Harzwasserleitung auch bei den neu hinzutretenden Herren circuliren lassen werde,

wird der Etat, wie vorgelegt, genehmigt.

Herr Schöttler nimmt darauf in Anknüpfung an das von Herrn Blasius berührte Thema Veranlassung, noch einige Mittheilungen vom neuen Wasserwerke in Magdeburg zu machen. Durch eine große Dampfmaschine wird das Wasser aus der Elbe gehoben und danach durch den Reinigungsapparat in die Reinwasser-Bassins geführt. Das Hochreservoir befindet sich auf dem Calvarienberge bei Sudenburg und ist vom Wasserwerke mindestens eine deutsche Meile entfernt. Das Wasserwerk

besteht aus 6 großen offenen Absatzreservoirs, aus 6 großen überwölbten Filtern und aus gleichfalls überwölbten Reinwasser-Bassins. Bei Eröffnung des Wasserwerks, welches ca.  $3\frac{1}{2}$  Millionen Mark gekostet habe, sei man zu wunderbaren Resultaten gekommen. Während früher die Maschine zur Beschaffung der angeforderten Wassermenge 22 Touren per Minute habe machen müssen, mache sie jetzt nur 8 Touren. Das habe seinen Grund in der Einführung der Wassermesser, die vor jeder Verschwendung schützten. Ein Jeder suche seinen Consum, der jetzt genau gemessen werden könne, der Kostenersparniß wegen nach Möglichkeit einzuschränken, so daß, um eine dem öffentlichen Wohle zuwiderlaufende allzugroße Beschränkung des Wasserconsums zu verhindern, ein Minimalquantum für jede Haushaltung und ein dem entsprechender Minimal-Beitrag, welcher auch bei geringerem Verbräuche gezahlt werden müsse, festgesetzt sei. Das Bedürfniß, mehr Wasser zu verbrauchen, sei also factisch nicht vorhanden. Aehnlich würden sich die Verhältnisse auch hier gestalten, wenn erst ein neues Wasserwerk gebaut sei. Auch hier werde jetzt eine kolossale Verschwendung mit dem Wasser getrieben, die dann bald aufhören würde. Redner ist der Ueberzeugung, daß man sich am besten stände, wenn man sich zur Errichtung eines neuen Wasserwerks, am zweckmäßigsten einer Hochwasserleitung, entschloße; man würde binnen wenigen Jahren eine vortheilhafte Verzinsung erzielt haben. Das Wasserwerk in Magdeburg verzinsse sich jetzt schon mit  $4\frac{1}{2}$  %.

### Schließlich

XIV. berichtet Herr von Seckendorff für die Finanzcommission über ein Magistratsschreiben vom 27. v. Mts. — Die im vorigen Jahre zur Bekämpfung des Flecktyphus getroffenen Maßregeln haben, abgesehen von dem Aufwande, welcher durch Lagerung und Speisung der Erkrankten bezw. als erkrankt Verdächtigen in den Baracken erwachsen ist, insgesammt 4722 *M.* 75 *S.* Kosten verursacht. Da diese Sicherheitsmaßregeln nicht eigentlich durch den localen Gesundheitszustand geboten gewesen, sondern wesentlich durch widerrechtliche Anherfschiebung der Kranken abseiten anderer Gemeinden nothwendig geworden, auch nicht lediglich im Interesse der hiesigen Stadt, sondern ebenmäßig in demjenigen des Landes getroffen waren, so hat der Magistrat das Herzogliche Staatsministerium um Bewilligung eines Zuschusses erjucht, der denn auch in der Höhe von 3000 *M.* erfolgt ist, so daß aus städtischen Mitteln noch 1722 *M.* 75 *S.* zu decken bleiben.

Der Magistrat beantragt, die seiner Zeit getroffenen Maßregeln genehm zu halten und die der Stadt zur Last fallenden Kosten aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden pro 1880 zu bewilligen.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Commission genehmigt,

die Sitzung darauf geschlossen.

(Beilage zu N<sup>o</sup> 78 der Braunschw. Anzeigen.)

1881.

(Fortsetzung der Beilage zu N<sup>o</sup> 47 de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)N<sup>o</sup> 3.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 10. März 1881.

**Öffentlich:**

- I. Eingabe von Anwohnern der Friesenstraße, betreffend den Erlass von Zinsen stadtsseitig vorgeschossener Canalisationskosten.

**Vorlagen des Stadtmagistrats:**

- II. Anschaffung von Amtsketten für die Vorsitzenden der Stadtverordneten.
- III. Ankauf von Wiesenflächen hinter dem Wasserthurne für städtische Zwecke.
- IV. Statut, betreffend die Aufhebung des §. 3 des städtischen Statuts N<sup>o</sup> 1 vom 24. November 1851.
- V. Statut, betreffend die bei Erlangung des Bürgerrechts zu zahlende Gebühr.
- VI. Ankauf von Baulerrain am Rickenkulte behuf Verbreiterung eines Theils dieser Straße.
- VII. Bewilligung der Mittel zum Ankauf des „Willkommen“-Bekkers der früheren Leineweber-Gilde.
- VIII. Desgl. zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung.
- IX. Genehmigung des Eintritts eines anderen Schuldners in eine städtische Hypothekensforderung.

**Vertraulich:**

- 1) Bewilligung der Kosten zur Besetzung einer neuen Classenlehrer-Stelle an der höhern Mädchenschule.
- 2) Wahl eines Pflegehaus-Inspectors.
- 3) Mittheilungen des Magistrats bezüglich der bevorstehenden Jubiläums-Feier.

Entschuldigungen wegen Fehlens sind nicht eingegangen. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Bammel, Götte, Haake, Schöttler und Metemeyer.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnet die Sitzung, indem er zunächst die Protokolle Nris. 14 und 15 von 1880 und Nris. 1 und 2 von 1881 zur Genehmigung vorstellt.

Die drei erstgedachten Protocolle werden ohne Weiteres genehmigt. Zu dem Protocoll Nr. 2 vom 3. Februar c. bemerkt Herr Grote, daß die von Herrn Blasius auf Seite 12 gelieferte Tabelle über diejenigen Städte, welche gleich Braunschweig 4 Apotheken haben, mit der Bemerkung »Zählung von 1875« überschrieben sei, eine Bemerkung, die Herr Blasius bei seinem Referate nicht zum Ausdrucke gebracht habe, wodurch ihm (Redner), welcher in der Meinung gewesen sei, daß sich auch die Zahlen dieser Tabelle, wie die der vorhergehenden, auf das Jahr 1878 bezögen, die Gelegenheit genommen gewesen sei, die in diesem Falle unrichtigen Zahlenangaben zu moniren.

Herr Blasius glaubt, die Tabellen so verlesen zu haben, wie er sie zum Protocoll abgegeben hat und constatirt, daß er jedenfalls die Zählung von 1875 gemeint habe.

Sonach wird von einer Berichtigung des gedachten Protocoll's Abstand genommen und dasselbe gleichfalls genehmigt.

#### Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Kybitz namens der Finanzcommission über eine Eingabe von Anwohnern der Friesenstraße vom 16. v. Mts. — Einem großen Theile der bei der Canalisirung des Okerarmes hinter der Friesenstraße theilgenommenen Grundbesitzer ist es seiner Zeit nachgelassen; ihre Beiträge ratenweise binnen 10 bezw. 4 Jahren an die Stadtcasse, für welche die von ihr vorgeschossenen Kostenbeträge als Darlehne nebst 5 % Zinsen pro anno auf die Grundstücke der Anlieger hypothekarisch eingetragen sind, einzuzahlen. In der Eingabe wird um Erlass der stipulirten Zinsen gebeten.

Da die Petenten sich mit einem gleichen Gesuche an den Stadtmagistrat noch nicht gewandt haben, so giebt die Finanzcommission schon aus formellen Gründen anheim, die Eingabe an den Stadtmagistrat zur Erledigung nach Ermessen abzugeben, und dies um so mehr, als auch sachlich ein allgemeiner Erlass der Zinsen unzulässig erscheine, eine derartige Verwilligung im einzelnen Falle aber von einer Sachinstruction, insbesondere in Betreff der Bedürftigkeit der Einzelnen, abhängig bleiben müsse, welche bisher nicht erfolgt sei. Anträge auf Erlassbewilligung seitens des Stadtmagistrats seien daher abzuwarten.

Nachdem sich die Versammlung mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt und der Vice-Präsident, Herr Kybitz, den Vorsitz übernommen hat,

II. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 15. v. Mts. — Durch Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums ist den Mitgliedern des Stadtmagistrats gestattet, Civiluniform zu tragen. Daß die Magistratspersonen, wenn dieselben bei feierlichen Gelegenheiten als Repräsentanten der Stadt auftreten, äußerlich kenntlich sind, erscheint dem Magistrate durchaus angemessen, doch hat derselbe gewünscht und auch darum nachgesucht, daß seinen Mitgliedern gestattet werden möge, an Stelle jener Uniform eine goldene Amtskette zu tragen. Zugleich hat der Magistrat bei der Stellung der Stadtverordnetenversammlung in der Gemeindeverwaltung dem Herzogl. Staatsministerium gegenüber sich dahin erklärt, daß das Tragen einer Amtskette auch dem jedesmaligen Vorsitzenden dieser Versammlung, sowie dem Stellvertreter desselben zuzugestehen sein möchte. Die Bitte hat Höchsten Orts Berücksichtigung gefunden. Die Mitglieder des Stadtmagistrats werden die von ihnen zu tragenden Amtsketten aus eigenen Mitteln beschaffen. Mit Rücksicht darauf, daß bezüglich der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung nur einjährige Wahlperioden Platz greifen, erscheint es dagegen angemessen, diesen die Amtsketten zu jedesmaligem Gebrauche zu liefern. Der Stadtmagistrat giebt daher, mit dem Bemerken, daß die Kosten einer solchen Kette (nach vorgelegtem Muster) in starker Silbervergoldung, sich auf 150—180 *M.* stellen werden, anheim, die Mittel zur Anschaffung der beiden Ketten aus der Stadtcasse bewilligen zu wollen.

Die Finanzcommission hat sich bei der Berathung über diese Vorlage im Wesentlichen auf den Standpunkt des Magistrats gestellt und empfiehlt mit allen gegen eine Stimme die Annahme des Antrags. Referent bemerkt noch, daß auch die Frage, angeregt worden sei, ob nicht sämtliche Stadtverordnete Amtsketten tragen sollten; es sei indeß ein Antrag in dieser Beziehung nicht gestellt worden und sprächen auch erhebliche Gründe gegen einen solchen Antrag. Der Herr Vorsitzende des Stadtmagistrats habe sodann noch auf Anregung in der Commissionsitzung zugesagt, er werde höheren Orts befürworten, daß die (in der Zeichnung bereits genehmigten) Ketten des Magistrats wie der Vorsitzenden der Stadtverordneten, in Anbetracht der coordinirten Stellung beider Körperschaften, thunlichst übereinstimmend gehalten werden sollten, so daß eine Verschiedenheit nur in der Inschrift der Medaillen und durch die die Medaille der Magistratskette auszeichnende Mauerkrone obwalte.

Herr Reuter hält allerdings für angemessen, daß die städtischen Behörden sich bei öffentlichen Gelegenheiten, wie bei Abnahme neuer städtischer Gebäude, Schulfestlichkeiten u., wo sie als Repräsentanten des Stadtmagistrats oder der Stadtverordnetenversammlung zu erscheinen berufen seien, durch ein äußeres Kennzeichen

als Deputirte documentiren. Dazu sei aber wünschenswerth, daß 3 resp. 6 Ketten angeschafft würden, welche von den Vorsitzenden und einigen Deputirten nach einem bestimmten Turnus zu tragen seien. Schon bei anderen Gelegenheiten habe er Veranlassung genommen, zu bedauern, daß namentlich den ausgeschiedenen Mitgliedern der Versammlung so wenig Aufmerksamkeit zu Theil werde; wenn sie ausgetreten seien, kümmere sich Niemand mehr um sie. In andern Städten sei das anders. Komme man in dieser Beziehung auch hier erst einmal zu besserer Uebung, so werde auch die noch in vielen Kreisen herrschende Abneigung gegen die Uebernahme eines öffentlichen Amtes mehr und mehr schwinden. Redner beantragt:

»Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß künftig bei allen solchen Gelegenheiten, bei welchen eine Vertretung der städtischen Behörden wünschenswerth erscheint, diese durch den Vorsitzenden in der Weise angeordnet wird, daß nach einem bestimmten Turnus 3 eoent. 6 Mitglieder der Versammlung zur Vertretung derselben deputirt werden. Dieselbe wünscht, damit der officiële Character solcher Deputationen auch öffentlich zu Tage tritt, die Anschaffung von 6 Amtsketten, welche bei dem Vorsitzenden nieder gelegt und von diesem jedes Mal denjenigen Mitgliedern übersandt werden, welche derselbe als Vertreter der Versammlung deputirt. Sie ersucht den Stadtmagistrat, sich mit der Anschaffung dieser Amtsketten aus städtischen Mitteln einverstanden zu erklären, nachdem die höchste Genehmigung zur Anlegung der Amtsketten eingeholt worden ist.«

Herr T e l l g m a n n bemerkt, daß es ihm lieber gewesen wäre, wenn sämtliche Stadtverordnete, wie z. B. in Berlin, Amtsketten zu tragen berechtigt wären. Es werde nach seiner Meinung die Parität, welche die Städteordnung den beiden städtischen Behörden zuerkenne, in Frage gestellt werden, wenn die Mitglieder des einen Theiles sämmtlich mit der Amtskette versehen würden, von den Mitgliedern des anderen Theiles dagegen nur die Vorsitzenden. Nach reiflicher Ueberlegung sei er zu dem Entschlusse gekommen, zu beantragen: für sämtliche Stadtverordneten Amtsketten zu bewilligen und solche auf Kosten der Stadt anzuschaffen. Die Kosten betrügen ungefähr 5000 M. und könnten kein Grund sein, diesen Antrag abzulehnen, da der Werth der Ketten immer derselbe bleibe.

Herr S t e i n a u erklärt, daß die eine ablehnende Stimme in der Finanzcommission die seine gewesen sei; er sei überzeugt, daß ohne das bevorstehende Jubiläumsfest die Sache überall nicht in Frage gekommen wäre. Solange die Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig existire, sei noch Niemand auf die Idee gekommen, deren Mitglieder in der vorgeschlagenen Weise zu decoriren. Dem Stadtverordneten müsse seine Stellung an sich genügen; er habe die Ehre, von der Bürgerschaft gewählt worden zu sein, und das Bewußtsein, nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflicht

erfüllt zu haben, müsse ihm volle Befriedigung gewähren. Eine besondere Kennzeichnung der Herren Vorsitzenden der Versammlung für den Fall einer Vorstellung bei Hofe bei der bevorstehenden Jubiläumsfeier sei vollständig überflüssig, da beide Herren angesehene Staatsbeamte und als solche bei Hofe persönlich bekannt seien; ihre Würde könne durch das Tragen von Amtsketten in keiner Weise erhöht werden. Was der Magistrat in dieser Beziehung thue, könne der Versammlung gleichgültig sein; jener sei eine Behörde, diese bestehe aus Privatpersonen. Die Ausgabe sei ja sehr unbedeutend und könne überall nicht in Betracht kommen. Den Reuter'schen Antrag hält Redner noch für weit unzumuthlicher. Die Kennzeichnung einer Deputation der Stadtverordneten bei feierlichen Gelegenheiten durch Amtsketten könnte leicht zu recht unangenehmen Betrachtungen Veranlassung geben; es könnte sich mancher zurückgesetzt fühlen, wenn er nicht auch einmal dazu bestimmt würde, in dieser Amtstracht erscheinen zu dürfen. In gleichem Maße sei der Zellmann'sche Antrag unzumuthlich, für sämtliche Stadtverordneten Ketten anzuschaffen. Die Ansichten seien hierüber in der Versammlung nicht alle gleich und es könnte der Fall eintreten, daß der Eine oder Andere sich weigern würde, eine solche Kette zu tragen; er (Redner) würde entschieden keine Kette anlegen.

Herr Otto erwidert, daß es sich nicht etwa um einen Aufmerksamkeitsbeweis gegenüber den beiden Vorsitzenden handle, da die Verleihung des Rechts zur Tragung der Ketten höchsten Orts erfolgt sei und die Vorsitzenden die Ketten tragen könnten, einerlei, ob die Magistratsvorlage genehmigt werde oder nicht; es würde alsdann nur ihnen zufallen, die Ketten auf eigene Kosten anzuschaffen. Aber auch vom allgemeinen Gesichtspunkte aus sei er nicht der Ansicht des Herrn Vorredners. Das Tragen von Amtsketten sei an sich allerdings etwas Aeußerliches, das mit der innern Bedeutung der Versammlung nichts zu thun habe. Sehe man sich aber im alltäglichen bürgerlichen Leben um, so werde man auch dort finden, daß ernste oder heitere Familienfeste nicht im Werktagsanzuge, sondern in besonderem festlichen Schmucke gefeiert würden; so sei es im Privatleben, so auch im öffentlichen Leben. Man möge sich vergegenwärtigen, in welcher feierlicher Tracht unsere Ältesten hier Rathspöhlen, und sich bei öffentlichen Gelegenheiten kleideten. Dem innern Menschen müsse auch der äußere entsprechen; man müsse auch auf die äußere Erscheinung etwas geben und deshalb sei es ihm nicht ganz einerlei, in welcher Weise Magistrat und Stadtverordnete in der Öffentlichkeit auftreten. Von diesem Gesichtspunkte aus sei ihm die Vorlage sympathisch. — Als der Magistrat vor einiger Zeit für seine Mitglieder in Rücksicht auf die bevorstehende Jubiläumsfeier das Recht zur Tragung von Amtsketten nachzufuchen beabsichtigte, habe Redner im Hinblick auf die im Königreiche Preußen bestehende Einrichtung, nach welcher in sämtlichen Städten von der Größe Braunschweigs nicht allein die Magistratsmitglieder sondern auch die Vorsitzenden der Stadtverordneten Amtsketten tragen — in Berlin sogar sämtliche Stadtverordneten —



den Magistratsvorsitzenden ersucht, auch für die Vorsitzenden der Stadtverordneten die Einräumung dieses Rechts Höchsten Orts zu erwirken. Diesem Ersuchen sei bereitwilligst entsprochen und so sei denn dieser Gnadenbeweis auch für die Stadtverordnetenversammlung erfolgt. An seine Person und an die des Herrn Vice-Vorsitzenden habe er dabei unmittelbar nicht gedacht, was er wohl nicht besonders zu betonen brauche; auch müßten am Jubiläumstage beide auf die Ehre, die Ketten zu tragen, wahrscheinlich verzichten, da sie aus Gründen ihrer dienstlichen Stellung sich den Stadtverordneten an diesem Tage nicht anschließen könnten. Es handle sich auch hier nicht um eine persönliche, sondern um eine rein sachliche Angelegenheit. Seiner Ansicht nach sei es durchaus angemessen, daß die Würde eines Ehrenamts, wie das der Stadtverordneten, welches oft herzlich viel Arbeit mit sich bringe, auch durch die äußere Erscheinung zum Ausdruck gebracht werde, geschähe es auch nur, um bei öffentlichen Gelegenheiten besser an den Tag zu legen, daß man dort vertreten sei und am öffentlichen Leben regen Antheil nehme. Um aber dieses äußere Zeichen der Würde in etwaigen Behinderungsfällen der Vorsitzenden auch anderen jedesmal dazu zu bestimmenden Vertretern der Versammlung beilegen zu können, beantrage er zu beschließen: mit dem Ausdrucke des Dankes für den erfolgten Gnadenbeweis an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, dahin zu wirken, daß Höchsten Orts das Tragen der Amtsketten den beiden Vorsitzenden der Stadtverordneten oder zwei anderen von den Stadtverordneten im einzelnen Falle zu bestimmenden Mitgliedern gestattet werden möge.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Bei der Würde und Bedeutung des von den städtischen Behörden vertretenen Gemeinwesens gezieme es sich wohl, daß diejenigen, welche bei feierlichen Gelegenheiten als Repräsentanten der Stadt aufzutreten berufen seien, auch äußerlich kenntlich gemacht würden. Wenn die Frage wegen Beschaffung dieser Ketten magistratsseitig als eine persönliche aufgefaßt sei, so habe das seinen Grund in der geschichtlichen Entwicklung gehabt. Der Magistrat habe sich zu entscheiden gehabt, ob er Civiluniform oder das gedachte Amtszeichen tragen wolle. Civiluniform würde ihn nur bei außerhalb der Stadtverordnetenversammlung stehenden Feierlichkeiten kenntlich gemacht haben, während die Amtskette auch bei eigentlichen Amtshandlungen zu tragen sein würde, wie das im Königreich Preußen geschehe. Daß aber die jedesmaligen Vorsitzenden der Stadtverordneten, für welche diese Rücksichten nicht zutreffen, in gleicher Weise die Angelegenheit als eine persönliche auffassen und die betreffenden Kosten zu tragen geneigt sein sollten, sei doch wahrlich nicht anzunehmen und deshalb habe der Magistrat den obigen Antrag gestellt, den er nochmals zur Annahme empfehle. Der Magistrat habe indeß auch nichts dagegen, wenn dieser Antrag die von Herrn Otto modificirte Fassung bekomme. Dagegen müsse sich der Magistrat gegen die erweiterten Anträge der Herrn Reuter und Zellgmann aussprechen, schon aus dem Grunde, weil die dazu einzuleitenden Verhandlungen soviel

Zeit in Anspruch nehmen würden, daß für die bevorstehende Jubiläumsfeier an eine Effectuirung eines dahin gehenden Wunsches nicht gedacht werden könne.

Herr Semler stellt den Antrag, auch die Magistratsketten auf Kosten der Stadt anzuschaffen, zieht denselben aber zurück,

als Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt hatte, daß der Magistrat die Sache als eine persönliche auffasse und sich nicht in der Lage finden würde, einem derartigen Antrage Folge zu geben.

Herr Schwarzenberg spricht sich für den Magistratsantrag aus und bittet die Anträge Reuter und Tellingmann abzulehnen, schon aus dem Grunde, weil höchsten Orts denselben höchstwahrscheinlich nicht werde deferirt werden.

Herr Reuter bemerkt, sein Antrag bezwecke weiter nichts, als daß die Theilnahme der Versammlung bei öffentlichen Gelegenheiten officiell documentirt werden solle; Zeit zur Effectuirung dieses Antrags sei bis zum 25. April noch vollauf vorhanden. Das Amt eines Stadtverordneten sei ein Ehrenamt, es bringe aber auch manche harte Verpflichtungen mit sich, denn von 2400 Arbeitsstunden des Jahres würden 200—240 Stunden von diesem Amte in Anspruch genommen; es sei daher ganz in der Ordnung, wenn dafür gesorgt werde, daß den Mitgliedern dieser Versammlung eine ehrende Auszeichnung zu Theil werde. Ebenso wünsche er, daß die der Stadt geleisteten Dienste auch nach dem Ausscheiden derselben aus der Versammlung noch Anerkennung fänden.

Nachdem ein reglementarischer Antrag des Herrn Tellingmann, seinen Antrag als den weitestgehenden zunächst zur Abstimmung bringen zu lassen, abgelehnt ist, werden der Magistrats- resp. Commissionsantrag und der Ergänzungsantrag des Herrn Otto angenommen, die Anträge der Herren Tellingmann und Reuter dagegen abgelehnt.

Herr Otto übernimmt wieder den Vorsitz.

III. wird nach einem namens der Finanzcommission von Herrn von Seckendorff erstatteten Berichte einem Magistratsantrage vom 7. v. Mts. gemäß beschloffen, mit dem Erwerbe der hinter dem Wasserthurme belegenen beiden fiscalischen Grundstücke im Gänsewinkel und in der Bleicherwiese, von insgesammt 10 ha 0,01 a, für einen Kaufpreis von 1000 M. pro ar vorbehältlich der Zustimmung zu dem demnächst abzuschließenden definitiven Kaufvertrage das Einverständnis zu erklären.

IV. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 10. d. Mts. — In neuerer Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß die nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zum Erwerbe des Bürgerrechts und zur Eintragung in die Bürgerrolle veranlaßten Gemeindegensossen sich geweigert haben, die im §. 3 des städtischen Statuts Nr. 1 vom 24. November 1851 vorge-

hene Gebühr von 3 *M.* gegen Aushändigung eines Exemplars der revidirten Städteordnung sowie der städtischen Statuten zu entrichten. Da der Magistrat an der Rechtsgültigkeit dieser statutarischen Bestimmung zweifelt und bei einem wegen zwangsweiser Eintreibung der gedachten Gebühr etwa entstehenden Prozesse eine ungünstige Entscheidung befürchtet, so schlägt derselbe vor, diese Bestimmung aufzuheben und beantragt, einem vorgelegten, die Aufhebung des §. 3 des gedachten städtischen Statuts bezweckenden Statutentwurf die Zustimmung zu ertheilen. Einen besonderen Werth legt der Magistrat auf die Aufrechterhaltung der fraglichen Vorschrift überall nicht, da einerseits die Statuten durch die Braunschweigischen Anzeigen im Publikum verbreitet werden und etwaigen Anforderungen Einzelner gegen Erstattung der Selbstkosten entsprochen werden kann, andererseits durch Aufhebung der Vorschrift, welche die Erzielung eines materiellen Gewinnes überhaupt nicht bezweckt, der Stadtcasse keine besondere Einbuße erwachsen wird, da bei der stets zunehmenden Vermehrung der Statuten sich naturgemäß auch die Druckkosten vermehren.

Die Commission giebt die Annahme des Antrags unter der Voraussetzung anheim, daß der Magistrat für das jederzeitige Vorhandensein der städtischen Statuten Sorge tragen werde, damit nicht einmal der unangenehme Fall eintreten könne, daß ein verlangtes Statut nicht zu beschaffen sei.

Es wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

#### Weiter

V. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission, daß der Stadtmagistrat unterm 6. v. Mts. einen Statutentwurf, betreffend die Erhebung einer Gebühr für Ertheilung des Bürgerrechts, zur Genehmigung unterbreitet hat. In §. 5 des Landesgesetzes *N.* 14 vom 26. Januar 1870 ist nämlich bestimmt, daß die Stadtbehörden für die Ertheilung des Bürgerrechts eine Gebühr bis zu 2 *§.* erheben können, das Weitere aber im statutarischen Wege zu ordnen ist. Wenngleich sich aus dem Umstande, daß eine diesbezügliche statutarische Vorschrift bislang nicht erlassen worden, Unzuträglichkeiten nicht ergeben haben, so erachtet der Magistrat deren Erlaß schon um deswillen für geboten, damit jeder aus ihrem Mangel etwa herzuleitende Zweifel an der Befugniß der Stadtverwaltung zur Erhebung der fraglichen Gebühr abgeschnitten werde.

Die Commission giebt anheim, zu dem vorgelegten Statutentwurfe die Zustimmung zu ertheilen.

Herr Steinau erklärt sich mit dem Statutentwurfe im Allgemeinen einverstanden, hält aber die Gebühr von 6 *M.* für zu hoch gegriffen. Man müsse der arbeitenden Klasse und dem Kleinhandwerkerstande das Bürgerwerden, welches das Gefühl der Zusammengehörigkeit hebe, nach Möglichkeit zu erleichtern suchen. Er beantrage daher, den Betrag von 6 *M.* auf 3 *M.* herabzumindern.

Referent kann diesen Antrag nicht empfehlen. Abgesehen davon, daß der Betrag von 6 *M.* bisher immer erhoben und die jetzigen veränderten Verhältnisse, namentlich auch bezüglich des Geldwerthes, nicht für eine Herabsetzung dieses geringen Betrags sprächen, komme noch der Umstand hinzu, daß die Erlegung von 3 *M.* für die städtischen Statuten von nun an in Wegfall komme, wodurch allein schon die Kosten um  $33\frac{1}{3}\%$  herabgemindert würden. Er gebe deshalb anheim, dem Magistratsantrage gemäß zu beschließen.

Nachdem Herr Stadtrath K e t e m e y e r noch bemerkt hat, daß die Erwerbung des Bürgerrechts in den benachbarten Städten, namentlich in Hannover, weit mehr Kosten verursache als hier, auch ganz arme Leute, für welche allein der Unterschied zwischen 6 *M.* und 3 *M.* von Bedeutung sein könne, nicht in die Bürgerrolle eingetragen würden,

wird der Steinausche Antrag abgelehnt,

und beschlossen, die beantragte Zustimmung zu dem obengedachten Statutenentwürfe zu erteilen.

Danach

VI. berichtet Herr Grote über die Vorlage des Stadtmagistrats vom 8. v. Mts., betreffend den Ankauf von Baulterrain am Nickelnfulke behufs Verbreiterung eines Theils dieser Straße. Dem Cigarrenhändler Wilhelm Franke *N.* ass. 1274 ist bei Ertheilung der Genehmigung zum Neubau seines Wohnhauses aufgegeben, einen 4 qm haltenden Theil des Terrains zur Verbreiterung der Straße liegen zu lassen. Franke hat sich gegen eine mäßige Entschädigung von 50 *M.* dazu bereit erklärt. Der Magistrat beantragt nun, die Verbreiterung des Nickelnfulks nachträglich gutzuheißen und den dieserhalb mit Franke abgeschlossenen Kaufcontract zu genehmigen. Ein fernerer Antrag geht dahin, den Stadtmagistrat zu ermächtigen, einen 4 qm haltenden Terrainstreifen des Westeschen Grundstücks *N.* 1275 bei Gelegenheit des Abbruchs des Wohnhauses, zu einem verhältnismäßig gleichen Preise behuf der Straßenverbreiterung zu erwerben, eventuell behuf des zwangsweisen Erwerbes sich mit Feststellung der Baulinie, so wie sie nach der vorgelegten Zeichnung projectirt worden, und endlich mit der Deckung der Kaufgelder für beide Terrainflächen aus dem Dispositionsquantum Cap. XIV. *N.* 4 des Etats einverstanden zu erklären.

Die Commission empfiehlt die Vorlage zur Genehmigung, welche denn auch nach einigen erläuternden Bemerkungen zwischen den Herren Grote, Reuter und Stadtrath R i t t m e y e r ausgesprochen wird.

VII. Es wird sodann in der Versammlung ein großer, silbergetriebener Pokal, der sogenannte »Willkommen« der früheren Leinewebergilde umhergereicht, welcher dem

städtischen Museum zum Preise von 350 *M.* zum Kauf angeboten ist. Aus den gutachtlichen Berichten der Conservatoren des Museums geht hervor, daß dieser Pokal, wenn auch keinen hervorragenden Kunstwerth, so doch ein bedeutendes vaterländisches Interesse besitzt und eine Lücke in der Reihe ähnlicher im Besitze des Museums befindlichen Gefäße ausfüllen würde. Da der geforderte Preis gegenüber dem auf 226 *M.* taxirten Silberwerthe nicht übermäßig hoch erscheint, so giebt der Magistrat die Ertheilung der Genehmigung zum Ankaufe des Pokals und Verwilligung der Kauffumme vom dießjährigen Dispositionsquantum der städtischen Behörden anheim.

Auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Grote berichtet, wird dem Antrage gemäß beschlossen.

Sodann

VIII. referirt Herr Semler namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 12. v. Mts. — Es sind in letzterer Zeit verschiedentlich Klagen aus der Bürgerschaft über mangelhafte Beleuchtung der Stadt laut geworden. Die Deputation für die Gas- und Wasserwerke hat diese Angelegenheit geprüft und durch die Direction der Gaswerke ein Verzeichniß der neu aufzustellenden und zu versehenen Laternen eingereicht. Dieses Verzeichniß, zu welchem die Deputation einige Modificationen vorgeschlagen hat, liegt der Versammlung vor. Es sind danach nothwendig aufzustellen 86 Candelaber mit 90 Laternen und 36 Wandlaternen, zu versehen 24 Laternen; sehr wünschenswerth aufzustellen 21 Candelaber und 17 Wandlaternen, zu versehen 2 Laternen; wünschenswerth aufzustellen 7 eventuell 3 Candelaber und 1 Wandlaterne. Die Gesamtkosten dieser Anlagen würden sich auf rund 45500 *M.* belaufen, während die jährlichen Unterhaltungskosten, pro Laterne 60 *M.* gerechnet, 10620 *M.* betragen würden. Die Anlagekosten fallen dem Gaswerke zur Last, wogegen die Beleuchtungskosten von der Stadtcasse resp. der Herzoglichen Cammercasse zu tragen sind. Ueber den Umfang der Beitragspflicht der letzteren hat eine Einigung mit Herzoglichem Staatsministerium bislang nicht erzielt werden können; der Magistrat ist aber der Meinung, daß die Einführung der beantragten Verbesserungen nicht abhängig zu machen sei von vorgängiger Feststellung des Maaßes dieser Beitragspflicht. Da nun zu besorgen ist, daß die Stadtcasse auf die Dauer nicht im Stande sein werde, den bezifferten Mehraufwand für Straßenbeleuchtung ohne Zurückstellung anderer Bedürfnisse bestreiten zu können, so erscheint es dem Stadtmagistrate gerechtfertigt, einen Theil des Gewinnes des Gaswerks der Stadtcasse zuzuführen. Der Magistrat giebt anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß

- 1) die Straßenbeleuchtung nach Maßgabe der Deputationsvorschläge und auf Kosten des Gaswerks erweitert resp. ergänzt werde,

- 2) von dem Reingewinne des Gaswerks alljährlich, vom 1. April d. J. an bis auf Weiteres, 10 %, jedoch nicht über den Höchstbetrag von jährlich 10000 M. hinaus, an die Stadtcasse überwiesen werden.

Die Commission empfiehlt beide Anträge zur Annahme.

Herr Winter erklärt, daß er die Vorlage mit Freuden begrüßt habe, da sie einem längst gefühlten dringenden Bedürfnisse abhelfe; er hätte nur gewünscht, daß auch die Straße »Am Steinhore« noch mit einer ferneren Laterne versehen würde, und könne nicht umhin, eine dahin gehende Bitte hier auszusprechen. Die Beleuchtung dieser Straße, welche den Verkehr zwischen der Innen- und Außenstadt vermittele und besonders des Abends wegen des in der Nähe befindlichen Hoftheaters eine ganz bedeutende Frequenz aufzuweisen habe, sei durchaus ungenügend, was häufig zu unliebsamen Collisionen der Passanten führe.

Auch Herr Reiche bittet dringend, dem Verzeichnisse der nothwendig aufzustellenden Laternen noch zwei weitere Laternen hinzuzufügen. Schon vor Jahren hätten sich die Anwohner der Maschgegend an Herzogliche Polizeidirection mit der Bitte gewandt, für eine Beleuchtung der Gartenstraße und der Fuchstwete Sorge zu tragen. Diese Bitte sei auch von der gedachten Behörde für begründet erachtet und dem Magistrate zur Berücksichtigung empfohlen worden. Wenngleich nun eine officielle Antwort auf dieses Gesuch nicht erfolgt sei, so habe er doch in Erfahrung gebracht, daß auf dasselbe nicht eingegangen werden können, weil es sich dabei nicht um Beleuchtung von städtischen Straßen, sondern von Gemeindewegen handle. Da nun aber die Gartenstraße trotz ihres Characters als Gemeindeweg mit Wasserleitung versehen sei, so liege nach seiner Ansicht auch die Realisirung eines Wunsches nach Gasbeleuchtung in dieser Straße im Bereiche der Möglichkeit. Redner deutet auf die Uebelstände hin, welche durch den Mangel an Beleuchtung jener beiden engen Straßen, die Tausenden von Arbeitern beiderlei Geschlechts aus der nahe liegenden Zutespinnerei zum alleinigen Verkehrswege nach der Stadt dienen, entstehen und legt der Versammlung dringend ans Herz, seine Bitte nach Licht in dieser Gegend aus Sittlichkeitsgründen nicht unerhört zu lassen. Mit verhältnißmäßig geringen Mitteln könne hier viel Gutes geschaffen werden: durch Versetzung der am Graupner'schen Hause befindlichen Laterne nach dem gegenüberliegenden, gegenwärtig vom Maurermeister Most bewohnten Hause, so daß dieselbe in die Gartenstraße mit hineinscheine, und durch Anbringung einer Laterne vor dem Grundstücke des Kunstgärtners Fricke, die zugleich die Fuchstwete mit zu beleuchten habe, würde den beregten, nicht zu unterschätzenden Uebelständen leicht abgeholfen werden können.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, heute von der weiteren Vorbringung von Wünschen abzusehen und sich nur auf eine Prüfung der Magistrate'svorlage zu beschränken. Die Deputation wisse sehr wohl, daß durch Genehmigung dieser Vorlage das Gesamtbedürfniß in dieser Richtung noch nicht befriedigt werde; dieselbe

habe daher auch schon eine fernere Vorlage beim Magistrate eingebracht, die diesen zur Stellung weitergehender Anträge veranlassen werde.

Herr Reiche erklärt sich mit dieser Auskunft befriedigt.

Herr Wilke: Der Antrag habe ihn sehr gefreut, denn die Stadt könne niemals Licht genug bekommen. Er sei nun weit davon entfernt, auch seinerseits noch Wünsche in dieser Beziehung zu äußern, doch wolle er auf einen Uebelstand von Bedeutung aufmerksam machen, nämlich die zu leichte Beschaffenheit des Gases. Die Gaspreise seien allerdings im vorigen Jahre ermäßigt, doch hätten die Consumenten keinen Vortheil davon, denn da das Gas zugleich leichter geworden sei, werde auch, um die nöthige Leuchtkraft zu erzielen, viel mehr verbrannt als früher. Er bitte den Magistrat, sein Augenmerk darauf zu richten, daß das Gas auch wieder schwerer werde.

Herr Reuter: Was die Beschaffenheit des Gases anlange, so sei darüber s. Z. von der Direction der Gaswerke ausführlich Bericht erstattet, und darauf hin die Ermäßigung des Gaspreises beschlossen worden. Die Direction hatte allerdings damals beantragt, den Gaspreis noch um einen ferneren Pfennig zu ermäßigen, wodurch die leichtere Beschaffenheit des Gases ausgeglichen worden wäre. Die Deputation habe sich aber für diesen Antrag nicht ausgesprochen, sie habe vielmehr für angemessener gehalten, erst noch einige Jahre hindurch eine bedeutende Amortisation stattfinden zu lassen. Die beiden letzten Preisermäßigungen hätten aber in Wirklichkeit eine Preisermäßigung enthalten. Die Leichtigkeit des Gases komme daher, daß man, nachdem die Bogheadkohle abgebaut sei, zur Lesmahagokohle habe greifen müssen; die Anwendung anderer Stoffe, wodurch die frühere Schwere erzielt worden wäre, würde eine vermehrte Feuergefährlichkeit für das Gaswerk im Gefolge gehabt haben. Die Urtheile über den jetzigen Mehrverbrauch von Gas seien immerhin außerordentlich schwierig zu begründen; so würde z. B. die Anzahl der Flammen, besonders in lebhaften Geschäften, regelmäßig vermehrt, was bei der gegen früher erhöhten Jahresausgabe gar nicht in Betracht gezogen werde. Eine erhebliche Zunahme des Gesamtconsums sei in den letzteren Jahren nicht erfolgt; das habe aber seinen Grund darin, daß einzelne Etablissements still liegen und hier und da zur Petroleumbeleuchtung gegriffen werde; die Schwere des Gases spiele bei dem Consum keine Rolle. Man könnte ja das Gas schwerer liefern, wenn flüchtige Oele zur Anwendung gebracht würden; das sei aber sehr bedenklich. Nach officiellen Mittheilungen haben die Untersuchungen beeidigter Sachverständiger bezüglich der Leuchtkraft des in Berlin und Braunschweig verwendeten Gases genau dieselben Resultate ergeben. Doch sei zu bedenken, daß dazu in Berlin 195 Liter à 16 Pfennig, hier nur 120 Liter à 22 Pfennig erforderlich seien; die Beleuchtung stelle sich also hier erheblich billiger. Es sei in letzterer Zeit in den norddeutschen Städten Modesache geworden, zu klagen, daß das Gas zu

theuer sei und die Gaswerke zu viel verdienten. Der Verdienst sei aber bei dem unferigen gar nicht so bedeutend, denn die erzielten Ueberschüsse habe man den niedrigen Kohlenpreisen und den für das Werk im Allgemeinen jetzt sehr günstigen Jahren zu verdanken. Das werde aber nicht immer so fortgehen, zumal für die nächsten 4 oder 5 Jahre der Bau eines großen Gasometers in Aussicht genommen sei. — Was die Aufstellung der ferner gewünschten Laternen anlange, so sei eine Vorbesprechung über diese Angelegenheit das Richtigste. Eine Gasbeleuchtung in der Gartenstraße sei nicht bloß deshalb abgelehnt, weil diese Straße keine städtische sei, der Hauptablehnungsgrund liege darin, daß die Lage derselben unmöglich werde beibehalten werden können; nach sämtlichen Stadtplänen werde das jetzige Straßengebiet demnächst zu Baulerrain verwandelt werden; wenn jetzt also Gasröhren hingelegt würden, müßten sie später wieder beseitigt werden.

Herr Wilke ist der Ansicht, daß der Consum, wenn die Schwere des Gases keine bessere werde, sich eher vermindern als vermehren werde; verschiedene Etablissements würden, da ihnen das Gas im jetzigen Zustand zu theuer sei, zur Petroleumbeleuchtung übergehen.

Herr Reuter bemerkt hierzu, daß nach den letzten factisch eingetretenen Preisermäßigungen die Gasbeleuchtung auch bei der jetzigen Schwere des Gases sich doch bedeutend billiger stelle als die Petroleumbeleuchtung.

Der erste Punkt des Magistratsantrags wird danach genehmigt.

Zum zweiten Theile des Antrags, betreffend die alljährliche Abführung von 10 % des Reingewinnes des Gaswerks an die Stadtcasse, übergehend, bemerkt Herr Reuter, daß, aus dem Verlaufe der eben stattgehabten Debatte zu schließen, wiederum Anträge auf Preisermäßigungen in Aussicht ständen, und es aus diesen, wie aus anderen Gründen, rathsam erscheine, eine Beschlußfassung über diesen Punkt solange auszusetzen, bis man sich durch den binnen Kurzem eingehenden officiellen Bericht der Direction des Gaswerks über das verflossene Jahr ein annähernd klares Bild von der Höhe der in Zukunft zu erhoffenden Ueberschüsse verschafft habe. Redner stellt einen diesbezüglichen reglementarischen Antrag.

Herr Rybik spricht sich gegen diesen Antrag aus. Die Finanzcommission habe sich deshalb zur Empfehlung des Vorschlages des Magistrats entschlossen, weil durch die an die Stadtcasse abzuführende Summe ein bestimmter Bedarf gedeckt werden solle und die Deckung dieses Bedarfes auf dem vom Stadtmagistrate vorgeschlagenen Wege bis zur nächsten Stadtcassenetatfeststellung völlig unbedenklich sei. Das Gaswerk stehe nur noch mit einem sehr geringen Betrage zu Buche, da in den letzteren Jahren eine erheblich stärkere Amortisation stattgefunden habe, als ursprünglich in Aussicht genommen sei. Man stehe also unmittelbar vor einer Periode, wo disponibele Ueberschüsse des Gaswerks an die Stadtcasse abgeführt werden müßten. Die Frage, ob und in wie weit in Folge dieser günstigen Lage eine weitere Ermäßigung der



Gaspreise werde einzutreten haben bezw. der Gaswerksbetrieb als Finanzquelle auszunutzen sei, werde bei der bald bevorstehenden Feststellung des Stats des Gaswerkes zur Erörterung zu gelangen haben.

Nachdem Herr W i l k e nochmals hervorgehoben hat, daß er keine Preisermäßigung, sondern besseres Gas wünsche, und

Herr S t e i n a u sich den Ausführungen des Herrn R y b i k angeschlossen hat, wird der reglementarische Antrag des Herrn Reuter abgelehnt, der Antrag des Magistrats resp. der Commission dagegen a n g e n o m m e n.

Endlich

IX. wird nach einem von Herrn Reuter namens der Statutencommission erstatteten Referate, einem Magistratsantrage vom 10. d. Mts. gemäß, beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Käufer des am Hagenmarkte hieselbst sub *N* ass. 2101 belegenen Hauses des Restaurateurs Jordan, dem Schornsteinfegermeister Pabst aus Goslar, das der hiesigen Stadt an dem fraglichen Hause zustehende Hypothekcapital zu 18000 *M*. unter den bisherigen Bedingungen — gegen  $4\frac{1}{2}$  % Zinsen und halbjährige Kündigung — zur Hypothek belassen werde.

Darauf Schluß der Sitzung.

Vertraulich werden die Kosten zur Besetzung einer neuen Classenlehrerstelle an der höheren Mädchenschule bewilligt, ein Pflegehaus-Inspector gewählt, und Mittheilungen des Magistrats bezüglich der bevorstehenden Jubiläumsfeier am 25. April c. entgegengenommen.

(Beilage zu **N 107** der Braunschw. Anzeigen.)**1881.**  
~~~~~(Fortsetzung der Beilage zu **N 78** de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N 4.**  
~~~~~

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. April 1881.

Öffentlich:

### Vorlagen des Stadtmagistrats:

- I. Bewilligung des Gehalts einer neu anzustellenden Lehrerin.
- II. Genehmigung provisorischer Einrichtung einer Hilfsklasse für schwach sinnige Kinder.
- III. Bewilligung von 5600 *M* aus etatmäßigen Mitteln zur Besoldung der Inhaber neu errichteter Lehrerstellen.
- IV. Genehmigung der Erhebung eines Processus wegen Erstattung einer Armenunterstützung.
- V. Ermäßigung des Zinsfußes für von der Stadt wegen Canalisationskosten den Anliegern der Friesenstraße gewährte Darlehen.
- VI. Nachträgliche Genehmigung der Einziehung und anderweiten Belegung eines Capitals der Armen-Verwaltung.
- VII. Bewilligung der Mittel zur Deckung einer Anschlagüberschreitung bei Canalisation der Kreuz- und Sidonienstraße.
- VIII. Genehmigung der Aufnahme eines Processus wegen Herausgabe eines Documents.
- IX. Bewilligung der Mehrkosten bei Instandsetzung des Grabdenkmals des Fräulein Diedrich.
- X. Änderungen im Contracte wegen Abfuhr des Straßenkehrichts.
- XI. Feststellung einer Baulinie auf dem Madamenwege.
- XII. Feststellung einer Baulinie auf dem Bütenwege.

Vertraulich:

- 1) Steuerreclamationen.
- 2) Mittheilung eines Ministerialescripts betreffend das Tragen von Amtsketten seitens der beiden Vorfigenden der Stadtverordneten und in Behinderung derselben seitens zweier anderen Stadtverordneten.
- 3) Mittheilungen bezüglich der Jubelfeier Sr. Hoheit des Herzogs.

Entschuldigt Herr du Roi. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Götte und Stadtrath Metemeyer.

#### Nach Genehmigung des Protokollcs der letzten Sitzung

I. berichtet zunächst Herr Grote namens der Schulcommission, daß nach einem Magistratschreiben vom 13. v. Mts. der Schulvorstand der städtischen Mädchenschulen die feste Anstellung der Lehrerin Eugenie Schorkopf an der höheren Mädchenschule zu Ostern d. J. beantragt habe. Der Magistrat beabsichtigt, diesen Antrag bei Herzoglichem Consistorium zu befürworten, und ersucht deshalb um Bewilligung eines Jahresgehalts von 900 *M.* für diese Lehrerin.

Die Schulcommission empfiehlt dem Antrage gemäß zu beschließen, was ohne Weiteres geschieht.

II. berichtet Herr Blasius für die Schulcommission über eine Magistratsvorlage vom 8. v. Mts. — In den hiesigen Bürgerschulen haben sich aus der Theilnahme schwachsinziger Kinder an dem Unterrichte der geistig Gesunden große Uebelstände herausgestellt. Die Schwachsinningen hemmen den Unterrichtsgang bei ihren gesunden Mitschülern und es kann ihnen nur auf Kosten der letzteren eine besondere und dabei doch nur nahezu fruchtlose Beachtung seitens des Lehrers zu Theil werden. Diese Wahrnehmungen haben dem Schulvorstande Anlaß zu eingehender Prüfung der Frage gegeben, ob nicht eine eigene Schulanstalt zur ausschließlichen Unterrichtung schwachsinziger Kinder einzurichten stehe. Derselbe hat sich deshalb mit dem Dr. med. Berkhan hieselbst, dem Director der Idiotenanstalt zu Langenhagen, Dr. Kind, und dem Medicinalrathe Dr. Hassé zu Königslutter in Verbindung gesetzt und an der Hand reichen Materials die versuchsweise Einrichtung einer Hülfsklasse für schwachbefähigte Kinder bei den Bürgerschulen beantragt, auch zugleich den Entwurf eines diesbezüglichen Regulativs und des event. zu befolgenden Stundenplans vorgelegt. Die Kopfzahl der für diese Hülfsklasse geeigneten Kinder beträgt 24, und die gesetzlichen Vertreter haben sich sämmtlich bereit erklärt, dieselben dieser Klasse zuzuführen. Der Schulvorstand hält dafür, daß dem als Klassenlehrer fungirenden Bürgerschullehrer zu seinem Dienst Einkommen eine Functionszulage von 150 *M.* jährlich zuzubilligen sei, und daß derselbe vor Uebnahme seiner neuen Function sich durch einen mehrwöchigen Aufenthalt in einer Idiotenanstalt mit der Behandlungs-, Erziehungs- und Unterrichtsweise der Schwachsinningen vertraut zu machen habe. Die Kosten der Einrichtung der qu. Hülfsklasse sind für 8 Monate d. J. 1881 auf 1500 *M.* berechnet. Der Magistrat tritt den Vorschlägen und Anträgen des Schulvorstandes bei und giebt anheim, die provisorische Einrichtung der gedachten Hülfsklasse zu genehmigen und dem Schulvorstande die im Etat der Bürgerschulcasse zu beregtem Zwecke reservirte Summe von 1600 *M.* (Cap. V. d. der Ausgabe) zur Verfügung zu stellen.

Referent hebt verschiedene Punkte aus den in den Magistratsacten vorhandenen Gutachten der oben genannten Sachverständigen hervor, verliest auch einige Stellen aus dem Berichte des Schulvorstandes, sowie aus Schreiben der Magistratsbehörden zu Dresden und Chemnitz, welche letztere der Magistrat um sachdienliche Angaben über die dort eingerichteten Hülfsklassen für schwachsinige Kinder ersucht hat. Das sämmtliche Material empfiehlt unter Hinweis auf die hohe Bedeutung der Trennung der schwachsinigen von den gesunden Kindern die Einrichtung der projectirten Hülfsklasse auf's Wärmste.

Das bezügliche, aus 8 Paragraphen bestehende Regulativ ist den Mitgliedern der Versammlung schon früher autographirt zugegangen. Nach demselben hat die unmittelbare Leitung dieser Hülfsklasse der Director der Bürgerschulen unter Aufsicht des Schulvorstandes. Aufnahme finden solche in leichterem Grade schwachsinige Kinder, welche nach dem Gutachten eines sachverständigen Arztes als für die Schule der Vollsinigen ungeeignet erscheinen. Die aufgenommenen Kinder werden 26 Stunden wöchentlich in folgenden Unterrichtsgegenständen beschäftigt: Biblische Geschichte, Lesen, Schreiben, Rechnen, Anschauungsunterricht, Turnen und Spielen, Handarbeiten.

Referent verliest das Regulativ, an einigen Stellen erläuternde Bemerkungen einschaltend, und giebt dann namens der Commission die Genehmigung desselben, sowie die Bewilligung der beantragten Gelder anheim.

Herr Steinau hält die vorgeschlagene Einrichtung im Allgemeinen für empfehlenswerth, er hätte jedoch gewünscht, daß beim Referat auch etwas Näheres über Alter und Geschlecht der gegenwärtig in Braunschweig befindlichen und in diese Hülfsklasse aufzunehmenden schwachsinigen Kinder gesagt wäre, was aus §. 1 des Regulativs nicht zu ersehen sei; es sei dieß zu wissen für die Zukunft zweckmäßig. Die Art des Unterrichts, wie er nach §. 5 ertheilt werden solle, könne Redner nur als richtig anerkennen. Besonders lieb sei ihm, daß auf den Anschauungsunterricht, das Spielen und die Handarbeiten soviel Werth gelegt werde. Doch glaube er, daß man den schwachsinigen Kindern, wenn man sie mit der biblischen Geschichte behelligen wolle, Unrecht thue. Die biblische Geschichte sei eine sehr schöne Lectüre für reife Köpfe, aber höchst gefährlich selbst für gesunde Kinder; wenn das Begriffsvermögen der Kinder gestärkt werden solle, dürfe man dazu seines Erachtens nicht diesen Unterrichtszweig wählen. Er habe das Buch nach welchem in den hiesigen Schulen biblische Geschichte gelehrt werde, und welches vom Seminardirector Boffe verfaßt sei, durchgelesen und empfehle Jedem, der es nicht kenne, sich im allgemeinen Interesse mit demselben bekannt zu machen. Aus diesem Buche bekomme man eigentlich nicht den Begriff vom höchsten Wesen, daß es ein allgerechtes, allwissendes und allweises sei, sondern allenfalls vom Gegentheile. Und auf Grundlage dieses Buches solle, neben der Historie, den Kindern eine gewisse Moral des höchsten Wesens beigebracht werden. Das sei durchaus nicht der Fall: von der Schöpfungsgeschichte an bis über das neue

Testament hinaus biete diese biblische Geschichte thatsächlich kein erziehliches Moment, namentlich nicht für schwachsinrige Kinder. Ohne die Bibel oder ein sonstiges heiliges Buch, wie Katechismus u. s. w., gehe es bei unserer heutigen frommen Richtung freilich kaum mehr ab, aber in diesem Falle müsse die Versammlung alles Mögliche thun, daß eine derartige Lectüre aus dem Unterrichte für schwachsinrige Kinder verbannt werde. Alle übrigen Einrichtungen billige er vollständig und er freue sich, daß eine derartige Einrichtung in unserer Stadt getroffen werde.

Herr Reiche bemerkt dem gegenüber, daß der biblische Geschichtsunterricht, wenn er so ertheilt werde, wie er ertheilt werden müsse, immerhin segensbringend sei; dieß werde auch bei schwachsinrigen Kindern der Fall sein, sobald das Material einer sorgfältigen Sichtung unterworfen und alles den Kindern Unverständliche übergangen werde. Er habe viele Jahre den biblischen Geschichtsunterricht auch bei abnormen Kindern, bei Taubstummen, ertheilt und auch da die wohlthätige Wirkung dieses Unterrichtszweigs erfahren. So mache z. B. die Geschichte Joseph's, die manchen Kindern schon vor ihrem Eintritt in die Schule von den Eltern erzählt werde, und die sie mit sichtbarem Interesse erzählen hören, einen unverkennbar guten Eindruck auf das kindliche Gemüth. Die abfällige Kritik des Herrn Steinau über das Bosse'sche Buch habe wohl darin ihren Grund, daß Bosse die biblische Geschichte ganz in den Worten der Bibel wiedergegeben habe. Es sei nun allerdings nicht Aufgabe der Schule, diese den Kindern unverständliche und für die heutige Zeit nicht mehr geeignete Ausdrucksweise auch beim Unterrichte anzuwenden. Das Buch werde auch in den hiesigen Bürgerschulen jetzt nicht mehr benutzt.

Herr Overbürgermeister Pockels: Wenn Herr Steinau für das Fortlassen der biblischen Geschichte aus den Disciplinen der projectirten Hülfsklasse plaidire, so habe er wohl außer Acht gelassen, daß diese Hülfsklasse eine besondere Abtheilung unserer Gemeindeschulen sei, welche die biblische Geschichte in ihren Lehrplan aufzunehmen verpflichtet seien, und daß die Genehmigung des Herzoglichen Consistoriums zur Einrichtung dieser Hülfsklasse ohne Aufnahme der für die normalen Kinder bestimmten hauptsächlichsten Disciplinen nicht zu erwarten sein werde.

Referent fügt seinem Berichte noch hinzu, daß 19 Knaben und 5 Mädchen in diese Hülfsklasse aufzunehmen seien. Da es sich nur um eine versuchsweise Einrichtung handle, auch nach §. 6 des Regulativs eine Trennung der Geschlechter bis auf Weiteres nicht eintreten solle, so habe er weniger Werth darauf gelegt, nach dieser Richtung hin speciellere Angaben zu machen. Aus gleichem Grunde habe er über das Alter der aufzunehmenden Kinder, welches aus dem umfassenden Actenmateriale zusammenzutragen gewesen wäre, nichts angeführt.

Herr Steinau: Wenn Herr Overbürgermeister Pockels meine, daß deshalb eine Verpflichtung vorliege, biblische Geschichte in der gedachten Hülfsklasse zu

lehren, weil sie in den Gemeindeschulen überhaupt nothwendig gelehrt werden müsse, und Herzogliches Consistorium diese Klasse andernfalls nicht dulden würde, dann habe Redner allerdings nichts dazu zu sagen. Er sei indeß überzeugt, daß Herzogliches Consistorium, da diese Klasse immerhin nur einen Ausnahmezustand bilde, bei angemessener Vorstellung auf den biblischen Geschichtsunterricht nicht so streng halten würde. Für die Vorlage stimme er nur unter der besonderen Reserve, daß er die biblische Geschichte in diesem Falle nicht wünsche. Daß die biblische Geschichte aber, wie Herr Reiche sage, nicht so gelehrt werde, wie sie in der Bibel stehe, den Kindern vielmehr eine andere Vorstellung von derselben gemacht werde, habe er freilich nicht wissen können. Die biblische Geschichte indeß, wie sie in dem, wie er glaube, jetzt noch gebrauchten Buche des Seminardirectors Bosse gelehrt werde, wolle er hiermit zur Lectüre empfehlen. Eines persönlichen Urtheils über dieses Buch wolle er sich enthalten; es könne sich dann jeder selber ein Urtheil bilden.

Nachdem Herr Reiche hierauf seine Ausführungen noch dahin präcisirt hat, daß die biblische Geschichte in den Schulen vollständig dem Sinne der Bibel entsprechend gelehrt und nur in Rücksicht darauf, daß die heutige Sprache von der biblischen Sprache abweiche, eine andere, den Kindern verständlichere Ausdrucksweise gewählt werde,

beschließt die Versammlung, die angeforderten 1600 *M.* zu bewilligen.

III. berichtet Herr Ramdohr namens der Schulcommission über einen Magistratsantrag vom 5. v. Mts. — Der Schulvorstand der Bürgerschulen hat auf einen Bericht des Schuldirectors Schaarschmidt beschlossen, daß in Folge der zu Oftern bevorstehenden Zunahme der Zahl der die Bürgerschule besuchenden Kinder 6 neue Klassen einzurichten und danach 6 neue Lehrer anzustellen seien. Da außerdem zum 1. April d. J. der Lehrer Nicolai in den Ruhestand treten, auch am Schlusse des laufenden Quartals die provisorische Beschäftigung des Cantors Wöhlecke, sowie die Lehrthätigkeit des Pastors Scheller aufhören wird, so müssen zum Beginne des neuen Schuljahrs, d. i. zum 1. Mai d. J., 8 neue Lehrkräfte an die Bürgerschulen berufen werden. Der Schulvorstand hat unter der Erklärung, daß die Unterbringung der 6 neuen Klassen kostenlos zu ermöglichen sei, beantragt, die Mittel zur Besoldung bez. Remunerirung dieser 8 Lehrkräfte für die 8 Monate des laufenden Jahres zu insgesammt 5600 *M.* aus der Bürgerschulcasse zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat giebt anheim, diese Summe aus dem Dispositionsfonds zur Besoldung der Inhaber von neu geschaffenen Lehrerstellen zu verwilligen —

ein Antrag, welchem auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres seitens der Versammlung entsprochen wird.

IV. wird nach einem Referate des Herrn Heymann für die Statutencommission, einem Antrage des Magistrats vom 28. Februar c. gemäß, beschlossen, zur Anstrengung eines Processes gegen den Particulier Levin Rieks hieselbst wegen Erstattung der aus der Verpflegung seines Sohnes, des Arbeiters Julius Rieks hieselbst im städtischen Krankenhause erwachsenen resp. noch entstehenden Kosten die Zustimmung zu ertheilen.

V. In der letzten Sitzung hat die Versammlung eine Eingabe von Anwohnern der Friesenstraße um Erlass der stipulirten Zahlung von 5 % Zinsen für die denselben stadtseitig vorgeschossenen Canalisationskosten an den Stadtmagistrat zur Erledigung nach Ermessen abgegeben. Die Petenten hatten sich noch nicht an den Magistrat gewandt, und war deshalb dieses Verfahren als dem Geschäftsgange entsprechend beschlossen. Dieselben sind, wie dem Magistrate bekannt, mehr oder weniger bedürftig, sie können aber, da sie Hausbesitzer sind, einen gänzlichen Erlass der bedungenen Zinsen nicht beanspruchen, und das um so weniger, als ihnen dadurch eine ungerechtfertigte Bevorzugung denjenigen Anwohnern der fraglichen Straße gegenüber zu Theil werden würde, welche die Canalisationskosten sofort baar eingezahlt haben. Dagegen steht der Zinssatz von 5 % nicht in Uebereinstimmung mit dem heutigen Hypothekenzinssatze, sowie dem Capitalpreise, zu welchem die Stadt selbst Gelder angeliehen hat. Der Magistrat beantragt deshalb, im vorliegenden Falle eine Zinsermäßigung von 5 auf 4 % unter der Bedingung eintreten zu lassen, daß die bedungene Zahlung der Zinsen und der Canalisationsbeiträge prompt erfolgt, es also andernfalls bei dem ursprünglich verabredeten Zinssatze von 5 % sein Bewenden behält. Uebrigens werden, wie der Referent, Herr Kybis, hinzufügt, die Stundungen vom Magistrat je nach den Umständen lange und in sehr ausgiebigem Maße gewährt, so daß die Betreffenden, wenn es darauf ankommt, nicht gedrängt, sondern so nachsichtig wie möglich behandelt werden.

Die Finanzcommission giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Diese wird ausgesprochen, nachdem auf eine Anfrage des Herrn Hasenbalg, ob die beantragte Zinsermäßigung rückwirkend sein oder erst jetzt beginnen solle, vom Herrn Referenten die Auffassung der Commission dahin präcisirt war, daß die Zinsermäßigung von Anfang der Verpflichtung an zu gewähren sei.

Der nächstfolgende zur Berathung stehende Punkt, betreffend den Statutenentwurf wegen Einrichtung und Benützung der Bierdruckleitungen, wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil es beiden Referenten unmöglich gewesen ist, das umfangreiche Material für die heutige Sitzung genügend vorzubereiten.

Demnach folgt

VI. von Herrn von Seckendorff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 29. März c. — Der i. J. 1878 verstorbene Rentner Joh. Heinr. Weber hat der Stadt 45 000 *M.* zu Armenzwecken vermacht. Von dieser Summe bestanden 36 000 *M.* in Actien der Braunschweigischen Dampfmühlen-Gesellschaft. Die Armen-direction hat diese Actien unter Zustimmung des Magistrats für 39 600 *M.* verkauft und erwartet letzterer eine nachträgliche Genehmigung dieser Maßregel um so zuversichtlicher, als einerseits die Beibehaltung von schwankenden Industriepapieren in der Armen-casse an sich mißlich, andererseits der erzielte Cours hoch, der Verkauf also für die Armen-casse vortheilhaft ist. Der Magistrat hat nun diesen Betrag von 39 600 *M.* unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, wie auch der staatlichen Oberaufsichtsbehörde, der Stadtcasse zur vorläufigen Deckung eines Theils der Fehlsomme des außerordentlichen Etats gegen 4% jährlicher Zinsen auf 4 wöchentliche Kündigung aus der Armen-casse bis zur Deckung des gedachten Deficits vorgeliehen und beantragt, den Verkauf der bezeichneten Werthpapiere, sowie auch die einstweilige Wiederausleihung des fraglichen Capitalerlöses genehm zu halten.

Nach Ansicht der Finanzcommission liegen die vom Magistrate ergriffenen Maßregeln nur im Interesse der Stadt, sie giebt deshalb anheim, dem Antrage zu entsprechen.

Dhne Debatte wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschloffen.

Wie

VII. Herr Wolff namens der Finanzcommission referirt, ist nach einem Berichte der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke der Voranschlag für Herstellung des Canals in der Sidonienstraße um 10 905 *M.* überschritten, wogegen sich die Kosten des Canals in der Kreuzstraße um 7955 *M.* geringer, als im Voranschlage angenommen, herausgestellt haben. Die außergewöhnliche Ueberschreitung bei der Canalisation der Sidonienstraße ist veranlaßt durch Anschaffung von Rammen und einer Baggermaschine, sowie durch Verlegung von Gas- und Wasserrohren. Die Herstellung der Baugrube in dem aus Flotssand mit einer Kiesschicht bestehenden Erbboden erforderte das Einrammen von Spundwänden, der höhere Grundwasserstand längere Spundbohlen, kurz, es waren unvorhergesehene elementare Hindernisse bei dieser Canalanlage von nicht geringer Bedeutung zu überwinden. Die Ersparung der Kosten des Canals in der Kreuzstraße hat ihren Grund hauptsächlich in dem Vorhandensein des zuvor hergestellten Canals in der Sidonienstraße, indem durch letzteren der Grundwasserspiegel grade in dem östlichen Theile der Kreuzstraße, wo gleiche Schwierigkeiten wie in der Sidonienstraße erwartet werden mußten, bedeutend gesenkt wurde, auch die kostspieligen Spundwände in der Baugrube größtentheils entbehrt werden konnten. Die Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hat



nun vorgeschlagen, beide Canalisationen als eine zusammengehörige Anlage anzusehen und die Ersparung in der Kreuzstraße auf die Mehrausgabe in der Sidonienstraße in Anrechnung zu bringen. Der Magistrat tritt diesem Vorschlage bei und giebt anheim, die Ueberschreitung der Gesamtanlagekosten im Betrage von 2950 *M.* zu bewilligen, indem er bemerkt, daß diese Summe durch den Werth des übrig gebliebenen, und bei künftigen Canalanlagen wieder zu verwendenden Materials an Rüstholz, Krammen und einer Baggermaschine hinreichend gedeckt wird.

Die Commission hat die Kostenüberschreitung als gerechtfertigt anerkannt. Beide Canalanlagen nachträglich bei der Rechnungslegung als eine zusammengehörige Anlage anzusehen, kann sie jedoch nicht empfehlen. Ginge man hierauf ein, so würde die nothwendige Folge sein, daß die Anlieger der Kreuzstraße in einem anderen Verhältnisse zu den Herstellungskosten beitragen würden, als es jetzt thatsächlich der Fall ist, und bei einfacher Prüfung der Rechtsfrage würde es auch, wenn man einem Proceß aus dem Wege gehen will, nach Ansicht der Commission kaum möglich sein, den Magistratsantrag anzunehmen. Vom Standpunkte der Billigkeit aus sei, wie Referent ausführt, der Vorschlag entschieden ein unbedingt richtiger, denn ohne Canalisation der Sidonienstraße wäre keine Ersparung bei der Canalanlage in der Kreuzstraße möglich gewesen. Andererseits sei das Abkommen, welches mit den Anliegern der Kreuzstraße getroffen worden, ein derartiges, daß es wirklich kaum möglich sein werde, diesem Standpunkte der Billigkeit, wie beantragt, Rechnung zu tragen. Redner verliest hier einen Passus des Sitzungs-Protokolls vom 26. August v. J., aus welchem hervorgeht, daß die Hauseigenthümer die Hälfte der Kosten nach Maßgabe der Frontlängen ihrer Grundstücke vereinbartermassen zu tragen haben. Wenn man nun die größere Frontlänge der beiden Straßen als Einheit annähme, und danach das Verhältniß der Grundstückslängen der Anlieger berechnete, so würde es sich für letztere im Wesentlichen nicht ungünstiger gestalten, als ursprünglich veranschlagt worden. Dagegen spreche aber, daß ein derartiger Vorbehalt bei der mit den Anliegern getroffenen Vereinbarung nicht gemacht sei. Da nun einmal 7955 *M.* erspart seien, so werde man vom Rechtsstandpunkte aus die Eigenthümer unmöglich überzeugen können, daß sie aus Billigkeitsrücksichten zu den Mehrkosten der Canalisation der Sidonienstraße beizutragen hätten. Von diesem Gesichtspunkte der einfachen Rechtsfrage aus, und um höchst unangenehme Proceße zu vermeiden, hat sich die Finanzcommission nicht entschließen können, den Antrag des Magistrats anzunehmen, sondern sie empfiehlt

- a. den Antrag des Magistrats, die beiden Canalanlagen in der Sidonienstraße und in der Kreuzstraße als eine zusammengehörige Anlage anzusehen und die Ersparung in der Kreuzstraße auf die Mehrausgabe der Sidonienstraße in Anrechnung zu bringen, abzulehnen,
- b. die Mehrkosten der Canalanlage in der Sidonienstraße in Höhe von 10 905 *M.* zu genehmigen, und, soweit sie nicht durch den der Stadt zu-

stehenden  $\frac{1}{2}$  Antheil an der Ersparniß der Kreuzstraßenanlage gedeckt werden, auf den Dispositionsfonds der städtischen Behörden anzuweisen.

Im Grunde genommen, fügt Referent hinzu, komme es insofern auf Eins heraus, von welcher Summe die Beiträge der Anlieger berechnet würden, als dieselben gewissermaßen nur als Abschlagszahlungen auf das große Canalisationsproject anzusehen seien. Wie schon in der Sitzung vom 26. August v. J. ausdrücklich zur Sprache gekommen, werden die von den Hauseigenthümern auf Straßencanalisationen geleisteten Vorschüsse unzweifelhaft zurückerstattet werden, sobald die für die Ausführung des Gesamtcanalisationsprojectes erforderliche Anleihe contrahirt ist. — Im Hinblick auf die mancherlei Uebelstände, welche nun schon aus derartigen Provisorien entstanden, spreche die Finanzcommission schließlich noch den dringenden Wunsch aus, daß die Gesamtcanalisation endlich einmal verwirklicht und die Vorarbeiten sobald als irgend thunlich zum Abschluß gebracht werden möchten, damit derartige Uebelstände für die Zukunft gehoben würden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt hierzu, daß die Angelegenheit bezüglich der Beitragspflicht der Eigenthümer doch etwas anders liege, und setzt den Sachverhalt unter Hinweis auf die Sitzungsprotokolle vom 12. December 1878 und 26. August 1880 näher auseinander. Es liege danach, streng genommen, eine contractliche Verpflichtung bezüglich der Beiträge zu den Canalisationskosten den Anliegern gegenüber nicht vor. Die von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke gemachten Vorschläge entsprächen aber vollständig den Anforderungen der Billigkeit. Da es jedoch ziemlich auf eins herauskomme, ob demnächst bei Ausführung der allgemeinen Canalisation den Anliegern etwas mehr oder weniger zu Gute gerechnet werde, die Sache also factisch von zu geringfügiger Bedeutung sei, als daß man sich dieserhalb der Eventualität eines Processes seitens der Anlieger aussetzen solle, so habe sich der Magistrat nunmehr entschieden, dem Antrage der Commission beizutreten.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß die Vorlage eines Statuts über die Entwässerung der Stadt erfolgen werde, sobald die technischen Vorbereitungen beendet sein würden. Vor mehreren Jahren sei vom Oberingenieur Mitgau das Canalisationsproject ausgearbeitet und veranschlagt worden; es habe sich aber im Laufe der Jahre als nothwendig herausgestellt, dasselbe in technischer und finanzieller Richtung einer Revision zu unterwerfen, weshalb es dem Oberingenieur Mitgau im vorigen Jahre wieder zugestellt sei. Vor einigen Wochen sei Mitgau an die Erledigung dieser Angelegenheit erinnert; sobald die technischen Vorarbeiten wieder zur Hand seien, werde eine Ausarbeitung des Statuts erfolgen.

Herr Munte glaubt, daß man vor einer Principienfrage stehe. Nach dem jetzigen Vertheilungsmodus der Beiträge würden diese wachsen, je mehr sich die Straßen dem Centrum der Stadt (dem Ausmündungspunkte der Canäle) näherten.

Herr Kybik weist darauf hin, daß man hier vor einem geschlossenen Geschäft stehe, dem gegenüber die städtischen Behörden nicht in der Lage seien, einseitig den Repartitionsfuß zu ändern. Es sei nämlich, wie in ähnlichen Fällen andere Straßen, die Kreuzstraße bezüglich der Canalisirung als ein besonderer Verband behandelt, und bei den Verhandlungen mit den Anliegern von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Kostenrepartition sich auf die Canalanlage in der Kreuzstraße zu beschränken habe. Diese Sachlage habe die Ansicht der Commission bestimmt.

Herr Reuter giebt Herrn Munte bezüglich der Beitragspflicht der Anwohner in gewisser Beziehung Recht: die Anwohner der weit ab liegenden Straßen würden danach mit ihren Beiträgen besser abkommen, als diejenigen der mehr am Centrum der Stadt liegenden Straßen. Er hätte überall gewünscht, daß es bei dem Magistratsantrage geblieben wäre, da es sich doch höchstens um die Differenz eines geringen Zinsbetrages handle. Da die Sache aber einmal nach dieser Richtung hin zur Sprache gekommen sei, so halte er, um einem Prozesse aus dem Wege zu gehen, für zweckmäßig, sich dem Commissionsantrage anzuschließen.

Referent glaubt, daß man den von Herrn Munte angeregten Punkt einstweilen außer Acht lassen könne. Nach der Zusicherung des Herrn Oberbürgermeisters Pockels werde die ganze Canalisationsfrage voraussichtlich bald erledigt werden, da die heutigen Verhandlungen den Oberingenieur Mitgau wahrscheinlich zur Erledigung seines Auftrags etwas anspornen würden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt, daß seine Anschauung bezüglich der Rechtsfrage sich auf das Sachverhältniß, wie es aus den Acten zu ersehen sei, stütze, und falls in dem Protokolle vom 26. August 1880 eine andere Darstellung gebracht worden, sei diese nicht ganz correct.

Nachdem Referent dem entgegen noch erklärt hat, daß die Fassung des fraglichen Protokolles eine vollständig richtige sei,

werden die Commissionsanträge angenommen.

VIII. Die hiesige Stadtcasse, welche in dem Concurse des Landesöconomié-commissairs Ludwig verschiedene bevorzugte Forderungen an Gemeindesteuer u. im Gesamtbetrage von 55 M. 44 A. angemeldet hat, ist von dem Stabsarzte Dr. med. Ludwig zu Mez wegen Freigabe eines hinterlegten Depositscheins von 3800 M. verklagt. Da die Stadtcasse wegen ihrer angemeldeten Forderungen bereits befriedigt ist, so hat sie keinen Grund, dieser Klagforderung entgegenzutreten. Aus dem einfachen Zugeständnisse der Klage würden der Stadtcasse aber Proceßkosten entstehen, wozu dieselbe nicht verpflichtet erscheint, da die in der Klage enthaltene Behauptung, daß die Stadtcasse sich geweigert habe, die gedachte Summe frei zu geben, unwahr

ist. Der Magistrat beantragt daher in seinem Schreiben vom 31. v. Mts., ihn beziehentlich die Stadtcasse zur Proceßführung zu ermächtigen —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Referenten der Statutencommission, Herrn Heymann, ohne Debatte genehmigt wird.

Die Tagesordnung ist damit erledigt; mit Zustimmung der Versammlung kommen jedoch noch einige als dringlich bezeichnete Vorlagen zur Besprechung.

### Zunächst

IX. werden die bei Instandsetzung des dem Fräulein Diedrich auf dem Katharinen-Kirchhofe von der Stadt errichteten Denkmals, dem Anschlage von 200 *M.* gegenüber entstandenen Mehrkosten von 44 *M.* 95 *S.* verwilligt.

X. liegt ein Magistratsantrag vom 6. d. Mts. vor: die Genehmigung dazu zu ertheilen, daß die dem Abfuhrunternehmer Brauwers auferlegte contractliche Verpflichtung, die Abfuhr des Straßen- und Hauskehrichts von den innerhalb der innern Umfluthgräben der Stadt belegenen Straßen und Plätzen während der Monate April bis incl. September in den Morgensstunden von 6—9 Uhr, während der Monate October bis incl. März in den Morgensstunden von 7—10 Uhr zu beschaffen, auch auf die hiesigen Wallpromenaden und Thoravenüen ausgedehnt und die festgesetzte Abfuhrzeit dafür um eine halbe Stunde verlängert werde. Das bezügl. Magistrats-schreiben wird vom Herrn Vorsitzenden verlesen.

Herr Steinau: Die jetzige Art der Abfuhr des Hauskehrichts habe sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens als recht unzuweckmäßig herausgestellt. Es sei allerdings wünschenswerth, daß die Abfuhr möglichst früh geschehe, man muthe den Hausbesitzern aber zu viel zu, wenn man von ihnen verlange, schon vor 6 Uhr die Kehrichtgefäße bereit zu stellen; sie müßten besonders Leute dazu halten, das Haus aufzuschließen, die Straße zu fegen und den Kehricht herauszubringen. Wenn solche Last den Hausbesitzern auch noch aufgebürdet werde, dann solle man lieber Alles auf Kosten der Stadt veranlassen. Es liege eine große Belästigung für einen bedeutenden Theil der Hausbesitzer darin, wenn um 6 Uhr oder gar  $\frac{1}{2}$  6 Uhr schon mit der Abfuhr begonnen werde; es müsse doch auch Zeit gelassen werden, erst zu kehren; wünschenswerth sei, daß erst um 7 Uhr angefangen werde. Etwas anderes sei es mit der Straßenreinigung; daß die nicht früher vorgenommen werde, sei wirklich ein großer Uebelstand. Die sog. Gossenschächte würden grade zur Zeit des stärksten Verkehrs zwischen 10 und 12 Uhr gereinigt, wie er auf der Schuhstraße und auf dem Kohlmarke wiederholt beobachtet und empfunden habe. Mit den Hausbesitzern solle man jedoch etwas Rücksicht nehmen.

Der Herr Vorsitzende hält die von Herrn Steinau angeregte Frage für nicht zur Sache gehörig und giebt demselben anheim, event. einen selbständigen Antrag auf Contractänderung zu stellen.

Herr Steinau ist nicht dieser Meinung, glaubt vielmehr, daß, da man einmal bei der Contractänderung sei, auch die von ihm gewünschte Aenderung hier ohne Weiteres beantragt werden könne. Redner stellt einen diesbezüglichen reglementarischen Antrag.

Herr von Seckendorff bittet, es bei dem einmal gefaßten Beschlusse zu belassen. Soweit er sich erinnere, sei in der Versammlung stets der Wunsch gehegt, daß das Abfuhrgeschäft so früh als möglich abgewickelt werden möchte. Wer nicht in der Lage sei, vor seinem Hause 6 Uhr Morgens fegen zu lassen, könne dieses Geschäft auch am Abend vorher besorgen lassen.

Herr Heymann hält gleich dem Herrn Vorsitzenden, den von Herrn Steinau in Aussicht gestellten Antrag für einen selbständigen.

Der reglementarische Antrag des Herrn Steinau wird danach abgelehnt.

Herr Kybik fragt an, ob der von der Versammlung bei Zustimmung zu dem Contracte mit Braumers geäußerte Wunsch, eine Bekanntmachung dahin zu erlassen, daß Braumers zur Zurückstellung der Kehrlichtgefäße in die Häuser verpflichtet sei, Berücksichtigung gefunden habe. Eine vor Kurzem von Herzoglicher Polizeidirection hinsichtlich des Abfuhrwesens erlassene Bekanntmachung enthalte nichts derartiges.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwidert, daß Herzogliche Polizeidirection von sämtlichen Wünschen der Versammlung in Kenntniß gesetzt sei; der dabei übersandten, vom Magistrate aufgesetzten Bekanntmachung habe jedoch Herzogliche Polizeidirection eine andere Fassung zu geben beliebt, wobei der von Herrn Kybik angeregte Punkt übergangen sei. Es solle jedoch Sorge getragen werden, daß eine bezügliche Bekanntmachung erlassen werde.

Herr Hasenbalg macht bei dieser Gelegenheit noch darauf aufmerksam, daß mit den an den Abfuhrwagen befindlichen Klappen nicht so manipulirt werde, wie es dem Zwecke entspreche. Die Klappen ständen auch beim Fahren sehr häufig offen, so daß ein kleiner Windstoß den Kehrlicht in dem Wagen aufwirbele und so die Passanten belästige. Er habe verschiedentlich die Fuhrleute auf das Ungehörige ihres Verfahrens aufmerksam gemacht, worauf dann sofort die Klappen geschlossen seien. Die zweckmäßige Einrichtung der Wagen sei also völlig illusorisch, wenn nicht seitens der Herzoglichen Polizei-Direction eine strenge Controale in dieser Beziehung geübt und eine Strafe auf das Nichtschließen der Klappen während des Fahrens gesetzt werde.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer erklärt hat, daß Herzogliche Polizei-Direction ersucht werden solle, auf die Innehaltung der den Abfuhrleuten auferlegten Verpflichtungen zu achten, wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

XI. berichtet Herr Munte über einen Magistratsantrag vom 26. v. Mts. — Bei Gelegenheit der Erlaubnißertheilung an den Maurer Th. Bartels zur Erbauung eines Wohnhauses auf seinem am Madamenwege belegenen Grundstücke ist Bartels auf Antrag des Stadtbauamts veranlaßt, dem von ihm projectirten Baue eine die demnächstige Grabelegung der Straße nach dem Stadterweiterungsplane nicht hindernde Stellung zu geben. Bartels hat sich hierzu bereit erklärt, will auch zu den Kosten der demnächstigen Canalisirung u. in demselben Maße beitragen, wie alle übrigen Eigenthümer der an der fraglichen Straße belegenen unbebauten Grundstücke. Der Magistrat empfiehlt nun, um Gefahren der Erschwerung einer künftigen Grabelegung des Madamenweges zu begegnen, für den ganzen Madamenweg von der Goslarischen Straße bis zu dem Punkte X des vorgelegten Situationsplans eine auf Letzterem ange deutete Baulinie nach Vorschrift der Landesbauordnung festzustellen. Die Straße würde danach eine Breite von 13,7—14,0 m erhalten und an Zweckmäßigkeit und Schönheit gewinnen. Die durch die Grabelegung der fraglichen Straße erwachsenden Mehrkosten von 5900 M. würden von den Anliegern bei Bebauung ihrer Grundstücke zurückzuerstatten sein.

Referent giebt die Genehmigung des Antrags anheim, welche denn auch ohne Weiteres erfolgt.

#### Endlich

XII. referirt Herr Lüdersen namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 4. d. Mts., betreffend die Feststellung einer Baulinie am Bültenwege. — Der Kaufmann Dertel aus Magdeburg beabsichtigt auf seinem am Bültenwege M. 62 belegenen Grundstücke eine Conserve-Fabrik und ein Wohnhaus zu erbauen und ist zu solchem Zwecke die Fluchtlinie an dieser Straße festzustellen. Eine schon früher festgestellte Baulinie läßt sich allem Anschein nach nicht verwirklichen, weshalb der Magistrat eine andere vom Stadtbauamte vorgeschlagene Baulinie läßt sich allem Anschein nach nicht verwirklichen, weshalb der Magistrat eine andere vom Stadtbauamte vorgeschlagene Baulinie zur Genehmigung empfiehlt, auch beantragt, daß das nach Annahme der fraglichen Baulinie an Dertel abzutretende Straßenterrain, welches 10—12 qm hält, zum Preise von 20 M. für das Quadratmeter an denselben verkauft werde. Die städtische Bauverwaltung hält diesen Preis für angemessen.

Die Commission empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Nach einer kurzen Erläuterung des Herrn Bürgermeister Rittmeyer, bezüglich der Angemessenheit des für das abzutretende Straßenterrain zu zahlenden Preises, sowie nach einigen Bemerkungen der Herren Steinau, Neuter, Wilke, Hasenbalg und Winter wird der Magistratsantrag angenommen,

die Sitzung darauf geschlossen.

Vertraulich werden Steuerreclamationen erledigt, auch wird vom Herrn Vorsitzenden ein Ministerialrescript verlesen, nach welchem genehmigt ist, daß die von dem Vorsitzenden der Stadtverordneten und dessen Stellvertreter zu tragenden Amtsketten dem anderweit gemachten Vorschlage gemäß herzustellen sind und in Behinderung der vorstehend genannten Personen von zwei anderen Stadtverordneten getragen werden können. Mittheilungen über das Regierungsjubiläum am 25. April c. bilden den Schluß.

---

(Beilage zu **Nr. 128** der **Braunschw. Anzeigen**.)**1881.**(Fortsetzung der Beilage zu **Nr. 107** de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)**Nr. 5.**

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 12. Mai 1881.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- I. Bewilligung der Kosten einer baulichen Reparatur in der Schule an der Dttmerstraße.
- II. Bewilligung eines eventuellen Zuschusses zu den Kosten der baugewerblichen Ausstellung.
- III. Bewilligung der Kosten von Zweiganälen für die Schule an der Sidonienstraße.
- IV. Abänderung eines wegen des vormals Däub'schen, jetzt städtischen Grundstücks im Hasenwinkel abgeschlossenen Miethvertrags.
- V. Bewilligung der Deckung einer Anschlagüberschreitung bei einem Reparaturbau an dem für Zwecke der Volksküche benutzten städtischen Hause hintern Brüdern.
- VI. Desgl. der Kosten der Herstellung von Kohlenaufbewahrungs-Gelassen bei den Hafarenstellungen am Giersberge.
- VII. Aufnahme eines Processes wegen Beitrags zu Straßen-Canalisations-Kosten.
- VIII. Genehmigung eines Vertrages wegen der Rechtsverhältnisse der Pferdeisenbahn-Gesellschaft und Uebertragung der Concession auf einen andern Unternehmer.
- IX. Bewilligung des Gehalts für einen an der höheren Mädchenschule neu anzustellenden Lehrer.
- X. Wechsel in der Person des Vorsitzenden der Unterstützungsdeputation.
- XI. Selbständiger Antrag des Herrn Nieß wegen Feststellung einer neuen Baufluchtlinie an der Dasekenstraße.

Vertraulich:

- 1) Wahl eines Vorsitzenden der Unterstützungsdeputation.
- 2) Wiederwahl des seitherigen Protokollführers der Stadtverordneten.
- 3) Aenderweite Beforgung der Geschäfte des verst. Cammer-Assessors Spehr als Conservator am städtischen Museum.



Entschuldigt die Herren du Roi und Steinau.

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Die Sitzung eröffnend,

verliest der Herr Vorsitzende Otto zunächst einen Antrag des Herrn Nieß, betreffend die Feststellung einer neuen Baulinie für die Dasekenstraße. Nach Erledigung der Tagesordnung gelangt derselbe zur Motivirung.

Sodann

I. wird nach einem Referate des Herrn Zellgmann für die Finanzcommission einem Magistratsantrage vom 14. v. Mts. gemäß beschlossen, die durch Baulichkeiten behuf Vertilgung eines Neßes von Schwammbildungen in der 4. mittleren Bürgerschule an der Ottmersstraße verursachten Kosten im Betrage von 275 *M.* aus der Bürgerschulcasse nachträglich zu verwilligen.

II. berichtet Herr Kybik namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 3. d. Mts. — Die Centralcommission für die im Laufe dieses Sommers in hiesiger Stadt zu veranstaltende deutsche allgemeine baugewerbliche Ausstellung hat beim Stadtmagistrat um Erwirkung von städtischen Ehrenpreisen und freien Bezug von Gas und Wasser für die Ausstellung gebeten. In Erwägung, daß durch die öffentlichen gewerblichen Ausstellungen das Selbstvertrauen der Fabrikanten und das Zutrauen des Publikums zu der Leistungsfähigkeit der heimischen Fabrikanten geweckt, zugleich aber auch den Fabrikanten Gelegenheit geboten wird, die Mängel ihrer eigenen und die Vorzüge anderer, ausgesetzter gewerblicher Erzeugnisse zu erkennen, durch solche Vergleichung aber die Fabrikanten zur Vervollkommnung ihrer Fabrikate angespornt werden, daß somit aber auch von der hier geplanten Ausstellung ein segensreicher Einfluß auf die vaterländische, insbesondere Braunschweigische baugewerbliche Industrie zu erwarten steht, giebt der Magistrat anheim, das fragliche Unternehmen dadurch zu fördern, daß

- 1) die durch die Ausstellung entstehenden, durch die mit derselben verbundenen Einnahmen nicht gedeckten Kosten bis zum Betrage von 5000 *M.* auf die hiesige Stadtcasse übernommen werden,
- 2) das für die Ausstellung von den städtischen Gas- und Wasserwerken zu entnehmende Gas und Wasser der Ausstellungscommission zum Selbstkostenpreise geliefert, die Differenz zwischen diesem und dem zur Zeit festgesetzten Verkaufspreise aber aus der Stadtcasse an die städtischen Gas- und Wasserwerke vergütet werden.

Es scheint dem Magistrate richtiger, daß die in Aussicht zu stellenden Ehrenpreise an silbernen und bronzenen Medaillen, Ehrendiplomen ic. nicht direct von der Stadt, sondern von der Ausstellungscommission vertheilt werden, die Stadt sich dagegen auf die vorgeschlagene Subvention beschränkt. Die durch letztere erwachsenen Ausgaben würden aus dem Dispositionsfonds, Cap. XIV. *M* 4 des Etats, zu bestreiten sein.

Da das Zustandekommen der Ausstellung, wie Referent bemerkt, durch zahlreiche Anmeldungen bereits gesichert sei, so würden voraussichtlich die Kosten derselben durch die Einnahmen vollständig gedeckt werden und die Stadt brauche alsdann nicht einzutreten. Möglich sei, daß auch die Regierung das Unternehmen in Etwas unterstütze. Die Commission gebe deshalb anheim, die Magistratsanträge zu genehmigen.

Herr Hasenbalg wünscht zu wissen, wie groß die Differenz zwischen dem Selbstkosten- und dem Verkaufspreise des zu liefernden Gases und Wassers sei.

Referent bemerkt hierauf, daß sich diese Differenz nicht zutreffend bestimmen lasse, da das Project noch nicht fertig vorliege; von großer Bedeutung sei dieselbe indessen nicht, soviel stehe fest.

Herr Reuter schließt sich dieser Erklärung an. Der Selbstkostenpreis dieser beiden Artikel wechsle alle Jahre; er hänge von den Kohlenpreisen und sonstigen Umständen ab. Ein großes Object sei es indeß nicht, was gefordert werde, denn der Verbrauch werde ein verhältnißmäßig sehr kleiner sein. Gas werde nur in der Zeit gebrannt, wo Concerte gegeben werden, die sich über die Abendstunden hinaus erstrecken. Rechne man beispielsweise 10—12 Concerte, so würden die zu verausgabenden Kosten bei 24stündigem Brennen von 252 Flammen, à Stunde 6 *M*, etwa 144 *M*. betragen. Aber auch eine doppelt so große Summe sei im Hinblick auf die Bedeutung des Unternehmens kein Object. Wenn ein guter finanzieller Erfolg erzielt werde, so werde auch die Centralcommission keinen Anstand nehmen, die ganze Summe selbst zu decken. Bezüglich der Kosten des Wassers lasse sich noch gar nichts angeben; es hänge dabei Alles vom Consum und von den Kohlenpreisen ab. Doch bringe auch das nur einige Pfennige auf das Cubikmeter.

Herr Hasenbalg ist durch diese Auskunft nicht befriedigt, wünscht vielmehr eine präcise Antwort auf die Frage, wie groß die Differenz zwischen Selbstkosten- und Verkaufspreis in der Einheit, also beispielsweise pro Kubikmeter Wasser, wenn auch nicht vom laufenden, so doch vom vergangenen Jahre, sei.

Der Herr Vorsitzende giebt mit dem Bemerken, daß die Forderung bestimmter Antwort nicht sowohl im Interesse der hier in Frage stehenden Vorlage als in selbständigem Interesse an einer Ermittlung der Differenz zwischen Abgabe- und Herstellungspreis von Gas und Wasser gestellt zu sein scheine, in letzterem Falle aber als zur Sache gehörend nicht anerkannt werden könne, Herrn Hasenbalg anheim-

einen selbständigen Antrag dieserhalb zu stellen, zumal augenblicklich ihm Niemand genügende Auskunft auf seine Frage werde geben können.

Herr Reuter hält nicht für opportun, die Preisdifferenz so genau anzugeben. Wer dieselbe wissen wolle, könne ja die Jahresberichte der Gas- und Wasserwerke einsehen.

Danach werden die Magistratsanträge genehmigt.

III. wird nach einem Referate des Herrn Wolff für die Finanzcommission einem Magistratsantrage vom 30. März c. gemäß beschlossen, die für Herstellung von Zweiganälen zur Abführung des Tagwassers vom Schulhofe, sowie von der straßenseitigen Dachfläche des Bürgerschulgebäudes an der Sidonienstraße aufzuwandten Kosten im Betrage von 180 M. 15 A. nachzuverwilligen.

Die hiernach folgenden Punkte: Nachbewilligung von den Etat überschreitenden Ausgaben bei der Casse der höheren Mädchenschule für 1880, desgl. bei der Bürgerschulcasse für 1880, werden von der Tagesordnung abgesetzt, da, wie Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, beide Vorlagen im Einverständnisse mit der Finanzcommission zurückgezogen sind.

Es folgt demnach,

IV. von Herrn Schwarzenberg erstattet, der Bericht der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 30. März c., betreffend die Abänderung des wegen des vormals Daubischen, jetzt städtischen Grundstücks im Hasenwinkel abgeschlossenen Miethvertrags vom 19. Februar 1880. — Das fragliche, etwa 1 Morgen haltende Grundstück ist dem Gärtner Carl Homann für 500 M. jährlich verpachtet, die Pachtzeit auf 5 Jahre vom 1. April 1880 bis dahin 1885 festgesetzt. Der Magistrat hält, um an der Disposition über das Grundstück bei eventueller Anlage einer Verbindungsstraße zwischen der Celler- und Hamburger Straße nicht bis zum 1. April 1885 gehindert zu sein, für erforderlich, daß der gedachte Miethvertrag als auf unbestimmte Zeit und halbjährige Kündigung lautend abgeändert werde. Der Miether hat sich unter der Bedingung damit einverstanden erklärt, daß der Miethzins auf 450 M. jährlich ermäßigt werde. Der Magistrat giebt nun anheim, sich mit den vorerwähnten Abänderungen auf Grund des darüber vorgelegten, notariellen Protokolles vom 19. März c. einverstanden zu erklären.

Die Commission empfiehlt den Antrag zur Genehmigung, welche ohne Weiteres ausgesprochen wird.

V. wird nach einem Referate des Herrn Zellgmann für die Finanzcommission einem Magistratsantrage vom 29. April c. gemäß beschlossen, die bei Ausführung der

Reparatur des an den Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen zur Errichtung einer Volksküche vermiethteten vormals Kaulich'schen Hauses hintern Brüdern entstandenen Mehrkosten von 148 *M.* 85 *S.*, welche aus dem Dispositionsquantum der ordentlichen Ausgaben — Cap. XV. *N.* 4 des Etats — zu bestreiten sein werden, nachträglich zu verwilligen.

VI. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 14. v. Mts. — Das Commando des Herzoglich Braunschweigischen Husaren-Regiments *N.* 17 hat darum gebeten, für die Beschlagschmiede der 1. und 5. Escadron bei den Stallungen am Giersberge getrennte Aufbewahrungsgelasse für die Schmiedekohlen herrichten zu lassen. Der Magistrat ist streng genommen hierzu contractlich nicht verpflichtet, giebt aber dennoch, in Anbetracht, daß das auf die gesammte Anlage der am Giersberge errichteten Pferdeöfale verwandte Capital durch die jährlichen Einnahmen an Servis, Miethe und Erträgen des Stalldüngers durchschnittlich mit  $3\frac{1}{8}\%$  verzinst wird, anheim, die Herrichtung der fraglichen Kohlen-gelasse, welche nach dem Gutachten der städtischen Bauperwaltung wünschenswerth erscheint, und einen Kostenaufwand von 450 *M.* erfordert, zu genehmigen.

Die Commission schließt sich diesem Antrage an, worauf derselbe angenommen wird.

#### Danach

VII. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über einen Magistratsantrag vom 4. d. Mts. — Der Photograph Louis Steinmann hat gegen den Stadtmagistrat eine Klage erhoben, welche darauf gerichtet ist, festzustellen, daß er nicht verpflichtet sei, zu den Kosten der Canalisirung der Karlsstraße beizutragen und die seitens des Stadtmagistrats verfügte Arrestanlage wieder aufzuheben. Im Jahre 1874 wurde nämlich die Carlstraße canalisirt und chaussirt. Der Photograph Steinmann, welcher damals Eigenthümer des an dieser Straße belegenen Hauses *N.* 75 war, hatte, gleich den übrigen Grundbesitzern, seine Verpflichtung zur Zahlung der Canalisationsbeiträge anerkannt, sich auch an der fraglichen Canalisirung thatsächlich betheiligt. Später hat er das Grundstück verkauft, und glaubt nun zur Zahlung der Canalisationsbeiträge, die erst nach der i. J. 1879 festgestellten Rechnungsablage ausgeschrieben wurden, nicht mehr verpflichtet zu sein. Nach den Ausführungen des Magistrats erscheint Steinmann allerdings dazu verpflichtet, weshalb derselbe anheim giebt, ihn zur Aufnahme des Processus zu ermächtigen.

Der Herr Referent trägt vor: Steinmann, welcher 1873 vor Beginn der Canalisationsarbeiten das Grundstück gekauft, nachdem schon der an ihn verkaufende Eigenthümer in den Vorverhandlungen über die Canalisirung sich zu notariellem Protokolle zu einem dem Statute über die Stadterweiterung entsprechenden Beitrage bezüglich der Canalisirung verpflichtet gehabt, habe, zwar dem Magistrate gegenüber nicht mit

ausdrücklichen Worten sich zur Uebernahme der fraglichen Kosten bereit erklärt, es sei aber diese Verpflichtung in der vom Kläger f. B. abgegebenen Erklärung, daß er damit einverstanden sei, wenn die ihm für Abtretung von Terrain zur Straße zustehenden Entschädigungsgelder von den von ihm zu leistenden Canalisationsbeiträgen in Abzug gebracht würden, *implicite* zu finden. Wenn aus der Terrainabtretung nun nichts geworden sei, so beeinflusse das die Sachlage nicht. Dürfe man hieraus die Verpflichtung des Steinmann nicht deduciren, so frage sich weiter, ob derselbe nicht doch, abgesehen von allen thatsächlichen Vorkommnissen, auch gesetzlich die verpflichtete Person sei. Und da sei es unrichtig anzunehmen, wie der Kläger thue, daß es sich hier lediglich um auf dem fraglichen Grundstücke ruhende Lasten handle, wobei nur das Grundstück und nicht die einzelne Person, der Besitzer desselben, in Frage käme. Die Person hänge von dem Besitze des Grundstücks ab, und sei dieselbe gefunden, so habe man sich nicht allein am Grundstück, sondern an dem gesamten Vermögen des Verpflichteten. Frage es sich aber nun, zu welcher Zeit der Betreffende Besitzer des Grundstücks gewesen sein müsse, so handle es sich hier um den Zeitpunkt, in welcher die Canalisationsarbeiten wirklich ausgeführt und die dazu erforderlichen Verwendungen seitens des Magistrats gemacht seien, nicht aber um die Zeit, wo die Rechnungsablage festgestellt resp. die Ausschreibung der Rechnungen erfolgt sei, weil diese mit der Existenz der Forderungen nichts zu thun habe, sondern lediglich mit einem etwaigen Verzuge des betreffenden Verpflichteten. Steinmann sei zu der Zeit, wo die Canalisationsarbeiten wirklich zur Ausführung gekommen, eingetragener Eigentümer des betreffenden Grundstücks gewesen und dem Gesetze nach zur Beitragszahlung verpflichtet. Aus diesen Gründen gebe die Statutencommission anheim, dem Magistrate die beantragte Ermächtigung zur Proceßführung zu erteilen.

Ohne Debatte wird darauf der Magistratsantrag genehmigt.

### Weiter

VIII. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission, über ein Magistratschreiben, vom 4. d. Mts. betreffend die Genehmigung eines Vertrags wegen der Rechtsverhältnisse der Pferdeisenbahngesellschaft und Uebertragung der Concession auf einen anderen Unternehmer. — Der Proceß zwischen der Pferdeisenbahngesellschaft und der Stadt ist vom Landgerichte zu Gunsten der Letzteren entschieden. Das Erkenntniß ist am 2. Mai rechtskräftig geworden, da die Frist zur Verfolgung der Berufung an diesem Tage abgelaufen, diese aber nicht eingelegt worden ist. Der Magistrat hat nun einen Vertragsentwurf, betreffend die Ertheilung der Concession zum Betriebe einer Pferdeisenbahn in hiesiger Stadt an das Bankhaus von Erlanger & Söhne zu Frankfurt am Main, zur Genehmigung vorgelegt. Die Statutencommission hat denselben berathen, und haben einige dabei für nothwendig

erachtete redactionelle Aenderungen die bestimmende Erklärung des Magistrats gefunden. Sodann ist noch ein notariellen Vertrag vom 28. v. Mts. vorgelegt. Derselbe betrifft die Regelung der Rechtsverhältnisse der City of Brunswick Tramways Company, Limited, insbesondere dem neuen Concessionair gegenüber, und bedarf, soweit dabei die Stadt Braunschweig beteiligt ist, gleichfalls der Zustimmung der Stadtverordneten.

Die Commission giebt die Genehmigung dieser Verträge anheim.

Referent verliest zunächst den letztgedachten Vertrag vom 28. v. Mts. Derselbe bestimmt, daß die Pferdebahngesellschaft unter Verzichtleistung auf Anfechtung des Erkenntnisses die dem Stadtmagistrate erwachsenen Proceßkosten nebst 5% Zinsen des bei dem Landgerichte eingezahlten Vorschusses, sowie die außergerichtlichen Kosten im Betrage von 260 M. erstatten werde und an das Bankhaus Erlanger & Söhne ihre gesammten Activa einschließlich des dem Stadtmagistrate bestellten Cautionscapitals, der vorhandenen Bahngelände u. und alle Rechte und Verpflichtungen übertrage. Außerdem verpflichtet sich die Gesellschaft, die hiesigen Zeichner der noch nicht voll eingezahlten Actien von allen Verpflichtungen zu entbinden. Das Bankhaus Erlanger & Söhne acceptirt diese Uebertragungen und übernimmt die der Gesellschaft durch den Vertrag vom Jahre 1878 auferlegten Verpflichtungen unter der Bedingung, das jetzige Bahngelände vom Hallerleberthore bis Richmond innerhalb 6 Monaten durch das Flanschenystem zu ersetzen. Der Umbau ist so vorzunehmen, daß der Betrieb nur möglichst kurze Zeit unterbrochen wird. Es ist eine Bahnlinie vom Steintore, am Eingange der Parkstraße beginnend, über den Sandweg, Steinweg, am Museum vorbei über den Rufsäutchen- und Baraplatz, durch die Neuestraße, Gördenstraße, Altstadtmarkt, durch die Sonnenstraße nach dem Hohenthore nach dem Flanschenysteme zu erbauen. Die sämmtlichen Umbauten und Neubauten dieser Strecken sind 6 Monate nach Genehmigung der Pläne auszuführen, welche dem Stadtmagistrate binnen 2 Monaten nach Genehmigung des Vertrags durch Herzogliches Staatsministerium einzureichen sind. Wird die Güterbahn bis zum 1. April 1882 nicht in Angriff genommen und binnen weiterer 6 Monate hergestellt, so erlischt die für dieselbe erteilte Erlaubniß. Die Bahnanlage kann im Zusammenhange mit dem Personenbahn-Unternehmen oder als ein getrenntes Unternehmen ausgeführt, auch die Concession an einen anderen dem Stadtmagistrate convenienten Unternehmer abgetreten werden. Erfüllt das Bankhaus seine Verpflichtungen nicht, so hat der Stadtmagistrat die Wahl, von der Befugniß der Concessionsentziehung entweder auf Grund einer richterlichen Entscheidung oder einer Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums Gebrauch zu machen. Das Bankhaus verpflichtet sich, außer der an die englische Gesellschaft zu zahlenden Summe von 2700 Pfd. Sterl. die von hiesigen Einwohnern bei der Braunschweigischen Creditanstalt subscribirten 175 Stück

Actien der englischen Gesellschaft, auf welche 40% mit 14000 *M.* eingezahlt sind, und weitere 30 Stück derselben Actien, welche von den Bauunternehmern der Gesellschaft in hiesiger Stadt untergebracht und mit dem vollen Nominalbetrage von 6000 *M.* eingezahlt sind, entweder mit den eingezahlten Beträgen in baar einzulösen oder nach Wahl des Inhabers dafür Actien der zu bildenden neuen Gesellschaft in gleicher Höhe auszuhändigen. Das Bankhaus stellt zu diesem Zwecke der Creditanstalt, nachdem der Vertrag perfect geworden, den erforderlichen Betrag zur Verfügung. Eine etwa zu bildende Actiengesellschaft hat ihren Sitz in hiesiger Stadt zu nehmen und sich dem deutschen Handelsgesetzbuche zu unterwerfen; das Bankhaus haftet für die Ausführung des Vertrages.

Referent hebt aus der Motivirung des Magistratsantrags hervor, daß das Bankhaus Erlanger & Söhne, welches über namhafte Mittel verfüge und bereits in mehren großen Städten Deutschlands Pferdebahnen gebaut habe und betreibe, eine genügende Garantie für Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen biete.

Hierauf geht Referent über zu dem Vertragsentwurfe, betreffend die Ertheilung der Concession zum Betriebe der Pferdebahn an das gedachte Bankhaus Erlanger & Söhne. Derselbe ist eine neue Redaction des mit der früheren Gesellschaft abgeschlossenen Vertrages vom 21. August 1878, jedoch mit einigen Aenderungen versehen. Um allen Zweifeln vorzubeugen, beabsichtigt der Magistrat die Angelegenheit in der Weise formell zu erledigen, daß er diese neue Redaction, nachdem dieselbe genehmigt sein wird, Erlanger und Söhne zur Unterschrift vorlegt und dabei von diesem Bankhause die Erklärung extrahirt, daß es sich den sämtlichen Bestimmungen dieser neuen Redaction selbst unterwirft, insoweit als dieselbe von dem Inhalte des notariellen Vertrages abweicht.

Referent bringt die verschiedenen, vom Magistrate und der Commission dem früheren Contracte gegenüber nöthig befundenen Aenderungen, dabei dieselben erläuternd, zur Kenntniß der Versammlung.

Nach §. 2 sollen gebaut werden die Strecken Bahnhof-Gliesmaroder Straße, Bahnhof-Richmond, Steinthor-Hohethor, vom Hagenmarkte bis zur südöstlichen Ecke des Friedhofes der St. Andreaskirche, und die Güterbahn vom Bahnhofe der Braunschweigischen Eisenbahn-Gesellschaft bis nach der Hamburger Straße bez. dem städtischen Schlachthause; event. soll auch (ein Zusatz des Magistrats) die Strecke Bahnhof-Petritthor gebaut werden, sobald das Unternehmen nach 5 Jahren einen Reingewinn von 6% abwirft und die städtischen Behörden solches verlangen.

Herr Reiche spricht bei Berathung dieses Paragraphen die Bitte aus, dahin zu wirken, daß eine Zweiglinie vom Kohlmarkte bis vor das Petritthor vorgesehen werde; wahrscheinlich würden sich die Unternehmer in ihrem eigenen Interesse gern

dazu bereit erklären. Diese Strecke würde voraussichtlich stark in Anspruch genommen werden, namentlich im Sommer, wo sich unter Anderm der große Uebelstand geltend mache, daß der nördliche Theil der Stadt kein Bad aufzuweisen habe, und daher viele Bewohner des Petritthordistricts gezwungen seien, sich zum Baden vor das Augustthor zu begeben. Schon Mancher habe sich diese Unnehmlichkeit versagen müssen, weil das Baden bekanntlich nicht zuträglich sei, wenn man vorher einen weiten Weg in der Sommerhitze zu Fuß zurückgelegt habe.

Referent und Vorsitzender weisen darauf hin, daß auch der Magistrat die Herstellung dieser Strecke bereits im Auge gehabt und das Nöthige im Vertrage hinzugefügt habe; anzunehmen sei, daß auch der Unternehmer sich darauf einlassen werde.

Herr Schwarzenberg giebt anheim, hinter den Worten »5 Jahren« »oder später« einzuschalten.

Herr Reuter hält den Zusatz für bedenklich; die Sache könne ganz anders kommen, als man augenblicklich erwarte: es könne sich ein anderer Unternehmer finden, welcher sich zur Herstellung der Strecke nach dem Petritthore bereit erkläre, wenn auch kein Reingewinn von 6% erzielt sei, was alsdann Erlanger & Söhne, gestützt auf ihre Concession, nicht zugeben würden. Wenn der Pferdebahnbetrieb richtig gehandhabt werde, so werde das Unternehmen bald in Schwung kommen und besser rentiren als man jetzt vielleicht annehme. Schon im eigenen Interesse würden die Unternehmer Alles anbieten, berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Redner giebt anheim, die jetzige Fassung beizubehalten; durch fernere Zusätze werde die Sache nur unklar. Eine Verlängerung der Frist würde die Lage der Bewohner des Petritthorbezirks nur noch unangenehmer gestalten.

Herr Schwarzenberg ersucht aus Zweckmäßigkeitsgründen seinem Vorschlage zuzustimmen,

während Referent Herrn Reuter darin Recht giebt, daß durch Hinzufügung der Worte »oder später« leicht Verwirrung in die Sache gebracht werden könne. Mindestens sei es zweifelhaft, ob es zur Förderung beitrage.

Herr Semler glaubt, eine durch die gedachte Einschaltung etwa hervorgerufene Unklarheit könne leicht dadurch beseitigt werden, daß man die bezüglich der anderen Linien bestehenden Bestimmungen über das den Unternehmern eingeräumte Vorrecht, wonach dasselbe erlösche, falls nicht zu rechter Zeit Gebrauch davon gemacht werde, auch auf diese Linie ausdehne.

Herr Ding hält für zweckmäßig, eine Aenderung an dieser Stelle des Vertrages nicht eintreten zu lassen. Wenn Erlanger & Söhne ihre Rechnung bei dem Unter-



nehmen fänden, würden sie auch die in Rede stehende Linie bauen, fänden sie diese nicht, so würde sich auch jeder Andere hüten, diese Linie zu bauen.

Hierauf wird ein reglementarischer Antrag des Herrn Kybik, unterstützt von Herrn Blasius, den Vertrag in extenso zu verlesen, nachdem Herr Schwarzenberg sich gegen dieses Verfahren, als zu weit und nicht besser zum Ziele führend, ausgesprochen, angenommen.

Es erfolgt sodann die Verlesung des 24 Paragraphen haltenden Contracts durch den Herrn Referenten.

Zu §. 2 stellt Herr Schwarzenberg nunmehr den Antrag, folgenden Zusatz einzuschalten: »Nach Ablauf von 5 Jahren von der Genehmigung dieses Contracts angerechnet, kann der Magistrat die Herstellung und den Betrieb einer Bahnstraße vom Bahnhofe resp. dem Platze vor der Friedrich-Wilhelmstraße bis zum Kreuzkloster verlangen, wenn und sobald das Unternehmen der Pferdebahn einen Reingewinn von 6 % abwirft.« Bei dieser Fassung komme besser zum Ausdruck, daß nach 5 Jahren lediglich das Recht des Stadtmagistrats, die Herstellung der Linie bei Eintreten einer gewissen Bedingung zu fordern, bestehe, nicht aber ein ausschließliches Recht des einen Unternehmers, bezw. einer für denselben eintretenden Gesellschaft auf die Herstellung der Linie.

Nachdem die persönliche Zustimmung des Herrn Bürgermeisters Rittmeyer zu dieser Aenderung erfolgt,

und von Herrn Semler unter Erklärung des Einverständnisses anheimgegeben ist, die Redaction des Antrags dem Stadtmagistrate zu überlassen,

wird die beantragte Aenderung vorbehältlich ihrer Redaction durch den Stadtmagistrat, und dann §. 2 selbst angenommen.

Bei §. 8, welcher über die Construction des Bahnkörpers, die Vorrichtungen zur Schonung und Sicherung von Canälen, Wasser- und Gasleitungen etc., sowie über die zur Verwendung kommenden Wagen, Pferde, Wagenführer und Conducteure spricht,

bemerkt Herr Blasius, daß es im höchsten Grade wünschenswerth sei, in denjenigen Straßen, welche breit genug sind, zwei Geleise nebeneinander zu führen, Doppelgeleise anzulegen: eine Pferdebahn, die sich auf ein Geleis mit Ausweichstellen beschränken müsse, werde nie und nimmer ihrem wahren Zwecke, dem raschen Vorwärtskommen, genügen. Wer sich längere Zeit in größeren Städten aufgehalten habe, werde erfahren haben, daß der Hauptwerth einer Pferdebahn in schneller Beförderung, und zwar in einer schnelleren, als durch Droschken zu ermöglichen sei, gesucht werden müsse. Wenn man auf einer Ausweichung 6—7 Minuten zu halten gezwungen sei, so habe der Fahrgast dem Fußgänger gegenüber bei größeren Touren keinen Vortheil. Nur bei Anlegung von Doppelgeleisen werde man auf frequente Benutzung,

dann aber auch auf Rentabilität einer Pferdebahn hoffen können. Redner stellt den Antrag, dem §. 8 folgende Bestimmung einzuverleiben: »Unternehmer ist verpflichtet, in denjenigen Straßen, in denen die Anlegung von Doppelgleisen ohne Störung des übrigen Verkehrs möglich ist, solche auf Anfordern des Magistrats anzulegen«.

Herr Bürgermeister Rittmeyer anerkennt die Vortheile von Doppelgleisen, giebt jedoch zur Erwägung, ob deren Herstellung bei den engen Straßen unserer Stadt überhaupt möglich sei, und hält für fraglich, ob der Unternehmer sich auch darauf einlassen werde.

Herr Wilke befürchtet, daß man, wenn man durchaus auf Vorrichtung von Doppelgleisen bestehen wolle, überall auf eine Pferdebahn werde verzichten müssen, denn seiner Ueberzeugung nach würden sich Erlanger & Söhne nicht darauf einlassen. In allen ihm bekannten großen Städten, mit Ausnahme von Berlin und Breslau, habe man auch nur eingleisige Bahnen und doch sei der Betrieb dort ein sehr prompter.

Herr Reuter bemerkt, daß die von Herrn Blasius ins Auge gefaßten Uebelstände gehoben werden würden, sobald die Ausweichstellen nicht zu kurz bemessen seien. Im Interesse des Unternehmers selbst liege es aber, den Betrieb in einer Weise einzurichten, die das leider hier zur Regel gewordene Warten des einen Wagens auf den anderen ausschließe. Er glaube daher, daß der Unternehmer den Wünschen des Publikums nach dieser Richtung hin gern entsprechen werde, auch ohne daß eine bezügliche Aenderung des Contractes vorgenommen werde.

Nachdem Herr Blasius noch Herrn Wilke gegenüber hervorgehoben, daß auch die Pferdebahn Münchens, die man dreist als eine mustergültige bezeichnen könne, zweigleisig sei, und ferner Herrn Reuter gegenüber, daß, was dieser wünsche, im Wesentlichen doch dem durch seinen Antrag bezweckten gleich komme,

wird der Antrag Blasius abgelehnt, §. 8 selbst angenommen.

In §. 10, welcher die Zeit der Herstellung der Bahn vorschreibt, hält Herr Riecke die Bestimmung aufzunehmen für zweckmäßig, daß, um Verkehrsstörungen zu vermeiden, die neue Bahnlinie vor Aufhebung der alten fertig gestellt werden müsse. Er erinnere daran, daß auch die Fallersleberstraße in nächster Zeit gepflastert werde. Dann vermissen er im Contracte eine Angabe der Länge des ganzen Bahnkörpers.

In Erwiderung hierauf verweist Referent auf den einschlägigen Passus im Paragraph 10 und bemerkt, daß auch im früheren Contracte keine Bestimmung bezüglich der Bahnlänge enthalten sei,

wodurch die Bedenken des Herrn Riecke gehoben werden.

Zu § 15, das Bahn-Reglement betreffend, bemerkt Herr Sievers, daß er in anderen Städten eine sehr practische Einrichtung vorgefunden habe, wonach auch

für die Benützung der Bahn innerhalb der letzten und der ersten Hälfte zweier anschließenden Linien immer nur ein Einheitspreis von 10 A bezahlt werde. Er halte für wünschenswerth, daß eine derartige Bestimmung auch hier Platz greife; die Frequenz würde außerordentlich dadurch gehoben werden. So dürfe beispielsweise die Strecke von der Ausweichstelle auf dem Bohlwege bis nach Holst's Garten nicht mehr als 10 A kosten. In anderen Städten würden besondere Billets zu derartigen Touren ausgegeben.

Herr Bürgermeister Rittmeyer hält nicht für geeignet, derartige Details in den Vertrag aufzunehmen und giebt anheim, dieselben den Verhandlungen über den Tarif, dessen Feststellung von Herzoglicher Polizeidirection abhängt, zu überlassen. Eine derartige Bestimmung werde sich übrigens, wenn im Interesse des Unternehmens selbst liegend, leicht erreichen lassen.

Auf Vorschlag des Herrn Lüderßen wird der Wunsch des Herrn Sievers in der Weise in's Protokoll aufgenommen, daß die Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat das Ersuchen richtet, bei Herzoglicher Polizei-Direction dahin zu wirken, daß, soweit möglich, eine einheitliche Tare von 10 A auch da nur erhoben werde, wo zwei aneinander schließende Strecken je zur Hälfte befahren werden.

Nachdem sodann noch auf Ansuchen des Herrn Bürgermeister Rittmeyer bestimmt ist, in §. 22 hinter den Worten »fällig gewordenen« einzuschalten »von den früheren Concessionairen noch nicht erhobenen«

wird 1) der Entwurf des zwischen dem Stadtmagistrate und dem Bankhause Erlanger & Söhne abzuschließenden Contracts,

2) der zwischen der City of Brunswick Tramways Company Limited und dem neuen Concessionär unterm 28. April c. abgeschlossene notarielle Vertrag, soweit am Abschlusse dieses Vertrages die Stadt Braunschweig theilhaft ist, genehmigt.

Der folgende Punkt der Tagesordnung: Entscheidung über einen Protest gegen die Festsetzung einer Baulinie in der Gegend des Madamenweges, wird, da die Statutencommission mit den vorbereitenden Arbeiten noch nicht zu Ende gekommen ist, und das Referat unter diesen Umständen noch nicht erstattet werden kann, für heute von der Berathung ausgeschlossen.

Sodann

IX. wird nach einem Berichte des Herrn Schwarzenberg namens der Schulcommission einem Magistratsantrage vom 12. d. M. gemäß beschloffen, für den an der höheren Mädchenschule an Stelle des mit dem 1. vorigen Monats an das Her-

zogliche Gymnasium Martino Catharineum berufenen Lehrers Lohmann anzustellenden Lehrer Haedrich aus Halberstadt ein Jahrgehalt von 1780 *M.* mit Aussicht auf Einordnung in die 3. unterste Gehaltsklasse zum 1. Januar 1883 aus der betreffenden Schulcasse zu bewilligen.

## Wie

X. Herr Grote für die Statutencommission vorträgt, hat nach einem Magistratschreiben vom 5. d. Mts. der Stadtrath Bammel, welcher seit Anfang 1864 in der städtischen Armenverwaltung als Vorsitzender der Unterstützungsdeputation fungirt, gebeten, ihn mit Rücksicht auf sein vorgerücktes Lebensalter von diesem Amte zu entbinden. Ungern sieht der Magistrat den Stadtrath Bammel aus seinem Wirkungskreise scheiden, dem sich derselbe mit seltener Berufstreue und mit ausgezeichneten Sach- und Personenkenntniß hingegeben hat, er glaubt aber dem Ersuchen desselben um Entlassung aus seiner Stellung im Hinblick auf die mit diesem Dienste verbundenen großen Anstrengungen mit Rücksicht darauf nicht entgegenzutreten zu dürfen, daß er noch im Laufe dieses Jahres eine Vorlage wegen Reorganisation des städtischen Armenwesens einzubringen beabsichtigt, welche die Armenverwaltung auf vollständig neuer Grundlage einrichten, insbesondere auch das Organ der Unterstützungsdeputation beseitigen will. Der Magistrat giebt deshalb anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Stadtrath Bammel sein Amt mit Schluß des laufenden Monats niederlege, und präsentirt zugleich drei Personen mit dem Ersuchen, eine davon zu wählen und zwar auf monatliche Kündigung und unter Bewilligung der für diese Stelle ausgesetzten Remuneration von 1500 *M.* jährlich.

Die Statutencommission schließt sich der ehrenden Anerkennung der Thätigkeit des Stadtraths Bammel im vollen Umfange an: Derselbe habe während seiner 17jährigen Thätigkeit als Vorsitzender der Unterstützungsdeputation seine Geschäfte in jeder Weise mustergültig geführt und sei mit einer Personen- und Sachkenntniß ausgerüstet, welche an diejenige seines Vorgängers Franke vollständig hinanreiche. Die minderbegüterte Einwohnerschaft der Stadt habe stets offenes Ohr und guten Rath, wenn möglich auch eine thatkräftige Unterstützung bei ihm gefunden. Die Commission sehe sich leider veranlaßt, das Entlassungsgeſuch unter so bewandten Umständen zur Genehmigung zu empfehlen.

Nachdem sodann der Herr Vorsitzende dem Scheidenden noch einige Worte der Anerkennung für die bewiesene Umsicht, Aufopferung und Uneigennützigkeit bei Wartung seines wahrhaft mühevollen Amtes gewidmet hat, erhebt sich die Versammlung auf Aufforderung des Vorsitzenden zu Ehren des Stadtraths Bammel von den Sägen.

Das Entlassungsgesuch wird darauf genehmigt, die Neuwahl jedoch der vertraulichen Sitzung vorbehalten.

### Schließlich

XI. motivirt Herr Nieß seinen zu Beginn der Sitzung eingebrachten Antrag: »Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, möglichst sofort eine neue Straßensucht für die Dasekenstraße feststellen zu lassen, damit bei dem anstehenden Verkauf des alten Postgebäudes und der dann in Aussicht stehenden Ausnutzung zu privaten Zwecken nicht die in Jahrhunderten vielleicht einzig mögliche Verbreiterung dieser Straße, resp. deren Weiterführung nach dem Kohlmarkte unmöglich gemacht wird.«

Redner bezieht sich in wenigen Worten auf die hier gebotene Gelegenheit, eine bessere Verbindung zwischen dem Bahnhofe und dem nordwestlichen Theile der inneren Stadt wenigstens anzubahnen, eine Gelegenheit, die vielleicht in langen Jahren nicht oder überhaupt nicht so sich wieder bieten werde.

Der Antrag wird der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen, wobei der Herr Vorsitzende anheimzieht, an diese Prüfung möglichst schleunig heranzutreten.

Danach Schluß der Sitzung.

In vertraulicher Sitzung erfolgt:

- 1) Neuwahl eines Vorsitzenden der Unterstützungsdeputation,
- 2) Wiederwahl des bisherigen Protokollführers der Stadtverordneten im Einverständniß mit dem Stadtmagistrate,
- 3) Beschlußfassung über einen Magistratsantrag vom 3. d. Mts., betreffend die anderweite Besorgung der Geschäfte des verstorbenen Cammerassessors Spehr als Conservator am städtischen Museum.

(Beilage zu N. 134 der Braunschw. Anzeigen.)

1881.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 128 de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 6.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 19. Mai 1881.

Öeffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats.

- I. Herstellung und Organisation der städtischen Feuer-telegraphen.
- II. Genehmigung des Ankaufs des sog. Kasanenholzes für die Stadt.
- III. Bewilligung einer Remuneration für zeitweilige Aushülfe in Inspectoratsgeschäften beim städtischen Schulwesen.
- IV. Bewilligung der zur Besoldung neuer Lehrkräfte bei den Bürgerschulen erforderlichen Mittel.
- V. Eine Einsprache gegen die von den städtischen Behörden beschlossenen neuen Baulinien in der Gegend eines Theils des Madamenweges.
- VI. Veränderung im Niveau des Wilhelmsplatzes.
- VII. Eine durch die Schuntercorrection bedingte Veränderung der Grenzen der Feldmark Hagen.

Entschuldigt die Herren Kybik, Schwarzenberg, von Seckendorff, Steinau und Wilke.

Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Kittmeyer, und die Herren Stadträthe Götte, Haake und Ketemeier.

Der Herr Vorsitzende Otto eröffnet die Sitzung, indem er zunächst das Protokoll N. 4 vom 7. v. Mts. zur Genehmigung vorstellt.

Herr Reiche hat zu demselben zu bemerken, daß er in seiner S. 43 Z. 15 v. o. beginnenden Bemerkung seine früheren Ausführungen nicht, wie angegeben, präcisirt, sondern sich nur gegen eine unrichtige Auslegung derselben seitens des Herrn Steinau verwahrt habe.

Im Einverständnisse mit der Versammlung constatirt der Herr Vorsitzende die Richtigkeit dieser Ausstellung, worauf das Protokoll im Uebrigen genehmigt wird.

#### Zur Tagesordnung übergehend

theilt Herr Semler sodann namens der Finanzcommission mit, daß über den derselben in der letzten Sitzung zur Vorprüfung überwiesenen Antrag des Herrn Rieß, die Feststellung einer neuen Straßenfluchtlinie für die Dasekenstraße im Hinblick auf den bevorstehenden Verkauf des alten Postgebäudes betreffend, unter Zustimmung des Antragstellers noch nicht berichtet werden werde; es fehle noch an genügenden Informationen, insbesondere könne noch nicht übersehen werden, welche pecuniären Opfer der Stadt daraus erwachsen würden.

Auch der folgende Punkt der Tagesordnung, betreffend den Statuten-Entwurf wegen Einrichtung und Benützung der Bierdruckleitungen, wird für heute von der Berathung ausgeschlossen, da einige von der Commission für wünschenswerth erachtete Aenderungen Veranlassung zu nochmaliger Berathung mit dem Magistrate resp. der Herzoglichen Polizei-Direction gegeben haben.

#### Es beginnt demnach

1. mit der Berichterstattung der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 2. d. Mts., betreffend die Herstellung und Organisation einer städtischen Feuer-telegraphen-Leitung, Herr Wolff: Die den Mitgliedern der Versammlung bereits früher in authographischen Abzügen zugegangenen Berichte des Kreisbranddirectors vom 24. Juni und 3. October v. J. sprechen sich in ihrem Endergebniß dahin aus, daß, um jedes Schadenfeuer möglichst sofort entdecken und die Hülfe gegen dasselbe in kürzester Frist zur Stelle schaffen zu können, Veränderungen und resp. Erweiterungen der hiesigen Feuer-telegraphen-Einrichtungen vorzunehmen seien, sowie daß zur Ersparung von Kosten ein einheitlicher Plan für die künftige Gestaltung des Telegraphennetzes festgestellt werden müsse, auf dessen Grundlage sofort einzelne, unab- weisbar nothwendige Einrichtungen und Aenderungen vorgenommen werden könnten. Der Magistrat ist, in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizei-Direction, den Auseinandersetzungen des Kreisbranddirectors beigetreten. Bei Prüfung der Frage, ob die neuen Leitungen oberirdisch oder unterirdisch herzustellen seien, hat sich derselbe für oberirdische, und nur an solchen Stellen für unterirdische entschieden, wo eine oberirdische Leitung aus besonderen lokalen Gründen durchaus unzweckmäßig sein

würde. Finanzielle Gründe sind dem Magistrate dabei maßgebend gewesen: die Kosten einer unterirdischen Leitung würden sich nahezu auf das Siebenfache einer oberirdischen belaufen. Dann genügt aber auch eine oberirdische Leitung unter den hiesigen Verhältnissen dem Zwecke vollständig, da die tägliche Beaufsichtigung derselben durch Hydrant- und Laternenwärter geschehen kann, auch schlimmsten Falls die Thurm- wache durch akustische Signale zu alarmiren vermag, eine Betriebssicherheit also in jeder Beziehung gewährleistet ist. Ferner stimmt der Magistrat mit Herzoglicher Polizei-Direction dem Kreisbranddirector darin bei, daß zur Vermehrung der Feuer- sicherheit die städtischen Gebäude sich durch Feuermelder an die Telegraphenleitung anschließen, und daß eine im allgemeinen Interesse wünschenswerthe Einrichtung von Feuermeldestationen auch an solchen Privatgebäuden, deren Besitzer dieselben aus eigenen Mitteln nicht herrichten wollen, auf Kosten der Stadt übernommen werde. — Die Kosten der Ausführung des von dem Kreisbranddirector entworfenen Telegraphen- Plans sind, mit Einschluß des Aufwandes für Einrichtung von Feuermeldern in 21 städtischen Gebäuden und in 5 Privatgrundstücken, auf 17 500 *M.* veranschlagt, welche Summe im Wesentlichen erst im Jahre 1882 bei Vollendung des demnächst die Cen- tralstation bildenden Feuerlöschgebäudes zu bestreiten und durch eine Anleihe herbei- zuschaffen sein würde. Zur permanenten Bedienung der Centralstation würde dem- nächst und bis auf Weiteres ein Telegraphist genügen.

Der Magistrat beantragt:

- 1) den vorgelegten Plan über die Telegraphen-Anlage in seinen Grundzügen zu genehmigen und die zu dessen Ausführung erforderlichen Mittel im Betrage von bis zu 17 500 *M.*, vorbehältlich der Deckungsfrage und der Beitragspflicht des Fiskus zu bewilligen,
- 2) zwei Stadtverordnete zu dem Zwecke zu deputiren, um in Gemeinschaft mit einem Mitgliede des Magistrats die Ausführung des Plans zu leiten resp. zu überwachen.

Referent trägt dazu folgendes vor: Die Commission habe die Vorzüglichkeit der geplanten Einrichtung, durch welche eine wesentlich erhöhte Sicherheit erzielt werde, einstimmig anerkannt. Durch die vermehrte Anzahl von Feuermeldestellen würden die Meldungen und somit das Eingreifen der Feuerwehr so außerordentlich beschleunigt, daß diese Einrichtung im allgemeinen Interesse nur höchst wünschens- werth erscheine. Wer selbst schon in der üblen Lage gewesen sei, von einer Feuersbrunst in unmittelbarer Nähe bedroht zu werden, der kenne die bangen Augenblicke, welche bis zur Ankunft der Feuerwehr verstreichen, und werde jede Verbesserung, welche die Ab- kürzung solcher Augenblicke anstrebe, mit Freuden begrüßen. So anerkannt tüchtig und wohlorganisiert unser Feuerlöschwesen nun auch sei, so sei eine Hebung desselben nach dieser Richtung hin immer noch möglich, und dieses zu erreichen, sei der Zweck der



heutigen Vorlage. Besonders für die Außenwohner sei die projectirte Anlage von Wichtigkeit, da diese, wie die Innenwohner, dann in einer Entfernung von weitestens 500 Metern immer eine Feuermeldestelle vorfinden würden. — Was die zweite Frage, ob oberirdische oder unterirdische Leitung, anlange, so theile auch hierin die Commission die Ansicht des Magistrats, daß der Vorschlag des Kreisbranddirectors, eine oberirdische Leitung zu wählen, aus den oben bereits angeführten Gründen ganz entschieden den Vorzug verdiene. Ein kleiner Uebelstand, das singende Geräusch der Telegraphendrähte bei heftigen Windstößen, eine Musik, die, zumal bei ununterbrochener Dauer, allerdings nicht grade angenehm für Jedermanns Ohren sei, könne dabei nicht in Betracht kommen; wirklich lästig sei dieß auch nur für solche Leute, vor deren Wohnungen mehrere straff gespannte Leitungen vorhanden seien. Ein einfacher, über die Häuser gespannter Draht führe keine wesentlichen Belästigungen in dieser Beziehung mit sich. — Die projectirte Feuerelegraphen-Anlage würde nach dem Kostenanschlage des Kreisbranddirectors im Ganzen umfassen: ca. 41 340 m oberirdische Leitung, 18 Sprechstationen mit Magnetzeiger-Apparaten, 4 Morseapparaten, 3 Alarm- und 24 Meldestationen. Die Kosten würden sich auf 24 000 *M.* belaufen, von denen aber nur 17 500 *M.* auf die Stadt entfallen. Diese Kosten vertheilen sich folgendermaßen:

für Drahtleitung ca. 41 340 m . . . . .	10 335 <i>M.</i>
für die Centralstation waren früher . . . . .	2800 <i>M.</i>
angenommen; es kommen hinzu: für Controlapparate, Batterieschränke, Erdleitungen, Bligableiter, auch 1 Läuteinductor	
für die Thurmwache . . . . .	750 >
	3 550 >
für 21 städtische Gebäude Feuermelder à 125 <i>M.</i> . . . .	2 625 >
für etwa 5 Privatgebäude Feuermelder à 125 <i>M.</i> . . . .	625 >
für einen Telegraphen-Techniker zur Einrichtung der Centralstation, für Verschiedenes und zur Abrundung . .	365 >
für die Stadt auf . . . . .	17 500 <i>M.</i>
außerdem	
für die Regierung 28 Gebäude mit 32 Meldern à 125 <i>M.</i> . . . .	4 000 >
für das Reich 5 Gebäude mit 5 Meldern à 125 <i>M.</i> . . . .	625 >
für 15 Private 15 Gebäude mit 15 Meldern à 125 <i>M.</i> . . . .	1 875 >
für die ganze Anlage	24 000 <i>M.</i>

Hierbei habe nicht berücksichtigt werden können, inwieweit die Regierung zu diesen Anlagen, sei es auf Grund der bestehenden Verträge, sei es auf Grund frei-

williger Entschließung, noch herangezogen werden könne. Es sei aber seitens des Magistrats die Zusage ertheilt worden, daß derselbe Alles aufbieten werde, um einen möglichst hohen Beitrag von der Regierung zu erlangen. Auch habe der Kreisbranddirector in seinem Berichte darauf hingewiesen, daß es sich empfehle, auch die Landesbrandversicherungscasse, die von der projectirten Einrichtung unverkennbar einen wesentlichen Vortheil genieße, zu dauernden Leistungen zu veranlassen. Nach den gegebenen Zusagen könne man sich in dieser Beziehung wohl darauf beschränken, dieses nur zu erwähnen, ohne einen besonderen Antrag daran zu knüpfen. Mit Interesse werde auch Jeder der Herren aus dem Berichte des Kreisbranddirectors ersehen haben, daß die hiesige Anlage eine bessere und detaillirtere sei, als die im Jahre 1879 in Stuttgart ausgeführte. Letztere umfaßt 32890 m oberirdische Leitung, 14 Sprechstationen mit Morseapparaten, 10 Alarm- und 55 Meldestationen und 2 Thurmlautwerke; sie hat 39884 M. gekostet, von denen die Hälfte mit 19942 M. die Königliche Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt getragen hat. — Referent hebt noch hervor, daß die Commission das vom Kreisbranddirector entworfene Formular zu Verträgen, welche hinsichtlich der Feuermelder mit Privaten und Behörden abzuschließen sind, vorläufig mit in die Berathung hereingezogen, Abänderungsvorschläge jedoch deshalb nicht gemacht habe, weil der Magistrat die Wahl einer gemischten Deputation, bestehend aus einem Mitgliede des Magistrats und zwei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zur Ausführung der ganzen Vorlage beantragt habe. Sache dieser Deputation würde es sein, die Einzelheiten der Vorlage näher zu prüfen und event. mit Rücksicht auf die privatrechtlichen Verhältnisse Abänderungsvorschläge zu machen. Da sowohl staatliche, wie städtische und privatliche Interessen in Frage kommen, so halte die Commission für wünschenswerth, daß in diese Deputation ein technisches und ein juristisches Mitglied gewählt werden; sie lenke deshalb, ohne jedoch vorgreifen zu wollen, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die ihr geeignet erscheinenden Herren Munte und Semler, ersteren als technisches, letzteren als juristisches Mitglied.

Ohne Debatte wird auf Befürwortung der Commission den Magistratsanträgen gemäß beschlossen, eine Wahl zweier Mitglieder der Versammlung zu der gedachten Deputation aber bis nach Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung verschoben.

II. berichtet Herr Lüderßen namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 14. v. Mtz. — Die projectirte Erbauung einer Brücke über die Oker an der sog. Langentiefe macht die Verlegung des an der Petrimasch belegenen Schützenetablissemments nothwendig. Die Schützengesellschaft hat sich denn auch zu der Verlegung desselben bereit erklärt, dabei aber den Wunsch zu erkennen gegeben, daß ihr ein Theil des im Hagenbruche belegenen sog. Fasanenholzes zur Erbauung eines neuen Schützenhauses, und ein Theil des zur Domaine Riddagshausen gehö-

rigen sog. Franzen'schen Feldes, sowie des westlichen Abhanges des Rußberges zur Anlegung von Schießbahnen und Scheibenständen überlassen werden möchten. Der Magistrat hält den bezeichneten Platz zur Errichtung eines neuen Schützenetablissements für geeignet und ist deshalb wegen Ankaufs des fraglichen Gehölzes und Feldes mit Herzoglicher Cammer in Verhandlung getreten. Die Ueberlassung des Franzen'schen Feldes ist wegen der angeblich collidirenden Interessen der Militärverwaltung auf Schwierigkeiten gestoßen, dagegen ist Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, geneigt, den Verkauf des Fasanenholzes an die hiesige Stadt höchsten Orts unter folgenden Bedingungen zu befürworten:

- 1) Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, verkauft den 20 Feldmorgen 118 □ Rth. = 5,2492 ha großen Forstort Hagenbruch (das sog. Fasanenholz) an die Stadt Braunschweig zum Preise von 5000 *M.* — Von dieser Summe entfallen 3342 *M.* auf den Werth des vorhandenen Holzbestandes, während der Restbetrag von 1658 *M.* die Entschädigung für den Grund und Boden bildet.
- 2) Das Grundstück wird in seinem augenscheinlichen Zustande und in seiner gegenwärtigen Begränzung abgetreten bezw. aufgelassen, eine Gewähr für die sub 1 angegebene Größe desselben wird seitens der Verkäuferin nicht geleistet.
- 3) Die bestehende Forstgrundqualität des Kaufobjectes bleibt aufrecht erhalten; der Forstort Hagenbruch wird mithin in der angegebenen Größe in das Forstlagerbuch der Privatforsten des Kreises Braunschweig eingetragen und damit den Bestimmungen des Gesetzes vom 30. April 1861 *Nr.* 25 unterstellt.
- 4) In Berücksichtigung des Umstandes, daß das mehrerwähnte Forstgrundstück zu einem Erholungs- und Vergnügungsorte für die hiesigen Einwohner zu dienen bestimmt ist, wird jedoch — mit höherer Ermächtigung — die Zusicherung ertheilt, daß die Einrichtung und Bewirthschaftung dem freien Ermessen des Stadtmagistrats überlassen bleibt, nur muß der Character eines Gehölzes resp. einer Parkanlage erhalten werden und die etwaige Anlage von Etablissements der weiteren Vereinbarung resp. Genehmigung ausdrücklich vorbehalten bleiben.
- 5) Für den Fall, daß das mehrerwähnte Grundstück dem ad 4 bezeichneten Zwecke ganz oder theilweise entzogen werden sollte, wird — unbeschadet der Bestimmungen des Gesetzes vom 30. April 1861 — der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten, als Verkäuferin das Rückkaufsrecht in dem Maaße eingeräumt, daß Grund und Boden der Gesamtfläche gegen Zahlung des vereinbarten Preises von 1658 *M.*, der etwa vorhandene Holzbestand aber nach Wahl der Herzoglichen Forstverwaltung entweder von dieser gegen Entrichtung des dormaligen Larwerthes zurück erworben oder der Stadt Braunschweig zur Abnutzung überlassen wird. — Die Entscheidung darüber, ob der

Zeitpunkt für Geständmachung des Rückkaufsrechts eingetreten ist, bleibt dem Herzoglichen Staatsministerium vorbehalten.

- 6) Gleichzeitig verpflichtet sich die Käuferin, das Kaufobject weder ganz noch theilweise ohne vorherige Zustimmung der Herzoglichen Cammer zu veräußern und sind beide Rechte ad 5 und 6 zu Gunsten der Verkäuferin in das Grundbuch einzutragen.
- 7) Die Kosten des Verkaufs, des Contractabschlusses und der Auflassung des Grundstücks übernimmt Käuferin allein.

Der Magistrat hofft nun, daß es ihm doch noch gelingen werde, durch weiter fortgesetzte Verhandlungen die Verlegung des Schützenetablissemments an gedachte Stelle zu erreichen. Sollte dieses aber wider Erwarten nicht zu ermöglichen sein, so hält derselbe doch den Ankauf des Fasanenholzes unter allen Umständen für geboten, da dasselbe dann, im Besitze der Stadt, vor Abholzung geschützt sein wird und noch ferner zur Erholung der städtischen Bevölkerung wird dienen können. Der Magistrat giebt anheim, den Ankauf des Fasanenholzes unter den obigen Bedingungen zu genehmigen.

Die Statutencommission sei, — so bemerkt Referent — mit den gedachten Bedingungen einverstanden, nur sei ihr der Schluß des Passus 4 nicht sympathisch, indem derselbe die Anlage von Etablissemments schlechtthin von der Genehmigung Herzoglicher Cammer abhängig mache. Das Aufsichtsrecht der letzteren werde sich doch nur den Gesetzen gemäß auf die Erhaltung des Gehölz-, bezw. Parkanlagen-Character's beziehen. Es werde mithin für Herzogliche Cammer nur die Frage entstehen können, ob ein Etablissement jenen Character nicht beeinträchtige. Im Uebrigen entspreche es wohl der Stellung der Stadt, daß diese nach ihrem besten Ermessen handle und insbesondere bezüglich der weiteren Einrichtung der Etablissemments, der äußeren Ausstattung derselben u. s. w. von der Genehmigung Herzoglicher Cammer nicht abhängen. Wenn auch zur Zeit bei dem erweiterten Erforderniß der Genehmigung Collisionen sicher nicht zu befürchten seien, so wisse man doch nicht, wie die Zukunft sich gestalte. — Die Commission gebe deshalb anheim zu beschließen:

sich mit dem Ankaufe des Fasanenholzes unter den von Herzoglicher Cammer, Direction der Forsten, im Schreiben vom 25. März d. J. gestellten Bedingungen einverstanden zu erklären, zugleich aber den Magistrat zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß in Pos. 4 am Schlusse statt: »und die etwaige Anlage u. s. w.« gesetzt werde: »Von der beabsichtigten Anlage eines den vorstehenden Zwecken dienenden Etablissemments ist der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten, behuf Wahrung ihrer Aufsichtsrechte, Anzeige zu machen.

Nachdem Referent noch einer Eingabe des Vorstandes des August- und Steintordistrictsvereines an den Magistrat, in welcher dringend gewünscht wird, daß der

Magistrat sich für die Verlegung des Schützenetablissements nach dem Hasanenholze verwenden möge, Erwähnung gethan,

wird, nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Wolff bezüglich des von Herzoglicher Cammer vorbehaltenen Rückkaufsrechts, der Commissionsantrag genehmigt.

### Danach

III. berichtet Herr Ramdohr für die Schulcommission, daß nach einem Magistratschreiben vom 5. d. Mts. der Schulvorstand für nothwendig erachtet hat, dem Schuldirektor Schaarschmidt, welcher die Ueberwachung des Unterrichts und der Schulzucht in den demnächst in der Schule am Büldenwege unterzubringenden 10 Klassen für die Zeit, wo denselben provisorisch andere Räume zugewiesen worden, selbst in die Hand genommen hat, einen Ablatus zur Beforgung der mit der Leitung dieser Schule verbundenen äußeren Geschäfte beizugeben, und dazu den Lehrer Stöter außersehen hat. Der Magistrat trägt nun im Einverständnisse mit dem Schulvorstande darauf an, dem Lehrer Stöter für die Zeit vom 1. Mai c. bis zum 1. April f. J. ein Extraordinarium von 150 *M.* mit der Maßnahme zu bewilligen, daß davon 110 *M.* dem diesjährigen Dispositionsfonds der städtischen Behörden zur Befoldung neu angestellter Lehrer zu entnehmen, die danach erübrigenden 40 *M.* aber in den nächstjährigen Schulcassenetat einzustellen seien.

Auf Befürwortung der Commission wird dieser Antrag angenommen.

### Weiter

IV. referirt Herr Ramdohr namens der Schulcommission, daß in Folge der Anmeldung einer großen Anzahl von Schulkindern an den Bürgerschulen der Schulvorstand sich genöthigt gesehen hat, fernere 4 Klassen einzurichten, und zwar 1) in der 4. mittleren Bürgerschule (Dttmerstraße) eine 6. Parallel-Knabenklasse, 2) in der 2. mittleren Knaben-Bürgerschule (Dkerstraße) eine 2. Parallelklasse zur 7. Klasse, 3) in der 4. unteren Bürgerschule eine combinirte 6. Klasse, 4) in der 5. unteren Bürgerschule (später am Büldenwege) eine 6. Parallel-Mädchenklasse. Zur Ertheilung des Unterrichts in diesen 4 Klassen, deren Unterbringung kostenlos ermöglicht worden ist, sollen drei Seminaristen gegen eine Remuneration von je 900 *M.* pro Jahr vom 1. Mai d. J. an provisorisch und ein Lehrer gegen ein Jahrgehalt vom 1200 *M.* vom 1. August d. J. an definitiv angestellt werden. Der Magistrat beantragt, den Betrag der Remunerationen und der Befoldung in der Höhe von zusammen 2300 *M.* aus der Bürgerschulcasse, i. sp. aus dem Dispositionsfonds zur Befoldung der Inhaber von neu geschaffenen Lehrerstellen zu bewilligen —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres genehmigt wird.

V. In der Sitzung vom 7. April c. haben die Stadtverordneten die vom Magistrate vorgeschlagenen neuen Baulinien des Madamenweges genehmigt und ist der gesetzlichen Bestimmung gemäß der betreffende Situationsplan zu Jedermanns Einsicht im Bureau der städtischen Bauverwaltung ausgelegt worden. Der Particulier Brunke hat nun gegen die fraglichen Baulinien Einsprache erhoben, weil bei Verwirklichung derselben das ihm und resp. seinem Mündel zugehörige Grundstück nicht an die neu projectirte Straße grenze, während dasselbe jetzt in bedeutender Länge am alten Wege liege. Dem Magistrate erscheint dieser Einwand unbegründet, er giebt deshalb, unter specieller Darlegung seiner Gründe, anheim, sich mit der Zurückweisung desselben einverstanden zu erklären.

Herr Lüderßen trägt als Referent der Statutencommission Folgendes dazu vor: Die Commission sei anfänglich nicht ganz ohne Zweifel darüber gewesen, ob sie bei Prüfung der vorliegenden Beschwerde lediglich die formelle Recht- und Gesetzmäßigkeit des Vorgehens der Stadt gegenüber dem Particulier Brunke bezw. dessen Mündel zu prüfen habe oder in eine nochmalige sachliche Erwägung der Zweckmäßigkeit der Baulinie selbst an der Hand der Beschwerde eingehen könne. Die Landesbauordnung (§. 6) gebe, wie in so manchen anderen Fällen, auch hier keinen genügenden Anhalt, was unter den »Einwendungen«, welche angebracht werden könnten, zu verstehen. Die Commission habe indeß diese Zweifel nicht weiter verfolgt, sie sei, um ja jedweden Vorwurfe wegen vermeintlicher Uebereilung in der allerdings etwas rasch erfolgten Beschlußfassung bei Feststellung der Baulinie vorzubeugen, nochmals in eine specielle Prüfung der letzteren eingetreten. Sie habe aber auch wiederum die Ueberzeugung gewonnen, daß diese, eine Gradelegung des Madamenweges bezweckenden Baulinien angemessen und praktisch seien. — Allerdings sei in der Commission von einer Minderheit geltend gemacht, daß es im Allgemeinen wohl wünschenswerth sei, soweit irgend thunlich auf Herstellung grade laufender und rechtwinklig aufeinander stoßender Straßen Bedacht zu nehmen, doch dürfe dieser Gesichtspunkt nicht weiter verfolgt werden, als wirklich nothwendig sei, zumal wenn es sich um Stadttheile handele, welche größtentheils von weniger bemittelten Leuten bewohnt seien. Früher habe man sich gar nicht mit derartigen Rücksichten geängstigt, auch da nicht, wo es wirklich nothwendig gewesen sein würde, und man könne dreist behaupten, daß der Ortsbauplan schon in seinen Haupttheilen verfehlt sei. Warum solle man denselben nun gerade jetzt mit Gewalt überall auch da durchzuführen suchen, wo es, wie hier auf dem Madamenwege, gar nicht so sehr darauf ankomme? Wo nur einfache Häuser gebaut würden, brauche auch bei Instandsetzung der Straßen auf äußere Rücksichten nicht soviel Gewicht gelegt zu werden. Schon im Tappe'schen Erweiterungsplane sei auf die Regulirung des Madamenweges Bedacht genommen, es sei aber motivirend dabei bemerkt, wie nicht zu erwarten stehe, daß in jener Gegend sich der wohlhabendere Theil der Einwohnerschaft anbauen werde, es brauche also nicht im Interesse der

Gebäude noch aus ästhetischen Gründen dafür gesorgt zu werden, daß hier eine vorzüglich schöne Straße hergestellt werde. Den Interessen der sich hier ausbauenden sog. kleinen Leute entspreche es weit mehr, wenn nicht so sehr viel darauf gegeben werde, ob die Straße einen kleinen Knick habe oder nicht. — Dies seien die Bedenken, welche die Minorität der Commission veranlaßt habe, sich nachträglich gegen die projectirten Baulinien auszusprechen. — Trotz der angeführten Bedenken habe die Majorität der Commission an dem gefaßten Beschlusse festgehalten, und zwar aus folgenden Gründen: Der Plan sei von berufenen Technikern aufgestellt und befürwortet, und wenn diese auch bei ihren Projecten zuweilen mehr die ästhetischen als die finanziellen Rücksichten im Auge hätten, so werde das doch in diesem Falle nicht von solcher Bedeutung sein, daß man sich veranlaßt fühlen könnte, dagegen aufzutreten. Dazu komme, daß schon Häuser an dieser Straße vorhanden seien, die der neuen Baulinie entsprächen und nicht parallel zum alten Straßenzuge ständen. Endlich glaube die Majorität der Commission darauf rechnen zu können, daß die Landesregierung einem von den städtischen Behörden angeregten und seitens der Landesversammlung dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber ausgesprochenen Ersuchen um die Vorlage eines Gesetzes wegen Ermöglichung anderweiter Eintheilung der in der Nähe neuer Straßenlinien und an denselben liegender Grundstücke demnächst entsprechen werde. Damit werde den Opfern der Stadt, welche nach Ansicht der Minorität hier zu erwarten seien, vorgebeugt. Und sollte auch das nicht der Fall sein, so würden sich die Anlieger wohl in ihrem eigenen Interesse unter einander verständigen, wie auch Brunke in seiner Eingabe bereits angedeutet habe, daß er Propositionen machen würde, wonach sein Grundstück seinem Wunsche entsprechend demnächst an der Straße liegen bleiben würde. In der Ausführung werde sich also die Sache wohl günstiger gestalten und der Stadt unverhältnißmäßige Opfer nicht auferlegen. Nach allem diesem glaube die Commission den früher bezüglich der Baulinie gefaßten Beschluß als sach- und zweckgemäß auch jetzt noch bezeichnen zu müssen.

Wende man sich nun noch der Frage, ob Particulier Brunke bezw. dessen Mündel in Privatrechten beeinträchtigt worden, zu, so sei diese zu verneinen. Vorläufig träten nur die in §. 8 der L.-B.-D. (Absatz 1) vorgesehenen Rechtsfolgen thatsächlich ein. Der alte Weg bleibe noch bestehen. Erst wenn dieser beseitigt werden sollte, entstehe die weitere Frage, ob eine Entschädigung und welche dem Brunke zu gewähren sei. — Aus all diesen Gründen giebt die Statutencommission anheim, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Der Herr Vorsitzende sieht sich als Vorsitzender der Statutencommission veranlaßt, zur Vermeidung von Mißverständnissen erläuternd zu bemerken, daß in der Commission nicht etwa die Ansicht laut geworden sei, als brauche auf die Regulirung solcher Straßen, die von der unbemitteltesten Bevölkerung bewohnt werden, weniger Sorgfalt verwendet zu werden als auf die Regulirung der von besser situirten Leuten

eingenommenen Straßen. Es sei nur hervorgehoben, daß je mehr Kosten auf die Instandsetzung einer Straße verwandt würden, desto größer auch die Beiträge würden, welche den sich dort Anbauenden nach Maßgabe des zu erwartenden Baustatuts bis zur Deckung der Ausgaben der Stadt unter Umständen zur Last fielen; im Interesse der weniger bemittelten Einwohner liege es also, wenn man die Kosten der Instandsetzung ihrer Straßen nicht über das Nothwendige hinaus steigere. In der Minorität der Commission habe sich übrigens nur Einer, Herr Schwarzenberg, befunden; alle übrigen Mitglieder der Commission hätten sich für den Magistratsantrag entschieden.

Herr Nieß: Wenn auch, wie der Herr Referent namens der Minorität der Commission hervorgehoben habe, in früheren Jahren auf die Gestaltung des Ortsbauplans nicht die genügende Rücksicht genommen und ein großer Theil der Stadt überhaupt nicht mehr zu corrigiren sei, so dürfe daraus kein Grund hergeleitet werden, diejenigen Correcturen, welche heute zu ermöglichen sind, unbeachtet zu lassen: von unseren Nachkommen werde uns sonst mit Recht derselbe Vorwurf gemacht werden, den wir heute unseren Vorfahren machen. Früher begangene Fehler berechtigten nicht zu neuen Fehlern. Die ferner in der Commission laut gewordene Ansicht, daß man bei Instandsetzung von Straßen die pecuniären Verhältnisse der Anwohner berücksichtigen müsse, könne Redner nicht theilen; diese Gründe seien für ihn weder als Bautechniker noch als Stadtverordneter maßgebend. Die Beiträge, welche die Anlieger bei Bebauung ihrer Grundstücke für Instandsetzung der Straßen zu tragen hätten, würden durch die dadurch herbeigeführte Verbesserung und somit Werthsteigerung ihrer Grundstücke hinlänglich gedeckt. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn man ein Anbauen an nicht chaussirten Straßen von vornherein nicht geduldet hätte. Wo es sich um Verbesserung von Straßen und Wegen handle, dürfe die Versammlung niemals ihre Zustimmung versagen. Der Madamenweg sei aber einer der am stärksten befahrenen Wege im ganzen städtischen Gebiete, er bedürfe daher der Berücksichtigung in erster Linie. Die Gründe, welche die städtischen Behörden seiner Zeit zur Feststellung der neuen Baulinien bewogen hätten, seien für ihn auch heute noch maßgebend.

Nachdem hierauf der Vorsitzende erwidert hatte, in der Commission sei die Ansicht vertreten, daß die über ein gewisses Maß hinausgehenden Aufwendungen auf Straßenherstellungen zum Unmaße führen könnten, und diese Ansicht werde sich auch jederzeit wohl vertreten lassen,

und

nach einem kurzen Schlußworte des Herrn Referenten, wird dem Magistrats- resp. Commissionsantrage gemäß beschlossen.



## Sodann

VI. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 7. d. Mts. — Die Herzogliche Baudirection beabsichtigt den Wilhelmsplatz, welcher durch die dort vorgenommenen Bauten arg zerfahren ist, wiederherzustellen und bei der Gelegenheit die Niveauverhältnisse desselben zu ordnen, wozu die Stadtverordneten ihre Zustimmung zu erteilen haben. Die im SitzungsSaale ausgehängten Nivellementszeichnungen geben das Nähere an die Hand. Der Wilhelmsplatz steigt von Osten nach Westen bis zur Ecke des Stadthauses an und bildet an dieser Stelle einen Sattel, welcher nach der kleinen Burg zu stark abfällt. An der höchsten Stelle soll 0,6 m abgetragen und das Gefälle dann nach allen Richtungen hin gleichmäßig vertheilt werden. Die Abtragung beträgt an der Treppe des Stadthauses noch 0,3 m, sie wird sich auf einen Theil der kleinen Burg, auf die Straße an der Westseite des Domes und auf einen kleinen Theil des Burgplatzes bis vor das Gerstner'sche Haus erstrecken. Auf dem Wilhelmsplatze soll ein Rasenplatz mit Bosquets angelegt werden, auf dessen nördlicher Seite sich eine Fahrbahn von 5 m Breite und auf der Seite des Justizgebäudes eine Fahrbahn von 11 m Breite hinziehen wird. Die Kosten der Neupflasterung und Instandsetzung des Wilhelmsplatzes, welche 30038 *M.* betragen, werden nach einer mit Herzoglicher Baudirection getroffenen Uebereinkunft aus Staatsmitteln, die Kosten der Neupflasterung der Straße westlich der Burgkirche und eines Theils der kleinen Burg zu 9862 *M.* dagegen aus dem allgemeinen Pflasterfonds (also zu  $\frac{5}{6}$  aus Staats-, zu  $\frac{1}{6}$  aus städtischen Mitteln) bestritten werden. Allerdings wird dieser Fonds, welcher auch die Kosten für Lieferlegung der Gas- und Wasserröhren auf sich genommen hat, durch Entnahme so beträchtlicher Summen in seinem Bestande erheblich verringert werden, und die Folge wird sein, daß mit anderen Pflasterungen weniger schnell vorgegangen werden kann. Die beabsichtigten Niveauveränderungen sind jedoch durchaus nothwendig und giebt daher die Commission deren Genehmigung anheim.

Herr Munte äußert den Wunsch, daß der Magistrat bei dieser Gelegenheit um Beseitigung der Freitreppe vor dem Stadthause ersucht werden möge. Daß man beim Vorübergehen an diesem Hause allemal genöthig sei, entweder treppauf und ab oder auf dem Fahrpflaster um die Treppe herumzugehen, sei durchaus keine Annehmlichkeit. Es werde jetzt überall auf Beseitigung der Freitreppen Bedacht genommen. Nach Redners Ermessen würde die Verlegung dieser Freitreppe in das Innere des Gebäudes etwa 1000 *M.* kosten.

Herr Oberbürgermeister Voßels: Der von dem Herrn Vorredner geäußerte Wunsch sei schon früher in der Versammlung laut geworden, was dem Magistrate damals Veranlassung gegeben habe, von der städtischen Bauverwaltung eine gutachtliche Aeußerung darüber einzuziehen, ob einem Verlegen der fraglichen Freitreppe in

das Innere des Gebäudes technische Schwierigkeiten entgegenständen. Diese Schwierigkeiten seien nun so erheblich, daß eine Ausführung nahezu unmöglich sei. Da nun auch noch andere Bedenken vorgebracht seien, so habe der Magistrat beschlossen, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen, umsomehr, als — und das werde auch von Seiten der Herrschaftlichen Baubeamten, welche den der Versammlung vorliegenden Plan ausgearbeitet haben, anerkannt — ein Bedürfniß zu dieser Verlegung für den Verkehr überall nicht vorliege, indem die Straße grade der Freitreppe gegenüber verhältnißmäßig noch sehr breit sei, während sie sich unmittelbar hinter derselben, nach der kleinen Burg zu, sehr verenge, so daß das Trottoir ohne erhebliche Beeinträchtigung des Verkehrs demnächst um die Treppe herumgelegt werden könne. Redner macht noch speciell darauf aufmerksam, daß es sich früher nur darum gehandelt habe, die fragliche Treppe in der gegenwärtigen Höhe in das Innere des Gebäudes zu verlegen, daß aber nach Ausführung des vorliegenden Nivellementsplans, wonach zur Ausgleichung des Gefälles nach der kleinen Burg hin unmittelbar bei dieser Treppe noch 0,3 m abgetragen werden müssen, noch zwei Trittstufen mehr bei der Verlegung zu berücksichtigen sein würden.

Danach wird dem Magistratsantrage gemäß die Genehmigung zu den projectirten Niveauveränderungen ausgesprochen.

VII. wird nach einem fernerem Referate des Herrn Reuter für die Statutencommission einem Magistratsantrage vom 7. d. Mts. gemäß beschlossen, sich mit der nöthig gewordenen Correction der Schunter zwischen der Fischerbrücke bei Querum und Rühme, wie solche auf einem der Versammlung vorliegenden Situationsplane angedeutet ist, sowie damit einverstanden zu erklären, daß die corrigirte Schunter demnächst wieder die Grenze der Feldmark Hagen bilde.

Sodann werden die Herren Munte und Semler, ersterer als technisches, letzterer als juristisches Mitglied, in die unter I gedachte gemischte Deputation zur Leitung resp. Ueberwachung der Ausführung des vom Kreisbranddirector entworfenen Telegraphenplanes gewählt.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Nachdem der Herr Vorsitzende bereits den Schluß der Sitzung ausgesprochen, erbat sich Herr Reiche noch einmal das Wort zur Stellung einer Anfrage an den Magistrat.

Der Herr Vorsitzende erwiderte: Die Frage, wie Anfragen einzelner Stadtverordneter, gerichtet an den Stadtmagistrat, geschäftlich zu behandeln, sei von ihm schon wiederholt hier erörtert. Die Geschäftsordnung gebe keine Antwort.

An sich sei die Anfrage des Einzelnen unzulässig. Nur die Stadtverordneten in ihrer Gesamtheit sprächen zum Stadtmagistrat, und die in der Städteordnung vorgesehene Form sei der Antrag. Es werde aber zweckmäßig sein, durch Ergänzung der Geschäftsordnung Anfragen einzelner Stadtverordneter, wenn sie die Unterstützung einer gewissen Minderheit der Versammlung fänden, und wenn der Magistrat zu der Beantwortung bereit sei, zuzulassen. Hier sei bis jetzt die Anfrage des Einzelnen wenigstens dem Stadtmagistrate vorher mitgetheilt und dessen Einverständnis mit der Stellung der Frage constatirt. Beides sei bezüglich der Anfrage des Herrn Reiche, die auch ihm, dem Vorsitzenden völlig unbekannt, nicht geschehen.

Herr Reiche bat, das was er zu sagen habe, als eine Mittheilung an den Stadtmagistrat anzusehen und zuzulassen, und führte, nachdem ihm mit Zustimmung der Versammlung das Wort erteilt war, aus: Die beim Regierungs-Jubiläum verwandten Ausschmückungs- und Illuminationsgegenstände seien auf dem Boden der neuen Schule an der Dferstraße untergebracht. Es habe dies die Folge, daß, sobald des Morgens durch die Ansammlung der Schulkinder die Luft in dem Gebäude erwärmt sei, ein unangenehmer Geruch nach frisch gestrichener Farbe, Lack, Tute und Hanf durch die Ventilationscanäle in die Klassen dringe. Eine Rücksprache des Inspectors Henze mit dem Stadtbaurathe Winter wegen Beseitigung dieses Uebelstandes sei bis heute resultatlos geblieben.

Herr Oberbürgermeister Pockels verwies auf die Erledigung dieser Angelegenheit im gehörigen Instanzenwege durch die Schulorgane,

womit

die Verhandlung endigte.

## (Beilage zu N. 158 der Braunschw. Anzeigen.)

1881.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 134 de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 7.

## Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 16. Juni 1881.

## Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten:

Wahl von Vertrauensmännern behuf der Schöffenwahlen.

Sitzung der Stadtverordneten:

Vorlagen des Stadtmagistrats.

- I. Verkauf des Terrains des früher Lages'schen Grundstücks an der Leopoldstraße,
- II. Statuten-Entwurf wegen Einrichtung der Bierdruckleitungen,
- III. die Zulassung neuer Apotheken hieselbst,
- IV. Genehmigung einer Anschlagüberschreitung bei den Ausgaben für das städt. Bau-  
bureau,
- V. Bewilligung der Mittel zum Neubau von Wasserkasten in der Neustadtmühle,
- VI. Erhöhung des Stat-Postens zur Entschädigung beim Aushülfsunterricht für behinderte  
Lehrer,
- VII. Veränderungen im Effectenbestande des Kreis-Communalfonds,
- VIII. Feststellung von Baulinien an der Kreuzstraße,
- IX. Genehmigung einer Copirung des neuen Planes der Stadt Braunschweig,
- X. Abänderung einer Baulinie an der Jerusalemstraße,
- XI. Vermietung einer Wohnung in dem Thorgebäude kleine Burg N. 7,
- XII. Verkauf vom städtischen Terrain westlich vom Böhr'schen Hause am Bruchthore.

## Vertraulich:

1. Bewilligung einer Beihülfe für einen städtischen Lehrer zu Cur-Zwecken,
2. desgl. für einen städtischen Schulpedellen.
3. Mittheilung des Stadtmagistrats betreffend den Ankauf des Fasanenhölzchens.

Unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Pockels schreitet die Versammlung  
**in gemeinschaftlicher Sitzung**  
 zur Wahl von Vertrauensmännern behuf der Schöffenvahlen.  
 Gewählt werden

die Herren: Stadtverordneter Ramdohr,

» » Semler,

Kaufmann Ritter,

Provisor Schrader,

Provisor Ahrens,

Particulier Otto Schrader,

Kaufmann Sack.

Herr Otto übernimmt als dann den Vorsitz und eröffnet die

### **Sitzung der Stadtverordneten:**

Entschuldigt die Herren Kloss, von Seckendorff, Zellgmann und Wille.  
 — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister  
 Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Schöttler und Kete Meyer.

### **Zunächst**

I. referirt Herr Kybik namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 7. d. Mts. — In der Sitzung vom 23. September v. J. hat die Versammlung auf einen Magistratsantrag die Zustimmung dazu ertheilt, daß die durch den Abbruch der Lages'schen Häuser *N*. ass. 301 und 302 an der Leopoldstraße, sowie durch die Canalisirung des Dfergrabens daselbst gewonnenen drei Terrainabschnitte zu 207, resp. 67 und 26 qm für 16000 *M*. an den Färbermeister Langebartels verkauft werden. An diese Verkaufs-Genehmigung ist seitens der Versammlung die Bedingung geknüpft worden, daß die dort projectirte Straße dieselbe Breite erhalte, wie der nächstliegende Straßentheil der Friedrich-Wilhelmstraße. Da in Folge dieses Beschlusses und durch Feststellung der Fluchtlinie für die Leopoldstraße der verkaufte Bauplatz um 20 qm verkleinert wurde, so ist Langebartels von dem Verkauf zurückgetreten. Ein behufs anderweiten Verkaufs angesehener Termin hat ungünstige Resultate ergeben, indem nur 8000 *M*. geboten sind. Hinterher hat Langebartels 10000 *M*. geboten. Da nach Ansicht des Magistrats auf Erzielung eines höheren Preises nicht zu rechnen ist, so giebt derselbe anheim, sich mit der Langebartels'schen Offerte einverstanden zu erklären.

Die Commission empfiehlt diesen Antrag zur Annahme; sie geht jedoch dabei von der Voraussetzung aus, daß in das vorliegende Geschäft auch der Austausch unbedeutender Flächen, welcher in Folge der Regulirung der Leopoldstraße zwischen

der Stadt einerseits und dem Käufer Langebartels andererseits eintritt, einbegriffen ist, und nicht etwa der Gegenstand noch weiterer Vereinbarungen sein muß.

Unter dieser Voraussetzung wird der Antrag genehmigt.

Sodann

II. berichtet Herr Grote namens der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 17. März c., betreffend den Statuten-Entwurf wegen Einrichtung der Bierdruckleitungen. — Die seit dem Jahre 1860 angewandten Bierdruckleitungen haben sich wegen ihrer mancherlei Vortheile und Unannehmlichkeiten für Publikum und Schänkwirthe im Laufe der letzten Jahre in den Schänkwirthschaften vielfach Eingang verschafft. Die Einrichtung derselben besteht im Wesentlichen darin, daß das in den Kellern im Fasse lagernde Bier mittelst comprimirter Luft durch Leitungsröhren in die über den Kellern befindlichen Ausschankhähne getrieben wird. Der Hauptvortheil ist also der, daß das Bier beim Ausschänken ruhig im Keller liegen bleiben kann und nicht nach oben transportirt zu werden braucht; es behält auf diese Weise seine normalen Temperaturverhältnisse bei und leidet nicht durch das beim Transportiren unvermeidliche Rütteln am Geschmack. Ein anderer nicht zu unterschätzender Vortheil besteht dann aber auch noch darin, daß Besitzer von weniger frequentirten Restaurationslocalen dreist größere Fässer zum Anstich bringen können, ohne befürchten zu müssen, daß der nicht zum Ausschank gelangte Bierrest einen abständigen Geschmack annimmt. Die größeren Fässer werden aber ihrer stärkeren Bindungen und ihres dünneren Pechbelages wegen weit lieber genommen, als die kleineren, welche mit dickerem Pechbelage versehen sind, der sich leicht löst und dem Biere den Pechgeschmack verleiht. — Bei allen diesen Vorzügen haben die Bierpressionen aber auch vielfach ihre Schattenseiten und können leicht Veranlassung zu großen Unannehmlichkeiten geben, sobald nicht die nöthige Sorgfalt auf Einrichtung und Reinigung verwandt wird. Vorgenommene Untersuchungen haben ergeben, daß im Innern der Leitungsröhren sich leicht Ablagerungen bilden, von denen anzunehmen, daß sie nachtheilig auf den Werth des Bieres einwirken und dasselbe als Genuß- und Nahrungsmittel wesentlich herabsetzen würden. Man hat geglaubt, daß die Kohlensäure bei einem starken Drucke der darauf ruhenden Luft rascher in diese diffundiren würde. Diese wie andere Nachtheile sind indeß zum großen Theil überschätzt worden und nicht so bedenklich als andere, welche aus dem Apparate entstehen können. Es können nämlich Schädlichkeiten dadurch entstehen, daß dem Biere sich metallische Substanzen von aus gesundheitschädlichem Material bestehenden Röhren beimengen. Ferner ist es möglich, daß stark treibendes Bier in den Windkessel zurücktritt und bei längerem Verweilen in diesem, sowie in den Zuleitungsröhren die Bildung von Pilzen u. veranlaßt, welche in Fäulung übergehen und dem Bier einen gesundheitschädlichen Character beilegen. In Folge dessen haben schon verschiedene auswärtige Behörden an einigen Orten den

Gebrauch und die Einrichtung der fraglichen Apparate und namentlich deren häufig vorzunehmende Reinigung strengen Controlvorschriften unterworfen, an anderen Orten sogar den Gebrauch gänzlich untersagt. In Würzburg ist ein generelles Verbot erlassen, weil eine magistratliche Commission unter Zuziehung ärztlicher und chemischer Sachverständiger sich folgendermaßen gegen die Zulässigkeit ausgesprochen hat: die Luft werde meist aus dem Keller oder den Hausgängen genommen; die Röhrenleitungen würden leicht durch Unrath verschmutzt, und seien dann schwer, meist nur durch Dampf zu reinigen, wodurch ekelerregende Bestandtheile in das Bier kommen könnten; im Winter sei die Luft zu kalt, im Sommer müsse sie wegen der Wärme durch Eis gekühlt werden, wodurch leicht Magenkatarrhe entstünden. Die Bierwirthe Würzburgs opponirten gegen dieses Verbot und führten dabei an, daß nicht die Bierpressionen an sich, sondern eventuell nur ihre Einrichtung und die Art und Weise der Benützung bedenklich sein könnten; die Pressionen seien unschädlich, wenn nur reine Luft zugeführt und die Apparate rein gehalten würden. Es wurde nun ein anderes Gutachten und zwar des dortigen Kreismedicinalcomités eingezogen, welches zu dem Schlusse kam, daß völlig reine Bierpressionen nicht herzustellen auch nicht zu controliren seien, unreine Pressionen aber als gesundheitschädlich zu erachten seien. Schließlich wandten sich die Bierwirthe an das Ministerium; sie wurden aber abschlägig beschieden und das generelle Verbot wurde aufrecht erhalten. — Ueberhaupt kommen in Baiern die Bierpressionen nur vereinzelt vor; in Nürnberg und Regensburg führt man sie auch gar nicht. In Wiesbaden wandte man sich in dieser Angelegenheit an das Ministerium des Innern. Dieses hat von der wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen ein Gutachten eingezogen, welches sagt: die Bierapparate böten ein sanitätliches Interesse dar, da sie bei unzumuthbarer Einrichtung und nachlässiger Behandlung dem Biere Eigenschaften mittheilen könnten, welche den Werth des Bieres als Genuß- und Nahrungsmittel beeinträchtigen. Das Ministerium des Innern hat diese Grundsätze adoptirt und die preussischen Regierungen angewiesen, darauf hinzuwirken, daß die von der wissenschaftlichen Deputation vorgeschriebenen Formen beachtet würden: im Allgemeinen sei dann gegen die Zulässigkeit der Bierpressionen nichts einzuwenden, doch sollten sie fortwährend der Aufsicht der Polizeidirectionen unterliegen. —

Nach Angabe der Herzoglichen Polizei-Direction sind im Januar 1880 bereits 118 Bierpressionen in hiesiger Stadt vorhanden gewesen, von denen 91 schlechte und nur 15 wirklich reine Luft aus dem Freien beziehen. Dieselbe ist daher der Ansicht, daß es bei dieser verhältnißmäßig häufigen Anwendung, namentlich in kleineren Wirthschaften, zweckmäßig sei, die Einrichtung und Benützung von Bierdruckleitungen auf Grund des §. 2 der St.-O. durch ein Statut zu regeln. Der Magistrat ist dieser Ansicht beigetreten und giebt anheim, den von Herzoglicher Polizei-Direction gearbeiteten, der Versammlung vorliegenden Statuten-Entwurf zu genehmigen.

Der Statutencommission hat dieser Entwurf bereits am 17. Mai c. vorgelegen; dieselbe hatte aber damals verschiedene Bedenken geltend zu machen, so daß es wünschenswerth erschien, diese in einer gemeinschaftlichen Sitzung unter Zuziehung des Vertreters der Herzoglichen Polizei-Direction zu erledigen. Diese Sitzung hat denn auch kürzlich stattgefunden, und ist dabei ein vollständiger Apparat zur Anschauung gebracht, so daß sich die Commissionsmitglieder genau haben informiren können.

Referent gibt nun an Hand der im SitzungsSaale ausgehängten Zeichnung eine eingehende Beschreibung von einem Bierdruckapparate unter specieller Hervorhebung derjenigen Punkte, auf welche in sanitärer Beziehung besonders Werth zu legen sei, nämlich: die Entnahme der Luft aus dem Freien, Einschaltung eines Selsammlers und Luftfilters zwischen Luftpumpe und Windkessel, Anbringung eines Rückschlagsventils und Anwendung von durchaus unschädlichem Material für denjenigen Theil der Leitung, welcher vom Bier passirt wird.

Hiernach geht Referent zu dem Statute selbst über, indem er die einzelnen Paragraphen verliest und dabei die von der Commission für erforderlich erachteten Aenderungen entsprechend erläutert.

#### §. 1 lautet:

Bei den sogenannten Bier-Pressionen muß die zur Pression bestimmte Luft mittelst Rohrleitung dem Freien entnommen werden. Darüber, ob der zur Entnahme der Luft bestimmte Raum für geeignet zu erachten sei oder nicht, hat Herzogliche Polizei-Direction zu entscheiden.

Die Oeffnung des Rohres muß sich mindestens 4 Meter hoch über dem Boden befinden, am obern Ende mit kurzer Biegung abwärts geneigt und mit einer trichterförmigen Erweiterung versehen sein, welche durch ein Blech- oder Draht-Sieb gegen das Eindringen fremder Substanzen gesichert ist.

#### Aenderungsvorschlag der Commission:

Im Eingange ist hinter: »Bei den sogenannten Bierpressionen« einzuschalten: »welche bei gewerbmäßigem Ausßhank benutzt werden«.

Herr Blasius hält für zweckmäßiger, wenn die Oeffnung des Rohres zur Aufnahme der Luft sich nicht, wie vorgeschlagen, 4 m über dem Erdboden, sondern etwa 4 m über dem Dache befindet, da die Luft je höher hinauf desto reiner werde. Auch müsse eine Filtration der Luft durch Watte vorgesehen werden, da nur so auf eine absolute Sicherheit gegen das Eindringen von Bakterien zu rechnen sei. Ein Drahtsieb halte nur ganz oberflächlich derartige Substanzen zurück.

Herr Stadtrath Schöttler ersucht, die Regulirung dieses Punktes der Herzoglichen Polizei-Direction zu überlassen; dieselbe werde, wo sich etwa eine Höhe von 4 m über dem Erdboden als ungenügend herausstelle, nicht unterlassen, eine andere Höhe im einzelnen Falle vorzuschreiben, wozu sie nach dem Wortlaute des Absatz 1



des §. 1 befugt sei. Im Allgemeinen aber in dieser Weise vorzugehen, enthalte, besonders für kleinere Restaurateure, eine gewisse Härte, da eine solche Einrichtung wiederum mehr Geld koste und auch die Functionirung des Apparates bedeutend schwieriger mache. Außerdem sei es seiner persönlichen Ansicht nach auch noch fraglich, ob die Luft dicht über den Dächern immer besser sei als darunter: man brauche nur an die Braunkohlenheizung sämtlicher Bäder zu denken. — Redner beleuchtet sodann eingehend den vom Herrn Vorredner angeregten Punkt bezüglich der Filtration der zu benutzenden Luft; er glaubt als Techniker dreist behaupten zu dürfen, daß auch nach dieser Richtung hin alles Erforderliche vorgesehen sei, und giebt anheim, §. 1, wie von der Commission vorgeschlagen, anzunehmen.

Nach einigen Worten der Erwiderung seitens des Herrn Blasius, welcher bei seiner Ansicht beharrt, wird §. 1, dem Vorschlage der Commission entsprechend, angenommen.

§. 2 wird unverändert angenommen.

§. 3 lautet:

Zwischen Windkessel und Bierfaß muß ein Rückschlags- (Rückgangs-) Ventil zur Verhinderung des Zurückweichens von Bier in den Windkessel angebracht werden. Dieses Ventil ist so einzurichten, daß der Ventilkegel leicht herauszunehmen oder von Außen zu heben ist. An dem Windkessel selbst ist an tiefster Stelle des Bodens ein Ablasshahn, sowie seitlich möglichst dicht über dem Boden ein Mannloch anzubringen, dessen Größe das Reinigen des Windkessels gestattet.

Änderungsvorschlag der Commission:

Hinter »An dem Windkessel selbst ist« sind die Worte »an tiefster Stelle des Bodens ein Ablasshahn, sowie« zu streichen.

§. 3 wird mit dieser Abänderung genehmigt.

§. 4 lautet in der Vorlage:

Die Leitungsröhren vom Faßhahn bis zum Ausschankhahn sind nur aus bestem Zinn herzustellen, zur Herbeiführung der Luft vom Saugrohr bis zum Faß können Bleiröhren verwandt werden.

Die Commission schlägt vor: im Anfang die Worte »Der Stocher und« voranzusetzen, also zu sagen: »Der Stocher und die Leitungsröhren«; ferner als A. 2 hinzuzufügen:

Die Bierleitungen müssen eine innere Weite von mindestens 1 cm haben. Einschaltung eines gut gefühlten Glasrohrs von bis 30 cm Länge in das Leitungsröhr ist gestattet, ebenso an Biegungen die Anwendung metallfreier Gummiröhren in der Länge von bis 15 cm.

Die Debatte über diesen Paragraphen, an welcher sich die Herren Stadtrath Schöttler, Stadtrath Ketemeyer, der Herr Referent und der Herr Vor-

sitzende, sowie die Herren Rybik, Blasius, Heymann, Reuter, Semler und Steinau theilnehmen, bewegt sich größtentheils auf technischem Gebiete. Aus derselben gehen drei Anträge hervor: von dem Referenten mit dem Hinweis darauf, daß Zinn für den Stoßer ein zu weiches Metall sein werde: den Eingang des §. folgender Maßen zu fassen »Der Stoßer (Steigungsrohr) muß aus bestverzinntem Messing oder Zinn bestehen«, von Herrn Rybik, den Schlußsatz von »zur Herbeiführung« an zu streichen, von Herrn Blasius, — weil in Braunschweig Einrichtungen vorhanden wären, bei denen das Rückschlagsventil nicht unmittelbar am Spundausfluß, sondern entfernt davon zwischen Windkessel und Spundausfluß sitze —: an Stelle von »vom Fassbahn bis zum Ausschankbahn« zu setzen »vom Rückschlagsventile bis zum Ausschankhahne«.

Diese drei Anträge, wie auch die Commissionsanträge werden angenommen; danach der ganze §. in seiner jetzigen Fassung.

§. 5 lautet:

Die Bierleitungen müssen wöchentlich mindestens einmal mittelst Durchleitens von gespanntem Dampf, unter Nachspülen von heißem und demnächst kaltem Wasser gereinigt werden.

Die Reinigung ist jedesmal so lange fortzusetzen, bis das durchgelassene Wasser vollständig klar erscheint.

Die Reinigung darf nur mittelst solcher Apparate ausgeführt werden, welche Herzogliche Polizei-Direction als geeignet anerkannt hat, und dürfen die Besitzer der Bierleitungen die Reinigung nur von solchen Personen vornehmen lassen, welchen von der genannten Behörde die Erlaubniß hierzu erteilt worden ist.

Änderungsvorschlag der Commission:

Als Al. 4 ist hinzuzufügen: »Das Filtrirmaterial in dem Luftfilter ist nach Bedürfnis zu erneuern«.

Der Paragraph wird mit dieser Modification angenommen.

§. 6 wird ohne Abänderungen genehmigt.

Die Commission schlägt vor, hinter §. 6 als neuen Paragraphen einzuschalten:

§. 7.

Auf solche Bierpressionen, bei welchen comprimirt Kohlenensäure als Druckmaterial dient, finden die Bestimmungen des §. 3 wegen Einrichtung des Windkessels und Rückschlagsventils, sowie der §§. 4 bis 6 wegen Beschaffenheit und Reinigung der Bierleitung u. gleichfalls Anwendung.

Herr Blasius hält für nothwendig, die Bestimmung einzuschalten, daß die Kohlenensäure chemisch rein sein müsse, es liege sonst die Gefahr vor, daß arsenikhaltige Säure zur Darstellung von Kohlenensäure verwandt werde. Redner bezieht sich dabei auf ein technisches Gutachten, welches er verliest.

Herr Grote erwidert, daß die Anwendung chemisch reiner Kohlenensäure nicht durchführbar sei. Die Furcht vor Arsenik sei oft unbegründet verbreitet, in diesem Falle aber in der That unbegründet: es könne in die Kohlenensäure kein Arsenik hineinkommen. Das vom Herrn Borredner verlesene Gutachten finde auch in diesem Sinne seine Erwidern in einem andern Journale. Gegen Anbringung eines Zusatzes, daß die Kohlenensäure gewaschen sein müsse, habe er nichts einzuwenden. Indes sei comprimirt Kohlenensäure immer genügend rein.

Herr Blasius bringt darauf den Zusatzantrag ein: »Die Kohlenensäure muß gewaschen sein«, welcher mit 13 Stimmen angenommen wird.

Danach wird der neue §. 7 in seiner jetzigen Fassung genehmigt.

§. 7 wird §. 8, §. 8 wird §. 9, und §. 9 wird §. 10.

Die alten §§. 8 und 9 lauten:

§. 8. Wer nach Inkrafttreten dieses Statuts eine Bierdruck-Leitung anzulegen beabsichtigt, hat solches der Herzoglichen Polizei-Direction anzuzeigen und darf die Anlage nicht eher zur Ausführung bringen, als bis solche von Herzoglicher Polizei-Direction genehmigt ist. Auch darf eine neue Leitung nicht eher in Benutzung genommen werden, als bis eine bei Herzoglicher Polizei-Direction zu beantragende Revision die vorschriftsmäßige Ausführung der Anlage dargethan hat.

§. 9. Zuwiderhandlungen gegen die §§. 1—8 werden mit Geldstrafe bis zu 30 *M.* oder mit Haftstrafe bis zu 10 Tagen bestraft. —

Wenn der Inhaber eines Bierdruckapparates 3 mal wegen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Statuts bestraft worden ist, so kann demselben die fernere Benutzung seines Bierdruckapparates von Herzoglicher Polizei-Direction untersagt werden.

Die Commission beantragt, M. 2 des alten §. 9 zu streichen, dafür aber dem alten §. 8 (demnach §. 9) am Ende folgenden Zusatz zu geben:

»Die Genehmigung zur Benutzung einer Bierpression kann zurückgenommen werden, wenn der Inhaber derselben dreimal wegen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Statuts bestraft worden ist.«

Auch diese Paragraphen werden mit den gedachten Modificationen genehmigt.

Danach wird das ganze Statut, wie es aus den Berathungen hervorgegangen, angenommen.

III. In der Sitzung vom 3. Februar c. hat die Stadtverordnetenversammlung das Bedürfnis zur Anlegung zweier Apotheken in hiesiger Stadt, welche in der Nähe des Stein- und Petri-thors anzulegen seien, anerkannt, und in Uebereinstimmung mit diesem Beschlusse hat der Stadtmagistrat bei Herzoglichem Ober-Sanitäts-Collegium die Genehmigung zur Errichtung zweier neuen Apotheken in Antrag gestellt. —

Mittels Schreibens vom 8. April d. J. hat das Ober-Sanitäts-Collegium den Stadtmagistrat um eine Mittheilung darüber ersucht, ob die städtischen Behörden eventuell bereit sein würden, den durch §. 17 des Entschädigungsgesetzes für aufgehobene Verbiethungsrechte vom 3. August 1864 vorgesehenen Beitrag zu der zu zahlenden Entschädigungssumme zu leisten, falls es sich herausstellen sollte, daß die Zulassung zweier neuer Apotheken lediglich oder doch wenigstens wesentlich aus localen Rücksichten, z. B. wegen Verkürzung des Weges für einen Theil des Publikums, wenn dasselbe eine Apotheke aufzusuchen hat, als nothwendig und deshalb empfehlenswerth erachtet werden müßte. Der Stadtmagistrat wünscht laut Schreibens vom 5. Mai d. J. die Ansicht der Stadtverordneten über diese Anfrage zu kennen.

Der Referent der Statutencommission, Herr Schwarzenberg, führt Folgendes dazu aus: Wenngleich nach §§. 70 und 71 der Medicinalordnung vom 25. October 1875 das Ober-Sanitäts-Collegium nach vorgängiger Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums die Concessionen zur Errichtung neuer Apotheken im Falle des Bedürfnisses oder der Erlöschung einer bestehenden Concession zu erteilen hat, und dieses der Grund sein wird, weshalb der Stadtmagistrat sich an das Ober-Sanitäts-Collegium und nicht direct an das Herzogliche Staatsministerium gewandt hat, so ist die Statutencommission doch nach Berathung des Antrages der Ansicht, daß die Frage, ob und welche Beiträge zu der aus der Staatscasse bei Errichtung neuer Apotheken zu zahlenden Entschädigung in Anspruch genommen werden sollen, welche mit der vom Herzoglichen Ober-Sanitäts-Collegium zu begutachtenden Bedürfnisfrage nichts zu thun hat, lediglich der Erwägung der Landesregierung vorbehalten bleiben muß. Nach § 17 des Entschädigungsgesetzes vom 3. August 1864 kann über Beiträge zu der zu zahlenden Entschädigungssumme für Verbiethungsrechte mit den Acquirenten der Concession oder mit den bei Concessionirung interessirten Ortschaften ein Abkommen getroffen werden, es dürfen aber derartige Beiträge nur in Jahresleistungen innerhalb der Dauer der Ausübung der Concession bestehen und im Gesamtbetrage nicht die Hälfte der Entschädigungssumme überschreiten. — Selbstverständlich werden derartige Jahresbeiträge in erster Linie von den besonders dabei interessirten Acquirenten der Concession, welche zu deren Uebernahme gern bereit sein werden, beansprucht werden, und würden, falls die Acquirenten der Concession die verlangten Beiträge zu übernehmen nicht bereit sein würden, die betreffenden Gemeinden heranzuziehen sein. Ob solche Beiträge bei der Höhe der Entschädigung der Apotheken beansprucht werden, (obwohl, soweit der Commission bekannt, solches noch in keinem Falle geschehen ist,) ist noch ungewiß, und wird lediglich von der Entschließung Herzoglichen Staatsministeriums abhängen müssen, die Beurtheilung der Frage über das Vorhandensein eines Bedürfnisses braucht aber von der Rücksicht hierauf nicht beeinflusst zu werden. Bei dieser Sachlage schon jetzt eine Erklärung über Beiträge, welche möglicherweise seitens der Landesregierung auch von der hiesigen Stadt gefordert werden könnten, abzugeben, dazu

scheint der Statutencommission keine Veranlassung vorzuliegen; dieselbe beantragt hiernach zu beschließen: dem Stadtmagistrat anheimzugeben, eine Erklärung über etwaige Beiträge zur Entschädigung der hiesigen Apotheken für jetzt abzulehnen und das Herzogliche Ober-Sanitäts-Collegium zu ersuchen, in Gemäßheit des gestellten Antrags über die Vermehrung der hiesigen Apotheken auf Grund eines hervorgetretenen Bedürfnisses an Herzogliches Staatsministerium zu berichten.

Herr Blasius fragt an, ob es sich nicht empfehle, daß sich der Magistrat direct an Herzogliches Staatsministerium wende und nicht erst durch Herzogliches Ober-Sanitäts-Collegium.

Referent erwidert, daß dieser Punkt auch in der Statutencommission zur Sprache gekommen sei. Auch dort sei man der Meinung gewesen, daß es vielleicht besser gewesen wäre, wenn sich der Magistrat direct an das Herzogliche Staatsministerium gewandt hätte, da es sich hier nicht um Anträge von Privatpersonen auf Zulassung sondern um eine von der Stadt angeregte allgemeine Bedürfnisfrage, und namentlich darum handle, ob Herzogliches Staatsministerium ev. die Zahlung der gedachten Entschädigung zu verfügen bereit sei. Da dieser Weg nun aber einmal nicht beschritten worden, so müsse man wohl die Verhandlungen mit Herzoglichem Ober-Sanitäts-Collegium, welches zuerst angegangen worden, einstweilen fortsetzen.

Herr Steinau bittet um Aufklärung darüber, wieviel Entschädigung an die Apotheken gezahlt werden muß und ob die nun zuzulassenden Apotheken für diese Entschädigung aufkommen müssen, oder ob die Entschädigung von der Landesregierung direct gezahlt werde, vielleicht für ein Privilegium, welches in früheren Zeiten einmal entstanden ist.

Referent: Die Landesregierung müsse die Entschädigung voll zahlen; es sei ihr nur nach §. 17 des Gesetzes vom 3. August 1864 das Recht eingeräumt, mit den um die Concession Nachsuchenden oder den dabei interessirten Ortschaften ein Abkommen zu treffen, wonach diese einen Beitrag zu der Entschädigung zu leisten haben, der jedoch nur die Hälfte derselben erreichen dürfe. Die Entschädigung selbst sei auf 22300  $\mathfrak{R}$  66900  $\mathfrak{M}$ . für jede Apotheke festgestellt. Sie werde aber nur beim Hinzutreten einer neuen Apotheke zum Viertel an die vier vorhandenen Apotheken gezahlt; beim Hinzutreten einer ferneren Apotheke werde das zweite Viertel gezahlt und so fort bis vier neue Apotheken entstanden seien; dann höre die Entschädigungszahlung auf und die Sache sei damit abgethan.

Nachdem Herr Steinau noch bemerkt hat, daß, da die Bedürfnisfrage bereits erörtert und festgestellt sei, darauf gehalten werden müsse, daß neue Apotheken eingerichtet werden und die Regierung die gedachte Entschädigung trage,

wird der Commissionsantrag angenommen.

IV. wird nach einem Referate des Herrn Kybik für die Finanzcommission einem Magistratschreiben vom 14. April d. J. gemäß beschlossen: eine beim Betriebe des städtischen Baubüreaus pro 1880, wofür 1600 *M.* verwilligt waren, entstandene Ueberschreitung von 471 *M.* 5 *S.* genehm zu halten, sich auch damit einverstanden zu erklären, daß dieser Betrag auf den Dispositionsfonds der Stadtcasse pro 1880 übernommen wird.

#### Weiter

V. berichtet Herr Kybik namens der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 13. Mai c. — Nach einem Berichte der Neustadtmühlen-Verwaltung ist die Erneuerung der drei Wasserkasten zu den Turbinen der Neustadtmühle erforderlich. Der Magistrat hat beschlossen, diese Erneuerung sofort beschaffen zu lassen und die auf 2100 *M.* veranschlagten Kosten, insoweit dieselben nicht durch die betreffende Etatsposition zu 800 *M.* gedeckt werden, im Betrage von 1300 *M.* aus den Betriebsüberschüssen des laufenden Jahrs zu bekreiten. Der Magistrat ersucht, diesen Beschlüssen beizutreten.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

VI. berichtet Herr Schwarzenberg für die Schulcommission über ein Magistratschreiben vom 16. Mai c., in welchem die Versammlung ersucht wird, zu beschließen, einen vom Schulvorstande geforderten Credit von bis zu 1800 *M.* zur Verstärkung des Dispositionquantums zur Entschädigung für Vertretung erkrankter Lehrer zu bewilligen, sich auch damit einverstanden zu erklären, daß dieser Credit auf die Bürgerschulcasse, und soweit deren Mittel mit Einschluß der über den Etat hinausgehenden Mehreinnahmen nicht ausreichen sollten, auf den Dispositionsfonds der Stadtcasse übernommen werde.

Der Antrag, vom Herrn Referenten empfohlen, findet ohne Weiteres die Zustimmung der Versammlung.

#### Wie

VII. Herr Kybik für die Finanzcommission berichtet, hat der Magistrat mittels Schreibens vom 19. Mai c. ersucht,

- 1) den Ankauf von 4procentigen Landes- resp. Leihhauslandesschuldverschreibungen im Nennwerthe von 5700 *M.* für im Rechnungsjahre 1880 in die Kreiscommunalcasse zurückgeflossene Kapitalien von 5785 *M.* unter Verausgabung von 5799,75 *M.* zu genehmigen,
- 2) die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß für den Erlös zweier ausgelosten, dem Kreiscommunalfonds gehörigen Werthpapiere von zusammen etwa

3348 *M.* Landes, resp. Leihhauslandesschuldverschreibungen zum Nennwerthe von 3000 *M.* angekauft worden, der danach erübrigende Capitalbetrag aber, als Begleichung früherer Ueberschreitungen zu 610,07 *M.* den laufenden Einnahmen der Kreiscommunalcasse wieder zugeführt werde.

Die Commission hält die Vorschläge für unbedenklich und giebt deren Genehmigung anheim.

Der Herr Vorsitzende fragt an, ob der über pari eingezahlte Betrag als Capital angesehen oder ob derselbe aus den Zinsen wieder gedeckt werde; er bemerkt dabei, daß, vom theoretischen Standpunkte aus betrachtet, der fortgesetzte Ankauf von über pari lautenden Werthpapieren schließlich die Aufzehrung des Capitals veranlassen würde.

Herr Oberbürgermeister Pockels legt dieser Frage keine practische Bedeutung bei, indem es sich hier nur um 40—50 *M.* Capital handle,

worauf der Herr Vorsitzende erwidert, daß er das Princip und nicht den einzelnen hier in Rede stehenden Fall im Auge habe; der hier eingeschlagene Weg scheine ihm principiell nicht richtig zu sein.

Referent: Es handle sich hier um einen verhältnißmäßig so kleinen Betrag, daß die Commission auf diese Erwägung nicht näher eingegangen sei. Der Hauptbetrag sei angelegt, ehe die Versammlung gefragt sei. Es sei schon früher darüber gesprochen, daß eine solche Erwerbung von Werthpapieren nicht auf dem weitläufigen Wege geschehen könne, wie er überhaupt für Capitalanlagen vorgeschrieben sei, und es sei daher immer so verfahren, daß die Genehmigung entweder vorher, oder aber auch erst dann von der Versammlung eingeholt worden sei, wenn die Gelegenheit sich dazu geboten habe. Im Allgemeinen sei richtig, was der Herr Vorsitzende bemerkt habe: man würde eventuell dieses Cours-Plus aus den Revenüen decken müssen, wenn man von vornherein darauf rechne, die Papiere bis zu ihrer Ausloosung zu behalten. Das sei aber hierbei nicht der Fall; der Kreiscommunalfonds gebe immer wieder Anlehen aus; die Papiere würden wieder verkauft, und, wenn sie im Steigen blieben, noch einen Coursge Gewinn machen. Die Frage sei also noch eine offene, sonst würde bei größerem Vermögen in der heutigen Zeit möglichst darauf Bedacht zu nehmen sein, Werthpapiere, die man bis zur Ausloosung dauernd zu behalten beabsichtige, nur unter pari zu kaufen.

Herr Munte hält für richtig, daß das Vermögen des Kreiscommunalfonds stets nach dem Nominalwerthe und nicht nach dem Courswerthe bezeichnet werde, da sich auch Papiere darunter befinden könnten, die unter pari lauten.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Von den 610 *M.*, welche zur Vermehrung des Capitalstocks des Kreiscommunalfonds aus den laufenden Einnahmen verwandt

seien, sollen nur ca. 340 *M* zu den laufenden Einnahmen zurückfließen, mit anderen Worten: der Magistrat habe durch diese kleine Finanz-Operation den Capitalfonds des Kreiscommunalverbandes um rund 300 *M* vermehrt, wodurch die Frage, was die praktische Seite derselben anlange, erledigt sei.

Danach werden die Magistratsanträge angenommen.

VIII. verliest Herr Munte als Referent der Statutencommission ein Magistratschreiben vom 29. Mai c., betreffend die Feststellung von Baulinien an der Kreuzstraße. — Bei Genehmigung des Projectes der Canalisirung, Verbreiterung und Instandsetzung der Kreuzstraße seitens der Versammlung hat eine ausdrückliche Genehmigung der durch die geplante Verbreiterung bedingten Baulinien, wie sie auch vom Magistrate nicht beantragt war, nicht stattgefunden, was auf Verlangen des Herzoglichen Staatsministeriums noch nachzuholen ist. Der Magistrat giebt nun anheim, die auf dem der Versammlung vorliegenden Bauplane B. mit a. b. c. d. e. f. g. h. i. k. bezeichneten Baulinien zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Commission ohne Weiteres geschieht.

IX. wird nach einem Referate des Herrn Reuter namens der Statutencommission auf ein Marginal-Schreiben des Stadtmagistrats vom 30. v. Mts. beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Stadtgeometer Knoll die Erlaubniß ertheilt werde, den neuen Plan der Stadt Braunschweig für das geographisch-artistische Institut von Georg Westermann auf Kosten des letzteren zu copiren, unter der Bedingung jedoch, daß die betreffenden Arbeiten außerhalb der Geschäftsstunden des Knoll vorgenommen werden.

X. Nach einem Beschlusse der städtischen Behörden ist mit der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank für deren an der Jerusalemstraße belegenen Bauplätze eine Baulinie vereinbart, welche  $4\frac{1}{2}$  m hinter die Straßenlinie zurücktritt. Die Maurermeister Fröhlich und Baumkauff beabsichtigen nun auf dem an der Ecke der Neuen Promenade und der Jerusalemstraße belegenen vormals Ebeling'schen Grundstücke ein Wohnhaus zu erbauen, welches nur 3 m von der Straßenlinie zurücktreten würde. Das Stadtbauamt hat die Genehmigung dazu nicht versagen können (§. 7 der Landesbauordnung Absatz 2). Da es nun einen mißfälligen Anblick gewähren würde, wenn dieses Wohnhaus  $1\frac{1}{2}$  m über die mit der Hypothekenbank vereinbarte Baulinie hinaussträte, auch die Vorgärten von 3 m Breite immer noch als vollkommen ausreichend zu erachten sind, so giebt der Magistrat anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die letztgedachte Baulinie statt, wie früher beschlossen, um  $4\frac{1}{2}$  m nur um 3 m hinter die Straßenlinie zurückgelegt werde, —



ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Referenten der Statutencommission, Herrn Munte, ohne Weiteres zur Annahme gelangt.

XI. Dem Armenboten Schachel ist bisher für Besorgung der Einheizergeschäfte bei der Stadtcasse eine freie Wohnung in dem Thorgebäude kleine Burg *N.* 7 eingeräumt. Nach Ueberfiedelung der Stadtcasse in das für dieselbe neu hergerichtete Gebäude ist demselben die Wohnung bis ulto. September d. J. unter der Bedingung überlassen, daß er bis Ende Juni d. J. die Reinhaltung der neuen Stadtcassenträume ohne weitere Entschädigung fortbesorgt. Vom 1. October d. J. an ist die Schachelsche Wohnung, welche einen Miethwerth von 120 *M.* hat, zu vermieten. Schachel ist bereit, diesen Miethbetrag zu zahlen, auch die Reinigung der Straße und des innern Hofraums fernerweit unentgeltlich zu besorgen. Der Magistrat beantragt die Zustimmung dazu zu erteilen.

Der Commissionsreferent, Herr Kybik, empfiehlt den Antrag zur Annahme.

Auf eine Anfrage des Herrn Winter, in welcher Weise der Magistrat die bisher von der Stadtcasse benützt gewesenen Räume zu verwerthen gedenke, und ob die Vermiethung der gedachten Wohnung einer anderweiten Disponirung über diese Räume nicht etwa im Wege stehe?

erwidert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß ein Beschluß nach dieser Richtung hin noch nicht gefaßt, wohl aber in Aussicht genommen sei, die beiden Stadtcassenzimmer der städtischen Bauverwaltung zu Magazinräumen für bessere Utensilien zu überlassen. Die städtische Bauverwaltung habe heute einen diesbezüglichen Antrag gestellt, auf welchen der Magistrat voraussichtlich eingehen werde.

Danach wird der Magistratsantrag angenommen.

### Zum Schluß

XII. referirt Herr Reuter namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 31. v. Mts. — Der Möbelnhändler Löhre hat gebeten, ihm das vor seinem Grundstücke, Wallstraße *N.* ass. 421, befindliche, aus einem Theile des vormaligen Okergrabens und einem Theile der vormalig Elsbacher'schen Insel zusammenge setzte, etwa 100 qm haltende Terrain für 50 *M.* pro qm zum Zwecke der Bebauung zu überlassen. Der Kaufpreis ist mit Rücksicht darauf, daß in dem fraglichen Terrain sich ein gemauerter Canal befindet, welcher die Fundamentirung des auf demselben zu errichtenden Gebäudes sehr erschwert und die Anlage von Kellerräumen in größerer Ausdehnung ausschließt, als angemessen zu betrachten. Da der fragliche Bauplatz kaum anders als durch den Verkauf an den Eigenthümer des Löhre'schen Grundstücks zu verwerthen ist, Löhre sich auch verpflichtet hat, die eine

Hälfte des Bauplatzes bis zum 1. October 1883, die andere bis zum 1. October 1886 nach einem vom Stadtbauamte zu genehmigenden Plane bei einer Conventionalstrafe von 500 *M.* für jede Verzögerung von je einem Jahre zu bebauen, auch die Kosten der Straßenpflasterung und der Trottoiranlage nach Maßgabe der Bestimmungen im Straßenpflasterungsstatute zu erstatten, so ersucht der Magistrat, den Verkauf qu. an Löhr zu genehmigen.

Herr Munte hält den offerirten Preis von 50 *M.* pro qm für ungemein niedrig und würde unbedingt gegen diesen Verkauf stimmen, wenn sich Löhr nicht contractlich verpflichtet hätte, an dieser Stelle zwei sehr elegante Facaden nach Vorschrift des Stadtbauamtes aufzuführen, wodurch die schlechte Aussicht, die nach Osten hin geboten werde, vollständig verdeckt werde. Andernfalls könne nach seiner Ansicht das Quadratmeter nicht unter 70–80 *M.* an solcher Lage hergegeben werden.

Herr Steinau ist gleichfalls der Meinung, daß der offerirte Preis für jene Gegend zu niedrig sei; wena die Stadt Terrain anzukaufen habe, müsse sie immer theuer bezahlen. Daß aber nur Löhr Gebrauch von dem Bauplatze machen könne, ändere die Sachlage.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Die Bauplätze an der Friedrich-Wilhelmstraße seien zu 70–80 *M.* pro qm verkauft und auch der in Rede stehende Bauplatz würde einen vollkommen so hohen, ja noch höheren Werth haben, wenn, wie auch der Herr Referent schon bemerkt habe, die Ueberbauung des dort befindlichen massiven gewölbten Canals nicht besondere Schwierigkeiten und danach unverhältnißmäßig hohe Kosten verursachen würde, und der Bauplatz als ein selbständiger, und nicht als ein nur von Löhr oder seinem Nachfolger zu verwerthender anzusehen wäre. Der Magistrat habe deshalb auch von Anberaumung eines öffentlichen Termines Abstand genommen, weil dazu Niemand weiter erschienen wäre, als Löhr.

Herr Winter möchte gern Gewißheit darüber haben, ob auch der in Rede stehende Bauplatz nicht über die seiner Zeit für die Ostseite des Platzes vor der Friedrich-Wilhelmstraße festgestellte Baulinie hinausgehe.

Herr Nieß bemerkt, daß ihm der Kaufpreis aus den vom Herrn Referenten und vom Herrn Bürgermeister Rittmeyer hervorgehobenen Gründen angemessen erscheine. Auch wäre die Ansetzung eines öffentlichen Termines vollständig zwecklos gewesen und stimme er deshalb der vorgeschlagenen Form des Verkaufs ohne weitere Einwendung zu. Auf günstigere Resultate werde man doch nicht rechnen können.

Referent hebt noch hervor, daß der Stadt bei Ueberlassung des gewonnenen Okerterrains ausdrücklich die Bedingung auferlegt worden, den Platz neben dem Okerterrain nur im Einverständnisse mit den Anliegern bebauen zu lassen, es also nicht möglich sei, einen anderen Käufer als Löhr zu gewinnen, ganz abgesehen davon, daß der fragliche Platz zu einer selbständigen Bebauung zu klein sei. Herrn Winter

gegenüber bemerkt Referent, daß die festgestellte Baulinie vollständig unverändert bleibe, an Löhre also nur das verkauft werde, was innerhalb der Baulinie liege.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer noch bemerkt hat, daß allerdings der nach der früher Elzbacher'schen Insel zu belegene Theil des fraglichen Bauplatzes ohne Zustimmung des Löhre verkauft, auch die nach dieser Seite hin (Westseite) liegende Hälfte des Okerterrains ohne dessen Genehmigung bebaut werden könne, der danach zur Beifügung stehende Platz wegen seiner völlig ungenügenden Tiefe noch viel ungeeigneter zur selbständigen Bebauung sei,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

#### Schluß der öffentlichen Sitzung.

Vertraulich wird die Bewilligung einer Beihilfe für einen städtischen Lehrer zu Curzwecken, desgleichen einer Unterstützung für einen städtischen Schulpedellen ausgesprochen, und eine Mittheilung des Magistrats bezüglich des Ankaufs des Fasanenhölzchens entgegengenommen.

(Beilage zu **N. 173** der **Braunschw. Anzeigen.**)

**1881.**

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 158** de 1881  
der **Braunschweigischen Anzeigen.**)

**N. 8.**

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 30. Juni 1881.

**Öeffentlich:**

- I. Antrag des Herrn Nies wegen Benutzung von der Schule an der Osterstraße gegen-  
über liegendem Terrain zu botanischen Zwecken.
- II. Eingabe hiesiger Schlachter wegen Aenderung einiger Einrichtungen im hiesigen  
Schlachthause.
- Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:
- III. Erwirkung des Expropriationsrechtes bezüglich eines Theils des Terrains des ehemal-  
ligen Mauerngrabens,
- IV. Verwendung eines im Dienste beschädigten Feuerwehrmannes im Nachtwachdienste bei  
der Stadt-Casse,
- V. Entschädigung eines Schulpedellen wegen der aus der Ueberschwemmung seiner Dienst-  
wohnung entstandenen Schäden,
- VI. Verwendung der ehemaligen Räume der Stadt-Casse zu Baumagazin-Zwecken,
- VII. Verleihung eines durch Kündigung von Eisenbahn-Prioritäten flüssig werdenden Cap-  
itals des Kreiscommunalfonds Braunschweig an die Stadt zur Deckung außerordent-  
licher Etat-Bedürfnisse,
- VIII. Verfügung über einen Ueberschuß des ausgeführten Stadtcassen-Etat de 1880,
- IX. Bewilligung von Baukosten für Pflegehaus-Zwecke.

**Vertraulich:**

Steuer-Reclamationen.

Entschuldigt die Herren du Roi, Jasper, Kybik, Kloss, von Seckendorff, Steinau, Zellmann und Willke. — Am Magistratsstische Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Haake und Ketemeyer.

Die Sitzung kann wegen Verspätung einiger Herren erst gegen 4 $\frac{1}{4}$  Uhr eröffnet werden,

weshalb der Herr Vorsitzende zunächst Veranlassung, nimmt mit einigen Worten darauf hinzuweisen, wie sehr es im Interesse der Versammlung liege, daß mit den Verhandlungen stets pünktlich zur angefahren Zeit begonnen werde; er hält auch für geboten, denjenigen Herren, welche geschäftshalber nicht im Stande sind, bis 4 Uhr zu erscheinen, dadurch entgegenzukommen, daß die Sitzungen für die Folge statt auf 3 $\frac{3}{4}$  Uhr auf 4 Uhr anberaumt, die Verhandlungen also erst um 4 $\frac{1}{4}$  Uhr begonnen werden und wird deshalb, unter Voraussetzung des Einverständnisses der Versammlung, vom nächsten Male an die Einladungen dementsprechend ausschreiben lassen.

Nach Genehmigung der Protokolle Nris. 5 und 6

ladet Herr Bürgermeister Rittmeyer die Versammlung ein, der auf morgen früh 11 Uhr angefahren feierlichen Eröffnung der baugewerblichen Ausstellung anzuwohnen, dabei bemerkend, daß Herr Overbürgermeister Pockels sich vor einigen Tagen beim Durchblättern von Acten eine Augenverletzung zugezogen habe, wodurch derselbe verhindert worden, den Herren eine schriftliche Einladung zu dieser Feier zugehen zu lassen.

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Grote namens der Schulcommission über den von Herrn Nieß in der Sitzung vom 16. December v. J. eingebrachten Antrag: das Gartengrundstück, welches als Rest des Krukenbergischen Gartens der neuen Schule an der Dferstraße gegenüberliegt, als Versuchsfeld für botanisches Lehrmaterial der städtischen Realschule, sowie der städtischen mittleren und unteren Bürgerschulen zu reserviren.

Die Commission kann die Annahme dieses Antrags aus folgenden Gründen nicht empfehlen: Bei Ertheilung der Zustimmung in der gedachten Sitzung zur Herrichtung des hinter der höheren Mädchenschule belegenen Dferterrains zu einem Schulgarten habe es sich, wie auch in dem Magistratsantrage wie im Verlaufe der Debatte ausdrücklich hervorgehoben, nicht darum gehandelt, einen botanischen Garten anzulegen, sondern nur darum, eine sonst nicht zu verwerthende Fläche, die, wenn sie in ihrem damaligen Zustande belassen wäre, zu manchen Unzuträglichkeiten geführt hätte und daher unter allen Umständen doch hätte in Stand gesetzt werden müssen, in passender Weise zu verwerthen; man habe eben das Nützliche mit dem Angeneh-

men verbinden wollen, was mit verhältnißmäßig geringen Mitteln zu bewerkstelligen gewesen sei. Der vorliegende Antrag gehe indeß mehr darauf hinaus, einen förmlichen botanischen Garten einzurichten und das auf einem Terrain, welches bei seiner günstigen Lage sich vortheilhaft zu Bauplätzen veräußern lasse. Außerdem würde die Anlage eines botanischen Gartens, da das abschüssige Terrain der Osterböschung terrassirt werden müßte, an und für sich so theuer zu stehen kommen, daß der Schulvorstand den Nutzen mit den aufzuwendenden Kosten nicht glaube in Einklang bringen zu können. Herr Nieß habe auch diese Gründe als gerechtfertigt anerkannt und sich damit einverstanden erklärt, daß von der Durchführung seiner Idee Abstand genommen werde.

Die Commission habe indessen geglaubt, sich der Angelegenheit nicht absolut negativ gegenüber stellen zu sollen. Wenn es sich wirklich als nothwendig herausstellen sollte, daß auf Beschaffung von botanischem Unterrichtsmaterial für die gedachten Schulen Bedacht genommen werden müsse, so lasse sich das auf andere Weise billiger bewerkstelligen: voraussichtlich werde in allernächster Zeit der Ankauf des Terrains hinter dem Wasserthurme wie auch des Fasanenhölzchen perfect werden, wodurch die Stadt in die Lage komme, über größeres jedoch nicht so werthvolles Terrain verfügen zu können. Wenn das Grundstück hinter dem Wasserthurme in Stand gesetzt werde, so verschlage es nicht viel, ob dasselbe nur zu einem Erholungs-orte eingerichtet, oder ob auch nebenbei der Zweck verfolgt werde, den Herrn Nieß im Auge gehabt habe. Sollte letzteres nicht angehen, oder sollte sich schon vorher eine unabweißliche Nothwendigkeit zur Beschaffung des gedachten Unterrichtsmaterials herausstellen, so würde man sich auch dadurch helfen können, daß man mit dem Director des Botanischen Gartens, Prof. Blasius, in Verbindung trete, der nicht abgeneigt sei, im Falle der Noth durch Lieferung von Pflanzen u. zur Seite zu stehen. — Die Commission gebe daher anheim zu beschließen: den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Frage wegen Einrichtung eines botanischen Gartens zu Unterrichtszwecken für die städtischen Real- und Bürgerschulen im Auge behalten und bei der Einrichtung derjenigen Grundstücke, deren Erwerbung in nächster Zeit voraussichtlich erfolgt, (Wiese hinter dem Wasserthurme, kleines Holz) eventuell darauf Rücksicht zu nehmen.

Auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Munte

erwidert der Herr Referent, daß der Magistrat das an der Oster belegene Terrain zu Bauplätzen zu verkaufen beabsichtige, wodurch die bedeutenden Kosten des Schulhausbaues etwas herabgemindert würden.

Herr Wolff giebt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß ein so herrlicher Platz, wie der in Rede stehende, wiederum zu Bauzwecken verwandt werden solle. Der Antrag des Herrn Nieß habe ihn sehr sympathisch berührt, indem derselbe in der That das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden scheine: nützlich für den

botanischen Unterricht, auf welchen seines Erachtens immer noch zu wenig Gewicht gelegt werde, angenehm, indem das schöne Schulgebäude zur vollen Geltung komme und nicht den Blicken der Vorübergehenden durch davorgestellte Gebäude entzogen werde. Er bitte, dem Magistrat gegenüber den Wunsch zu erkennen zu geben, daß von einer Veräußerung des fraglichen Platzes Abstand genommen und derselbe in einen dem Auge wohlthuenden Zustand versetzt werde.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß der Magistrat den Platz nicht ohne Zustimmung der Stadtverordneten veräußern könne, da derselbe Eigenthum der Stadt sei; man könne also eine Debatte nach dieser Richtung hin solange verschieben, bis eine bezügliche Magistratsvorlage eingegangen sei.

Herr Schwarzenberg ist der Ansicht, daß eine Verwerthung des Platzes zu Bauzwecken nur im Interesse der Stadt liege; rechne man 4. Bauplätze jeden zu ca. 12000 M., so ergebe sich eine bedeutende Summe, welche die Stadt anderweit passender verwenden könne. Uebrigens sei auch ein wirkliches Bedürfnis zur Herrichtung botanischer Gärten für die Bürgerschulen bislang nicht nachgewiesen. An der höheren Mädchenschule solle erst ein Versuch in dieser Beziehung gemacht werden; wenn der sich bewähre, dann könne man ja immer noch vorgehen, wie auch im Commissionsantrage besonders zum Ausdruck gebracht sei.

Nachdem Herr Reuter noch mitgetheilt hat, daß in Berlin theils ein städtischer Garten, theils auch einige Handelsgärtner den Schulen die zum botanischen Unterricht nöthigen Pflanzen, die jedesmal genau vorher bestimmt würden, lieferten,

wird der Commissionsantrag angenommen.

II. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission, daß die hiesigen Schlachter sich mit einer Eingabe vom 20. Mai c. an den Stadtmagistrat und die Versammlung gewandt hätten, in welcher dieselben um Aufnahme folgender Aenderungen in's Schlachthaus-Statut nachsuchten:

- 1) den §. 6, dasjenige Schlachtvieh, welches in dem städtischen Schlachthause geschlachtet werden muß, mindestens 12 Stunden vor der zum Schlachten desselben bestimmten Zeit in die Stallungen des städtischen Schlachthauses einzustellen, fallen zu lassen,
- 2) entgegen §. 10, das Schlachten im Schlachthause auch an Sonn- und Festtagen von Morgens 4 bis 9 Uhr zu gestatten,
- 3) die Beschaffung und Aufstellung von noch 4 bis 5 Kesseln zum Schmelzen des Talges und der Fette gutzuheißen, (§. 4.)
- 4) den Thierarzt anzuweisen, die Functionen als Schlachthauschierarzt allein zu besorgen, oder demselben aufzugeben, die Kosten des ihm auf seinen Antrag gestellten Assistenten selbst zu tragen, und ihm ferner die Unter-

suchungen der geschlachteten Schweine auf Trichinen während seiner Dienststunden zu untersagen. (§. 1.)

Die Commission giebt anheim, für heute über diesen Gegenstand keinen Beschluß zu fassen und vorerst eine bezügliche Vorlage des Magistrats abzuwarten.

Herr Riecke hält für wünschenswerth, daß die Erledigung dieser Angelegenheit nicht zu weit hinaus geschoben werde, damit den Schlachtern jeder Anlaß zu berechtigten Klagen, unter denen doch nur die Consumenten zu leiden hätten, genommen werde, worauf der Herr Vorsitzende bemerkt, daß die Berathungen über diesen Punkt beim Magistrate im vollen Gange seien und eine bezügliche Vorlage des Baldigsten zu erwarten stehe.

Herrn Blasius scheint ein Punkt, nämlich das Schlachten am Sonntagmorgen sehr eilig zu sein; es müßte dieses den Schlachtern sofort gestattet werden, damit das Publikum auch an Sonntagen frisch geschlachtetes Fleisch bekäme.

Referent glaubt nicht, daß sich dieser Punkt herausgreifen lasse: es müßte eine Aenderung des Statuts vorgenommen werden, die wiederum der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums bedürfe. In vielen anderen Städten beständen übrigens für die Schlachter noch weit ungünstigere Bestimmungen in dieser Beziehung; in München z. B. dürfe das Fleisch überhaupt nicht an dem Tage des Schlachtens verkauft werden, sondern müsse erst 48 Stunden auf Eis liegen, da man von der Ansicht ausgehe, daß das Fleisch, vor dieser Zeit genossen, nicht die volle Nahrungskraft besitze.

Danach wir der Antrag der Commission auf Vertagung dieser Sache angenommen.

III. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 4. d. Mts., betreffend die Erwirkung des Expropriationsrechts bezüglich eines Theils des Terrains des ehemaligen Mauerngrabens. — Die Herzogliche Baudirection hat den Mauerngraben seiner Zeit an den Lotteriellecteur Daubert verkauft mit der Bestimmung, denselben zuschütten und auf dem gewonnenen Terrain unter Zuhülfenahme von angrenzendem Terrain Gebäude errichten zu lassen. Die Ausführung dieser Gebäude hat zu einer Anzahl von Processen geführt, die in verschiedenen Stadien theilweise soweit gekommen sind, daß in erster Instanz die Klage der Eigenthümer der an der Mauernstraße belegenen Grundstücke wegen Eigenthumsansprüche an diesem Okerarme für begründet erachtet und die Herausgabe der einen Hälfte des Mauerngrabens sowie Herstellung des früheren Zustandes desselben angeordnet ist, was natürlicherweise einen vollständigen Zusammenbruch der an der Theaterpromenade errichteten Gebäude zur Folge haben würde. Anfang dieses Monats ist nun der Lotteriellecteur Daubert als Eigenthümer mehrerer der bedrohten Grundstücke an der Theaterpromenade auf dem Stadthause erschienen und hat



gebeten, ihm dadurch zu Hülfe zu kommen, daß man die betreffenden von den Klägern als Eigenthum beanspruchten Terrainstreifen des früheren Mauerngrabens expropriire und den betreffenden Grundstücken an der Theaterpromenade als Pertinenz beilege. Mehrere andere Anlieger haben sich dieser Bitte angeschlossen. Der Magistrat hat darauf eingehen zu müssen geglaubt und beim Herzoglichen Staatsministerium beantragt, zu der gedachten Expropriation die Zustimmung zu ertheilen. In diesem Berichte ist motivirend ausgeführt, daß die Expropriation im Interesse des Staats wie der Gemeinde liege, weil eine Ausführung des gerichtlichen Erkenntnisses den vollständigen Ruin der Theaterpromenade zur Folge haben würde; auch ist actenmäßig nachgewiesen, daß die Canalisirung und Verschüttung des Mauerngrabens nur ausgeführt ist, um dem dortigen höchst unliebsamen, ja gradezu gesundheitschädlichen Zustande ein Ende zu machen. Der Magistrat hat aber seinen Antrag an Herzogliches Staatsministerium um Genehmigung der fraglichen Expropriation an die Voraussetzung geknüpft, daß Herzogliches Staatsministerium die sämmtlichen hierdurch entstehenden Kosten trage, der Stadt also keine Kosten aus dieser Angelegenheit erwachsen würden. Dieses Verlangen des Stadtmagistrats rechtfertigt sich in der Erwägung, daß die Veranlassung zu dieser Angelegenheit in dem Umstande zu finden ist, daß die Herzogliche Baudirection seiner Zeit den Mauerngraben im ganzen Umfange an Daubert als Baugrund verkauft hat. — Der Magistrat hat nun zugleich bei der Stadtverordnetenversammlung die Ertheilung der Genehmigung zu der gedachten Expropriation beantragt. Inzwischen ist auf die Eingabe des Magistrats eine Antwort des Herzoglichen Staatsministeriums unterm 27. d. Mts. erfolgt. In diesem Rescripte (welches Referent verliest) ist hervorgehoben: Das Herzogl. Staatsministerium sei bei Genehmigung der im öffentlichen Interesse ausgeführten Zuschüttung resp. Canalisirung des Mauerngrabens von der gutgläubigen Voraussetzung ausgegangen, daß das zu gewinnende Terrain seinem ganzen Umfange nach zur Verwendung als Bau terrain ohne Weiteres zu Gebote stehe. Da diese Voraussetzung sich aber nicht als zutreffend erwiesen habe, so würde, falls der ergangenen gerichtlichen Entscheidungen gemäß der Abbruch der fraglichen Gebäude wirklich zur Ausführung kommen sollte, dadurch das ganze, im wesentlichen Interesse des Staats und der Gemeinde unternommene Project nachträglich gradezu vereitelt werden und hier ein mehr oder weniger chaotischer und deshalb im öffentlichen Interesse nicht zu duldbender Zustand entstehen. Es liege daher hier offenbar ein Fall vor, in welchem die Inanspruchnahme von Privateigenthum, selbstverständlich gegen volle Entschädigung, im wesentlichen öffentlichen Interesse durch zwingende Nothwendigkeit geboten sei. In dem Rescripte ist sodann die Erklärung ausgesprochen, daß falls seitens der städtischen Behörden ein definitiver Antrag, die Expropriation der mehrgedachten Parcellen des vormaligen Mauerngrabens im wesentlichen Interesse des Staats und der hiesigen Stadtgemeinde zu genehmigen, gestellt und in Folge dessen die Expropriation von der Landesregierung

ausgesprochen werden sollte, alsdann unter den im vorliegenden Falle obwaltenden besonderen Verhältnissen die sämmtlichen durch die vorzunehmenden Expropriationen entstehenden Entschädigungs- und Proceßkosten auf die Staatscasse zu übernehmen sein werden. Herzogliches Staatsministerium stellt schließlich dem Magistrate anheim, bei der competenten Verwaltungsbehörde, der Herzoglichen Kreisdirection einen definitiven Expropriationsantrag einzubringen.

Die Statutencommission kann sich der Ansicht, daß eine Expropriation im vorliegenden Falle im wesentlichen Interesse sowohl des Staats wie der Stadt liege, nur anschließen und es scheinen ihr Bedenken, auf den Magistratsantrag einzugehen, um so weniger vorzuliegen, als seitens der Herzogl. Landesregierung die Zusage ertheilt ist, daß der Stadt aus dieser Angelegenheit in keiner Weise Kosten entstehen würden. Die Commission giebt daher anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß seitens des Magistrats, nachdem derselbe die im Ministerialrescripte hervorgehobenen Punkte noch berührt haben wird, ein formeller Expropriationsantrag bei Herzoglicher Kreisdirection gestellt werde.

Ohne Debatte wird dem Magistrats- resp. Commissionsantrage gemäß beschlossen.

Danach

IV. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über ein Schreiben des Magistrats vom 9. d. Mts. — Der Stadthaushaltsetat hat die Einrichtung einer Nachtwache zur Sicherung der Cassen in den neuen Stadtcassenlocalen vorgeesehen. Mit der Beforgung dieses Nachtdienstes hat der Magistrat den vormaligen Steiger in der städtischen Feuerwehr, Dachdecker Nordmann, welcher im Jahre 1879 bei einer Feuerwehrrübung zu Schaden gekommen, jetzt aber soweit wieder hergestellt ist, daß er leichtere Arbeiten verrichten kann, beauftragt und mit demselben verabredet, daß er 1) für die Zeit bis Ende Juni d. J. neben seinen seitherigen Bezügen aus dem Kreisfonds (762 M.) eine Vergütung von 20 M. aus der Stadtcasse erhalte, 2) von 1. Juli ab eine fixe Entschädigung aus dem Kreisfonds zum Jahresbetrage von 600 M. und daneben eine Remuneration aus der Stadtcasse von jährlich 300 M. empfangen. Der Magistrat giebt anheim, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die dem Nordmann aus dem Kreisfonds zustehende Vergütung vom 1. Juli d. J. ab auf jährlich 600 M. bis auf Weiteres fixirt werde.

Referent bemerkt dazu: nach den bestehenden allgemeinen Vorschriften für den Kreisfonds rechtfertigt es sich, daß die gedachte Vergütung nicht aus der Stadtcasse, sondern aus den Mitteln des Kreisfonds gewährt werde, er empfehle daher namens der Commission, den Magistratsantrag zu genehmigen.

Die Versammlung entspricht diesem Ersuchen ohne Weiteres.

Weiter

V. berichtet Herr Wolff als Referent der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 12. d. Mts. — Daß am 11. März d. J. in ungewöhnlicher

Höhe eingetretene Hochwasser hat die Wohnung des Schulpedellen Meyer an der 3. mittlere Bürgerschule (Echternstraße) derart überfluthet, daß derselbe einen Schaden von 349 *M.* 55 *S.* an Consumtibilien, Kleidungsstücken und Mobilien erlitten hat, auch gezwungen gewesen ist, auf 9 Monate eine andere Wohnung zu mietthen. Der Magistrat beantragt nun, sich mit der Uebernahme der gedachten 349 *M.* 55 *S.* sowie einer Miethsentschädigung von 112 *M.* 50 *S.* auf die Ueberschüsse der Bürgerschulcasse einschließlich deren etwaigen Mehreinnahmen, eventuell auf den Dispositionsfonds Cap. XIV. 4 des Stadtcassen-Etats, einverstanden zu erklären —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung der Commission ohne Weiteres zur Annahme gelangt.

### Wie

VI. Herr Semler namens der Finanz-Commission referirt, hat der Magistrat unterm 22. d. Mts. den Antrag gestellt, der städtischen Bauverwaltung die drei im Erdgeschoße liegenden Räume des früheren Stadtcassengebäudes zur Unterbringung von Utensilien zu überweisen. Das an der Nordseite der Andreaskirche belegene zum Baumagazin eingerichtete ehemalige Spritzenhaus sei nicht ausreichend, namentlich aber nicht passend zur Unterbringung solcher Geräthe und Gegenstände, welche eines trockenen Aufenthaltsortes bedürfen.

Auf Empfehlung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

VII. Der Kreiscommunalfonds besitzt 217800 *M.* 4½ % Prioritätsobligationen der Hessischen Ludwigsbahn. Diese Prioritäten sind unterm 30. v. Mts. zur Rückzahlung auf den 1. September 1881 resp. zur Convertirung auf 4 % gegen eine baare Convertirungsprämie von 1¼ % gekündigt. Der Magistrat erachtet die angebotene Convertirung für nicht vortheilhaft, hält vielmehr dafür, daß der Kreisfonds die qu. 217800 *M.* der Stadtcasse unter den für derartige Anleihen üblichen Bedingungen darleihe. Die Stadtcasse bedarf dieses Capitalbetrages, um die ihr aus der Execution des außerordentlichen Etats pro 1881 erwachsende Fehlsomme von 277006 *M.* 48 *S.* annähernd decken zu können. Der Magistrat beantragt demnach mittelst Schreibens vom 21. Juni c.

- 1) namens des Kreis-Communalverbandes die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Rückzahlung des qu. Capitals von 217800 *M.* angenommen und letzteres der Stadtcasse gegen 4 % Zinsen und unter dem Beding einer Amortisation mit ½ % und den ersparten Zinsen dargeliehen werde;
- 2) in Vertretung der Stadtgemeinde sich damit einverstanden zu erklären, daß die Stadtcasse zu theilweiser Deckung der Fehlsomme des außer-

ordentlichen Etats pro 1881 die vorgebachten 217 800 *M.* unter den angegebenen Bedingungen anleihe.

Die Finanzcommission, für welche Herr Wolff berichtet, hält dem gegenüber für zweckmäßig, die angebotene Convertirung anzunehmen und zwar aus folgenden Gründen: Die Operation laufe thatsächlich darauf hinaus, daß den Inhabern der zur Rückzahlung gekündigten  $4\frac{1}{2}\%$  Anleihen eine solche zum Course von  $100 + 1\frac{1}{4}\%$ , also von  $98\frac{3}{4}\%$ , angeboten werde. Die meisten  $4\%$  Prioritätsanleihen ständen aber weit über  $98\frac{3}{4}\%$ , ja sogar über pari, bis zu  $101\%$ . Auch die  $4\%$  Mainz-Ludwigshafener (Hessische Ludwigsbahn-) Prioritäten von 1881, welche in der Priorität weit hinter den zur Convertirung gelangenden Anleihen rangirten, hätten zur Zeit einen Cours von 100,30 Geld. Fast mit unbedingter Gewißheit sei anzunehmen, daß unmittelbar nach stattgehabter Convertirung der Cours der gedachten  $4\%$  Anleihe mindestens pari, wahrscheinlich aber über pari stehen werde, und es würde deshalb nicht im Interesse der Stadtgemeinde liegen, auf die angebotene Prämie von  $1\frac{1}{4}\%$  zu verzichten. Diese Erwägung habe auch die Billigung des Herrn Oberbürgermeisters Voßels in der Commissionsitzung gefunden und habe derselbe für seine Person einem Antrage auf Vornahme der Convertirung zugestimmt. Die Finanzcommission sei insofern mit dem Magistratsantrage einverstanden, als es zweckmäßig sei, ein  $4\%$  Papier nicht ferner zu behalten, sondern zur theilweisen Deckung des in der Stadtcasse vorhandenen Deficits zu veräußern. Die Commission beantrage daher:

- 1) den ersten Theil des Magistrats-Antrages mit der Veränderung anzunehmen, daß der Stadtmagistrat ermächtigt werde, zunächst sich auf die angebotene Convertirung der fragl. *M.* 217 800  $4\frac{1}{2}\%$  Prior.-Obligationen in  $4\%$  einzulassen, um später, zu einem in Uebereinstimmung mit der Finanz-Commission für geeignet erachteten Zeitpunkt diese  $4\%$  Obligationen bestmöglich zu veräußern und dann den Erlös der Stadtcasse unter den vorgeschlagenen Bedingungen darzuleihen;
- 2) dem zweiten Theile des Magistratsantrages die Zustimmung zu erteilen.

Ohne Debatte wird dieser Antrag angenommen.

Ferner

VIII. berichtet Herr Wolff an Stelle des nicht anwesenden Referenten, Herrn Rybitz, für die Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 22. d. Mts. — Aus den Ueberschüssen des ordentlichen Etats der Cämmereikasse pro 1880 sind für außerordentliche Zwecke noch 61 537 *M.* 62 *S.* verfügbar, welche der Magistrat in folgender Weise verwenden zu dürfen beantragt:

- 1) zur Zahlung von . . . . . 4564 *M.* 53 *S.*,  
um welchen Betrag der Credit behuf Herstellung eines Triumphweges zur  
Huldigungsfeier am 25. April überschritten ist;
- 2) zur Deckung der der Stadt aus der Decoration und Illumination der  
städtischen Gebäude u. bei der Jubiläumsfeier erwachsenen Kosten  
15492 *M.* 10 *S.*;
- 3) zur Inventarisirung der verbundenen städtischen Anstalten des Armen-  
Pflege- und Krankenhauses . . . . . 8877 *M.* 99 *S.*
- 4) zur Bildung eines Vorrathsvermögens behuf demnächstiger Anlegung von  
Stadtparks auf den dazu aufersehenen Grundstücken . 32603 *M.* — *S.*

Die sub 1 aufgeführte Ueberschreitung von 4564 *M.* 53 *S.* ist im Wesentlichen dadurch entstanden, daß die Kindertribüne am Hagenmarke großartiger zur Ausführung gelangt ist, als anfänglich projectirt war. Zur Ausschmückung der städtischen Gebäude und auf die Illumination derselben, wie der öffentlichen Plätze sind, wie sub 2 bezeichnet, 15492 *M.* 10 *S.* verwandt.

Die unter 3 benannten Kosten von 8877 *M.* 99 *S.* sollen auf einen von der Armendirection empfohlenen Antrag der Pflegehausdeputation verwandt werden: zur Bekleidung und Lagerung der Insassen der verbundenen Anstalten des Pflege-, Armen- und Krankenhauses extraordinair 4247 *M.* 99 *S.*, und zur Beschaffung eines wirthschaftlichen Magazinbestandes 4630 *M.*

Die Kaufpreise für die zum Zwecke der Einrichtung von öffentlichen Erholungs-orten zu erwerbenden Grundstücke, (Gänsewinkel und Fasanenholz) werden aus dem Grundcapitalvermögen event. mittelst einer Anleihe zu bestreiten sein; dagegen hält der Magistrat für richtig, die Aufwendungen behuf der Aptrirung der Grundflächen zu öffentlichen Erholungsorten, wie die sub 4 gedachten 32603 *M.*, soweit irgend thunlich, aus den laufenden Einnahmen resp. aus erzielten Ueberschüssen der Stadtcasse zu decken.

Die Commission empfiehlt diese Anträge zur Annahme.

Herr Rieke macht zu dem ersten Punkte die Bemerkung, daß er es nicht grade sehr schön finde, daß die Kosten des Jubiläums, die ohnehin schon groß genug gewesen, noch überschritten seien. Bei der jetzigen Finanzlage der Stadt hätte sich weit eher empfohlen, etwaige Ueberschüsse im Interesse sämmtlicher Einwohner, etwa für Herstellung besseren Straßenpflasters und für andere Annehmlichkeiten zu verwenden.

Bezüglich des dritten Punktes wiederholt Herr Winter einen schon früher geäußerten Wunsch, daß doch künftighin bei Anschaffung von Inventariestücken die Fabrikanten und Gewerbetreibenden der hiesigen Stadt mehr berücksichtigt werden möchten. Der größte Theil des für das neue Krankenhaus beim Pflegehause angeschafften Inventars sei, wie sich herausgestellt habe, aus Wolfenbüttel und Alschers-

leben bezogen; man hätte auch diesen Verdienst sehr wohl unseren Steuerzahlern können zu Gute kommen lassen.

Herr Stadtrath Haake hält diesen Wunsch für vollkommen gerechtfertigt und bemerkt, daß principmäßig im Allgemeinen auch danach verfahren werde. Die Armen-direction habe sich nur in den Fällen nach auswärts gewandt, wenn sich Einzelnes dort erheblich billiger beschaffen lasse.

Nachdem Herr Munte noch den Wunsch zu erkennen gegeben, daß die Anlage eines Stadtparks möglichst bald in Angriff genommen werden möchte, damit die ersparten Gelder in dieser geschäftslosen Zeit bald wieder unter die Leute gebracht und auf diese Weise etwas zur Hebung des allgemeinen Wohlbefindens in der Stadt beigetragen würde,

gelangen die Magistratsanträge zur Annahme.

Danach

IX. referirt Herr Semler namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 23. d. Mts., betreffend die Bewilligung von 1911 M. 75 A Baukosten für Pflegehauszwecke und zwar für

- 1) Herstellung einer gewölbten Decke über dem Strohraume im Stallgebäude. . . . . 350 M.,
- 2) Instandsetzung der beiden Brunnen beim Pflegehause und Armenhause 61 M. 75 A,
- 3) Anlage eines Reservekochkessels und Herrichtung eines Vorbaues für die Küche des Pflegehauses . . . . . 1200 M.,
- 4) Instandsetzung eines Theils der durch Hochwasser zerstörten Okerböschung im Garten des Pflegehauses . . . . . 300 M.

Die Anlage eines Reservekochkessels ist erforderlich, weil jetzt bei dringenden Reparaturen an den Kesseln der Kessel des Waschhauses benutzt werden muß, was nicht empfehlenswerth erscheint. Die Herstellung eines Vorbaues für die Küche ist wünschenswerth, weil bei der jetzigen Abgabe der Speisen durch die Hinterthür der Küche der sehr schmale Corridor durch die das Essen abholenden Boten gesperrt wird und gleichzeitig der Brüten vom Corridor aus in die übrigen Räume des Hauses eindringen kann.

Der Magistrat beantragt zu genehmigen, daß die angeforderten Mittel, insoweit zu deren Deckung die Armenkasse nicht ausreichen sollte, auf den Dispositionsfonds der Stadtkasse angewiesen werden dürfen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Hasenbalg, Blasius, Winter, Nieß, des Herrn Stadtrath Haake und des Herrn Referenten bezüglich der Zweckmäßigkeit des anzulegenden Vorbaues wird auf Befürwortung

der Commission beschlossen, die angeforderten Mittel dem Magistratsantrage gemäß zu bewilligen.

Endlich

X. wird auf ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 29. d. Mts., welches der Herr Vorsitzende verliest, beantragtermaßen beschlossen, die auf dem der Versammlung vorliegenden Situationspläne näher bezeichnete Baulinie an der Leopoldstraße gutzuheißen, auch zu genehmigen, daß die dem Färbermeister Langebartels wegen des bei der demnächstigen Ausführung dieser Baulinie ohne weitere Entschädigung erfolgenden Austausches unbedeutender Parzellen getroffene Vereinbarung auch für den Fall, daß Langebartels das den Schmidtschen Erben zugehörige Haus *N* ass. 304 an der Leopoldstraße erwerben und mit bebauen sollte, auf das von der Straße an das Schmidtsche Grundstück abzutretende geringfügige Straßenterrain mit erstreckt werde.

Nach hierauf erfolgendem Schluß der öffentlichen Sitzung

werden vertraulich Steuerreclamationen zur Erledigung gebracht.

(Beilage zu **N 214** der **Braunschw. Anzeigen**.)**1881.**(Fortsetzung der Beilage zu **N 173** de 1881  
der **Braunschweigischen Anzeigen**.)**N 9.**

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 25. August 1881.

Öeffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betr.:

- I. anderweite Verpachtung der städtischen Fischerei-Gerechtsame;
- II. Einstellung eines Beitrages zu den Kosten der Errichtung eines Städte-Saales im germanischen Museum zu Nürnberg;
- III. Feststellung einer Baulinie in der Schuhstraße;
- IV. Ankauf des sogenannten Kasanenholzes Seitens der Stadt;
- V. Erlaß von Pachtzins für das dem Bauunternehmer Willkens an der Ecke der Friedrich-Wilhelm- und der Bruchstraße zur Nutzung überlassene Terrain;
- VI. Bewilligung der Kosten einer Aenderung an einem städtischen Bauwerke;
- VII. Anschaffung eines Geldschrankes für die Armen-Casse;
- VIII. Ankauf des Wollemann'schen Hauses an der Ecke der Leonhards und der Wertramstraße;
- IX. Aenderung des Statuts das Halten von Hunden in hiesiger Stadt betreffend;
- X. Feststellung des Ortsbauplans bezüglich eines auf der ehemaligen Glacis südlich der Helmsiedterstraße projectirten Straßenzuges;
- XI. Kosten der Vervielfältigung der von Holwebe'schen Karten vom äußern Stadtgebiete;
- XII. Anlagen zur Beschaffung von Trinkwasser in zwei städtischen Schulen;
- XIII. die Kosten der Pflasterung der Verbindungsstraße zwischen Kattreppehn und dem neuen Postgebäude;

Vertraulich:

Steuerreclamationen.



Entschuldigt die Herren Grote, Tellingmann, Blasius, Steinau und Meyer. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Bammel und Stadtrath Metemeyer.

Wie, die Sitzung eröffnend,

der Herr Vorsitzende Otto zunächst anzeigt, ist der Versammlung eine abschriftliche Eingabe des Vorstandes des hiesigen Bürgervereins an den Stadtmagistrat, betreffend die Verlegung des St. Catharinen-Friedhofes, als Material für die demnächstigen Verhandlungen über diesen Punkt zugegangen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt dazu, daß der Stadtmagistrat sich in seiner heutigen Sitzung mit dieser Frage beschäftigt und beschlossen habe, zunächst die Ansicht der Stadtverordneten darüber zu hören; es werde daher schon in den nächsten Tagen eine diesbezügliche Vorlage bei der Versammlung eingehen.

Nachdem noch einer vom Stadtmagistrate den einzelnen Stadtverordneten zugefertigten Uebersicht der Gemeindesteuer-Einschätzung für das Jahr 1881 Erwähnung geschehen,

wird zur Tagesordnung geschritten.

I. berichtet Herr Semler namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 4. v. Mts. — Behuf anderweiter Verpachtung der der hiesigen Stadt zuständigen Fischereigerechtsame in der Oker hatte der Magistrat auf den 25. Juni d. J. einen öffentlichen Termin anberaumt, in welchem der Schornsteinfegermeister Meyer das Höchstgebot mit 400 Mk. p. a. abgegeben hat. In der Vorlage wird ersucht, zu genehmigen, daß die fragliche Fischereigerechtsame an Meyer für 400 Mk. p. a. auf 6 Jahre vom 1. April 1882 bis dahin 1888 unter den dem Protocolle vom 25. Juni c. beigefügten Bedingungen verpachtet werde.

Die Commission hat bei Prüfung der Vorlage einige Aenderungen dieser Bedingungen im Interesse der bessern Anpassung an die gegenwärtigen localen Verhältnisse für erforderlich erachtet. So ist unter Andern im §. 1, welcher diejenigen Flußstrecken namhaft macht, in denen der Stadt die Fischereigerechtsame zusteht, wo es sub V heißt: »in den Okerzügen von den beiden Wehren am Petri- und Wendenthore einschließlic der Strecken um die Lößbeck'sche Insel herum, insoweit dieselben nicht bereits verschüttet sind, bis zur Dölper Schleuse und der vormaligen Dölper Mühle« an Stelle der Worte von »einschließlic« bis »verschüttet sind« zu setzen vorgeschlagen »insbesondere den Strecken an der bisherigen Lößbeck'schen Insel, soweit diese noch als offene Gewässer bestehen«, und zwar aus dem Grunde, weil diese Strecken nebst den angrenzenden Promenadentheilen nach einem Projecte der Herzoglichen Baudirection eine völlige Umgestaltung erfahren werden, wodurch ein Teich gebildet werden wird, auf welchen sich die Fischereigerechtsame der Stadt nach Ansicht

der Commission nicht mit erstrecken kann. Mit dieser und einigen anderen geringfügigen Modificationen (wie sie in dem betreffenden Schreiben der Versammlung an den Stadtmagistrat vom heutigen Tage speciell zum Ausdruck gebracht sind) giebt die Commission die Genehmigung des Magistratsantrages anheim.

Ohne Debatte wird die Genehmigung ausgesprochen.

II. wird nach einem Referate des Herrn von Seckendorff namens der Finanzcommission einem Marginal-Schreiben des Stadtmagistrats vom 8. v. Mts. gemäß beschlossen, zur Errichtung eines Städtesaals im germanischen Museum zu Nürnberg einen einmaligen Beitrag von 200 Mk. in den nächstjährigen Stadtcassens-Etat einzustellen.

III. referirt Herr Reuter für die Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 6. v. Mts. Danach beabsichtigt der Bäckermeister Eckhardt sein an der Schuhstraße sub M. ass. 2633 belegenes Bohnhaus abbrechen und an dessen Stelle einen Neubau ausführen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit hat das Stadtbauamt vorgeschlagen, an Stelle der jetzigen Baulinie der Häuser M. ass. 2633 und 2634 eine dahinter belegene Baulinie treten zu lassen und hat sich Eckhardt in dem notariellen Vertrage vom 18 Juni c. bereit erklärt, das von seinem Grundstücke zur Straße abzutretende Terrain zum Preise von 100 Mk. pro qm käuflich an die Stadt zu überlassen. Gleichzeitig hat sich derselbe verpflichtet, für den Fall, daß er auch das Nachbargrundstück M. ass. 2634 ankaufen und neu bebauen werde, das von diesem Grundstücke zur Straße abzutretende 0,7 qm haltende Terrain zum gleichen Preise an die Stadt zu verkaufen. Der Magistrat hält eine Begradigung der Straßengrenze an dieser Stelle für wünschenswerth und giebt, da ihm auch die stipulirten Kaufbedingungen angemessen erscheinen, anheim, die auf dem vorgelegten Situationsplane (welchen Referent während seines Vortrags circuliren läßt) mit h. c. f. bezeichnete Baulinie zu genehmigen, sich auch mit dem Ankaufe der zur Straße abzutretenden Grundflächen einverstanden zu erklären.

Vom Herrn Referenten empfohlen, findet dieser Antrag ohne Weiteres Annahme.

Der folgende Punkt der Tagesordnung, betreffend die nachträgliche Deckung der Kosten einer Straßenanlage vor dem Schulgebäude am neuen Petrithore, kann heute nicht zur Berathung gelangen, da eine längere Reise des Referenten, Herrn Semler, eine rechtzeitige Vorprüfung der Sache verhindert hat.

VI. Wie aus einem Magistratschreiben vom 13. v. Mts. hervorgeht, hat Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, sich damit einverstanden erklärt, daß der bei Genehmigung des Ankaufes des sogenannten Fasanenholzes seitens der Stadt für

5000 *M.* in der Sitzung vom 19. Mai d. J. zum Ausdruck gebrachte Wunsch, in pos. 4 der Verkaufsbedingungen am Schlusse statt der Worte:

»und die etwaigen von Etablissements der weiteren Vereinbarung resp. Genehmigung ausdrücklich vorbehalten bleiben«

folgenden Passus aufzunehmen:

»Von der beabsichtigten Anlage eines, den vorstehenden Zwecken dienenden Etablissements ist der Herzoglichen Cammer, Direction der Forsten, behuf Wahrung ihrer Aufsichtsrechte, Anzeige zu machen«

unter der Bedingung realisirt worden, daß vor dem Schlusse der Bedingung 5 folgender Zusatz eingeschoben werde:

»Die zur Zeit der Rückgabe des Grundstücks auf demselben etwa vorhandenen Baulichkeiten sind — insoweit eine gütliche Vereinbarung wegen Uebernahme derselben seitens der Herzoglichen Forstverwaltung nicht erreicht werden sollte — auf Kosten der Stadt Braunschweig zu beseitigen.

Dem Magistrate, wie auch der Statutencommission, für welche Herr Lüderßen referirt, erscheint dieser Zusatz unbedenklich. Beide geben die Genehmigung desselben anheim.

Ohne Debatte wird darauf die Modification der schon genehmigten Bedingungen angenommen.

V. wird nach einem Referate des Herrn von Seckendorff für die Finanzcommission einem Magistratschreiben vom 13. v. Mts. gemäß beschloffen, dem Bauunternehmer, Zimmermann Friedrich Wilkens, den Miethzins von 40 *M.* für das demselben zur Nutzung überlassene, vor seinem Hause an der Ecke der Friedrich-Wilhelmstraße und der Bruchstraße belegene, städtische Terrain von 28 qm für das erste Mietjahr vom 1. April 1881 bis dahin 1882 auf sein Ansuchen zu erlassen, weil das fragliche Terrain in diesem Jahre einen Nutzen überall noch nicht verspricht.

VI. Wegen an dem Westportale der St. Catharinenkirche vorzunehmender Baulichkeiten ist die einstweilige Beseitigung der daselbst befindlichen Bedürfnisanstalt erforderlich. Dieselbe soll jedoch demnächst wieder aufgestellt werden und zwar, wie die städtische Bauverwaltung empfiehlt, unter Herrichtung einer die Anstalt von der Kirche trennenden Mauer. Zu diesen Baulichkeiten ist die Summe von 550 *M.* erforderlich, welche der Magistrat in seinem Schreiben vom 25. d. Mts. aus dem Dispositionsquantum zu verwilligen beantragt.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr von Seckendorff berichtet, wird diesem Antrage gemäß beschloffen.

VII. wird nach einem ferneren Referate des Herrn von Seckendorff für die Finanzcommission beschlossen, sich mit der in einem Magistratsschreiben vom 22. v. Mts. beantragten Anschaffung eines eisernen Geldschrankes vom Hof-Geldschrankfabrikanten Lüders für die Verwaltung der Armencaße einverstanden zu erklären und die dazu benöthigten Mittel von 400 M. zu bewilligen.

#### Weiter

VIII. berichtet Herr von Seckendorff über eine Magistratsvorlage vom 19. v. Mts., durch welche der Ankauf des an der Ecke der Leonhardstraße und der Bertramstraße sub M. ass. 2917 belegenen, dem Particulier Wollemann gehörigen Wohnhauses zum Preise von 8000 M. auf Grund des unter Vorbehalt der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung unterm 8. Juli d. Js. abgeschlossenen Kaufcontracts zur Verbreiterung der Leonhardstraße beantragt wird.

Die Finanzcommission schließt sich unter dem Bemerken, daß nach ihrer Ansicht die Herausgabe des zu zahlenden Kaufpreises, worüber im Magistratsschreiben nichts erwähnt sei, definitiv und zwar vom außerordentlichen Etat beschafft werde, dem Antrage an, worauf die Genehmigung ausgesprochen wird.

#### Danach

IX. referirt Herr Lüdersen namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 24. v. Mts. wegen Abänderung des Statuts M. 7 vom 31. März 1878, das Halten von Hunden in hiesiger Stadt betreffend. In dem bezüglichen Schreiben des Stadtmagistrats, welches Referent verliest, ist Folgendes hervorgehoben: Die der Erhebung einer polizeilichen Abgabe für Hunde im Allgemeinen zu Grunde liegende Tendenz, nämlich Verminderung der dem Publicum durch das Halten übermäßig vieler Hunde erwachsenden Gefahr und Belästigung durch eine Beschränkung ihrer Zahl, habe zur Folge gehabt, daß beim Erlasse des obengedachten Statuts die Bestimmung in §. 4 M. 4 des früheren Statuts vom 14. December 1853, wonach solche Hunde von der Abgabe befreit sein sollten, welche den Einwohnern zur Bewachung ihrer Grundstücke erforderlich sind, dahin abgeändert sei, daß die Befreiung nur im Falle der Unentbehrlichkeit eines Hundes zu gedachtem Zwecke statthast sein solle. Einen nennenswerthen Erfolg habe diese Vorschrift indeß bislang nicht gehabt, was schon daraus hervorgehe, daß die Zahl der für abgabefreie Hunde verabfolgten Marken i. J. 1879 869 Stück (bei einer Gesamtzahl von 1980 Hunden) und i. J. 1880 782 Stück (bei einer Gesamtzahl von 1815 Hunden) gegenüber 809 i. J. 1878 bewilligten Freimarke (bei überhaupt 1967 Hunden) betragen habe. Nach einer gutachtlichen Äußerung der Herzoglichen Polizeidirection haben sich die meisten Befreiungsgesuche als unbegründet herausgestellt. Der Magistrat giebt nun, da die Erbringung des Nachweises einer wirklichen Unentbehrlichkeit des Hundes die

Anwendung der obigen Statutsvorschrift ungemein erschwert, indem es kaum möglich ist, die vielen Befreiungsgesuche gleichmäßig zu entscheiden, anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Befreiung der zur Bewachung der Grundstücke gehaltenen Hunde überall, consequenter Weise aber auch der in §. 7 sub 3 des Statuts gedachten Hunde — abgesehen von den Hunden der Forst- und Jagdbeamten und der Hundehändler — ausgeschlossen werde, und einen vorgelegten diesbezüglichen Statut-entwurf zu genehmigen.

Die Commission hat die Vorlage geprüft, ist aber nicht in der Lage, deren Annahme empfehlen zu können. Allerdings sei — führt Referent aus — dem Stadtmagistrate ohne Weiteres darin beizustimmen, daß eine Beschränkung des Haltens übermäßig vieler Hunde angestrebt werden müsse. Das Statut solle ja auch keine Finanzquelle für die Stadt bilden, sondern das Publicum nur vor den Belästigungen und Gefahren einer zu großen Anzahl von Hunden bewahren. Dieser Zweck werde aber nicht vollständig erreicht, weil zu denjenigen Hunden, welche zur Bewachung der Grundstücke unentbehrlich sind (pos. 4 des §. 7) weit mehr gerechnet würden, als von Rechtswegen gerechnet werden müßten. Im Allgemeinen lasse sich constatiren, daß die Zahl der Hunde in hiesiger Stadt seit d. J. 1847 etwas abgenommen habe. Damals waren 2190 Hunde vorhanden, i. J. 1880 nur 1815. Anders gestalte es sich aber mit dem Procentsatze der abgabefreien Hunde. Vor Erhöhung der Abgabe von 6 *M.* auf 10 resp. 20 *M.* seien etwa 30—31 % sämmtlicher Hunde, in den letzteren Jahren 40—44 % (i. J. 1879 869, i. J. 1880 782 Stück) abgabefrei gewesen. Nun wisse man aber aus Erfahrung, daß viele Hunde bei der Anmeldung als unentbehrlich bezeichnet würden, die in Wahrheit nur aus Luxus gehalten und die, da sie von ihren Besitzern weniger in Obacht genommen würden, das Publicum durch ihr freies Umherlaufen weit mehr belästigten als die übrigen. Es sei also in der That ein Zustand in dieser Beziehung vorhanden, der dem Zwecke des Statuts nicht entspreche und es frage sich, wie demselben am Besten abzuhelpen sei. Eine Aenderung des Statuts im Principe, wie sie der Magistrat vorschlage, könne nach Ansicht der Commission erst dann eintreten, wenn sich das bisherige Princip als unwirksam erwiesen habe. Hierfür sei aber nach Erachten der Commission ein Beweis bislang nicht erbracht worden. Der Grund für die zu Tage getretenen Unzuträglichkeiten sei vielmehr — wie auch der Magistrat selbst anerkenne — in einer nicht genügend strengen Handhabung der bestehenden statutarischen Bestimmungen zu finden. Es müsse demnach zunächst versucht werden, durch eine strengere Ausführung des Statuts eine Umwandlung der jetzigen Verhältnisse herbeizuführen. Daß es keine ganz leichte Aufgabe für den Magistrat sei, mit einem Ausdrucke wie »Unentbehrlichkeit« zu operiren, erkenne auch die Commission an, denn man wisse immer nicht, wo man dabei die wirkliche Grenze zu ziehen habe. Bei all dem halte die Commission eine Aenderung des jetzt bestehenden Statuts noch nicht für zeitgemäß,

helfe eine strictere Handhabung desselben nichts, dann könne man mit einer Aenderung wie vorgeschlagen, immer noch vorgehen. Auf eine materielle Prüfung der einzelnen Bestimmungen des vorgelegten Statutentwurfs sei die Commission nicht näher eingegangen, weil sie schon den zuerst in demselben entwickelten Gesichtspunkten nicht habe zustimmen können. Sie empfehle daher, indem sie anheimegebe, zunächst über §. 1, 2 h. der Vorlage, welche die Befreiung der zur Bewachung von Grundstücken unentbehrlichen Hunde aufhebe, zu berathen, diese Bestimmung abzulehnen.

Bezüglich des weiteren Inhalts behalte die Commission sich ihre Anträge vor. Sie gebe aber für den Fall der Annahme ihres ersten Antrages noch anheim,

die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, das genannte Statut, insbesondere §. 7 pos. 4 und die daran geknüpften Strafbestimmungen in strengerer Weise, als solches nach dem Schreiben vom 24. v. Mts. dem Zwecke des Statuts gegenüber geschehen, zur Ausführung zu bringen.

#### Die Discussion eröffnend

ergreift zunächst Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort: Wer mit der Handhabung des in Rede stehenden Statuts nichts zu schaffen habe und die daraus nach verschiedenen Richtungen hin entstehenden Inconvenienzen nicht kenne, möge es leicht etwas befremdlich finden, daß nach dem Vorschlage des Magistrats von jetzt an auch diejenigen Hunde abgabepflichtig sein sollen, welche nach dem Statute zur Bewachung des Grundstücks unentbehrlich sind. Wer aber, wie die Polizeibeamten und die Magistratsmitglieder, das Statut auszuführen und die Ausführung zu überwachen habe, komme gar bald zu der Ueberzeugung, daß die Abgabefreiheit der sog. Kettenhunde eigentlich gradezu unhaltbar sei. Es gebe ja keine allgemeine Kriterien für den Begriff der Unentbehrlichkeit eines Haushundes; es können auch derartige allgemeine Normen zur Feststellung dieses Begriffs nicht festgestellt werden, weil die Verhältnisse zu verschiedenartig und zu eigenartig. Wenn nun aber in Folge hiervon der Magistrat immer von Fall zu Fall die Frage zu entscheiden habe, ob genügender Grund vorhanden sei, eine Befreiung von der Abgabe eintreten zu lassen, so könne man beim besten Willen und der größten Sorgfalt nicht vermeiden, daß man im einen Falle einen Hund als zur Bewachung des Grundstücks erforderlich für abgabefrei erkläre, während man im andern, oft bei ganz gleichen Verhältnissen, die Befreiung von der Abgabe versage. Durch eine solche unvermeidliche Verschiedenheit der Behandlung der Gesuche um Befreiung entstehe natürlicherweise Unzufriedenheit, und es werde dann nicht selten dem Magistrate der Vorwurf der Willkür gemacht. Solche Vorwürfe trügen aber nicht dazu bei, das Vertrauen, dessen der Magistrat

einmal nicht entbehren könne, zu kräftigen. Dazu komme, daß mit der Befreiung von der Abgabe seitens der Hunde haltenden Einwohner sehr viel Mißbrauch getrieben werde. Fast Jeder, der sich einen Hund anschaffe, versuche zunächst, von der Abgabe befreit zu werden; er denke an diesen oder jenen Nachbar, dem unter ähnlichen Verhältnissen Abgabefreiheit zugestanden. Wende sich der Betreffende an den Magistrat und werde abschlägig beschieden, so komme er mit Vorstellungen und aus diesen vielen Gesuchen und Vorstellungen erwache dem Magistrate eine solche Arbeitslast, daß er sich im ersten Quartale des Jahres in jeder Sitzung mit solchen Angelegenheiten zu befassen habe. Werde nun aber einem Hundebesitzer wirklich Abgabefreiheit bewilligt, dann entsiehe erst das Schlimmste, der Mißbrauch, dem der Magistrat vollständig ohnmächtig gegenüber stehe; der von der Abgabe befreite Hund liege in vielen Fällen nicht nach Vorschrift des Statuts an der Kette, sondern laufe Tags über spazieren. Wenn nun die Commission der Ansicht sei, daß eine strengere Controle seitens der Polizeibeamten bezüglich des verbotswidrigen Umherlaufens von Kettenhunden geübt werden könne, so müsse Redner dem auf Grund seiner langjährigen polizeilichen Praxis widersprechen. Das sei rein unmöglich. Das einzige Mittel, welches sich darbiete, diesem Umfug zu steuern, sei, dem Nachrichter das Geschäft des Einfangens der Hunde durch Erhöhung der Prämie rentabler zu machen. Vor dem Nachrichter suche ein Jeder seinen Hund zu bewahren. Dieser Mißbrauch, daß die betreffenden Hunde nicht an der Kette gehalten werden, sei dem Magistrate bei seiner Vorlage bestimmend gewesen. Wenn man nun überhaupt einen Hund als zur Bewachung des Hauses unentbehrlich bezeichnen wolle, so müsse man doch eigentlich stillschweigend dabei voraussetzen, daß der betreffende Hund auch wirklich wachsam sei. Das sei aber durchaus nicht immer der Fall: es würden viele Hunde als Kettenhunde beim Magistrate angemeldet, die — man möge sie sich nur einmal ansehen — Tags über jeden Vorübergehenden anbellten, Nachts aber den Dieben den friedlichsten Zutritt gewähren. Redner könnte aus seiner polizeilichen Praxis Fälle anführen, wo die Hausbewachung durch Hunde gegen Diebstahl nicht das Geringste genützt habe. Er ist der Ueberzeugung, daß, wenn man eine bestimmte Race, vielleicht die Spitzart, als erfahrungsmäßig am wachsamsten, von der Abgabe frei ließe, doch eine große Mehrzahl von Einwohnern sich zur Bewachung ihres Grundstücks eine stattliche Dogge oder einen niedlichen Spielhund bei Zahlung von 10 M. jährlich anschaffen würde. Wer überhaupt zur Bewachung seines Grundstücks einen Hund nöthig zu haben glaube, dem könne es auch auf eine jährliche Abgabe von 10 M. nicht ankommen, denn der müsse bewegliches Eigenthum besitzen, das für Diebe wirklich Reiz habe, müsse also schon leidlich wohlhabend sein. Redner glaubt, daß man bei dieser Frage eigentlich weniger mit der Fürsorge für das Eigenthum unserer Mitbürger als mit der Beförderung einer Hundeliebhabelei zu thun habe; er bittet deshalb, den Commissions-

antrag abzulehnen und die Angelegenheit nochmals an die Commission zurückzuweisen.

Herr Nieß stimmt den Ausführungen des Herrn Vorredners vollständig bei. Er hätte sogar gern gesehen, wenn die Vorlage noch etwas weiter gegangen wäre und eine Bestimmung getroffen würde, welche die Benutzung der Hunde zum Ziehen von Wagen verbiete. Fast täglich müsse man Zeuge von Acten größter Rohheit und Thierquälerei sein.

Herr Stadtrath Ketemeyer würde den Erlaß einer Bestimmung, wie sie Herr Nieß erwähnt habe, mit Freuden begrüßen; dieselbe gehöre aber nicht in das gedachte Statut, sondern seines Erachtens in die revidirte Straßen-Polizei-Ordnung. Was die Sache selbst anlange, so sei der Hauptgrund der Commission zur Ablehnung der Vorlage scheinbar motivirt. Wenn die Commission sage, daß die Hauptvorschrift des i. J. 1878 neu geänderten Statuts, eine stricte Ausführung desselben, bislang unterlassen, so habe das seine Richtigkeit. Diese zu bewerkstelligen, sei aber nicht gut möglich, was Herr Oberbürgermeister Pockels schon zur Genüge begründet habe. Es sei eben zu schwierig, die Grenze zwischen wirklicher Unentbehrlichkeit und bloßer Nützlichkeit eines Hundes festzustellen. Dem Magistrate seien die einschlägigen Verhältnisse aus eigener Wahrnehmung zu wenig bekannt, er müsse sich in den meisten Fällen auf eine gutachtliche Aeußerung der Herzoglichen Polizei-Direction verlassen. Diese müsse bei der großen Ausdehnung des Stadtgebietes mit der Untersuchung verschiedene Beamte beauftragen, die, wenn auch gleichmäßig instruiert, bei Erstattung ihrer Berichte immer von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen würden, und die Endentscheidung werde immer verschieden ausfallen. Bei Annahme des Commissionsantrags werde, wenn die fragl. Bestimmung so ausgeführt werde, wie die Commission es sich denke, kaum etwas Anderes erreicht werden, als was durch die Magistratsvorlage angestrebt werde. In Braunschweig seien seines Wissens nur etwa 50—60 unsicher liegende Grundstücke vorhanden, für deren Bewachung ein Hund wirklich unentbehrlich sei. Aber nur etwa die Hälfte der Besitzer dieser Grundstücke halte Hunde; hieraus folge zur Evidenz, daß das Hundehalten für manche Grundstücke nichts weiter sei, als Liebhaberei. Daß es von vielen, besonders kleinen Leuten nicht gern gesehen werde, wenn das vorgelegte Statut zur Annahme gelangte, sei nicht zu verkennen. Dieser Gesichtspunkt könne aber hierbei nicht maßgebend sein, sonst müßte man die Hunde, welche zum Ziehen benutzt werden und zur Ernährung ihrer Besitzer beitragen müssen, erst recht von der Abgabe frei lassen. Das geschähe aber aus anderen Gründen nicht: man wolle der Thierquälerei nach Möglichkeit steuern. Daß die Polizeidirection das freie Umherlaufen von Hunden nicht hindern könne, habe die Erfahrung genügend gelehrt. Zu diesen ohne Maulkorb umherlaufenden Hunden stelle nun aber die Zahl der abgabefreien Hunde das größte Contingent, denn, wenn Jemand Abgabe für seinen



Hund bezahle, habe er ein wachsamcs Auge auf denselben; habe er aber nichts dafür zu bezahlen, so komme ihm auch nicht darauf an, wenn derselbe weggefangen werde. In Leipzig bestehe schon jetzt die Bestimmung, daß kein Hund abgabefrei sei. Redner bittet gleichfalls, die Vorlage nochmals an die Commission zurückzugeben.

Herr Riefe kann einer so strengen Durchführung des Statuts das Wort nicht reden. Für viele Leute, die weit ab von der Stadt wohnen und dort Länderei besitzen, sei ein Hund unentbehrlich, denn es gäbe überall Leute, die gern erndten aber nicht säen. Wenn man in einer Richtung streng vorgehen wolle, so solle man besonders dafür sorgen, daß das Publikum nicht durch auf dem Trottoir umherlaufende, große Doggen belästigt werde, was sehr häufig der Fall sei. Wenn Herr Overbürgermeister Pockels anführe, daß sehr viele Hunde als zur Bewachung des Hauses dienend angemeldet würden, die gar nicht wachsam seien, so könne er darauf nicht unbemerkt lassen, daß andererseits, wie ihm bekannt, Leute gerade deshalb in Strafe genommen seien, weil ihre Hunde sich wachsam gezeigt und gebellt hätten.

Herr du Roi kann den Ausführungen des Herrn Overbürgermeisters Pockels über den Mißbrauch hinsichtlich des freien Umherlaufens von Hunden nur beistimmen, er glaubt aber, in der vom Magistrate proponirten Weise vorzugehen, involvire fürs Publikum eine große Härte. Redner empfiehlt zur Beseitigung des gedachten Uebelstandes folgendes Mittel: den Polizeibeamten müsse vom Magistrate ein Verzeichniß der sämmtlichen abgabefreien, mit weißen Marken versehenen Hunde zugestellt und aufgetragen werden, nach demselben allmonatlich oder auch vielleicht nur vierteljährlich in den betreffenden Häusern bei Tage zu recherchiren, ob die Hunde auch wirklich an der Kette liegen. Werde dann gegen die nachlässigen Besitzer durch sofortige Bestrafung vorgegangen, ihnen außerdem auch noch das Recht zum Halten eines abgabefreien Hundes für alle Zukunft entzogen, so werde man damit mehr erzielen, als mit der Feststellung der Unentbehrlichkeit durch den Stadtschreiber.

Herr Reuter hält überall nicht für nöthig, für abgabefreie Hunde Marken auszugeben; diese Hunde seien dann besser, namentlich im Dunkeln, von den übrigen zu unterscheiden. Wenn dann ein Hund ohne Marke umherlaufend angetroffen werde, so müsse er ohne Weiteres weggefangen und todt geschlagen werden; wenn dann sein Hund lieb sei, der werde auch dafür Sorge tragen, daß er an der Kette liege. Die Ansicht des Herrn Stadtrath Ketemeyer, daß nur 50—60 Grundstücke im Stadtgebiete vorhanden seien, zu deren Bewachung Hunde unentbehrlich, sei unmöglich richtig; dazu sei die Außenstadt größtentheils zu weitläufig gebaut. Redner glaubt einen Ausweg darin zu erblicken, daß die Abgabe für die Luxushunde erhöht, aber auch für die Kettenhunde eine mäßige Abgabe erhoben werde. Eine Abgabe von 10 M. auch für die letzteren sei zu hoch gegriffen und er habe deshalb vorzugsweise in der Commission gegen die Vorlage gestimmt. Dann brauche man nicht mehr

über den Begriff »Unentbehrlichkeit« nachzugrübeln. Redner giebt anheim, den Commissionsantrag anzunehmen, oder die Magistratsvorlage nochmals an die Commission zurückzugeben.

Danach bringt Herr Nieß den genügend unterstützten Antrag ein: die Vorlage des Stadtmagistrats zur nochmaligen Verhandlung an die Commission zurückzuweisen, um die im Verlaufe der Debatte zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten nochmals gründlich gegen einander abzuwägen.

Herr Munte spricht sich gegen diesen Antrag aus. Aus der langen Debatte sei zur Genüge zu entnehmen, daß der eigentliche Zweck der Magistratsvorlage, das Publikum vor Belästigungen von frei umherlaufenden Hunden zu schützen, weit eher durch den Commissionsvorschlag als durch den Antrag des Stadtmagistrats erreicht werde. Er bitte daher den Commissionsantrag anzunehmen.

Auch Herr Semler ist der Ansicht, daß die Commission das Richtige getroffen habe. Er sehe nicht ein, wie ein Statut als unzutreffend bezeichnet und geändert werden solle, wenn dasselbe noch nicht vorschriftsmäßig angewandt sei. Dem Magistrate sei es gerade in die Hand gegeben, Beschränkungen einzuführen, um die Unentbehrlichkeit als Princip aufzustellen; das sei aber bisher nicht geschehen, man könne also nicht sagen, daß das Statut nichts taue. Wenn vom Magistrate die ihm aus dem jetzigen Statute erwachsenen Inconvenienzen betont seien, so müsse er darauf erwidern, daß jeder Richter, ja jeder Verwaltungsbeamte gar häufig in der übeln Lage sei, von Leuten, die kein Verständniß für den betreffenden Fall haben, Klagen über ungerechte Behandlung entgegenzunehmen. Das könne aber keine Veranlassung sein, das Statut zu ändern. Also erst Durchführung des Statuts, dann event. Aenderung. Durch eine strengere Handhabung desselben werde den Mißbräuchen — die auch doch wohl ein bißchen zu stark betont seien — schon entgegen gearbeitet werden. Er bitte, die Magistratsvorlage abzulehnen.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Der Vorschlag des Herrn du Roi klinge allerdings praktisch und verspreche auch Erfolg. Man müsse aber immer bedenken, daß die Herzogliche Polizeidirection eine staatliche Behörde sei, der der Magistrat nicht vorschreiben könne, wie sie es machen solle. Die Polizeidirection verfüge so schon über verhältnißmäßig wenig Beamte, sie werde sich also schwerlich darauf einlassen, eine Maßregel, wie sie von Herrn du Roi vorgeschlagen, auszuführen. Was den mehr beregten Mißbrauch anlange, so lasse sich der doch nicht beseitigen: es lasse sich nicht immer so leicht constatiren, wem ein frei umher laufender Hund zugehöre. Auch von dem Vorschlage des Herrn Reuter verspricht sich Redner nicht viel Erfolg.

Herr Oberbürgermeister Pockels hebt in einer persönlichen Bemerkung hervor, daß aus der Magistratsvorlage die Erklärung wohl nicht herausgefunden werden könne, wie Referent bemerkt habe, daß das Statut bisher zu lax oder nicht

richtig gehandhabt worden sei. Die Sache sei die, daß im Magistrate jetzt in Bezug auf Beurtheilung der Befreiungsgründe wegen angeblicher Unentbehrlichkeit des Hundes strengere Anforderungen gestellt würden, als dieß vor Jahren der Fall gewesen und das habe die Wirkung gehabt, daß die Zahl der abgabefreien Hunde sich in den beiden letzten Jahren um etwa 200 vermindert habe. Damit könne aber der Verwaltung aus früheren Jahren nicht der Vorwurf gemacht werden, es sei mit der Handhabung des Statuts in jener Zeit zu lax verfahren; das seien damals eben andere Anschauungen gewesen.

Nach einem kurzen Schlußworte des Herrn Referenten, in welchem derselbe constatirt, daß ein Theil der Commission sich wesentlich auf den Standpunkt des Herrn Semler gestellt habe,

wird zur Abstimmung geschritten, in welcher der reglementarische Antrag des Herrn Nieß abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen wird.

Namens des Stadtmagistrats zieht darauf Herr Stadtrath Ketemeyer den übrigen Inhalt der Vorlage zurück.

X. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission über ein Magistrats-schreiben vom 19. v. Mts., in welchem um Genehmigung des Ortsbauplans (welchen Referent circuliren läßt) bezüglich des auf der ehemaligen Glacis südlich der Helmstedterstraße projectirten Straßenzuges ersucht wird. Dem Magistrat erscheint es im Interesse einer rationellen Erweiterung der Stadt wünschenswerth, die Adolfsstraße in nördlicher Richtung durch die Glacisländerei bis zur Helmstedterstraße fortzusetzen, eine diese Straße von Osten nach Westen durchschneidende Straße, welche von der Leonhardstraße bis zur Promenade am Magnithore führt, und eine Straße, welche von der kleinen Bertramstraße im rechten Winkel auf die Adolfsstraße führt, anzulegen.

Die Statutencommission ist in ihrer Mehrheit bei ihrer Berathung über diesen Gegenstand zu der Ansicht gelangt, daß die letztere Verbindungsstraße zwischen der kleinen Bertramstraße und der Adolfsstraße wohl nicht absolut erforderlich sei; die Anlage dieser Straße werde nicht unbedeutende Kosten verursachen, zumal der Erwerb und Abbruch eines dort vorhandenen Gebäudes erforderlich sei. Die Commission sei ferner der Meinung, daß die fragliche Straße insoweit keinen rechten Zweck habe, als sie über die Adolfsstraße nach dem Innern der Stadt zu nicht verlängert werden solle. Außerdem sei hervorgehoben, daß den Anliegern der Adolfsstraße gar so sehr viel nicht daran liegen werde, eine unmittelbare Verbindung mit der kleinen Bertramstraße hergestellt zu bekommen. Die Commission empfehle also die Annahme des vorgelegten Ortsbauplans unter der Bedingung, daß die Herstellung der fragl. Verbindungsstraße zwischen der Adolfsstraße und der kleinen Bertramstraße unterbleibe.

Referent allein habe die Minorität in der Commission gebildet und sich für die Genehmigung des Magistratsantrages im vollen Umfange ausgesprochen und zwar aus dem Grunde, weil dort, wenn die gedachte Verbindungsstraße nicht durchgelegt würde, ein undurchbrochenes Häusercarré von rund 4 Hectaren, also etwa in einer Länge von der Reichenstraße bis zum Bäckerlente, gebildet werden würde, was aus gesundheitlichen wie feuerpolizeilichen Rücksichten nicht geduldet werden dürfe. In den Erweiterungsplänen von Berlin, Dresden, München und noch verschiedenen anderen Städten finde man die Häusercarrés nicht größer vorgesehen, als höchstens 3 Hectar. Braunschweig biete überall in Bezug auf den Verkehr wenig Vortheilhaftes dar. Früher sei die Anlage der Straßen zu sehr durch die aus der früheren Eigenschaft der Stadt, als einer befestigten, mit Wall und Graben umgebenen, hervorgegangenen thatsächlichen Verhältnisse beeinflusst worden. Daraus sei eine unzweckmäßige Gestaltung der neuen Ortsstraßen entsprungen. So bedeutend seien die Kosten der Herstellung der projectirten Straße auch nicht, denn das abzubrechende Gebäude sei alt und baufällig. Der Stadtbaurath Tappe habe schon in seinem ursprünglichen Stadterweiterungsplane diese Verbindungsstraße vorgesehen, der Stadtbaurath Winter habe sie auch wieder projectirt und Baugewerkverein wie Architektenverein habe sie gutgeheißen. Referent persönlich empfehle die Annahme der Magistratsvorlage ihrem ganzen Umfange nach, namens der Majorität der Commission müsse er jedoch die Ablehnung der Herstellung der gedachten Verbindungsstraße empfehlen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bitte um Annahme des Magistratsantrags und macht darauf aufmerksam, daß es sich ja vorläufig gar nicht um eine Kostenausgabe handle, sondern nur um Feststellung des Ortsbauplans. Der Magistrat wolle sich nur die möglichst billige Herstellung dieser Straße sichern, denn wenn späterhin, wo schon Alles bebaut sei, sich das Bedürfniß dazu herausstellen sollte, dann würde die Ausführung mit großen Schwierigkeiten und immensen Kosten verknüpft sein.

Herr Munte spricht sich für den Commissionsantrag aus, dabei betonend, daß an der Peripherie der Stadt, z. B. vom Monumentsplatze nach dem Innern der Stadt zu, von der Wallpromenade nach der Mauernstraße zu, noch weit größere Carrés vorhanden seien, als das jetzt an der Adolfsstraße vorhandene. Auch den Bewohnern des gedachten Theils der Wallpromenade würde es nicht angenehm sein, wenn nach dem Innern der Stadt zu diese Carrés durchbrochen würden, und zu besonderen Unzuträglichkeiten hätten dieselben bislang noch nicht geführt. Daß der Baugewerkverein und der Architektenverein diese Verbindungsstraße sanctionirt haben, könne Redner nicht abhalten, sich gegen deren Herstellung auszusprechen. Bei Eintragung einer Straßenlinie in einen Plan könne man oftmals diejenigen Schwierigkeiten nicht alle ermeßen, die erst bei der Verwirklichung des Projectes zum Vorschein kämen. Außerdem seien auch die Kosten ziemlich beträchtlich.

Herr von Seckendorff hält die Herstellung der gedachten Verbindungsstraße schon der bedeutenden Frequenz wegen von der kleinen Bertramstraße über die Adolfsstraße und die Fußgängerbrücke, aus welcher demnächst doch eine Hauptverkehrsbrücke werden werde, für dringend wünschenswerth.

Diese Ansicht kann Herr Schwarzenberg nicht theilen. Der Verkehr sei dort nicht so bedeutend und die projectirte Verbindungsstraße habe nach Ansicht der Commission nicht den geringsten Werth, denn in der That sei der Weg, die Bertramstraße nach Süden entlang und von da auf die Adolfsstraße nicht länger! Wenn der Herr Vorredner meine, es werde durch diese Straße eine nähere Verbindung mit der Stadt erreicht, so könne Redner auch das nicht finden. Dem Plane nach sei es näher, über die Campestraße und Wolfenbüttlerstraße bezw. über die Ottmerstraße und die an diese sich schließende Brücke zu gehen, als über die projectirte Querstraße und die Adolfsstraße. Die Hauptverbindung mit dem Innern der Stadt werde doch immer die Leonhardstraße und die Campestraße bilden. Wenn die Anlage auch jetzt nichts koste, so werde man sich der Ausgabe doch schließlich nicht entziehen können und die Stadt habe alle Ursache, ihre Ausgaben auf ein Minimum zu beschränken. Die Ausführung der Straße würde mindestens 8000 *M.* kosten. Redner bittet, den Commissionsantrag anzunehmen.

Herr Nieß kann den Grund des Herrn Vorredners, daß kein Verkehr auf jener Straße zu erwarten stehe, nicht billigen. Wenn der Verkehr auch augenblicklich nicht von Bedeutung sei, so könne doch Niemand behaupten, daß sich derselbe auch in Zukunft nicht entwickeln werde. Verkehrsverschiebungen fänden häufig statt, und Redner würde bei Feststellung eines Ortsbauplanes immer demjenigen Plane unbedingt den Vorzug geben, der die größte Verkehrs erleichterung in Aussicht stelle. Auf den Sparsamkeitsstandpunkt brauche man sich auch nicht zu stellen, da überall noch kein Geld bewilligt werden solle. Herrn Munte gegenüber könne er indeß nicht unbemerkt lassen, daß ein gewissenhafter Architect sich stets die seinem Projecte in der Ausführung entgegenstehenden Schwierigkeiten nach Möglichkeit zu vergegenwärtigen wissen werde.

Herr Heymann: Wenn der Ortsbauplan einmal festgestellt sei, so müssen nach §. 11 des Landes-Baugesetzes von 1876 auch die darin vorgesehenen Straßen unter gewissen Voraussetzungen ausgeführt werden. Außerdem wolle er darauf aufmerksam machen, daß mit der Feststellung des Ortsbauplanes den Eigenthümern der betreffenden Grundstücke hinsichtlich des Rechts, ihre Grundstücke zu bebauen, sehr wesentliche Beschränkungen erwachsen, ohne daß sie dafür Entschädigung erhalten und es sei Pflicht der Behörden, sich in dieser Beziehung vorzusehen und nicht ohne zwingenden Grund die Benachtheiligung von Privatpersonen zu veranlassen. Die Commission sei aber in der Majorität der Ansicht gewesen, daß im vorliegenden Falle ein dringendes Bedürfniß nicht vorliege und die entstehenden Kosten im Verhältniß zu

dem Verkehr unverhältnißmäßig hoch seien. Allerdings brauche man augenblicklich nichts zu verausgaben, das komme aber früh oder später und eine Zurückerstattung seitens der sich dort Unbauenden sei sehr weitläufiger, ja zweifelhafter Natur. Diese Frage würde indeß zu weit führen; sie sei noch nicht spruchreif und hänge von dem demnächstigen Baustatute ab. Ein weiterer Ablehnungsgrund der Commission sei auch noch der, daß der Magistrat sich über die Kosten nicht geäußert habe.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt dem gegenüber, daß bei Aufstellung eines Ortsbauplans von gewissen Grundsätzen ausgegangen werden müsse; dazu gehöre auch, daß bei neuen Straßenanlagen zu große Häusercarrés zu vermeiden seien, wie auch vom Herrn Referenten bereits betont worden. Was die Kosten anlange, so handle es sich nur um Auslagen, die demnächst ersetzt würden. Den Eigenthümern erwüchsen allerdings gewisse Beschränkungen in den Dispositionen über ihre Grundstücke; sie seien aber nicht derart, daß sie nicht im Interesse des Gemeinwohls, wozu die Feststellung eines Ortsbauplans gehöre, getragen werden könnten. Das Gesetz ermächtige aber zur Feststellung eines Bauplans. Daß der Magistrat in seiner Vorlage keine Kosten angegeben habe, könne nicht befremden, denn es handle sich ja gar nicht um Ausführung einer Straße, sondern nur um Feststellung eines Ortsbauplans, der vielleicht in 10 oder 15 Jahren erst zur Ausführung komme.

Herr Winter: Schon seit Jahren vermisse man einen allgemeinen Ortsbauplan; daß der nicht vorhanden, habe schon zu mancherlei Mißständen geführt. Es sei wünschenswerth, daß in dieser Beziehung etwas geschehe und zwar mehr als bisher. Wenn hier nun wieder die Feststellung eines Theils des Ortsbauplans vorweggegriffen werde, so sei das eben erforderlich, weil die Adolfsstraße schon bis zur projectirten Straße bebaut sei und man daher eventuellen ferneren Bauten ihre Stellung vorzuschreiben habe. Der Ortsbauplan führe viele solcher Fälle vor und er bitte deshalb auch in diesem Falle die Genehmigung nicht zu versagen.

Herr Rieke stimmt dem Magistratsantrage zu, dabei bemerkend, daß die Anlage der projectirten Straße auch die Verbreiterung der kleinen Bertramstraße zur Folge haben würde, was bei dem dort ziemlich regen Verkehr wohl zu wünschen sei.

Herr Kybik: Die Frage, ob eine Verbindungsstraße zwischen der kleinen Bertramstraße und der Adolfsstraße demnächst erforderlich oder nicht, sei überwiegend technischer Natur. Seines Erachtens könne man aber auch in diesem Falle den Technikern des Stadtmagistrats, die diese Straße für nöthig hielten, volles Vertrauen schenken. Sollten dennoch irgend welche Bedenken obwalten, so könne man höchstens insofern ein Mehres thun, als man die Frage einer anderen technischen Stelle, vielleicht der Herzoglichen Baudirection, zur obergutachtlichen Aeußerung unterbreite. Dieser Weg werde sich aber sicher auch nicht empfehlen, da die Sache als genügend von sachverständiger Seite beurtheilt, wohl angesehen werden könne.

Herr Hasenbalg erklärt als Mitglied des Stadtbauamts, daß die vorliegende Frage dort gründlich geprüft und man einstimmig zu der Erkenntniß gekommen sei, daß die vom Magistrate vorgeschlagene Straße nicht bloß wünschenswerth, sondern sogar für die Zukunft absolut nothwendig sei. Herrn Heymann müsse er inbeß bemerkt machen, daß den Besitzern von Grundstücken bei Anlegung neuer diese Grundstücke durchschneidenden Straßen nicht nur Beschränkungen auferlegt würden, es erwüchse denselben auch der Vortheil, daß ihre Grundstücke eine größere Frontlänge bekämen und danach wieder besser zu verwerthen ständen.

Nach Schluß der Debatte erbittet sich der Herr Referent als solcher nochmals das Wort und motivirt wiederum die von ihm in der Commission vertretene Ansicht, indem er im Uebrigen zum Schlusse auch den Majoritätsantrag nochmals erwähnt.

Herr Heymann, zur Geschäftsordnung das Wort nehmend, bemerkt, daß der Herr Referent als solcher (wozu ihm das Wort ertheilt worden) nicht gesprochen habe.

Der Herr Vorsitzende erkennt die Ausstellung an sich als begründet an, bemerkt jedoch, daß er den Referenten nicht unterbrochen habe, weil, soviel ihm bekannt, nach Schluß der Debatte bisher auch beim Vorhandensein einer Minorität in der Commission dem Vertreter derselben das Wort gestattet sei.

Hiernach wird die Proposition des Stadtmagistrats, wie vorgelegt, angenommen.

XI. wird auf Empfehlung des Referenten der Finanzcommission, Herrn von Seckendorff, einem Magistratschreiben vom 29. v. Mts. gemäß beschlossen: 'zur Vervielfältigung der von Holwede'schen Karten vom äußerem Stadtgebiete 2000 M. aus dem Dispositionsquantum des Etats pro 1881 zu verwilligen;

ingleichen

XII. nach einem Referate des Herrn Schwarzenberg für die Schulcommission auf ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 17. d. Mts. nachstehende Proposition: die Anlage eines Tiefbrunnens für die Schule am Prinzenwege und zweier Filter für die Schule an der Pflegehausstraße, zu genehmigen, sich auch damit einverstanden zu erklären, daß die aus diesen beiden Anlagen erwachsenden Kosten (650 bis 700 M. und 630 M.) im Höchstbetrage von bis zu 1330 M., insoweit dieselben nicht durch eine schon im diesjährigen Etat ausgeworfene Dispositionssumme von 650 M. Deckung finden, auf die Ueberschüsse der Schulcasse event. auf den Dispositionsfonds der Stadtcasse angewiesen werden.

XIII. liegen zwei Schreiben des Stadtmagistrats vom 29. vor. und 24. d. Mts., betreffend die Pflasterung und Canalisirung der Verbindungsstraße vom Kattreppein an der Ostseite des Reichsbankgebäudes vorüber bis zum neuen Postgebäude, vor, über welche namens der Statutencommission Herr Lüderßen referirt. — In

der Sitzung vom 3. Februar d. J. hat die Versammlung ihre Zustimmung dazu ertheilt, daß die gedachte Straße seitens der Stadt als öffentliche Straße übernommen werde, auch zur Instandsetzung derselben, welche einen Kostenaufwand von ansehnlichem 4550 *M.* erforderte, diejenigen Geldmittel zu bewilligen beschloßen, welche der Stadt nach Maßgabe der bestehenden statistischen Bestimmungen zu bestreiten obliegen. Ein hiernach vom Stadtmagistrate bei Herzoglichem Staatsministerium gestellter Antrag auf Uebernahme der gedachten Kosten auf den allgemeinen Pflasterfonds, welcher sich zu  $\frac{5}{6}$  aus Staatsmitteln, zu  $\frac{1}{6}$  aus städtischen Mitteln zusammensetzt, ist indeß unter Berufung auf ein Gutachten der Herzoglichen Baudirection, in welchem darauf hingewiesen wird, daß es nicht wünschenswerth sei, den allgemeinen Pflasterfonds zu sehr zu belasten, auch die in neuester Zeit angelegten Straßen, wie die Friedrich-Wilhelmstraße und die Münzstraße nicht von diesem Fonds herzustellen seien, abgelehnt worden. Dagegen hat Herzogliches Staatsministerium für den Fall, daß die Pflasterung und Canalisirung der fraglichen Straße nach einem von Herzoglicher Baudirection aufgestellten Projecte ausgeführt würde, eine Beihilfe von 2000 *M.* in Aussicht gestellt. Der Magistrat hatte beabsichtigt, nur die eine und zwar die Westseite der Straße mit Trottoirs versehen, den übrigen Theil dagegen als Fahrbahn mit offenen Gassen pflastern zu lassen, wogegen die Herzogliche Baudirection die Anlage von Trottoirs mit Bordquadern auf beiden Seiten der Straße, sowie die Herstellung eines unterirdischen Canals für erforderlich hält, was insgesammt 4279 *M.* kosten würde. Der Stadtmagistrat giebt anheim, die Ausführung des Projectes der Herzoglichen Baudirection zu genehmigen, auch die dazu nach Abzug des staatsseitigen Zuschusses annoch erforderlichen Kosten von 2279 *M.* zu bewilligen; ferner, den vorgelegten auf die fragliche Straßenanlage und eine Verbreiterung des Rattreppeln bezüglichen partiellen Ortsbauplan zu genehmigen.

Referent bemerkt dazu: Da die Kosten einmal nicht auf den allgemeinen Pflasterfonds genommen werden könnten, so müsse man es dankbar anerkennen, daß die Herzogliche Landesregierung aus anderen Mitteln eine Beihilfe zu leisten bereit sei. Nur habe die Commission die an diese Beihilfe geknüpfte Bedingung für bedenklich erachtet, welche dahin gehe, daß das ursprüngliche Project, nicht zur Ausführung gelangen solle. Durch Herrichtung eines reichlich breiten Trottoir von 1,14 m nur an einer Seite dieser engen Straße werde doch eine größere Sicherheit für den Verkehr geboten, als wenn, wie Herzogliche Baudirection vorschlage, an jeder Seite ein verhältnißmäßig schmales Trottoir von 0,75 m gelegt werde. Die in der Mitte bleibende Fahrbahn sei so schmal, daß Seitentheile der passirenden Postwagen in den Trottoirraum eingreifen würden. Die Trottoirs aber seien wiederum so schmal, daß die darauf verkehrenden Personen von jenen Wagentheilen erfaßt werden könnten. Zum Schutze der Gebäude, den man im Auge habe, werde es genügen, wenn man es bei dem einseitigen etwas breiteren Trottoir am Eingange vom Rattreppeln



bewenden lasse und auf der anderen Seite längs des Gebäudes an den schmalsten Stellen nur schützende Bordquader anbringe. Dazu liege um somehr Veranlassung vor, als das Eckhaus demnächst neugebaut und nach dem heute zu genehmigenden Ortsbauplan die nach dem Eingange der neuen Straße zu gelegene Baulinie zurück gerückt werde. Man gewinne dann Raum zur Anlage eines angemessenen Trottoirs auch auf der zweiten Seite.

Die Commission beantrage, indem sie noch darauf hinweise, daß die beantragte Feststellung von Baulinien in und am Rattreppeln wohl genügend durch den Situationssplan empfohlen werde,

- 1) die angeforderten 2279 *M.* zu bewilligen,
- 2) den Stadtmagistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß das erste Project (einseitiges Trottoir) insoweit zur Ausführung komme, daß im Eingange der neuen Straße vom Rattreppeln her das einseitige Trottoir beibehalten und auf der anderen Seite zum Schutze des Hauses etwa nur Bordquader, welche in der Fortsetzung auf den breiteren Stellen der Straße sich zu einem Trottoir entwickeln könnten, angebracht werden,
- 3) den vorgelegten, bezüglichlichen partiellen Ortsbauplan zu genehmigen.

Eine Anfrage des Herrn Willke, ob denn die Postdirection nicht verpflichtet sei, den Durchgang, welcher seiner Zeit als Zugang zum vormaligen medicinischen Garten benutzt wurde, zu jeder Tageszeit dem Verkehre offenzuhalten — seines Wissens eine alte Servitut der Stadt —

läßt sich aus den der Versammlung augenblicklich vorliegenden Acten nicht definitiv beantworten.

Der Herr Vorsitzende macht nur darauf aufmerksam, daß die Frage wegen des Schlusses des Zu- bzw. Durchganges zum bzw. durch das neue Postgebäude nach seiner Erinnerung in dem zwischen dem Reichsfiscus und dem Verkäufer des Grundstücks abgeschlossenen Vertrage geregelt und daß, was darüber bestimmt, auch von der Stadt genehmigt worden. Ein Recht auf den Durchgang durch das ganze Grundstück des vormaligen medicinischen Gartens habe übrigens auch, so viel ihm bekannt, wohl nicht bestanden.

Die Commissionsanträge werden darauf angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung »Maßregeln zur Ueberwachung der Prostitution« worüber ein Statut und ein die Ausführung desselben betreffendes Reglement ausgearbeitet ist, wird wegen nicht genügender Vorbereitung der Statutencommission unter Zustimmung der Versammlung für heute abgesetzt.

Sodann wünscht Herr Rieke noch einmal das Wort zu nehmen zu einer Mittheilung an den Stadtmagistrat.

Der Herr Vorsitzende nimmt Bezug auf das in solchen Fällen übliche Verfahren, (Einbringung der Mittheilung oder Frage bei dem Vorsitzenden, Anfrage an den Stadtmagistrat, ob er zur Entgegennahme der Mittheilung bezw. zur Antwort bereit,) weist darauf hin, daß an sich nicht der einzelne Stadtverordnete, sondern nur die Gesamtheit der Stadtverordneten zum Stadtmagistrat sprechen könne, und erklärt, daß er das gewünschte Wort um so weniger ertheilen könne, als er in einem erst kürzlich vorgekommen Falle auf die eben dargelegten Grundsätze sich gestützt habe. Er gebe anheim, die Mittheilung nach der Sitzung dem Herrn Vorsitzenden des Stadtmagistrats zu machen. Sachlich werde damit gewiß das, was Herr Kiele wünsche, im vollen Maß erreicht. Sonst müsse in nächster Sitzung der zuerst von ihm bezeichnete übliche Wege einschlagen werden.

Nach Genehmigung der Protokolle Nris. 7 und 8

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

Es folgt noch eine kurze vertrauliche Sitzung zur Erledigung von Steuerreklamationen.

---



**1881.**(Fortsetzung der Beilage zu **N 214** de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)**. N 10.****Verhandlungen**

der

**Stadtverordneten zu Braunschweig.**

Sitzung am 8. September 1881.

**Sitzung der Stadtverordneten:****Öffentlich:**

Vorlage des Stadtmagistrats betreffend die Abkürzung der hiesigen Messen.

Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

**Vertraulich:**

Steuerreklamationen.

Entschuldigt die Herren Ramdohr, Steinau und Nieß. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Bammel, Haake, Schöttler und Ketemeyer.

**Nach Eröffnung der Sitzung**

durch den Vorsitzenden, Herrn Otto

wird Herrn Reuter das Wort ertheilt, welcher über eine Magistratsvorlage vom 27. Juni c., betreffend die Abkürzung der hiesigen Messen, namens der vereinigten Statuten- und Finanzcommission zu berichten hat. — Die Handelskammer hieselbst hat unterm 18. Juni c. an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, bei Herzoglichem Staatsministerium eine Abkürzung der Messen in der Weise zu beantragen, daß die Engroßmessen an den sogenannten Ledermontagen, der Krammarkt an den denselben vorhergehenden Sonntagen ihren Anfang nehmen und mit dem Montage der folgenden Woche ihren Abschluß finden, so daß deren Zeitdauer 9 Tage beträgt; jedoch mit dem Zugeständnisse für die Lederhändler, zwei Tage vorher ihre Geschäfte zu beginnen. Die Herzogliche Polizei-Direction ist diesem Vorschlage in einer gutachtlichen Aeußerung beigetreten. Der Stadtmagistrat, die Triftigkeit der Gründe anerkennend, ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich gleichfalls gutachtlich in dieser Angelegenheit zu äußern.

Referent verliest zunächst die beiden Schreiben des Stadtmagistrats und der Handelskammer. Letztere äußert sich etwa folgendermaßen: Nachdem in der Einwohnererschaft der Stadt der Wunsch nach Abkürzung der Messen in letzterer Zeit

immer lebhafter hervorgetreten sei, habe die Handelskammer diese Frage nochmals eingehend geprüft und in den beteiligten Kreisen Erhebungen veranstaltet.

»Der Erfolg zeigt nun« — heißt es in dem Schreiben — »daß fast ohne jegliche Ausnahme die Abkürzung der Messen nicht nur als wünschenswerth, sondern als nothwendig hingestellt wird, ja man hört vielfach die Meinung, daß die Nachtheile, welche einem großen Theile der Gewerbetreibenden der Stadt unfraglich durch die theilweise nicht sehr anständige Concurrenz der Meßverkäufer erwachsen, so hoch anzuschlagen seien, daß man die gänzliche Aufhebung der Messen befürworten möchte.

Wenn überhaupt die Messen an und für sich durch die jetzigen ausgedehnten Verkehrsmittel, durch die selbst an den kleinsten Orten durch Geschäftsreisende täglich gemachten Angebote ihre Bedeutung fast gänzlich verloren haben und vorzugsweise nur noch benutzt werden als Ablagerungsstätte für fehlerhafte, unmodische oder aus irgend welchem Grunde übrig gebliebene Waaren, oder als Gelegenheit für Schwindler und heruntergekommene Leute, um sich rasch und unter allen Umständen eines Waarenlagers zu entledigen, so ist dieses mit den Braunschweiger Messen in erhöhtem Maaße der Fall, da die Zeit, in welcher dieselben abgehalten werden, den Einkäufen für Saison-Artikel, im Februar für das Frühjahr, im August für den Herbst, durchaus ungünstig ist, und da wegen der Lage der übrigen Messen eine Aenderung nicht zu erreichen steht, ist keine Hoffnung vorhanden, die Messen je wieder mehr zu beleben.

So ist denn auch im Großhandel nur das Tuch- und Leder-Geschäft noch von einiger Bedeutung, obgleich auch in diesen Artikeln der Umsatz auf ein Geringes zurückgegangen ist; das Geschäft in allen übrigen Artikeln ist kaum nennenswerth und wir müssen es mit tiefem Bedauern aussprechen, daß unsere einst so bedeutende Messe fast nur zum Jahrmarkt herabgesunken ist.

Während in der Glanzperiode der Messen die Güterzufuhr nahezu 100,000 Ctnr. betragen hat, ist dieselbe nach Aussage der hiesigen Spediteure auf ca. 5000 Ctnr. zurückgegangen.

Zu diesem unbedeutenden Verkehr steht nun die Dauer der Messen in argem Mißverhältniß und bieten dieselben denn auch, bis auf die wenigen Tage, wo die Landleute der Umgegend in großen Zügen die Stadt beleben und etwa noch die Schlusstage, ein Bild der Verödung und Leblosigkeit «

Die Eisenbahnen führten erwiesenermaßen nur an den betreffenden Sonntagen und Montagen der Stadt Fremde in hervorragendem Maaße zu. Die Handelskammer glaubt nun, daß darauf Bedacht genommen werden müsse, die mit den Messen für sämtliche Bewohner der Stadt verbundenen Belästigungen und Unannehmlichkeiten, ohne die Vortheile wesentlich zu schädigen, auf das geringste Maaß zurückzuführen. Bei Abkürzung der Messen komme es hauptsächlich darauf an, denselben die verkehrreichen Tage, den Leder- und Meßmontag sowie die betreffenden Sonntage zu erhalten. Unzweifelhaft scheine es nun, daß durch eine Verschiebung

der sogenannten Engroswoche um acht Tage, so daß deren Beginn mit dem Ledermontage zusammenfalle, dem Großhandel ein Nachtheil nicht erwachse; durch die Vereinigung des Verkehrs in der Lederbranche mit dem in den übrigen Artikeln würde sich im Gegentheil ein regeres Leben entwickeln, welches auf die Stimmung der Käufer nur von wohlthätigem Einfluß sein könne.

»Es ist hierbei« — heißt es ferner — »nicht unberücksichtigt geblieben, daß zwischen den hiesigen Messen und denen zu Frankfurt a. D. immer noch ein genügender Zwischenraum bleibt, um es möglich zu machen, die etwa hier nicht verkauften Waaren nach jenem Orte rechtzeitig senden zu können, worauf besonders die die Messen besuchenden Tuchfabrikanten Werth legen. Den Interessen der Lederhändler müßte allerdings insofern Rechnung getragen werden, daß man denselben gestattet, das en gros Geschäft schon in den letzten Tagen der vorhergehenden Woche (vom Freitag ab) abzuwickeln. Es läßt sich dieses nicht umgehen, da auch bisher dieses Geschäft schon vor dem Ledermontage erledigt ward, und zwar wird von Vielen an diesen Tagen erst das Leder von den Großhändlern gekauft, welches am Montage im Detailverkehr verkauft werden soll. Da aber der städtische Verkehr hierdurch kaum belästigt wird, liegt kein Bedenken vor, diesem Geschäftszweige diese Bevorzugung zu gewähren.

Wenn nun der Beginn des Krammarktes auf den Sonntag vor dem Ledermontage festgesetzt wird, so ist die Handelskammer der Ansicht, daß allen berechtigten Interessen in vollem Maße Rechnung getragen ist, und glaubt eine fernere Verkürzung um drei Tage am Schlusse der Messe in Vorschlag bringen zu dürfen, so daß dieselbe am Montag Abend ihr Ende erreichen würde.

Die Handelskammer glaubt behaupten zu dürfen, daß selbst der größere Theil der fremden Verkäufer diese Abkürzung mit Freuden begrüßen würde, da sie wahrscheinlich das nämliche Geschäft in der abgekürzten Zeit, also mit verhältnißmäßig geringeren Kosten erzielen werden.«

Schließlich ersucht die Handelskammer noch in Erwägung zu nehmen, ob es nicht möglich sei, die Poststraße gänzlich von den den Verkehr so sehr beengenden Meßbuden zu entlasten, und deren Errichtung lediglich auf den Kohl- und Altstadtmarkt zu beschränken.

Der Herr Referent theilt sodann auf Grund der Acten über den historischen Verlauf der in Rede stehenden Angelegenheit etwa Folgendes mit: In den Jahren 1843—47 haben über die Abkürzung der Messen und Verlegung derselben auf andere Termine umfassende Verhandlungen stattgefunden, wobei alle einschlägigen Behörden, hiesige Kaufleute und viele die Messe besuchende Fremde gehört sind. Der dabei zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten wegen hat indeß das Herzogliche Staatsministerium jedwede Aenderung der Dauer der Messen, welche damals 23 Tage betrug, bis auf Weiteres abgelehnt. Aber schon im September 1848 hat das Ministerium selbst aus Anlaß eines Berichtes des Hauptsteueramts eine gutachtliche Aeuße-

runge des Stadtmagistrats über die Abkürzung der Messen auf 14 Tage eingefordert. Dieser hat sich nach Anhörung der Stadtverordneten und des Vorstandes des damaligen Kaufmannsvereins für eine Abkürzung von 8 Tagen, also auf 15 Tage, vom Mittwoch bis zum Donnerstage der dritten Woche, ausgesprochen. Diese Verhandlungen sind ohne weitere Schwierigkeiten zur Durchführung gekommen und es ist eine entsprechende Verfügung erlassen. Darauf haben wieder Verhandlungen wegen anderweiter Bestimmung des Messzahltages stattgefunden, der in Folge der Aenderung der Dauer der Messen gleichfalls geändert werden mußte. An Gesuchen von die Messe besuchenden Fremden um Wiederherstellung der früheren Dauer hat es allerdings nicht gefehlt; dieselben sind jedoch nicht berücksichtigt worden. Im Jahre 1870 hat das Herzogliche Staatsministerium eine gutachtliche Aeußerung des Magistrats darüber verlangt, ob es nicht zweckmäßig sei, den Anfang der Messen auf den Montag zu verlegen, dieselben also wieder um einige Tage zu verlängern. Magistrat und Handelskammer haben sich zustimmend ausgesprochen, worauf die Messen wieder auf 18 Tage verlängert wurden, die sie heute noch haben. — Im Mai 1876 hat der Bürgerverein ein Gesuch an den Magistrat gerichtet, in welchem der Wunsch nach Abkürzung der Messen auf 12 bis 14 Tage ausgesprochen wird. Hinsichtlich des dabei erwähnten langsamen Auf- und Abschlagens der Buden ist seiner Zeit Abhilfe geschaffen; diese Arbeit geht seitdem schneller von Statten. Dem Gesuche um Abkürzung ist jedoch, nachdem sich die Handelskammer, die Herzogliche Polizeidirection und die Herzogliche Zoll- und Steuer-Direction dagegen erklärt haben, nicht entsprochen.

Die jetzigen Vorschläge der Handelskammer — führt Referent weiter aus — haben nach sorgfältiger Prüfung, was die Abkürzung im Allgemeinen anlangt, die ungetheilte Zustimmung der Commissionen gefunden. Ueber das Maß der Abkürzung sind die Ansichten verschieden. Die Majorität der vereinigten Commission ist für die speciellen Vorschläge der Handelskammer, mit der Modification jedoch, daß das Ende der Messen nicht auf den Messmontag, den bedeutendsten Verkehrstag, sondern auf den darauf folgenden Dinstag verlegt werde. Die Minorität, deren Ansicht er, Referent, in diesem Punkte zu vertreten habe, während ein anderer Referent für die Majorität eintreten werde, halte für zweckmäßig, daß man die beiden Tage, die man der Lederbranche vorher einräumen wolle, sämtlichen Geschäften freigeben, die Messen also überhaupt an einem Tage beginnen lassen möchte; dieselben würden dann vom Freitage bis zum Dinstage der dritten Woche, also 12 Tage dauern. Sollte diese Abkürzung sich nicht als genügend herausstellen, so könnte man ja später immer noch vorgehen. Eine Abkürzung von 18 auf 9 Tage sei nicht wohl zu empfehlen; die Interessen der städtischen Bewohner ständen sich in dieser Frage, wie bisher alle bezüglich der Verhandlungen erwiesen, theilweise schroff gegeneinander über, und es würde bei Einführung einer so bedeutenden Abkürzung an Gesuchen nach der einen oder anderen Richtung sicher nicht fehlen. — Die erforderliche Be-

kanntmachung erfolge wohl am besten während einer Messe; wenn also diese Kenderung mit dem Jahre 1883 Platz greifen sollte, in der Winter- und Sommermesse 1882, damit den Betheiligten Zeit und Gelegenheit zu anderweiten Einrichtungen, vielleicht Modificirung bestehender oder Abschließung neuer Verträge wegen Ermie-  
thung von Buden, Gewölben u. gelassen werde.

Herr Wolff führt als Referent der Majorität der Commission aus, daß das Gutachten der Handelskammer im Wesentlichen die Stimmung der Bevölkerung wiedergäbe und als eingehende, verständnißvolle Ausarbeitung die volle Sympathie der Majorität gefunden habe. Den Schluß der Messen auf den Dinstag zu verlegen, wie die Commission vorschlage, sei allerdings empfehlenswerth, um den Verkäufern nach dem lebhaftesten Verkehrstage, dem Meßmontage, noch eine kurze Zeit zum ruhigen Abwickeln ihrer Geschäfte, namentlich auch zum Einpacken zu lassen. Ohne Frage sei die Messe für Braunschweig eine große Last, eine bedeutende Beschränkung des allgemeinen Verkehrs; das werde derjenige am besten beurtheilen können, der in der Nähe der Messe wohne, der dieselbe täglich zu passiren genöthigt sei oder den dortigen Fuhrwerksverkehr einmal näher beobachtet habe. Ganz natürlich sei daher der allgemeine Wunsch nach Abkürzung. Mit Freuden würde man all diese Belästigungen ertragen, wenn man dort, wie in früheren Jahren, blühende, der Stadt zum Vortheil reichende Geschäfte sich abwickeln sähe. Das sei aber leider nicht der Fall. Nur zu wahr sei die Behauptung der Handelskammer, daß die Messe während der größten Zeit ein Bild der Verödung biete. Verschiedene Privatinteressen, wie die der Hausbesitzer, Vermiether und Meßhelfer würden ja allerdings durch die Abkürzung vielleicht in Etwas geschädigt, die Interessen, welche die Allgemeinheit insof an der Abkürzung habe, seien bei Weitem überwiegend, zumal die Zeit, welche dem Einzelnen Vortheile von Bedeutung bringe, sich doch meist nur auf die paar Tage des Großhandels beschränke. Bei der vorgeschlagenen abgekürzten Dauer würden sich genau die nämlichen Geschäfte abwickeln lassen, wie bei der jetzigen. Die fortschreitende Zunahme der Geschäftslosigkeit auf den Messen sei ein ganz natürlicher Proceß: die vielen Geschäftsreisenden, die Erleichterung aller Verbindungen drängen das Bedürfniß nach Meßgeschäften immermehr in den Hintergrund, indem dadurch die fremden Einkäufer der Mühe überhoben werden, die Messen zur Besichtigung von Musterlagern u. selber aufzusuchen. Auch die Leipziger Messe sei nicht halb mehr das, was sie früher gewesen. Dieser natürliche Proceß komme dem Antrage der Handelskammer wie dem der Majorität der Commission zu Hülfe: mit Ruhe könne man den Folgen einer Abkürzung auf 10 Tage entgegensehen. Mit der Ledermesse verhalte sich die Sache etwas anders; diese bedürfe einiger Vortage, weil sie sich wesentlich nach der Lage des Hannoverschen Ledermarktes richten müsse, an welchen sich unsere bisherige Ledermesse genau anschließe. Mit dem Eintreffen des Leders von Hannover beginne auch hier das Geschäft schon und im besonderen Interesse der Verkäufer liege es, ihre Geschäfte schleunigst abzuwickeln. Außerdem müßten die Lederwaaren zu dem eigent-



lichen Verkaufstage, dem Montage, assortirt sein, was auch Zeit erfordere. Die Ledermesse verursache aber keine Verkehrshörungen, da sie sich nicht in den Buden, sondern innerhalb der Häuser vollziehe. Daß die Majorität sich für den Vorschlag der Handelskammer, den Großhandel erst auf den Ledermontage beginnen zu lassen, ausgesprochen, habe auch noch in Folgendem seinen Grund: Ein großer Theil der Käufer wie Verkäufer bestehe aus Juden; diese würden, da am Freitag Abend der Sabbath beginne, doch nicht vor dem Sonntage hier zu erwarten sein; der Sonntag werde, wie die Erfahrung gelehrt habe, zum Reisen benützt und am Montage mit den Geschäften begonnen. Es sei daher wünschenswerth, daß der Sonntag als allgemeiner Messenfang festgehalten werde. lege man den Beginn auch des Großhandels schon auf den Freitag, so würde derselbe geschädigt werden und schließlich ganz aufhören. Da besonderer Werth darauf zu legen sei, daß die Abkürzung schon mit nächster Sommermesse ins Leben trete, so empfehle es sich, bereits in der bevorstehenden Wintermesse eine bezügliche Verordnung zu veröffentlichen. Es sei übrigens bezüglich des letzten Punktes, (des Beginnes der neuen Einrichtung,) ein bestimmter Beschluß in den Commissionen nicht gefaßt.

Herr Winter: Daß die Abkürzung der Messen im allgemeinen Interesse liege, werde wohl Niemand bestreiten; die Herren Referenten hätten solches auch schon zur Genüge nachgewiesen. Vertraut mit den hiesigen Messverhältnissen, habe er auch seiner Zeit die Petition des Bürgervereins an den Stadtmagistrat verfaßt. Nach eingehend vorgenommenen Erkundigungen könne er denn auch bestätigen, daß die Hausbesitzer in der Messgegend mit sehr wenig Ausnahmen mit einer Abkürzung durchaus nicht unzufrieden sein würden. In früheren Jahren hätten sich in den Häusern, vor welchen die Buden aufgestellt wurden, meist geschlossene Gewölbe befunden, jetzt hätten die betreffenden Hausbesitzer fast alle selber offene Ladengeschäfte; diese würden aber den Augen der Einkäufer durch die davor gestellten Buden entzogen, wodurch ihnen bedeutender Abbruch geschehe. Die Vortheile durch die aufkommenden Miethen ständen heutzutage mit den Nachtheilen im eigenen Geschäfte in keinem richtigen Verhältnisse. Im Wesentlichen trete er den Ansichten der Minorität der Commission bei. Da jedoch außer den Lederwaaren auch noch andere, mit diesen im Zusammenhange stehende Artikel innerhalb der Häuser verkauft würden, die also auch den allgemeinen Verkehr nicht belästigten, so stelle er den die beiden Commissionsanträge vermittelnden Antrag, sich dafür auszusprechen, daß die Messe für die in den Gewölben, Niederlagen u. d. Häuser sich abwickelnden Geschäfte schon am Freitag, der allgemeine Messverkehr dagegen erst am Sonntag ins Leben trete. Uebrigens müsse er Herrn Reuter berichtigen, daß die Messen von 1848 bis 1870 nicht nur 15 Tage, sondern immer 18 Tage gedauert hätten.

Herr Sievers, welcher Mitglied der Commission der Handelskammer gewesen ist, die diese Angelegenheit berathen hat, bemerkt, daß man sich in den betreffenden Kreisen nach allen einschlägigen Verhältnissen genau erkundigt habe, die Versammlung

also die Vorschläge der Handelskammer, allenfalls mit der Modification der Commission bezüglich des Schlusses, ohne Bedenken acceptiren könne. Auch die Ledermesse sei, wie Referent schon angedeutet habe, von Jahr zu Jahr zurückgegangen; auf den hiesigen Ledermarkt komme jetzt meist nur noch Waare, die auf dem Hannoversche Märkte übrig geblieben sei. Seines Wissens komme überall kein Lohgerber mehr hierher; nur Händler treffe man an. Die der Lederbranche einzuräumenden Vortage auch noch auf andere Artikel zu erstrecken, wie Herr Winter beantrage, halte er indeß für zu weit führend und auch für zwecklos. Im Uebrigen schließt sich Redner den Ausführungen des Herrn Referenten Wolff an.

Herr Kloss erklärt sich für eine unbedingte Abkürzung der Messen. Wie der Herr Vorredner bereits bemerkt habe, lasse sich in der heutigen Messe kaum noch ein Lederfabrikant blicken. Wer Leder gebrauche, kaufe jetzt auf der Messe das wenigste, der bestelle zu jeder beliebigen Zeit seinen Bedarf beim Fabrikanten und könne immer auf rechtzeitige Lieferung rechnen. Die jetzige Ledermesse sei meist nur noch für Schuhmacher vom Lande oder für kleinere Meister von Bedeutung. Im Interesse dieser sei es aber wünschenswerth, darauf Bedacht zu nehmen, daß der Ledermontag nicht in so unmittelbare Nähe des 1. im Monate falle, weil zu dieser Zeit der größte Theil der Zahlungen noch nicht eingegangen und dann bei den Meisten noch zu wenig Mittel zum Einkaufen vorhanden seien. Fülle also beispielsweise der 1. auf den Sonntag, so empfehle es sich, nicht auf den 2. sondern erst auf den 9. des Monats den sog. Schustermontag zu legen.

Herr Zellgmann, zur Minorität der Commission gehörend, stimmt vollständig den vom Herrn Referenten Reuter entwickelten Anschauungen zu und giebt anheim, die Auslassungen des Herrn Correferenten Wolff ja recht vorsichtig zu prüfen. Dieser stelle sich auf den Standpunkt, als ob die Messe jetzt bei Weitem mehr schade als nütze. So liege die Sache denn doch nicht. Daß die Messe in ihrer Bedeutung nachgelassen habe, lasse sich nicht bestreiten, aber eine bedeutende Anziehungskraft für den Verkehr biete sie immer noch: es komme immer noch eine bedeutende Anzahl Fremder, namentlich Landbewohner hierher, die ihre Einkäufe machten. Wenn die Concurrenz, welche den hiesigen Kaufleuten durch die Messgeschäfte bereitet werde, keine anständige sei, wie hervorgehoben, dann könne er nicht begreifen, wie sie dem Handelsstande gefährlich werden solle. Wo man am preiswürdigsten kaufe, werde sich ja bald aussprechen; das sei auch den Erwägungen jedes Einzelnen selbst zu überlassen. Er sei der Ansicht, daß man, wenn die Messen einmal gekürzt werden sollten, dieses doch so wenig als möglich thue. Den Grund des Herrn Correferenten, die Messe aus Rücksicht gegen die Juden deshalb nicht mit dem Freitage schon beginnen zu lassen, weil an diesem Tage der Sabbath beginne, könne er nicht billigen. Er wolle gern allen Confessionen Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber den Juden mehr Rücksicht zu zollen als den Christen, sei nicht gerechtfertigt. Den Sabbath der Juden solle man also respectiren, den

Sonntag der Christen nicht; dieser könne immerhin zum Messianfange bestimmt werden! Auch daß die Hausbesitzer in der Messgegend mit einer bedeutenden Abkürzung der Messen einverstanden, könne er nicht glauben; die würden sich sicher nicht zu all den Unbequemlichkeiten, die die Messen mit sich führen, verstehen, wenn sie nicht pecuniäre Vortheile hätten. Er bitte daher, dem Antrage der Minorität zuzustimmen.

Nachdem Herr Reuter unter Hervorhebung der der Stadt aus dem Messverkehre erwachsenden Vortheile nochmals den Antrag der Minorität empfohlen,

Herr Winter den Wunsch des Herrn Kloss, den Ledermontag je nach dem Eintreten des 1. des Monats auf den 2. oder 9. des Monats fallen zu lassen, als nicht realisirbar bezeichnet, da sich die hiesige Ledermesse immer nach dem Hannoverischen Ledermarke und anderen Messen richten müsse,

und Herr Semler unter Citirung einer Bestimmung der Gewerbeordnung von 1876 gegen den Antrag des Herrn Winter rechtliche Bedenken geltend gemacht hat,

wird ein inzwischen eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Herr Wolff als Referent bemerkt noch, daß seine Gesinnungen bezüglich der Messen doch nicht so feindseliger Natur seien, als Herr Telligmann anzunehmen scheine. Er erkenne vollständig an, daß die Messen immerhin noch so viel Nutzen bringen, daß eine gänzliche Aufhebung derselben nicht wünschenswerth sei; sie zeitlich zu beschränken, sei jedoch fast allgemeiner Wunsch der Bevölkerung. Wenn er nun in diesem rein geschäftlichen Punkte der Juden gedacht habe, so habe er damit nur einer thatsächlich bestehenden Usance auch für die Zukunft Geltung verschaffen wollen. Thatsache sei, daß die Juden ihre Feiertage heiliger hielten als wir Christen, und wir sollten ihnen in dieser Beziehung nachhelfen, das würde gut sein für die ganze menschliche Gesellschaft. Bezüglich der Concurrenz, welche unseren soliden Geschäften durch die Messen erwachse, komme er zu einem andern Schlusse als Herr Telligmann; sie mache es hauptsächlich wünschenswerth, daß die Messen so viel als möglich gekürzt würden.

Es wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Antrag der Minorität der Commission mit 12 gegen 8 Stimmen abgelehnt, und

nachdem Herr Winter seinen Antrag wegen der von Herrn Semler vorgebrachten Bedenken zurückgezogen hat,

der Antrag der Majorität mit 14 gegen 5 Stimmen angenommen wird.

Schluß der Sitzung.

In gemeinschaftlicher Sitzung werden sodann noch vertraulich Steuerreclamationen in der Recurs-Instanz erledigt.

(Beilage zu Nr. 221 der Braunschw. Anzeigen.)

1881.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 220 de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 11.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. September 1881.

Sitzung der Stadtverordneten.

Öffentlich:

- I. Vorlage des Stadtmagistrats, betreffend die nachträgliche Deckung der Kosten der Straßenanlage vor dem Schulgebäude am neuen Petriithore.
- II. Desgl. Bewilligung einer Remuneration für eine durch Einrichtung einer neuen 6. Klasse der unteren Bürgerschulen erforderlich gewordene Lehrerin.

Sitzung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

Vertraulich:

Steuerreclamationen.

Entschuldigt die Herren Steinau, Grote, du Roi und von Seckendorff.  
— Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Bammel, Haake und Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden Otto

I. berichtet Herr Semler namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 13. Juli c. — Der außerordentliche Etat der Stadtcasse pro 1880 hatte die Anlegung einer Straße vor dem Schulgebäude am neuen Petriithore vorgesehen und dafür die Summe von 16750 M. in Ansatz gebracht. Die Straße ist

im vorigen Jahre, abgesehen von der in dem Grundstücke des Maurermeisters Bewia liegenden Strecke, ausgeführt, und haben die Kosten, insoweit sie der Stadt zur Last liegen, 10 571 *M.* 63 *S.* betragen, von welcher Summe nach einem früheren Beschlusse der Versammlung 4402 *M.* aus dem Schulhausbaufonds, 6169 *M.* 63 *S.* aus der Cämmereicasse zu decken gewesen sein würden. Die definitive Verrechnung dieser, bereits vorschussweise gezahlten Beträge hat sich durch mit einem Anlieger erforderlich gewordene Verhandlungen verzögert und sind dieselben bei dem seiner Zeit wegen Verwendung der vorjährigen Ueberschüsse der Cämmereicasse gestellten Antrage nicht berücksichtigt. Da nun die Cämmereicassen-Rechnung wie die Rechnung über den fraglichen Schulhausbau bereits abgeschlossen, so beantragt der Magistrat, den gedachten Betrag vom Extraordinarium pro 1881 und zwar von derjenigen Summe entnehmen zu dürfen, welche zur Bildung eines Vorrathsvermögens behuf demnächstiger Anlage von Stadtparks reservirt worden ist, wodurch dieselbe von 32 603 *M.* auf 22 031 *M.* 37 *S.* ermäßigt wird.

Die Commission schließt sich dem Antrage an, worauf derselbe ohne Weiteres genehmigt wird.

#### Wie

II. Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission referirt, hält der Schuldirektor Schaarschmidt nach einem Berichte an den Schulvorstand für erforderlich, daß zum 1. October d. J. in der alsdann zu eröffnenden Bürgerschule am Bültenwege noch eine 6. Klasse für Mädchen errichtet und zu dem Ende eine Lehrerin gegen eine Remuneration von 225 *M.* bis ultimo December angestellt werde. Der Magistrat beantragt in seinem Marginalschreiben vom 6. d. Mts., die gedachte Summe aus den durch den Bürgerschulcassen-Etat zur Disposition der städtischen Behörden gestellten Mitteln zu bewilligen.

Auf Befürwortung der Commission wird auch dieser Antrag ohne Debatte genehmigt,

und danach die Sitzung geschlossen.

#### In gemeinschaftlicher Sitzung

werden sodann vertraulich Steuerreclamationen in der Recurs-Instanz erledigt.

(Beilage zu **N. 248** der Braunschw. Anzeigen.)**1881.**(Fortsetzung der Beilage zu **N. 221** de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N. 12.**

# Verhandlungen

## der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 22. September 1881.

Öffentlich:

Berathung über das Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig.

Entschuldigt die Herren Schwarzenberg, Steinau und Munte. — Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Haake, Schöttler und Metemeyer; später auch Herr Stadtbaurath Winter.

Den Vorsitz führt der Stellvertreter des Vorsitzenden, Herr Kybik.

Nach Genehmigung des Protokolles **N. 9**

erstattet Herr Otto namens der Statutencommission Bericht über das vom Stadtmagistrate vorgelegte Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig, indem er zur Einleitung etwa Folgendes vorausschickt:

Die Landesbauordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 15. Juni 1876 regelt das Ortsbaumwesen für die Städte sowohl wie für das Land und habe deshalb allgemein gefaßt werden müssen. Das Gesetz habe sich denn auch, um den allgemeinen Character zu wahren, eine Reihe von Bestimmungen im Verordnungswege vorbehalten, welche in der unterm 20. December 1876 erlassenen Ausführungsverord-

nung erfolgt seien. Der Statutar-Autonomie sei es zugleich in dem gesetzmäßigen Umfange überlassen, die gesetzlichen Bestimmungen den jedesmaligen localen Verhältnissen entsprechend zu specialisiren und zu ergänzen. Auch für die Stadt Braunschweig sei es wünschenswerth, ein auf Grund der neuen Bauordnung beruhendes Baustatut zu erlassen. Demgemäß habe der Magistrat mit dem Schreiben vom 21. October 1878 den Entwurf eines Ortsbaustatuts vorgelegt, welches den Erlaß derjenigen Abänderungen, Vorschriften und Ergänzungen bezweckt habe, die für unsere besonderen Ortsverhältnisse erforderlich seien. Der jetzt der Versammlung in autographirten Exemplaren vorliegende zweite Entwurf weiche indeß von der ursprünglichen Fassung ganz wesentlich ab; in den wiederholten Lesungen der Statutencommission seien so bedeutende Aenderungen vorgenommen, daß eine neue Redaction erforderlich gewesen sei. Daß die Vorlage erst heute zur Berathung komme, habe folgenden Grund: Als dieselbe der Statutencommission zur Prüfung zugegangen, habe man alsbald erkannt, daß es sich um eine äußerst schwierige Materie handle und die erste Lesung (welcher Referent nicht beigewohnt habe) habe verschiedene Sitzungen in Anspruch genommen. Darauf sei der derzeitige Referent aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschieden und an dessen Stelle er (Redner) zum Referenten bestellt worden. Er habe sich von vornherein erst wieder in die Sache hineinarbeiten müssen, und es sei, wie das beim Auftreten anderer Anschauungen nicht anders komme, die Zahl der sich entgegenstellenden Schwierigkeiten immer mehr gestiegen. Namens der Statutencommission könne er denn auch erklären, daß dieselbe über die Schwierigkeiten nicht völlig hinweg gekommen sei. Eine Reihe von Fragen werde erst vor den Gerichten des Landes ihre entgeltliche Entscheidung finden. Noch am letzten Dinstage habe man einige principielle Aenderungen vorgenommen, obgleich die Berathungen bereits zwei Jahre gedauert hätten.

Das in dem neuen Entwurfe vorliegende Statut — mit dessen Materie sich die Herren voraussichtlich schon mehr oder weniger beschäftigt haben würden — enthalte 79 Paragraphen und folge unter Einfügung verschiedener Abänderungen und Ergänzungen genau den Paragraphen des Landesgesetzes.

Referent theilte sodann die fünf Abschnitte der Landesbauordnung mit; sie handeln

- 1) von der Bauberechtigung und den Bauvorschriften im Allgemeinen,
- 2) von der Anlage und Erweiterung der Orte und Ortsstraßen,
- 3) von den für die einzelnen Bauten maßgebenden polizeilichen Bestimmungen,
- 4) von den nachbarrechtlichen Bestimmungen,
- 5) von der Zuständigkeit der Behörden und deren Verfahren in Bausachen, sowie von sonstigen Bestimmungen.

Nach diesem Vorworte begann Redner mit der Verlesung der einzelnen Paragraphen der Reihenfolge nach.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß dem bei Berathung von Statuten bisher üblich gewesenen Modus gemäß auch im vorliegenden Falle diejenigen Paragraphen stillschweigend als genehmigt angesehen werden sollten, gegen welche Einwendungen aus der Mitte der Versammlung innerhalb der vom Referenten nach jedesmaliger Beendigung eines Paragraphen eingeschobenen kurzen Pause nicht zum Ausdruck kommen.

In dieser Weise vorgehend, gelangte die Versammlung in ihrer heutigen Berathung bis zum §. 49, da die Vorlage, abgesehen von den seitens der Commission empfohlenen Modificationen, die vom Herrn Referenten besonders hervorgehoben und entsprechend motivirt wurden, nur noch in wenigen Punkten Anlaß zu Ausstellungen gab. Mit den aus der Berathung hervorgegangenen Aenderungen des Statuts, welche sämmtlich in dem Schreiben der Versammlung an den Stadtmagistrat vom 23. September c. speciell aufgeführt sind, erklärte der Stadtmagistrat im Verlaufe der Verhandlungen sein vorläufiges Einverständnis.

Aus den Verhandlungen ist Folgendes zu vermerken:

Im Eingange des Statuts:

»Auf Grund des §. 2 der Bauordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 15. Juni 1876 *Nr.* 60 wird für die Stadt Braunschweig nachstehendes Statut mit Zustimmung der Stadtverordneten erlassen.«

wurde auf Antrag der Commission hinter »Stadtverordneten« eingefügt »und soweit erforderlich der Herzoglichen Polizeidirection«.

§. 1 lautet:

Die Entwürfe zu dem Ortsbauplane oder einzelnen Theilen desselben, in welchem zu Abänderungen oder Erweiterungen desselben (sfr. §. 3, Absatz 1 der Bauordnung) sind auf Anordnung des Stadtmagistrats vom Stadtbauamte unter Beobachtung der in den §§. 5 und 7 der Bauordnung vom 15. Juni 1876 und der in §. 2 dieses Statuts enthaltenen Vorschriften auszuarbeiten und in doppelten Exemplaren dem Stadtmagistrate zur Einleitung des weiteren Verfahrens (§. 6 der Bauordnung) zu überreichen.

Das Stadtbauamt hat außerdem überall da, wo ein Bedürfniß und ein geeigneter Anlaß zur Erweiterung oder Abänderung des Ortsbauplans oder zur Regulirung oder Erbreiterung bestehender Straßen oder öffentlicher Plätze oder zur Feststellung oder Abänderung von Baulinien und Niveaux vorliegt, (§. 4 der Bauordnung) sachdienliche Anträge an den Stadtmagistrat zu richten.

Auf Antrag der Commission wurde beschlossen: a. an Stelle der Worte »vom Stadtbauamte« (im 1. Absätze) zu setzen »von der städtischen Bauverwaltung«, b. den Eingang des Absatzes 2 folgendermaßen zu fassen: »Das Stadtbauamt hat darüber sich gutachtlich zu äußern und außerdem überall da, wo« (u. s. w.)



Die §§. 2—5 wurden mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen.

§. 6 lautet:

Wohnhäuser außerhalb der angelegten Orts-Straßen und Plätze oder der in Gemäßheit des §. 11 Absatz 3 der Bauordnung Seitens der Stadt zu erwerbenden und zu planirenden Straßenflächen an den in den Ortsbauplan aufgenommenen Baulinien zu errichten ist nur gestattet, wenn der Bauende zuvor neben Erfüllung der allgemeinen Vorschriften des §. 11 Absatz 4 der Landesbauordnung und neben Herstellung einer genügenden Entwässerung des zu bebauenden Grundstücks die Verpflichtung, zu den Kosten der späteren Herstellung der vorüberziehenden Straße als Ortsstraße, ebenso beizutragen, wie er nach §. 8—10 dieses Statuts beizutragen haben würde, wenn er erst nach Herstellung der Straße als Ortsstraße baute, übernimmt, und wegen Erfüllung dieser Verpflichtung eine nach dem Ermessen des Stadt-Magistrats genügende Sicherheit leistet.

Die Commission schlug vor:

a. den Eingang folgendermaßen zu fassen: »Wohnhäuser außer den Fällen des §. 11 Absatz 3 der Landesbauordnung außerhalb der angelegten Ortsstraßen und Plätze an den in den Ortsbauplan aufgenommenen Baulinien zu errichten, ist untersagt.« — b. dem folgenden Satze nachstehenden Eingang zu geben: »Es kann dies jedoch im Einzelfalle mit Zustimmung der städtischen Behörden gestattet werden, wenn der Bauende« (u. f. w.)

Die Commissionsanträge wurden angenommen.

Die §§. 7 und 8 wurden ohne Aenderung genehmigt.

Zu §. 9 wurde auf Empfehlung der Commission beschlossen:

a. in *M.* 3

»die Mehrkosten, welche daraus erwachsen, daß Fußwege in größerer Breite als zu

$\frac{1}{2}$  der ganzen Straßenbreite, wenn diese unter 14 m beträgt,

$\frac{1}{6}$  der ganzen Straßenbreite, wenn diese unter 14—18 m incl. beträgt,

3 m, wenn die ganze Straßenbreite über 18 m beträgt,

hergestellt, befestigt und unterhalten werden, imgleichen die Mehrkosten, welche durch Herstellung einer größeren Straßenbreite als 26 beziehungsweise 13 m (*M.* 2 a. und b. dieses §.) erwachsen, sind nicht von den Eigenthümern der anliegenden Grundstücke zu tragen, fallen vielmehr der Stadt zur Last.

die Worte von » $\frac{1}{2}$ « bis »14—18 m incl.«, ferner die Worte hinter »3 m« »wenn die ganze Straßenbreite über 18 m beträgt« zu streichen; —

b. die *M.* 5 zu streichen, welche lautet: »Bei theilweiser Bebauung der Straßenfront eines in der Hand eines Eigenthümers befindlichen Grund-

stücks entsteht, wenn es sich um Ortsstraßen und Plätze handelt, an denen in geschlossenen Reihen zu bauen ist, die Verpflichtung zu Begebaubeiträgen nach §. 8 Nr. 2 und 3 nur hinsichtlich des bebauten Theiles der Frontlänge, während, wenn es sich um Straßen und öffentliche Plätze handelt, an denen zwischen den Häusern Abstände bleiben, (§. 39 Nr. 4), die Bestimmung der Frontlänge, wegen welcher der Beitrag zu leisten ist, von dem Ermessen der städtischen Behörden abhängt.»

Die §§. 10, 11 und 12 wurden genehmigt wie in der Vorlage.

Zu §. 13, welcher lautet:

»Die Bedingungen, unter welchen die Herstellung von im Ortsbauplane vorgesehenen oder in demselben zwar nicht vorgesehenen, aber damit nach dem Ermessen der städtischen Behörden vereinbarten Straßen und Plätze Privatunternehmern zu gestatten sei, werden in jedem einzelnen Falle von den städtischen Behörden festgesetzt.«

wurde auf Antrag der Commission beschlossen: »den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, durch welche die allgemeinen Bedingungen, welche im Einzelfalle den Privatunternehmern aufzuerlegen sind, bis auf Weiteres festgestellt werden.«

Die §§. 14—20 wurden mit geringfügigen Modificationen genehmigt.

§. 21 lautet:

»Das Zurücksetzen der Vordergebäude hinter die Baulinie ist unter nachstehenden Voraussetzungen und Bedingungen gestattet:

- 1) die freibleibenden Seiten der bereits vorhandenen Nachbarhäuser müssen eine angemessene architectonische Ausbildung haben, oder erhalten,
- 2) die hinter die Baulinie zurücktretenden Gebäude müssen parallel zu denselben gestellt und
- 3) in der von dem Stadtbauamte zu bestimmenden Entfernung aufgeführt werden,
- 4) der Raum vor den zurücktretenden Gebäuden ist entlang der Baulinie sowie nach den Nachbargrundstücken zu nach eingeholter Genehmigung des Stadtbauamts einzufriedigen und bezüglich der Benutzung den im §. 17 für die Vorgärten festgesetzten Beschränkungen unterworfen,
- 5) ist das Terrain, auf welchem das zurücktretende Gebäude errichtet werden soll, höher oder niedriger als das vor demselben befindliche Straßenterrain, so kann ein Abgraben beziehentlich Erhöhen desselben bis zur Höhe des Straßenterrains verlangt werden.

Als Zurücksetzen im Sinne der vorstehenden Vorschriften wird es nicht betrachtet, wenn ein Gebäude nur zu dem Zwecke von der Baulinie abgerückt wird, um die vortretenden Theile desselben im stärkeren Maße, als es für

die Gebäude an der Bautlinie gestattet ist, über den Gebäudekern vor-  
springen zu lassen.«

Auf Antrag der Commission beschloß die Versammlung, folgenden Zusatz anzu-  
hängen:

»Ob und welche der vorstehend unter 1—5 aufgeführten Bedingungen  
gleichwohl zu erfüllen sind, bestimmt im einzelnen Falle das Stadtbauamt«.

§. 22 wurde ohne Aenderung angenommen.

Der erste Absatz des §. 23 lautet:

»In Straßen von 12 m und geringerer Breite dürfen nur Sockel, Ge-  
simse, Thür- und Fenstereinfassungen über die Straßenlinie vorragen. Ersterer  
darf nicht über 10 cm vorstehen.«

Die Anträge der Commission a. hinter »Fenstereinfassungen« die Worte »und  
zwar nicht mehr als 10 cm« einzufügen, dagegen die Worte »Ersterer darf nicht  
über 10 cm vorstehen« zu streichen, wurden angenommen.

Die §§. 24—26 gaben zu Aenderungen keinen Anlaß.

Zum 1. Absätze des §. 27, welcher lautet: »Innerhalb der Vorgärten dürfen  
Altane, Balkone, Erker, Freitreppen, Terrassen und ähnliche Anlagen bis auf den  
dritten Theil der festgesetzten Vorgartentiefe, keinesfalls aber mehr als 2 m über die  
Hausfront vortreten. Bezüglich des erforderlichen Abstandes von der Nachbargrenze  
und der Bemessung der Ausladung gilt dasselbe wie im §. 23 A 2.« wurde auf  
Antrag der Commission beschlossen: die Worte »keinesfalls aber mehr als 2 m« zu  
streichen.

Imgleichen wurden dem Commissionsantrage gemäß im 1. Absätze des §. 28:  
»Die Anbringung von Keller- und Souterrain-Lichtschächten in der Oberfläche der  
Straßen oder öffentlichen Plätze ist nur mit besonderer Genehmigung gestattet« die  
Worte »und Souterrain« gestrichen.

Gegen die §§. 29—32 fand sich nichts zu erinnern.

Zum 1. Absätze des §. 33, welcher lautet:

»Die Abtrittsräume sind in der Regel an einer Umfassungswand anzu-  
legen und mit in's Freie führenden Fenstern, jedenfalls aber mit angemessener  
Ventilation zu versehen. Die Sitzöffnungen sind mit dicht schließenden  
Deckeln zu bedecken. Die Thüren sollen leicht und fest verschließbar sein.«

wurde nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Willeke und Nieß ein  
Antrag des Herrn Blasius: hinter »Ventilation« die Worte »nach Außen« ein-  
zuschalten, angenommen.

§. 34 schreibt im 2. Absätze vor:

»Die Abfallröhren sind im Innern der Gebäude und so anzubringen,  
daß schadhafte Stellen sofort erkannt und Ausbesserungen leicht vorgenommen  
werden können«.

Die Commission beantragte Streichung dieser Bestimmung.

Nach einigen kurzen Erörterungen zwischen den Herren Blasius und Nieß, welche sich gegen die Streichung aussprachen, und den Herren Grote und Reuter, welche dem Commissionsantrage zustimmten, wurde auf Vorschlag des Herrn Stadtbaurath Winter, welcher eine Unterscheidung zwischen alten und neuen Gebäuden in dieser Beziehung für empfehlenswerth erachtete, beschlossen, die gedachte Bestimmung folgendermaßen zu fassen:

»Bei Neubauten sind die Abfallröhren im Innern der Gebäude so anzubringen, daß« (u. s. w. wie oben.)

nachdem die Commission dieser Aenderung zugestimmt hatte.

Zum 1. Absatz des §. 35.

»Als Verlängerung der Abfallröhren sind Dunströhren aus Metallblech oder einem andern dichten Materiale mit unbedingtem Ausschluß von Holz bis zu einer Höhe von 1 m über die Dachfläche hinaufzuführen und mit einer den Zug befördernden Vorrichtung, z. B. einer entsprechend construirten Ventilationskappe zu versehen,«

stellte Herr Blasius den Antrag, hinter »Holz« die Worte »möglichst in der Nähe des Schornsteins« einzufügen.

Der Antrag wurde indeß, nachdem sich Herr Wille dagegen ausgesprochen, abgelehnt.

§. 36 lautet:

Die Anlegung von Waterclosets und die Abführung der Closetabgänge in die unterirdischen Straßencanäle und die Ockergräben ist nur da gestattet, wo die Herzogliche Polizeidirection und der Stadtmagistrat ihre Erlaubniß dazu ertheilen, andernfalls sind die menschlichen Auswurfstoffe in der Regel in Gruben aufzufangen. Neu anzulegende Abtrittsgruben sind nach Vorschrift des Stadtbauamtes und unter Aufsicht der städtischen Baubeamten völlig wasserdicht und gegen die umgebende Luft gut abgeschlossen herzustellen und in solchem Zustande zu erhalten.

Der 1. Satz dieses §. bis »aufzufangen« wurde vom Stadtmagistrate zurückgezogen.

Zum 2. Absätze des §. 37.

Andere Arten der Aufbewahrung und Beseitigung der menschlichen Auswurfstoffe z. B. mittelst Tonnen „fosses mobiles“ u. s. w. bedürfen der Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirection und des Stadtbauamtes und unterliegen der polizeilichen Controle,

wurde auf Antrag des Herrn Nieß beschlossen: hinter dem Worte »Tonnen« die Paranthese „(fosses mobiles)“ zu streichen; auf Antrag der Commission: statt »Stadtbauamtes« zu setzen »Stadtmagistrats«.

Absatz 1 des §. 38 lautet:

1. Gebäude dürfen nur auf solchen Grundstücken errichtet werden, für welche die erforderliche Zugänglichkeit gesichert ist, d. h., welche entweder unmittelbar an einer gut befestigten und entwässerten öffentlichen Straße oder einem öffentlichen Plage von gleicher Beschaffenheit belegen sind oder doch mit solchen Straßen oder Plätzen mittelst eines gut befestigten und entwässerten Weges von mindestens 3 m Breite, welcher durch keinerlei in den Weg vorspringende Gegenstände (Sockel, Freitreppen etc.) beschränkt werden darf, in directer Verbindung stehen.

Dem Commissionsantrage gemäß wurde beschlossen: statt »öffentlichen Straße oder einem öffentlichen Plage« zu setzen »Ortsstraße oder einem Ortsplage«.

§. 39 wurde genehmigt, wie vorgelegt.

In §. 40:

Hintergebäude dürfen ohne Erlaubniß des Stadtbauamts nicht früher gebaut werden, als die Vordergebäude. Auch müssen dieselben in der Regel parallel mit den letzteren und in regelmäßiger Form angelegt werden, wurden auf Antrag der Commission die Worte »und in regelmäßiger Form« gestrichen.

§. 41 wurde in der Fassung des Magistrats genehmigt.

§. 42 lautet:

Der geschlossene Wohnbezirk (Baugrund) besteht

1. in demjenigen Theile des städtischen Gebietes, welcher innerhalb der äußeren Umfluthgräben der Stadt und außerhalb derselben in den Grenzen des ehemaligen Festungsrayons auf dem s. g. Glacis belegen ist;
2. in denjenigen Theilen des Stadtgebietes, welche in dem in Anlage A. dieses Statuts enthaltenen Verzeichnisse aufgeführt sind.

Die Erweiterung des Baugrundes wird nach Bedürfniß durch besondere Statuten angeordnet werden.

Dem Commissionsantrage gemäß wurden die Worte »1, in denjenigen Theilen« bis »belegen ist, — 2« gestrichen.

Gegen §. 43 war nichts einzuwenden.

Im 2. Absätze des §. 44:

Die in den Erdboden versenkten Düngerstätten müssen in einer wasserdicht gemauerten und cementirten Grube bestehen und in der Regel mit einer Bedeckung von mindestens 5 cm starken eichenen Dielen, die in einem mindestens 5 cm breiten Falz der Einfassung einzulassen sind, versehen werden.

wurden auf Befürwortung der Commission vor »Bedeckung« die Worte »dicht schließenden« eingefügt.

Die §§. 45 und 46 gaben zu Ausstellungen keinen Anlaß.

§. 47 lautet:

Alle zum längeren Aufenthalte von Menschen bestimmten Gebäude insbesondere Wohngebäude sind nach Beseitigung der Vegetationsschicht des Bodens auf trockenem, der Gesundheit entsprechendem Untergrunde und im Uebrigen so anzulegen, daß es im Innern nicht an Luft und Licht fehlt.

Ist der Untergrund sumpfig oder sonst gesundheitsnachtheilig, so ist derselbe nach Vorschrift des Stadtbauamts soweit als nöthig auszuheben und durch reinen Grund (Sand,) welcher mit organischen Substanzen nicht untermischt sein darf, zu ersetzen.

Es wurde beschlossen: Absatz 2 zu streichen, stattdessen in Absatz 1 hinter »des Bodens auf« einzufügen: »natürlichem oder künstlich hergestelltem«.

Die §§. 48 und 49 blieben in der vorgelegten Fassung.

Nach Genehmigung des §. 49 griff Herr Ramdohr im Einverständnisse der Versammlung nochmals auf §. 31 zurück, in welchem die Bestimmung getroffen ist, »daß kein zu Wohnzwecken bestimmtes Gebäude übereinander mehr als 5 bewohnbare Stockwerke haben darf«.

Herr Ramdohr war der Ansicht, daß eine Höhe von 4 Stockwerken für Wohngebäude völlig genüge und stellte einen diesbezüglichen Antrag, dabei hervorhebend, daß höhere Gebäude doch nur zu Speculationszwecken gebaut würden und die Gefahr bei event. Feuersbrünsten vergrößerten.

Die Herren Reuter und Bürgermeister Rittmeyer sprachen sich gegen den Antrag aus, indem sie darauf hinwiesen, daß auch in anderen größeren Städten die Errichtung von 5 stöckigen Gebäuden zugelassen werde,

worauf der Antrag Herrn Ramdohr's abgelehnt wurde

Der Herr Vorsitzende schloß sodann die Sitzung mit dem Bemerken, daß morgen in der Berathung über den vorliegenden Gegenstand fortgefahren werde.



1881.

. 13.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. September 1881.

Öffentlich:

Fortsetzung der Berathung über das Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig.

Entschuldigungen wegen Fehlens lagen nicht vor. — Am Magistratstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer, die Herren Stadträthe Bammel, Haake und Ketemeyer und Herr Stadtbaurath Winter.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Kybig, wurden zunächst die Protokolle Nris. 10 und 11 genehmigt, nachdem constatirt worden, daß im ersteren S. 136 Z. 14 v. o. statt »1876« zu lesen ist »1869«.

Sodann fuhr Herr Otto in seinem gestern abgebrochenen Referate über das Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig fort.

Die §§. 50 und 51 wurden in der vorgelegten Fassung genehmigt.

Auch gegen die Fassung des §. 52, welcher Vorschriften bezüglich der Decken und Fußböden enthält, hatte die Commission nichts einzuwenden.

Herr Blasius hielt indeß für nothwendig, daß auf Herstellung der Fußböden, welche in gesundheitlicher Beziehung eine weit größere Rolle spielten als die Decken, namentlich wenn sie unmittelbar auf dem Erdboden aufliegen, ein etwas eingehenderes Augenmerk gerichtet werden müsse. Viele Infectionskrankheiten, als Typhus, Cholera u. wurden den Menschen durch die Luft aus dem Erdboden zugetragen.



Dieß zu verhindern, gäbe es kein einfacheres Mittel, als den Fußboden des Souterrains luftdicht gegen die Grundluft abzuschließen. Er stelle deshalb den Zusatzantrag:

»Unmittelbar auf dem Erdboden aufliegende Fußböden sollen in Wohngebäuden aus möglichst luftdicht gegen die Grundluft abschließendem Material hergestellt werden«.

Herr Nieß schloß sich diesem Antrage an, beantragte auch ferner, in dem Schlusssatz:

»Hölzerne Fußböden in unteren Stockwerken von Wohngebäuden müssen mindestens 0,5 m über der Gebäudeumgebung (Hof, Garten etc.) liegen«.

statt »mindestens« zu setzen »in der Regel«, da eine Höhe von 0,5 m sich in vielen Fällen nicht durchführen lasse. Ebenso schien dem Herrn Redner die Fassung unter 2a bedenklich, wo es heißt:

»2) Für Decken in den Hauptstockwerken der Gebäude mit hölzernen Balkendecken wird vorgeschrieben:

- a. in gewöhnlichen Wohnhäusern. Die Entfernung der Balken von Mitte zu Mitte richtet sich nach dem Querschnitte des zu verwendenden Holzes, darf jedoch das Maß von 1 m nicht übersteigen. Der Querschnitt der Balken bestimmt sich aus der freiliegenden Länge und der Belastung, soll jedoch bei einer freiliegenden Länge bis zu 5 m und einer Entfernung von Mitte zu Mitte von 1 m keine geringere Dimensionen als 19 und 24 cm haben«.

Bei einer durchgängigen Innehaltung der für die Balken vorgeschriebenen Dimensionen würden die Gebäude in vielen Fällen zu schwer belastet werden. Für Decken über dem obersten Stockwerke, die also mit dem Boden und Dachwerke den Abschluß des Hauses bildeten, empfehle sich daher, auch eine geringere Stärke der Balken zuzulassen.

Herr Stadtbaurath Winter erklärte, daß es sich hier nur um Decken in den Hauptstockwerken handle; darin liege schon, daß es nicht erforderlich sei, auch in den oberen (also Neben-) Stockwerken, die keine große Belastung zu tragen hätten, die Balken in den hier vorgeschriebenen Dimensionen herzustellen.

Nachdem sich Herr Nieß mit dieser Erklärung befriedigt erklärt hatte, wurden die Anträge der Herrn Blasius und Nieß angenommen.

Die §§ 53 bis 64 wurden ohne jedwede Aenderung genehmigt.

Dem §. 65, welcher über die Feuerungsanlagen handelt, beantragte Herr Munte folgenden Zusatz anzuhängen:

»In Küchen mit gewöhnlichen bürgerlichen Heerdefeuerungen sind auf zuvor gefertigtem Fuß, Panele oder Wand und Deckenverkleidungen aus Holz, sobald dieselben nicht als feuergefährlich erkannt werden, nicht aus-

geschlossen; auch ist das feuerfeste Pflaster nicht rings um den Heerd nöthig, sondern nur an der Seite, wo die Feuerung sich befindet, bei kleinen Heerden 0,50 m breit, bei größeren 1,0 m breit, nach beiden Seiten um die Hälfte dieser Maßen vorspringend.

Nach einer kurzen Debatte, an welcher sich die Herren Reuter, Munte und Stadtbaurath Winter theilnahmen, wurde der Antrag angenommen.

§. 66 lautet:

»Die zur allgemeinen Benutzung bestimmten Treppen eines Gebäudes (Haupttreppen) müssen fest, hell, geräumig und nicht zu steil, auch für den Fall eines entstehenden Brandes von den zum Aufenthalte der Menschen bestimmten Räumen leicht zugänglich sein.

Die Stufen der Treppen, welche zu Wohnungen führen, oder zu Räumen, welche zum regelmäßigen Aufenthalte von Menschen dienen, sollen nicht über 20 cm Steigung und nicht unter 24 cm Auftritt haben; ihre Breite muß incl. der Wangen mindestens 1 m betragen.

Die Commission beantragte den letzten Absatz, Herr Heymann die Worte im ersten Absatz »auch für den Fall eines entstehenden Brandes« zu streichen.

Beide Anträge wurden angenommen.

Zu §. 67, B, 2, wo es heißt:

»2) In den vorhin unter b, c und d bezeichneten Gebäuden sind vor den feuersicheren Treppen feuerfeste Vorflure und über solchen Treppen feuerfeste Decken herzustellen. In Wohngebäuden müssen außer der Decke des Treppenhauses die an die Treppen anschließenden Balkendecken wenigstens so construirt werden, wie in A bemerkt; jedoch können statt des Gypsestrichs Pflaster von Stein- oder Thonfliesen angewandt werden«.

beantragte Herr Munte: den Satz »In Wohngebäuden müssen außer d.« zu streichen.

Nach einigen Bemerkungen der Herren Reuter, Stadtbaurath Winter und Nieß, welcher letzterer anheimgab, bei der demnächstigen Redaction die Verschiedenartigkeit der Ausdrücke »Stockwerk« und »Geschoss« einem Beschlusse des deutschen Architectentages gemäß zu beseitigen, wurde der Antrag angenommen.

Zu §. 68:

»Im Freien liegende hölzerne, zu den oberen Geschossen eines Gebäudes führende Treppen sind nicht gestattet, selbst wenn sie mit einem mit feuersicherem Materiale gedeckten offenen Dache überdeckt sind«.

wurde auf Antrag des Herrn Nieß folgender Zusatz beschlossen:

»Ausnahmen kann das Stadtbauamt zulassen«.

Gegen §. 69 war nichts einzuwenden.

Absatz 2 des §. 70 lautet:

Sollen solche Räumlichkeiten fortwährend für ökonomisch und gewerbliche Zwecke verwendet werden, welche den längeren Aufenthalt von Menschen erfordern, so müssen dieselben so hergestellt werden, daß

- 1) der Fußboden nicht tiefer als 1,50 m unter der Oberfläche des das Gebäude umgebenden Terrains und mindestens 50 cm über dem höchsten Grundwasserstande gelegt wird,
- 2) die Fenster mindestens eine Höhe von 1 m haben und die obere Seite der Fensterbänke mindestens 0,15 m über dem Niveau des anstoßenden Grundes angebracht werden,
- 3) genügende Vorkehrungen gegen das Eindringen der Feuchtigkeit an den Fußböden und Seitenwänden getroffen werden.

Auf Antrag der Commission wurden die Worte unter *Nr* 2 »die obere Seite der Fensterbänke mindestens 0,15 m« gestrichen, an deren Stelle aber folgende Worte gesetzt »der Fenstersturz mindestens 1 m«, durch welche Fassungsänderung am Ende desselben Satzes statt »werden« zu sagen ist »wird.«

Im zweiten Absätze des §. 71:

»In allen vorhandenen Gebäuden dürfen Räume nur dann zu Wohnungen eingerichtet werden, wenn sie mindestens eine lichte Höhe von 2,3 m haben.«

wurde auf Antrag der Commission der Eingang folgendermaßen gefaßt:

»In allen bei Erlass dieses Statuts vorhandenen Gebäuden« (u. f. w.)

Zu §. 72, welcher lautet:

Die Einrichtung von Wohnungen in Dachgeschossen neuer und alter Gebäude ist nur gestattet,

- 1) wenn die Wohnungen unmittelbar über dem obersten Geschoss belegen sind,
- 2) wenn die Treppen und Zugänge zu denselben hinlänglich bequem, geräumig und hell sind und wenn letztere nicht durch freie Bodenräume führen,
- 3) wenn entweder die Decken aller 2,5 m im Lichten hohen Räume waagrecht liegen, oder wenn im Dache bei Räumen mit theilweise schrägen Dachflächen an den Außenseiten des Gebäudes mindestens 1 m hohe Trempelwände vorhanden und dabei in jedem Raume (Stube, Kammer, Küche) die lichte Höhe bis zum waagerechten Theile der Decke gemessen bei neuen Gebäuden mindestens 2,5, bei alten Gebäuden mindestens 2,3 m beträgt, vorausgesetzt, daß der waagerechte Theil der Decke mindestens 0,5 m breit ist. Dabei müssen die schrägen unter der Dachdeckung liegenden Decken, ähnlich wie die Balkendecken, durch Aus-

wellerung der Sparrenfelder und Unterschaalung der Dachflächen mit Brettern und Verputzung der letzteren oder in ähnlicher Weise z. B. mittelst Strohwellern thunlichst dicht hergestellt werden

wurde beschlossen: a. die Worte in der ersten Reihe »neuer und alter« zu streichen; b. unter *N* 3 in der Mitte die Worte »bei neuen Gebäuden mindestens 2,5, bei alten Gebäuden mindestens 2,3 m beträgt« zu streichen, und durch folgende Worte zu ersetzen: »bei den bei Erlass dieses Stututs schon vorhandenen mindestens 2,3 m, bei später errichteten Gebäuden mindestens 2,5 m beträgt«.

§. 73 lautet:

Die städtische Baupolizei wird von dem Stadtbauamte beziehentlich von städtischen Baubeamten in Gemäßheit der §§. 77 und fl. ausgeübt. Das Stadtbauamt besteht:

- 1) aus einem Mitgliede des Stadt-Magistrats,
- 2) aus drei Stadtverordneten,
- 3) aus dem Polizeidirector oder dessen Vertreter,
- 4) aus dem ersten städtischen Baumeister oder dessen Vertreter.

Die unter *N* 2 bezeichneten Mitglieder werden (von den Stadtverordneten gleich den Mitgliedern der übrigen, städtischen Commissionen jedesmal auf zwei Jahre gewählt.

Die regelmäßigen Sitzungen des Stadtbauamts finden alle 14 Tage statt. Außerordentliche Sitzungen werden nach Bedarf von dem Vorsitzenden des Stadtbauamts angeordnet.

Das Mitglied des Stadt-Magistrats führt den Vorsitz im Stadtbauamte und unterzeichnet die Erlasse desselben allein.

Der erste städtische Baumeister oder dessen Vertreter ist für alle Sachen, über welche das Stadtbauamt in erster Instanz zu entscheiden hat, der beständige technische Referent.

Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist die Anwesenheit von 4 Mitgliedern des Stadtbauamts erforderlich. Die Entscheidung erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Dem Polizeidirector steht das Recht zu, gegen die seiner Ansicht nach mit dem polizeilichen Interesse nicht zu vereinbarenden Entscheidungen des Stadtbauamts Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium zu verfolgen.

Ueber diesen §. entspann sich eine längere Debatte, in welcher zunächst

Herr Blasius das Wort ergriff: Dieser Paragraph sei vor einigen Jahren dem ärzlichen Kreisvereine seitens des Stadtmagistrats zur Begutachtung vorgelegt,

und habe in Folge dessen bereits verschiedene Aenderungen erfahren. Auf einen Antrag des Kreisvereins, wie auch des Gesundheitsrath sei der Stadtmagistrat indeß nicht eingegangen, nämlich, in dem Stadtbauamt einen Arzt als Mitglied zu haben, der über einschlägige Fragen in gesundheitlicher Beziehung seine Ansichten zur Sprache bringen könnte. Es sei schon eine große Anzahl von Paragraphen durchberathen, bezüglich deren specifisch hygienische Interessen in Betracht kämen. Der Mensch habe seine Wohnung, um sich einen gesunden Aufenthalt zu verschaffen und über die Bedingungen der Gesundheit könne wohl am besten der Arzt entscheiden. Er beantrage deshalb, wie auch seiner Zeit von den Aerzten Braunschweigs vorgeschlagen sei, den vorliegenden Paragraph in der Weise abzuändern, daß den ständigen Mitgliedern des Stadtbauamts ein von den Stadtverordneten zu wählender Arzt hinzugefügt werde.

Herr Bürgermeister Rittmeyer macht auf das Bedenken aufmerksam, daß die städtischen Behörden keinen Arzt zwingen könnten, als Mitglied in das Stadtbauamt einzutreten und sich dadurch zu unentgeltlichen Dienstleistungen, die eine erhebliche Last involviren, zu verpflichten. Gegen Honorar aber einen Arzt zu diesem Zwecke zu engagiren, würde gleichfalls seine Bedenken haben; das finanzielle Opfer würde auch, da das Stadtbauamt alle 14 Tage, zuweilen noch öfter Sitzungen abhalte, kein geringes sein.

Herr Blasius kann diese Bedenken nicht theilen. Jeder Bürger habe Verpflichtungen gegen seine Gemeinde und ein derartiges Amt sei ein Ehrenamt, das zu übernehmen sich jederzeit Leute finden würden. Im gleichen Maße, wie man aus anderen Berufsarten freiwillige Dienstleistungen zum allgemeinen Wohle erwarte, könne man auch auf die Opferwilligkeit der hiesigen Aerzte rechnen: einen Arzt gegen Honorar zu engagiren, sei ihm selbstverständlich nicht in den Sinn gekommen. Jedenfalls würde es für die Thätigkeit des Stadtbauamtes ersprießlich sein, wenn schon in dessen Sitzungen manche hygienische Frage erledigt werden könnte.

Referent macht darauf aufmerksam, daß es nach den Bestimmungen der Städteordnung absolut unmöglich sei, im Statute vorzuschreiben, daß ein Arzt in das Stadtbauamt gewählt werden solle, der dieses Amt als ein Ehrenamt anzusehen habe. Im vorliegenden Falle handle es sich ja nicht um allgemeine Verpflichtungen, sondern um sachverständige Leistungen. Derartige Dienstleistungen könne die Stadt von Keinem verlangen. Auch in der Commission sei diese Frage eingehend erörtert, wobei sich denn auch noch in sachlicher Beziehung das nicht geringe Bedenken herausgestellt habe, daß von den vielen im Stadtbauamt zur Verhandlung kommenden Fällen gewiß 99 % die Mitwirkung eines Arztes durchaus nicht erfordern, so daß derselbe oft lange Zeit hindurch an den Sitzungen überflüssig Theil zu nehmen haben würde. Wenn es sich um eine Entscheidung in bedeutungs-

vollen hygienischen Fragen handle, werde man sich selbstverständlich der ärztlichen Wissenschaft nicht verschließen. Er gebe anheim, den Antrag des Herrn Blasius abzulehnen.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer noch die Bestimmung der revidirten Städteordnung vorgelesen, wonach wissenschaftliche wie kunstgewerbliche Leistungen nicht als Gemeinde-Dienste verlangt werden könnten,

zog Herr Blasius seinen Antrag mit dem Bemerken zurück, daß er sich den vorgebrachten formellen Bedenken allerdings fügen, in sachlicher Beziehung aber auf seiner Ansicht beharren müsse.

Die §§. 74 und 75 blieben unverändert.

Nach §. 76 sub 4 h ist der erste städtische Baumeister oder dessen Stellvertreter verpflichtet,

»bei jedem Bau, welcher nach §. 68 der Bauordnung der Genehmigung bedarf, eine Revision der Grundmauern und des übrigen Rohbaues vorzunehmen und kann sich derselbe dabei durch die ihm unterstellten Bautechniker (geprüfte Baumeister) vertreten lassen. Zu dem Ende hat der Bauherr sowohl von der beendigten Aushebung des Baugrundes, als auch von der Vollendung der Grundmauern, sowie von der Beendung des übrigen Rohbaues je nach Abschluß der betreffenden Baustadien auf dem städtischen Baubüreau Anzeige zu machen, worauf die betreffende Untersuchung resp. Revision binnen 3 Tagen vorzunehmen und darüber eine entsprechende Bescheinigung auszustellen ist. Vor Aushändigung dieser Bescheinigung darf mit der Herstellung der Grundmauern, beziehentlich dem Aufbau des Hauses, beziehentlich dem Abputz innerer oder äußerer Wandflächen sowie mit der Verschaalung und dem Puzé der Decken nicht begonnen werden.«

Herr Nieß beantragte zwischen den Worten »darüber« und »eine« nahe am Schlusse des 2. Satzes das Wort »sodort« einzufügen. Der Antrag wurde angenommen.

Herr Blasius hielt in gesundheitlicher Beziehung für wichtig, eine Bestimmung in diesen Paragraph aufzunehmen, welche das Publikum vor dem Einziehen in nicht völlig ausgetrocknete Wohnungen in neuen Gebäuden schütze, und zwar dadurch, daß die von dem ersten Baubeamten über die stattgehabte Revision ausgestellte Bescheinigung sich auch auf diesen Punkt mit erstrecke. Redner stellte einen diesbezüglichen Antrag.

Herr von Seckendorff sprach sich gegen diesen Antrag aus. Es müsse Jedem überlassen bleiben, sich vor dem Einziehen in nasse Wohnungen zu schützen. Man sei sehr wohl in der Lage, sich ein halbes oder ein viertel Jahr vorher zu überzeugen, ob das Haus, in welches man hineinzuziehen beabsichtige, auch völlig aus-

getrocknet sei. Sehr bedenklich würde eine derartige Bestimmung namentlich für die Bauherren sein.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die von Herrn Blasius gewünschte Vorschrift würde überhaupt nur in dem Falle rechtlich zulässig sein, wenn alle neu-gebauten Häuser vermietet würden. Wo Jemand sein eigenes neues Haus selbst beziehe, habe sich Niemand hineinzumischen; in diesem Falle könne es ein Jeder halten, wie er wolle.

Herr Munte ist der Meinung, daß man nicht berechtigt sei, einen Neubau so speciell in gesundheitspolizeilicher Beziehung abnehmen zu lassen; die Verpflichtung des Stadtbauamts bestehe mehr in einer Ueberwachung der Gebäude in feuerpolizeilicher Beziehung u. Zu wünschen wäre allerdings, daß auch in dieser Richtung in irgend einer Weise etwas geschehe. Bisher habe die polizeiliche Anzeige über die Fertigstellung eines Baues regelmäßig verspätet stattgefunden. Es liege aber nicht außerhalb der Möglichkeit, daß ein Gebäude so schlecht aufgeführt werde, daß es während der Beheizung vor der Revision einstürze, und dann sei man verantwortlich für das Leben seiner Mitbürger. Er bitte deshalb einen Passus dahingehend aufzunehmen, daß die baupolizeiliche Abnahme mindestens acht Tage vor dem Beziehen eines neuen Gebäudes stattgefunden haben müsse.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Die von Herrn Blasius gewünschte Kontrolle liege ganz außerhalb der Vorschriften einer Bauordnung. Ein Bau könne vollständig fertig sein, und sei doch noch feucht, gesundheitsnachtheilig: darauf könne sich aber die bauliche Ueberwachung nicht mit erstrecken. Die Versammlung sei nicht befugt, eine derartige Bestimmung ins Statut mit aufzunehmen. Es existire kein Gesetz, welches verbiete, daß man in sein eigenes feuchtes Haus ziehe.

Herr Blasius erwidert Herrn v. Seckendorff, daß das Interesse der Allgemeinheit doch weit schwerer wiege, als das der Bauherren bezw. Vermiether. Herrn Oberbürgermeister Pockels müsse er bemerken, daß auch in manchen anderen Beziehungen, z. B. hinsichtlich der Nahrungsmittel, Beschränkungen in der persönlichen Freiheit beständen; er erinnere nur an die Trichinenschau, an die Vorschriften bezüglich der Bierdruckleitungen u.

Da sich Niemand weiter zum Worte meldete, wurde zur Abstimmung geschritten, welche die Ablehnung des Antrags des Herrn Blasius ergab.

Nach Genehmigung der §§. 78 und 79, gegen deren Fassung nichts einzuwenden war, wurde auf Vorschlag des Herrn Reuter die Wiederaufnahme der Verhandlung über §. 67 bezw. über den dazu von Herrn Munte gestellten und angenommenen Antrag, den zweiten Satz in B 2 zu streichen, mit Rücksicht darauf beschlossen, daß durch die angenommene Aenderung in die Bestimmungen des §. eine Inconsequenz hineingebracht sei.

Es entspann sich eine kurze Debatte, am welcher sich die Herren Reuter, Niefe, Munte und Niefß beteiligten. Auf Antrag des Letztern wurde unter Zustimmung des Herrn Munte beschlossen, den Absatz B 2 dahin zu modificiren, daß auch in den unter a gedachten Wohngebäuden vor den feuersicheren Treppen feuerfeste Vorflure und über solchen Treppen feuerfeste Decken herzustellen sind, also vor b, c und d dieses Absatzes »a« einzufügen.

Nachdem hierauf das Statut im Ganzen angenommen war,

wurde die Sitzung geschlossen.





(Beilage zu **N 262** der **Braunschw. Anzeigen.**)**1881.**  
~~~~~(Fortsetzung der Beilage zu **N 248** de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N 14.**  
~~~~~

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. October 1881.

---

Öeffentlich:

- I. Project und Statut, die Stadtentwässerung betreffend.
  - II. Bewilligung der Kosten für Legung weiterer Gasröhren in der Hamburgerstraße.
  - III. desgl. für anderweite Einrichtung des Hilfslehrerwesens bei den Bürgerschulen.
  - IV. Erhöhung des Gehalts eines Beamten bei den städtischen Gas- und Wasserwerken.
  - V. Anstellung eines Arbeiters als Gascontroleur.
  - VI. Aenderung der Regulativbestimmung, betreffend den Termin für Aufstellung der Etats der Gas- und Wasserwerke, und Etatvorlage für das Gaswerk pro II. Semester 1881.
  - VII. Bewilligung der Kosten für Beleuchtungseinrichtungen in einer Knabenbewahr-Anstalt.
  - VIII. Bewilligung eines Zuschusses zu den Kosten des hier abgehaltenen 3. Turnfestes des VI. deutschen Turnkreises.
  - IX. Gesuch um Canalisation der Elmstraße.
- 

Entschuldigt die Herren Sievers und Steinau. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Haake und Ketemeyer.

Die Sitzung wird vom Stellvertreter des Vorsitzenden, Herrn Rybik eröffnet. Derselbe verliest zunächst ein Schreiben des Schuldirectors Schaarschmidt, durch welches die Mitglieder der Versammlung zur Theilnahme an der am Dienstag, den 18. October morgens 10 Uhr stattfindenden Einweihung der 5. untern Bürgerschule am Bültenwege eingeladen werden.

Nachdem sodann eine Anzahl von gedruckten Exemplaren einer Denkschrift des Ingenieurs und Maschinen-Fabrikanten Joh. Dürkop, betreffend die Umwandlung der südlich vom Bahnhofspark belegenden Osterwiesen in einen See mit Inseln, in Verbindung mit einer neuen Wasserkunst sowie Canalisation und Drainage der Stadt Braunschweig, zur Vertheilung gelangt ist, wird zur Tagesordnung geschritten.

I. berichtet Herr Grote für die Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 22. August c., betreffend Project und Statut über die Entwässerung der hiesigen Stadt. Beides ist den einzelnen Mitgliedern der Versammlung nebst einem Begleitschreiben, welches eine ausführliche Motivirung des Projects sowohl als auch des Statutenentwurfs enthält, bereits vor einiger Zeit in gedruckten Exemplaren zur Kenntnissnahme mitgetheilt. Referent weist zunächst darauf hin, wie die Calamität, in welche viele unserer Mitbürger dadurch gesetzt sind, daß sie das Schmutzwasser ihrer Haushaltungen nicht ableiten können, durch das fortwährende Anwachsen der Stadt und den dadurch in Folge der Wasserleitung vermehrten Consum an Wasser, in stetem Zunehmen begriffen ist. Während anfangs der 70er Jahre die jährliche Wasserzuleitung gut  $1\frac{1}{2}$  Millionen Cubikmeter betrug, war sie, alle Jahr steigend, im Jahre 1880 bereits auf  $3\frac{1}{2}$  Millionen Cubikmeter angewachsen. Dieses der Stadt zugeführte Wasser dient hauptsächlich zu Reinigungszwecken, und wird dadurch selbst verunreinigt. Das Resultat ist eine große Menge verunreinigten Wassers, welches möglichst rasch aus den Wohnungen zu entfernen ist, ehe es Gelegenheit findet, durch den Erdboden zu dringen und das Trinkwasser zu verderben, oder die Luft zu verunreinigen. Zweck der projectirten Canalisation ist, die erforderliche rasche Entfernung des Schmutzwassers herbeizuführen. Es sind schon jetzt Canalisationsanlagen vorhanden; dieselben genügen indeß schon ihrer Ausdehnung nach bei Weitem nicht den Anforderungen. Nur ein Theil des Wassers, welches durch die städtische Leitung in die Stadt geschafft wird, verläßt die Lehtere wieder. Eine große Menge verunreinigten Wassers geht in den Untergrund der Stadt und wirkt auf diese Weise höchst nachtheilig auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung ein. Früherhin maß man in sanitätlicher Beziehung dem Erdboden weniger Wichtigkeit bei, man stellte Luft und Wasser voran; erst in neuerer Zeit ist der Einfluß der Beschaffenheit des Untergrundes richtiger gewürdigt. Man ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß grade die im Erdboden circulirende Luft ein Träger von mancherlei Krankheiten ist und daß es deshalb dringend nöthig erscheint, den Erdboden von Verunreinigung möglichst frei zu halten. —

Das Bestreben, das verunreinigte Wasser durch eine ausgedehnte rationelle Canalisationsanlage aus der Stadt zu entfernen, ist schon seit langer Zeit vorhanden gewesen. Das erste gründliche Project zur Entwässerung der inneren Stadt ist

im Jahre 1870 vom Oberingenieur Mitgau unter Mitwirkung des derzeitigen Stadtbauraths Lappe aufgestellt. Dasselbe ist jener Zeit vom Baurath Hobrecht in Berlin geprüft und im Allgemeinen als richtig anerkannt; nur einzelne Punkte sind von ihm modificirt worden. Weitere Modificationen sind nach Herausgabe der vom Kreisbranddirector Reuter im Jahre 1873 verfaßten, den Gegenstand betreffenden Broschüre vorgenommen.

Als die Verunreinigung des westlichen Umfluthgrabens zu höchst widerwärtigen Zuständen geführt hatte, kam auch die Frage wegen Entwässerung der Außenstadt und damit Reinigung der Oker-Umfluthgräben in ernstliche Erwägung. Im Jahre 1876 ist zuerst vom Oberingenieur Mitgau ein Project zur Entwässerung der äußeren Stadt aufgestellt; dasselbe wurde im Einzelnen weiter ausgeführt und im Jahre 1877 fertig gestellt. Die Herzogliche Baudirection hat sich mit diesem Projecte unterm 1. Februar 1877 im Allgemeinen unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß die Canäle sich in angemessener Tiefe und mit genügendem Gefälle anlegen lassen würden. Es soll danach die westliche Außenstadt in der Weise canalisirt werden, daß ein großer Canal vom Wilhelmithore ab, nach Aufnahme des Bahnhofstraßen-canals, durch die Frankfurter-, Louise-, Julius-, Goslarsche-, Hildesheimer- und die Gellerstraße unterhalb der Zutfabrik in die Langetiefe geführt wird. In diesen Canal werden aus den angrenzenden Straßen Seitencanäle eingeleitet. Es sind bei diesem Projecte Nothauslässe vorgesehen, damit dem Wasser, wenn es bei starken Regengüssen die Noth erheischt, ein Ausweg in den Umfluthgraben offen bleibt. Durch letztere Maßregel ist es möglich, das Canalsystem in kleineren Dimensionen herzustellen, als wenn das gesammte Regenwasser im Hauptcanale mit fortgeführt werden müßte. Gegen Zulassung dieser Nothauslässe liegen keine Bedenken vor, da dieselben nur bei plötzlichen heftigen Regengüssen in Anspruch genommen werden und das Wasser alsdann verhältnißmäßig wenig Unreinigkeiten mit sich führt. Zunächst sind zwei Nothauslässe auf dieser Strecke in Aussicht genommen, zwei fernere werden vielleicht später angelegt werden müssen, wenn das Canalsystem mehr und mehr zur Benutzung gelangt ist.

Die Canalisation der östlichen Außenstadt zerfällt in zwei Abtheilungen. Der außerhalb des Steinhors liegende Giersberg bildet die Wasserscheide nach Norden und Süden. Den Niveauverhältnissen nach muß der südlich des Giersberges gelegene Theil nach dem Augustthore zu entwässert werden. Wollte man einen Canal durch die Straßen außerhalb des Umfluthgrabens, wie an der westlichen Seite, legen, so müßte derselbe weit höher und von den größten Dimensionen hergestellt werden, was ganz bedeutende Mehrkosten verursachen würde. Es ist deshalb projectirt, das Wasser südlich vom Giersberge in einen Canal zusammenzuführen, der schließlich mittelst eines Dükers unter der Augustthorbrücke hindurch geleitet wird und so das Wasser der Innenstadt zuführt. Was dort weiter werden soll, ob das Wasser zu dem Oker-

arme am Tummelplatze oder direct nach dem Norden der Stadt geleitet werden soll, steht noch nicht fest. Die nördlich vom Giersberge gelegenen Straßen werden durch drei Hauptcanäle entwässert, welche sich am Bültenwege vereinigen, und das hier zusammenfließende Wasser wird durch die Spielmanns-, Schleiniß- und Hamburger-Straße sowie durch den Hasenwinkel nach der Lagentiefe geführt. Auch hier ist durch Nothauslässe dafür gesorgt, daß die Canäle keine sehr großen Dimensionen zu haben brauchen.

Die Gesamtkosten der gegenwärtig erforderlichen Canalausführungen (mit Aus- schluß aller bereits ausgeführten, welche bis auf Weiteres in Benutzung bleiben sollen) betragen nach dem gemachten Anschlage resp. dem Nachtrage zu demselben für Canalisirung

1) der inneren Stadt . . . . .	525 000 M.
2) der östlichen äußeren Stadt . . . . .	453 000 »
3) der westlichen äußeren Stadt . . . . .	720 000 »

zusammen 1 698 000 M.

Der Stadtmagistrat beantragt

- 1) das entwickelte Canalssystem und die darauf basirten Projecte wegen Ent- wässerung der Außenstadt im Principe zu genehmigen,
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß danach die als für jetzt erfor- derlich bezeichneten einzelnen Canalbauten im äußeren Stadtgebiete durch den Oberingenieur Mitgau behuf deren baldigster Ausführung im Detail durchgearbeitet und veranschlagt werden,
- 3) die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der Oberingenieur Mitgau mit Ausarbeitung eines neuen Canalisationsprojectes für die innere Stadt beauftragt werde.

Die Statutencommission hat die Vorlage eingehend geprüft und kann sich im Allgemeinen nur auf den Standpunkt des Magistrats stellen.

Bedauerlich sei allerdings — führt Referent ferner aus — daß bei Einrichtung dieser mit so bedeutenden Kosten verknüpften Canalisirung nicht zu ermöglichen steht, auch die allerunangenehmsten Abgänge, die Fäcalstoffe mit in die Oker abzuleiten. Augenblicklich scheiterte dieses an dem Widerspruche der verschiedenen Behörden, namentlich der Herzoglichen Kreisdirection. Möglich sei, daß dieser Widerspruch später einmal überwunden werde und andere Anschauungen sich geltend machen könnten. Sollte demnächst die Anlage von Closets gestattet werden, so erleide mit Rücksicht auf diese Möglichkeit die Anlage keine Modification. Die Canäle müssen doch in jeder Hinsicht, qualitativ wie quantitativ, so eingerichtet werden, daß sie jederzeit zur Aufnahme auch von Fäcalstoffen geeignet sind; diese machen auch nur einen so geringen Procentsatz der Abgänge aus, daß sie räumlich von keiner großen Bedeutung sind. Nach einer Berechnung des Bauraths Hobrecht kommt auf 600

Theile Abwässer nur 1 Theil Fäcalien. Die Canäle, welche alles Regen- und Schmutzwasser abzuleiten haben, seien weit genug, demnächst die Fäcalstoffe mit fortzuführen.

Vor einigen Jahren hätten sich Stimmen gegen eine Canalisation der Stadt geltend gemacht. Es sei dabei auf Unzuverlässigkeiten, welche in anderen bereits mit Canalisation versehenen Städten vorgekommen, hingewiesen worden. Diese Unzuverlässigkeiten hätten jedoch ihren Grund in fehlerhaften Einrichtungen gehabt. Würden derartige Fehler vermieden, so sei die heutige wissenschaftliche Anschauung den Städtecanalisirungen entschieden günstig.

Insbefondere habe sich Herr von Pettenkofer vor 4 Wochen in Salzburg des Breiteren zu Gunsten der Canalisationen in sanitärer Beziehung ausgesprochen. Unfälle, wie sie namentlich in England vorgekommen, wo das Canalgas die Canäle gesprengt und in die Wohnungen getreten, sind nach den gemachten Erfahrungen bei richtiger Anlage nicht mehr zu befürchten: zahlreiche in die Canäle eingefügte Auslaßöffnungen lassen die sich entwickelnden Gase jederzeit entweichen. Die Anschlüsse der Häuser an den großen Canal sind von der größten Wichtigkeit und es werde deshalb von der Statutencommission ein Antrag zur Annahme empfohlen, der eine möglichst gute und zuverlässige Ausführung dieser Anschlüsse sicherstelle, so daß irgend welche Fehler, veranlaßt durch mangelhafte Arbeit oder unpassendes Material, möglichst vermieden werden.

Andere Einwendungen gegen die Canalisation beträfen die Flußverunreinigung. Aber auch darüber wechselten die Ansichten sehr. Während vor einer Reihe von Jahren viel darüber gesprochen wurde, daß das Schmutzwasser, mit dem Flußwasser verdünnt der Luft ausgesetzt, sehr bald gereinigt werden würde, wurden Stimmen aus England laut, welche im Gegentheil behaupteten, daß die Drydation sehr langsam von Statten ginge. Bedenkt man nun aber, daß z. B. Hamburg seinen ganzen Wasserbedarf ohne nachtheiligen Einfluß auf den Gesundheitszustand der Bewohner der Elbe entnimmt, und zieht dabei in Betracht, was dieser Fluß in seiner ganzen Länge bis zur Einmündung in's Meer aufzunehmen hat, denkt man an die Wasserversorgung von Nottingham aus dem Trent, von Paris aus der Seine u. s. w., so verschwindet die Furcht vor einer gesundheitsgefährlichen Verunreinigung der Oer unterhalb unserer Stadt vollständig.

Die anfangs der 70er Jahre hier aufgestellten Canalisationsprojecte stützten sich auf Grundlagen, die sich späterhin wesentlich geändert haben; namentlich in letzterer Zeit sind verschiedene kleinere Canalisationen vorgenommen, ohne daß dieselben ins Canalisationsproject hineinpassen. Es ist deshalb erforderlich, zunächst ein neues Canalisationsproject auszuarbeiten, welches auf möglichste Benützung der bereits vorhandenen Canäle Bedacht zu nehmen hat.

Die Commission gebe anheim, die Magistratsanträge zu genehmigen.

## Die Discussion eröffnend,

bemerkt zunächst Herr Blasius, daß man die Vorlage des Stadtmagistrats wohl mit besonderer Freude begrüßen könne, indem durch Ausführung der Canalisation ein wesentlicher Fortschritt im Gesundheitszustande der Stadt erzielt werden würde. Zur Zerstreuung etwaiger noch vorhandener Bedenken gegen die Canalisation wolle er noch hervorheben, daß nach den von Herrn von Pettenkofer gegebenen, von Redner selber gehörten Auseinandersetzungen die in den Canälen sich entwickelnden Gase, welche besonders in England schon verschiedentlich Unheil angerichtet haben und namentlich aus den Closets aufgestiegen sein sollen, eigentlich keine Canalgase, sondern Gase seien, die bei starken Regengüssen mit dem Regen in den Dachrennen hinuntergetrieben werden. Pettenkofer habe mit einem eigens dazu construirten Apparate diese aufsteigenden Gase chemisch untersucht und gefunden, daß dieselben aus der atmosphärischen Luft herrühren.

Herr Wolff stellt die Anfrage, ob nicht durch die bedeutende Entnahme von Wasser aus der Oker seitens der städtischen Wasserleitung wie der an der Oker belegenen Fabriken der Wasserstand der Oker so beträchtlich gesenkt werde, daß eine größere Stauung erforderlich sei, und ob nicht dadurch wiederum Uebelstände herbeigeführt würden, die man andererseits gern vermeiden wolle? Ferner frage es sich, ob es nicht zweckmäßig sei, daß das Condensationswasser der Fabriken, welches doch völlig rein sei, der Oker wieder zugeführt werde, um denselben das erforderliche Niveau zu erhalten.

Referent erwidert, daß man bei etwaigem Wassermangel sich durch Eindämmung der Oker zu helfen wissen werde. Zweckmäßig sei auch, daß möglichst viel Wasser in den Canal komme; die Masse werde dadurch flüssiger und leichter beweglich, die Gefahr einer Zersetzung also um so geringer.

Herr Reuter: Daß der Stadt durch die Wasserleitung zugeführte Wasser betrage täglich etwa 9600 Kubikmeter; dieses Wasserquantum falle gegenüber der Wassermenge, welche die Umfluthgräben mit sich führen, nicht wesentlich ins Gewicht; der Wasserspiegel werde dadurch etwa um 30 Centimeter gesenkt. Man müsse aber bedenken, daß auch die Wasserentnahme jetzt regelmäßig stattfinde und jetzt schon ein großer Theil des Wassers nicht wieder in die Umfluthgräben zurückkomme, sondern direct nach unten abgeführt werde. Sollte aber demnächst bei Erweiterung des Wasserwerks der Plan zur Ausführung kommen, daß das Wasser von Bienenburg hergeleitet werde, dann würden die erhobenen Bedenken ganz fortfallen, weil das Wasser dann einem Gebiete entzogen werde, welches notorisch mit dem Wasserstande der Oker in keiner Verbindung stehe. Hinsichtlich der Gasentwicklung in den Canälen stimmt Redner den Ausführungen des Herrn Referenten wie des Herrn Blasius zu.

Herr Blasius hält auch für wünschenswerth, daß das Condensationswasser der Fabriken mit in den Canal hineinkomme, es müßte aber, wenn dieses den Fabriken gestattet werde, genau controlirt werde, daß auch nur Condensationswasser in die Canäle abgeführt werde, und das sei sehr schwierig. Uebrigens sei auch in anderen Städten ein Senken des Wasserspiegels bei Einführung der Canalisation nicht bemerkt worden.

Nachdem der Herr Referent noch beiläufig bemerkt hat, daß in dem Umfluthgraben vom westlichen Okerarme bis zur Neustadtmühle etwa 250000 Cubikmeter Wasser enthalten seien,

werden die Magistratsanträge genehmigt.

Die Versammlung geht sodann zur Berathung des Statuts über, und es nimmt namens der Commission

Herr Heymann das Wort. Derselbe verliest das Statut, die commissionsseitig für erforderlich erachteten Modificationen dabei besonders hervorhebend. Das Statut enthält 21 Parapraphen, die in folgenden 5 Abschnitten zusammen gefaßt sind:

- 1) Herstellung und Unterhaltung der Straßencanäle,
- 2) Anschluß der Häuser an die Straßencanäle,
- 3) Benutzung derselben,
- 4) Kosten der Herstellung und Unterhaltung der Straßencanäle,
- 5) Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

Die §§. 1 bis 3 werden ohne Weiteres genehmigt.

§. 4 lautet:

#### § 4.

Die Anlage der Abflußröhren und sonstigen Entwässerungseinrichtungen innerhalb des Grundstücks bleibt dem Besitzer überlassen, vorbehaltlich jedoch der für derartige Anlagen zu erlassenden allgemeinen Vorschriften.

Der Grundstücksbesitzer muß vor dem Beginne der Ausführung der Hausentwässerungsanlage die Beschreibung und Zeichnung derselben, und zwar die Zeichnung in zwei Exemplaren, dem Stadtmagistrate vorlegen und dessen Genehmigung einholen.

Keine derartige Anlage darf in Gebrauch genommen werden, bis dem Stadtmagistrate von ihrer Vollendung Anzeige gemacht ist und dieser die Benutzung gestattet hat.

Ohne Genehmigung des Stadtmagistrats darf mit der von demselben zur Benutzung gestatteten Anlage keine Veränderung vorgenommen werden.

Der Stadtmagistrat hat das Recht, durch seine Beamten die Ausführung und den Zustand der Hausröhrenanlage jederzeit revidiren zu lassen und die Beseitigung der vorgefundenen Mängel oder die Ausführung solcher Aende-



rungen, welche nach technischem Ermessen sich als erforderlich gezeigt, vom Grundstücksbesitzer zu fordern und nöthigenfalls auf dessen Kosten vornehmen zu lassen.

Die Kosten werden von dem Grundstücksbesitzer, nach vergeblicher Zahlungsaufforderung, im Wege der administrativen Execution eingezogen.

Auf diesen Paragraphen hat ein vom Herrn Referenten zur Verlesung gebrachter Passus eines Schreibens des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege im Herzogthume Braunschweig an den Stadtmagistrat vom 27. September c., betreffend das Canalisations-Statut, Bezug; dort heißt es unter 3:

»Da die Herstellung der Hausanschlüsse bezw. der inneren Hausentwässerungsanlagen einer der wichtigsten und folgenschwersten Punkte bei der Canalisation ist, so erweist es sich als rathsam, die diesbezüglichen Arbeiten von der städtischen Baubehörde selbst vornehmen zu lassen, und dies in dem städtischen Statute ausdrücklich hervorzuheben. Daß allgemeine Vorschriften für die Herstellung solcher Anlagen neben der stadtbauamtlichen Prüfung der Zeichnung und Revision der Ausführung nicht die Gefahren, welche das Eindringen von Canalgasen in die Häuser mit sich bringt, zu beseitigen vermögen, lehrt das Beispiel der meisten canalisirten Städte.«

Die Statutencommission ist nun der Ansicht, daß es einmal juristisch nicht unzweifelhaft sei, ob man einen derartigen Zwang gegen die Hausbesitzer ausüben könne, ob dieselben nicht, wenn sie sich bereit erklären, sich bei der Ausführung den Anordnungen der Behörde in jeder Beziehung zu fügen, das Recht haben, sich gegen die Detroyirung einer ausführenden Person zu verwahren. Auf der andern Seite glaubt die Commission, daß durch die Vorschriften des §. 4 das öffentliche Interesse wohl mit genügender Sicherheit gewahrt sein möchte. Sie beantragt indeß, um namentlich die Hausbesitzer darauf hinzuweisen, daß es für sie der beste, einfachste und bequemste Weg ist, wenn sie sich bei Anlage einer Hausentwässerung an den Magistrat wenden, im 2. Absatz hinter »Hausentwässerungsanlage« einzuschalten »insofern solche nicht auf seinen Antrag durch die Stadtgemeinde ausgeführt wird«.

Herr Oberbürgermeister Pockels, welcher verhindert gewesen, an der Commissionsverhandlung theilzunehmen, würde schon innerhalb der Commission seine Bedenken gegen diese Zusatzbestimmung vorgebracht haben. Derselbe stimmt insofern mit der Statutencommission überein, als es mindestens zweifelhaft ist, ob Jemand gezwungen werden kann, seine Hausentwässerungsanlage durch einen städtischen Beamten ausführen zu lassen. Er hält auch auf der andern Seite für unbedenklich, daß derartige Anlagen durch städtische Beamte ausgeführt werden, glaubt aber, daß es, um dieses zu sichern, einer besondern statutarischen Bedingung nicht bedürfe. Es verstehe sich dieß eigentlich von selber, sobald nur die städtischen Behörden ihren Organen die Ausführung solcher Arbeiten nachlassen wollen. Wenn aber im Statute

selbst darauf hingewiesen werde, daß eben und zwar unter gewissen Vortheilen derartige Hauseinrichtungen seitens der städtischen Organe gemacht werden könnten, dann habe das allerdings auf der einen Seite die angenehme Folge, daß Viele ihre Entwässerungsanlagen durch die städtischen Organe herrichten ließen, wodurch eine gute Ausführung garantirt sei, auf der anderen Seite erwachsen aber den städtischen Organen, besonders der städtischen Bauverwaltung, der diese Arbeiten zufallen würden, eine bedeutende Arbeitslast und sehr unangenehme Belästigungen. Es würden Differenzen nicht ausbleiben, sei es hinsichtlich der Berechnung der Preise, wenn auch die Einheitäpreise festgestellt werden, sei es, daß aus irgend welchem Grunde die Hausentwässerung zu functioniren aufhöre. Etwaige Mängel werden sofort dem ausführenden Beamten zur Last gelegt werden und sollen dieß dann Constructionsfehler sein, während in der Regel eine nachlässige Behandlung der Anlage die Schuld trägt. Redner ersucht deshalb, den Zusatzantrag der Commission abzulehnen, und erklärt ausdrücklich, daß man im Magistrate der Ansicht gewesen sei, es würde die Herstellung solcher Hausentwässerungsanlagen durch die städtischen Organe Begünstigung finden. Außerdem komme noch in Betracht, daß bei Differenzen bezüglich der Preise, die Kosten von einem säumigen Hauseigenthümer nicht im Wege der Execution beigetrieben werden könnten, die Stadt vielmehr in jedem einzelnen Falle auf den Weg des Processus verwiesen bleibe.

Referent: Die Commission habe nicht angenommen, daß jeder derartige Antrag von den städtischen Behörden berücksichtigt werden müsse; er könne auch abgelehnt werden. Der vorgeschlagene Zusatz sei aber auch deshalb nicht überflüssig, weil, wenn er fehle, die Bestimmung in Absatz 2 des §. 4, nach welcher Beschreibung und Zeichnung der Anlage vor dem Beginne der Ausführung dem Magistrate vorgelegt werden müssen, in den Fällen, wo die Ausführung durch die städtischen Behörden geschehe, zu einer rein nutzlosen Form werden würde.

Herr Blasius: Wenn keine juristischen Bedenken vorliegen, die Hausbesitzer bei Ausführung von Hausentwässerungsanlagen zur Heranziehung von städtischen Beamten zu zwingen, dann würde er unbedingt dafür sein, daß die vom Vereine für öffentliche Gesundheitspflege gewünschte Bestimmung ins Statut aufgenommen würde. Sollten diese aber vorliegen, was er nicht wisse, dann möge die Versammlung doch wenigstens dem Commissionsantrage zustimmen.

Herr von Seckendorf hält es für höchst bedenklich, wenn einem Manne, welcher in seiner Eigenschaft als Beamter die Controle über eine Sache auszuüben habe, auch die Ausführung derselben übertragen werde. Es sei nicht zu empfehlen, daß die städtische Verwaltung überhaupt Gewerbe betreibe, was hier der Fall sein würde. Es existirten auch in der Stadt schon jahrelang Geschäfte, die sich mit Ausführung derartiger Einrichtungen befaßten.

Herr Semler ist der Meinung, daß es sich hier weniger um einen Geschäftsbetrieb, als um sanitäre Maßregeln handle und man alles Mögliche thun müsse, um den sanitären Gesichtspunkt in den Vordergrund treten zu lassen. Mit Rücksicht hierauf gebe er anheim, zu bestimmen, daß die Anschlußleitungen auch von den städtischen Behörden besorgt werden. Juristische Bedenken lägen seiner Meinung nach nicht vor.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn durch die Vorschläge weiter nichts erreicht werden solle, als die Hausbesitzer einfach darauf hinzuweisen, daß sie derartige Einrichtungen durch die städtischen Organe machen lassen können, dann bitte er, dieselben nicht anzunehmen, damit den städtischen Behörden keine Verpflichtung zur Ausführung erwachse. Magistratsseitig sei nicht erklärt, daß die Gas- und Wasserwerke derartige Einrichtungen machen können, und doch wisse Jeder, daß er sich diesshalb an die Gas- und Wasserwerke wenden könne.

Herr Blasius: Ein sicherer Anschluß der Hausleitung sei in sanitärer Hinsicht vorwiegend wichtig. Wenn aber ein städtischer Beamter mit der Controle dieses Punktes beauftragt würde, so habe Redner auch nichts dagegen einzuwenden, daß die einzelnen Geschäfte, welche sich mit Ausführung der beregten Einrichtungen befassen, von diesem Beamten instruiert und mit Aufträgen betraut würden.

Herr Rieß warnt vor Annahme des Commissionsantrages; es würde dadurch dem Magistrate eine Last erwachsen, die nur von einer bedeutenden Anzahl von Menschen bewältigt werden könnte. Seiner Ueberzeugung nach genüge es vollständig, wenn die Bestimmung getroffen werde, daß Beschreibung und Zeichnung der auszuführenden Anlagen der Genehmigung bedürfen und wenn die Anschlüsse in Bezug auf die Tüchtigkeit der Ausführung gehörig controlirt würden.

Herr Rieke spricht sich gleichfalls gegen den Commissionsantrag aus. Man solle die Leute nicht zu sehr in ihrer persönlichen Freiheit beschränken und ihnen überlassen, welchen Weg sie als den richtigsten wählen wollen. Eine Controle seitens eines städtischen Beamten genüge, wie bei allen anderen Bauten, auch in diesem Falle vollständig. Dem Magistrate werde auch durchaus nichts daran gelegen sein, sich diesen Geschäftszweig zu monopolisiren, denn es würde ihm eine ungeheure Last daraus erwachsen.

Herr Wille schlägt vor, über die Herstellung von Hausanschlüssen bestimmte Vorschriften zu erlassen und solchen Leuten, die sich mit der Herstellung befassen, nach vorgängiger Prüfung Concession dazu zu theilen, wie das beispielsweise in Dresden der Fall sei.

Herr Blasius stimmt dem Vorschlage des Herrn Vorredners bei.

Herr Hasenbalg glaubt, daß man dem Ausströmen des Canalgases dadurch am besten vorbeuge, wenn mit der Legung des Hausrohres auch allemal zugleich der hydraulische Verschuß seitens der städtischen Verwaltung ausgeführt werde und dem

Hausbesitzer dann überlassen bleibe, Sicherheitsmaßregeln auf seinem Grundstücke anzubringen, welche ein Uebersteigen der Canalgase in die Hausleitung unmöglich machen.

Herr Reuter hebt hervor, daß alsdann die erforderliche Sicherheitsmaßregel von der städtischen Verwaltung getroffen werden müsse; sie werde in einem sog. Rückflauventil bestehen müssen, welches alle Flüssigkeiten aus dem Hause in den Canal durchlasse, nicht aber umgekehrt.

Herr Hasenbalg bringt den Antrag ein, mit Rücksicht hierauf §. 3 folgendermaßen zu fassen:

»Die Leitung und Unterhaltung der Hausröhren (§. 2.) vom Straßencanal bis an das Grundstück, sowie des hydraulischen Verschlusses, ob dieser im Straßenterrain oder im Hausterrain liegt, geschieht durch die Stadtgemeinde.«

Nachdem Herr Oberbürgermeister Pockels sich gegen die von Herrn Wille empfohlene Ertheilung von Concessionen zur Herstellung von Hauscanälen, sowie gegen den Antrag des Herrn Hasenbalg ausgesprochen hat, weil derselbe ins technische Gebiet übergreife und nach Absatz 1 des §. 4 über derartige Anlagen noch allgemeine Vorschriften zu erlassen seien,

zieht Herr Hasenbalg seinen Antrag zurück.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Zusatzantrag der Commission abgelehnt und §. 4 in der Fassung des Magistrats angenommen.

Die §§. 5 und 6 werden ohne Weiteres genehmigt.

Die den IV. Abschnitt bildenden §§. 7—19 handeln von den Kosten der Herstellung und Unterhaltung der Straßencanäle. Der Magistrat entwickelt in seinem Begleitschreiben die Rechtsverhältnisse in Bezug auf die Kosten der Canalanlagen folgendermaßen:

»Die unterirdischen Straßenentwässerungscanäle innerhalb der Umfluthgräben sind bislang auf ausschließliche Kosten des Kreisfonds resp. der Stadtcasse hergerichtet und unterhalten; die Kosten der Erbauung von Straßencanälen außerhalb der Umfluthgräben dagegen werden zur einen Hälfte aus der Wegbaukasse bestritten und zur anderen Hälfte den Besitzern der anliegenden Grundstücke nach dem Verhältnisse der Frontlängen der letzteren und zwar ohne Rücksicht darauf, ob dieselben bebaut sind oder nicht, zur Last gelegt; die Kosten der Unterhaltung dieser Canäle trägt die Wegbaukasse. Diese Beitragspflicht der Anlieger zu den Herstellungskosten der Canäle außerhalb der Umfluthgräben war durch §. 11 des Statuts, vom 1. Juli 1870, die Erweiterung der Stadt Braunschweig betreffend, ausgesprochen, ist aber in ihrer Richtung gegen die Besitzer von unbebauten Grundstücken dadurch hinfällig geworden, daß die Landes-Bauordnung (im

4. Absätze des §. 12.) eine statutarische Verpflichtung der Besitzer von unbauten Grundstücken zur Concurrnz bei Canalbauten nicht mehr gestattet. Wir sind diesem Defecte des §. 11. des Stadterweiterungsstatuts neuerdings dadurch entgangen, daß wir die Anlieger durch Vertrag zu der qu. Beitragsleistung verpflichtet haben.

Die angezogene Bestimmung der Landesbauordnung giebt den Gemeinden das Recht, die Besitzer von an canalisirten Straßen belegenen Gebäuden zur Benutzung der Canäle und zur Leistung eines verhältnißmäßigen Beitrages für diese Benutzung zu verpflichten.

Von diesem Rechte einer Beitragsforderung für die durch das Ortsbaustatut vorgeschriebene Benutzung der Straßencanäle macht der Abschnitt IV des Entwurfs Gebrauch. Derselbe geht davon aus, daß die rascheste Erweiterung resp. Veränderung des Canalnetzes thunlichst angestrebt werden müsse, daß Solches bei der finanziellen Lage der Stadt nur durch eine Heranziehung der Anlieger zu ermöglichen sei, und daß überdies die seither ungleiche Behandlung der Gebäudebesitzer, je nachdem dieselben innerhalb oder außerhalb der Umfluthgräben wohnen, im Hinblick auf den gegenwärtigen Umfang der Bebauung des äußeren Stadtgebiets der Gerechtigkeit und Billigkeit widerstreite, und deshalb um so mehr in Wegfall gebracht werden müsse, als auch im inneren Stadtgebiete an noch Canalbauten von erheblichem Umfange in Aussicht stehen.«

Nach der Absicht das Statuts soll also jetzt eine ganz gleichmäßige Heranziehung der Hausbesitzer auf Grund des Absatzes 4 des §. 12 der Landesbauordnung eintreten. Es ist nun zunächst die allgemeine Frage zu erwägen, ob überall, wie der Stadtmagistrat beabsichtigt, von dem der Stadt gewährten gesetzlichen Rechte der Heranziehung der Hausbesitzer Gebrauch gemacht werden soll oder nicht. Auch in der Statutencommission ist zum Theil die Ansicht vertreten gewesen, daß eine solche Heranziehung nicht zweckmäßig sei, sondern sich empfehle, die gesammten Kosten der Stadtcasse aufzuerlegen. Die überwiegende Majorität der Commission ist jedoch anderer Ansicht gewesen. Nach dem Landesgesetze steht die Wahl zwischen zwei Wegen offen: entweder muß man die Hausbesitzer frei lassen und die ganzen Kosten auf die Stadtcasse übernehmen, oder man muß alle Hausbesitzer, die mit der fraglichen Anlage in Verbindung stehen, zu einem verhältnißmäßigen, auf gleichmäßigen Principien beruhenden Beitrage heranziehen. Eine anderweite Regelung würde nicht zulässig sein, insbesondere würde es gesetzlich unstatthaft sein, zu bestimmen, daß außer den Hauseigenthümern auch die zur Miethe Wohnenden mit herangezogen werden sollen. Die Letzteren haben allerdings auch Interesse am Canalnetze, weil dasselbe den allgemeinen Gesundheitszustand der Stadt verbessert, aber es läßt sich nicht bestreiten, daß die mit dem Canalnetze verbundenen Grundstücke ganz vorzugsweise durch die

Anlage gewinnen. Es ist deshalb richtig, daß die Stadt nicht die Gesamtkosten allein trägt, sondern von dem Rechte der Heranziehung der Hausbesitzer Gebrauch macht, auch schon deshalb, weil, wenn nicht von diesem Rechte Gebrauch gemacht würde, man nicht in der Lage wäre, die Fabriken zu besonderen Beiträgen heranzuziehen. Eine Heranziehung entspreche aber im höchsten Grade der Billigkeit, weil die Fabriken die Canäle vorwiegend benutzen und die Anlage derselben sehr vertheuern. Nach dem Statutentwurfe ist nun das zulässige Maximum der Gesamtbeiträge der Anlieger fixirt, während die Entschließung darüber, wieviel in den einzelnen Jahren den Anliegern auferlegt werden soll, den städtischen Behörden überlassen bleibt.

Die §§. 7—11, welche bei der nun folgenden Debatte in Betracht kommen, lauten folgendermaßen:

#### §. 7.

Für jedes bebaute Grundstück, welches mit dem unterirdischen Canale der Stadtgemeinde durch seine Entwässerungsanlage in Verbindung gebracht ist oder gebracht werden wird, ist nach Maßgabe d. r. nachstehenden näheren Bestimmungen ein jährlicher Beitrag an die Stadt zu entrichten.

#### §. 8.

Der Gesamtbeitrag der Jahresbeiträge (§. 7.) darf die in dem betreffenden Etatjahre erforderlichen Summen für Verzinsung und Amortisation des auf den Bau der städtischen Entwässerungsanäle verwendeten Anlagecapitals und für Unterhaltungs- und Erneuerungszwecke nicht übersteigen.

Für Verzinsung des Anlagecapitals sollen nicht mehr als 5 % und für Amortisation desselben nicht mehr als 1 % gerechnet werden.

Die vor dem Erlaß dieses Statuts aufgewandten Canalbausummen sollen dem gedachten Anlagecapitale nur in so weit eingerechnet werden, als sie nach §. 20 den Anliegern zu ersetzen sind.

#### §. 9.

Der Stadtmagistrat hat nach Anhörung des Stadtbauamts im Monat August jeden Jahres die im folgenden Jahre auszuführenden Neubauten und Reparaturen zu verzeichnen, die erforderlichen Kostenanschläge ausarbeiten zu lassen und darnach einen Voranschlag aufzustellen.

Dieser Voranschlag ist in den Wegebau-Etat aufzunehmen, bei der Feststellung und Ausführung aber wie ein selbständiger Theil desselben zu behandeln.

#### §. 10

Gewerbliche Etablissements, insofern das Maaß oder die Art ihrer Abwässer die Herstellung oder Unterhaltung der Canäle unverhältnißmäßig vertheuert oder die Benutzung der letzteren in einem bedeutenden Grade erforderlich macht, sind in dieser Hinsicht zu besonderen Beiträgen verpflichtet.

Ob und zu welchem Betrage ein solcher außerordentlicher Beitrag zu leisten ist, wird alljährlich durch den Stadtmagistrat festgestellt.

§. 11.

»Die Gesamtheit der nach Absatz der in §. 10 gedachten außerordentlichen Beiträge übrig bleibenden Kosten wird auf die Anlieger nach dem Verhältnisse des Grundsteuercapitals ihrer Wohnhäuser vertheilt.

Herr Reiche findet die Bedenken der Minorität der Commission gegen eine alleinige Belastung der Hausbesitzer gar nicht für so unbegründet. Diese seien in den letzteren Jahren mehrfach ganz bedeutend belastet worden. Er erinnere nur an die Beiträge zur Anlegung der Wasserleitung, an die Grundsteuer, Herstellungskosten der Trottoirs und Straßenreinigung. Ein Hauptgrund sei aber der, daß die Grundstücke so bedeutend im Werthe gesunken seien, daß der Besitz eines Hauses für Manchen kein Segen, sondern eine Last sei. Redner bittet deshalb, zu beschließen, daß die gesamten Kosten der Canalisation aus der Stadtcasse bestritten werden, denn, wenn wirklich die Communalsteuer dadurch etwas in die Höhe geschraubt werde, so trage sich die Last doch für jeden Einzelnen leichter, indem sie von sämmtlichen Steuerzahlern Braunschweigs zu tragen sei. Ferner bittet Redner, im 1. Absatz des §. 10 das Wort »besonderen« zu streichen.

Herr Nieß giebt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß den Hausbesitzern wiederum eine fernere Last aufgebürdet werden solle, und schlägt vor, die Stadtcasse wenigstens zu einem Drittel oder zur Hälfte der Kosten heranzuziehen.

Auf eine Anfrage des Herrn Wolff, wie hoch sich der Beitrag eines jeden Hausbesitzers ungefähr stellen werde,

erwidert Herr Reuter, daß für jedes Haus etwa der fünfte Theil der Grundsteuer zu zahlen sei. Wenn übrigens von den Herren Reiche und Nieß hervorgehoben sei, daß die Grundbesitzer so sehr belastet seien, so müsse er ihnen entgegen halten, daß dieses in den Zeitverhältnissen liege: Bei der vorhanden gewesenen starken Baulust fänden sich augenblicklich mehr Wohnungen als Miether vor und die Hausbesitzer könnten deshalb nicht den Miethertrag erzielen, den sie gern haben möchten. Dieses Verhältniß wende sich aber auch einmal wieder. Bei Einführung der Wasserleitung haben die Hausbesitzer ihren Inquilinen theilweise das Doppelte und Dreifache an Miete aufgesetzt, was ihnen selber an Kosten dadurch entstanden sei.

Die Herren Munte und Nieß bringen sodann den Antrag ein:

zu beschließen, daß der Antheil der Stadtgemeinde an den demnächst entstehenden Unkosten der allgemeinen Canalisation von  $\frac{1}{6}$  Antheil auf die Hälfte erhöht werde.

Herr Oberbürgermeister Vockels spricht sich zunächst gegen den Vorschlag des Herrn Reiche, das Wort »besonderen« in §. 10 zu streichen, aus, und bemerkt dann

ferner, daß, wenn nach dem weiteren Vorschlage des Herrn Reiche die Kosten der Canalisation in ihrer Gesamtheit auf die Stadtcasse übernommen werden würden, solche nicht auf den Antrag beschränkt bleiben würden, wie sie vorläufig veranschlagt worden. Aus dem Begleitschreiben des Magistrats gehe hervor, daß die Canalisation augenblicklich nur als ein Project zu betrachten sei, welches auf die bebauten Straßen Bezug habe, die also mehr oder weniger in fortlaufender Reihe mit Wohnhäusern besetzt sind. Sobald aber die Kosten der Canalisation auf die Stadtcasse übernommen würden, also jeder Steuerzahler belastet werde, dann hätte auch jeder Steuerzahler Billigkeitsansprüche darauf, daß sein Grundstück möglichst bald mit dem Straßencanal in Verbindung gesetzt werde, und daß dann der Betrag von 1698000 *M.* nicht ausreiche, liege wohl auf der Hand. — Wenn vorhin gesagt sei, daß den Hausbesitzern wiederum eine Last aufgebürdet sei und dieselben so wie so schon schwer zu tragen hätten, so müsse er solches insofern einräumen, als dieselben durch die Grundsteuer allerdings etwas hart getroffen seien. Was aber die Heranziehung der Hausbesitzer zu den Canalisationskosten anlange, so würden dieselben den städtischen Behörden darüber nicht gram werden, wenigstens spreche die Vergangenheit dagegen, denn alle vor den Thoren liegenden Straßen würden, wenn nur die Projecte fertig gestellt wären, schon canalisirt werden können, weil die Anlieger sich zur Zahlung der Kosten immer gern bereit erklärt hätten. Wenn nun der Zuschuß der Stadt von  $\frac{1}{6}$  auf  $\frac{1}{2}$  erhöht werden solle, dann stehe man wieder vor der Nothwendigkeit, die Communalsteuern zu erhöhen. Redner sei heute noch nicht in der Lage, genaue Mittheilung darüber machen zu können, ob die laufenden, unentbehrlichen Bedürfnisse durch die Einnahmen zu decken sein würden. Verschiedene wünschenswerthe Ausgaben seien schon so sehr beschnitten, daß nur das Nothwendige Deckung finde. Sobald eine, wenn auch verhältnißmäßig nur geringe Last dauernd auf die Stadtcasse übernommen werde, so dürfe man sich auch nicht scheuen, die Communalsteuer wiederum zu erhöhen und zwar nicht um ein Simplum — denn das werde nächstes Jahr schon kommen — sondern gleich um zwei Simplen.

Herr Wolff findet es gerechtfertigt, wenn auch diejenigen Einwohner, welche nicht Hausbesitzer sind, zu den Kosten mit herangezogen würden, da auch sie Vortheile durch die Canalisation haben, und wenn die Stadt einen erheblichen Zuschuß als  $\frac{1}{6}$  leiste. Die Befürchtung des Herrn Vorredners in Bezug auf die Communalsteuer könne er nicht in gleichem Maße theilen. Erst neulich seien 60—70000 *M.* aus den Communalsteuer-Überschüssen zu recht schönen, nützlichen, aber nicht unbedingt nothwendigen Zwecken bewilligt. Es sei alle Jahr die Erfahrung gemacht, daß die Communalsteuer immer einen höheren Ertrag geliefert habe als veranschlagt sei und man könne annehmen, daß die im allgemeinen besser gewordenen Zeiten diesen Ertrag nicht schmälern würden. Selbst wenn die Communalsteuer um ein Simplum erhöht werden müßte, würde er sich doch vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus



dafür erklären, daß die gesammte städtische Bevölkerung zu den Canalisationskosten beitrage. Daß die Hausbesitzer die Last auf ihre Miether abwälzen können, sei leichter gesagt als gethan; das scheine in der Theorie leicht, in der Praxis sei es sehr schwierig.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert hierauf, daß es mit den erzielten Ueberschüssen aus dem Jahre 1879, von denen der Herr Vorredner gesprochen, seine eigene Bewandniß habe; dieselben rührten daher, daß sie nicht ins Jahr 1880 übertragen werden sollten, weil rücksichtlich der Führung der Specialcassen eine andere Einrichtung getroffen, wonach denselben nicht wie früher, etatmäßige Summen, sondern nur soviel überwiesen worden sei, wie zur Deckung ihrer Ausgaben nöthig erscheine. Man möge sich also nicht in der Hoffnung wiegen, daß der Magistrat abermals mit einer Vorlage wegen Verwendung von Ueberschüssen kommen werde. Auch sei nicht darauf zu rechnen, daß in Zukunft — vielleicht mit Ausnahme von 1881 noch einmal — das Communalsteuer-Aufkommen den Anschlag übersteige. Sollte die Stadt einmal in die Lage kommen, einen Zuschuß ohne Erhöhung der Steuern leisten zu können, dann geschehe das sicher, man könne aber darauf hin keine statutarische Bestimmung treffen. Er gebe deshalb anheim, §. 11 so anzunehmen, wie vorgeschlagen sei.

Nachdem sich nochmals die Herren Munte, Heymann, Blasius, Schwarzenberg und Oberbürgermeister Pockels zur Sache geäußert haben, stellt Herr Wolff den Antrag, §. 11 folgendermaßen zu fassen:

»Die Gesammtheit der nach Absatz der in §. 10 gedachten außerordentlichen Beiträge übrig bleibenden Kosten wird zu  $\frac{2}{3}$  auf die Anlieger nach dem Verhältnisse des Grundsteuer Capitals ihrer Wohnhäuser vertheilt, zu  $\frac{1}{3}$  von der Stadtcasse getragen«.

Herr Heymann beantragt dagegen, den 1. Absatz des §. 8 zu fassen:

»Der Gesammtertrag der Jahresbeiträge (§. 7.) wird für jedes Jahr durch Beschluß der städtischen Behörden festgestellt, darf jedoch die (u. s. w.)

Nach einigen kurzen Bemerkungen zwischen dem Herrn Referenten, den Herren Rieß, Semler, von Seckendorff und dem Herrn Oberbürgermeister Pockels wird sodann die Debatte geschlossen und zur Abstimmung geschritten.

Da inzwischen der Antrag des Herrn Heymann, sowie derjenige der Herren Munte und Rieß zurückgezogen war, so handelte es sich nur noch um den Antrag des Herrn Wolff.

Dieser gelangte zur Annahme.

Die übrigen Paragraphen werden bis auf eine geringfügige von der Commission empfohlene Aenderung in §. 9 und bis auf den Schlußsatz des §. 20, welcher nach dem Commissionsantrag statt:

»Bei Uebernahme einer canalisirten Privatstraße als öffentliche Straße findet ein Ersatz der Canalbaukosten in der Regel nicht statt«

heißen soll:

»Canalbaukosten, welche auf eine hinterdrein als öffentliche Straße übernommene Privatstraße verwendet worden sind, werden in der Regel nicht erstattet«

dem Magistratsantrage gemäß genehmigt.

Im Verlauf der fernerer Debatte, an welcher sich die Herren Reuter, Schwarzenberg, Wolff, Oberbürgermeister Pockels und der Herr Referent betheiligen, wird indeß hervorgehoben, daß die Annahme des Wolff'schen Antrags auch die Aenderung eines Theils der übrigen Paragraphen der Abschnitte IV und V zur Folge habe, und es wird deshalb,

nachdem noch auf einen Antrag des Herrn Reuter beschlossen ist, daß die auf den Bau von unterirdischen Canälen seit dem Jahre 1864 aufgewandten 334 745 *M.* 10 *S.* der Gesamtkostensumme zugerechnet und mit verzinsset und amortisirt werden sollen,

beschlossen, das Statut an die Commission behuf Vornahme der hiernach noch erforderlichen Aenderungen zurückzugeben.

II. Nach einem Berichte der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke an den Stadtmagistrat ist es des bedeutenden Gasconsums des städtischen Schlachthauses sowie der Actien-Zuckersiederei wegen erforderlich, das 80 mm weite Hauptgasrohr in der Hamburgerstraße zwischen der Schleinitz- und Nebenstraße gegen ein weiteres von 150 mm lichtigem Durchmesser auszuwechseln, was einen Kostenaufwand von 2725 *M.* erfordert. Ferner ist die Verlängerung der Gasleitung in der Hamburgerstraße vom Schlachthause bis zur Reiberstraße nöthig, deren Kosten sich auf 330 *M.* beläuft. Der Magistrat beantragt unterm 15. v. Mts., beide Beträge zu verwilligen —

ein Antrag, welcher auf Empfehlung des Referenten der Finanzcommission, Herrn Wolff, ohne Weiteres zur Annahme gelangt

III. berichtet Herr Ramdohr namens der Schulcommission über ein Magistratschreiben vom 17. v. Mts., in welchem beantragt wird, sich mit einem Vorschlage des Bürgerschulvorstandes: von Ostern k. J. an, statt der an den Bürgerschulen beschäftigten vier Seminaristen und eines Vorseminaristen zur Hülfsleistung bei Krankheitsfällen der Lehrer, sechs Gehülfslehrer gegen eine jährliche Remuneration von je 900 *M.* anzunehmen, einverstanden zu erklären, auch die durch diese veränderte Einrichtung entstehenden Kosten zu bewilligen.

Die Commission schließt sich diesem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

IV. wird nach einem von Herrn Wolff im Namen der Finanzcommission erstatteten Berichte einem Marginalschreiben des Stadtmagistrats vom 20. v. Mts. gemäß, beschlossen, dem Werkführer Franz bei den städtischen Gas- und Wasserwerken eine Gehaltszulage von 150 *M.* vom 1. Juli d. J. angerechnet, zu gewähren.

V. wird nach einem fernern Referate des Herrn Wolff für die Finanzcommission, einem Marginalschreiben des Stadtmagistrats vom 21. v. Mts. entsprechend, die Anstellung des Arbeiters Hoffmeister als Gascontroleur vom 1. October d. J. an mit dem Minimalgehalte von 1050 *M.* beschlossen.

VI. beschließt die Versammlung nach einem weiteren Berichte des Herrn Wolff für die Finanzcommission, einem Magistratschreiben vom 20. v. Mts. gemäß

- 1) die Bestimmungen des Regulativs über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke, nach welchen die jährlichen Etats des Gaswerks Ende Juni, diejenigen des Wasserwerks Ende December aufzustellen sind, aufzuheben, und zu bestimmen, daß die gedachten Etats fortan alljährlich im September für das folgende Calendarjahr aufgestellt werden,
- 2) den vorgelegten Voranschlag des Gaswerks für das zweite Halbjahr 1881 mit einer Einnahme von 258 221 *M.* 50 *S.* und einer Ausgabe von 182 505 *M.* zu genehmigen.

VII. werden einem Magistratsantrage vom 27. v. Mts. gemäß, welcher von dem Referenten der Schulcommission, Herrn Reiche, zur Annahme empfohlen wird, 120 *M.* zur Anschaffung von Beleuchtungsgegenständen für die hier bestehende Knaben-Bewahranstalt bewilligt.

VIII. Der Stadtmagistrat hat unterm 28. v. Mts. beantragt, dem Haupt-Festausschuß für das 3. Turnfest des VI. deutschen Turnkreises zur Deckung des demselben entstandenen Deficits 400 *M.* aus der Casse der Abgaben für das Halten von Hunden zu verwilligen. Die Finanzcommission, für welche Herr von Seckendorff berichtet, schließt sich diesem Antrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

Nachdem endlich

IX. bezüglich einer Eingabe der Anwohner der Elmstraße wegen Canalisirung dieser Straße, worüber namens der Statutencommission Herr Heymann referirt, beschlossen ist, dieselbe dem Stadtmagistrate zur thunlichsten Berücksichtigung zu überreichen,

wird die Sitzung geschlossen.

(Beilage zu N 297 der Braunschw. Anzeigen.)

1881.

(Fortsetzung der Beilage zu N 275 de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N 16.

# Verhandlungen

der

## Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 1. December 1881.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Revision der städtischen Rechnungen von 1878.
- II. Stadthaushaltsplan für 1882.
- III. Erneuerung des Pachtvertrages über die Rathsbleihe.
- IV. Ankauf von Terrain am Damm behuf Straßenverbreiterung.
- V. Deckung von Reichstagswahlkosten.
- VI. Interpellation des Herrn Wolff, betreffend den Durchbruch einer Straße vom Bankplatz nach dem Altstadtmarkte.

Vertraulich:

Provisorische Anstellung eines Armenboten.

Entschuldigt Herr von Seckendorff. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Bammel, Götte, Haake und Ketemeyer.

Der Vorsitzende, Herr Otto, eröffnet die Sitzung.

Nach Genehmigung der Protocolle Nris. 14 und 15, zu welchem ersteren zu bemerken ist, daß es Seite 163, Z. 12 v. o., nicht »Canäle«, sondern »Canalverschlüsse« und Z. 10 derselben Seite v. u. statt »von Paris aus der Seine«, »die rasche Selbstreinigung der Seine unterhalb Paris« heißen muß, wird zur Tagesordnung geschritten, und

I. es berichtet Herr Jasper namens der Finanzcommission über die mit dem Magistratschreiben vom 20. April c. übersandten städtischen Rechnungen vom Jahre 1878. Derselbe führt unter Hervorhebung verschiedener Details aus, daß die gedach-

ten Rechnungen bei der commissionsseitigen Prüfung als richtig befunden seien, und giebt deren Genehmigung anheim.

Die Versammlung kommt dieser Aufforderung nach.

### Danach

II. berichtet Herr Wolff an Stelle des durch Unwohlsein am Erscheinen verhinderten Referenten Herrn von Sedendorff namens der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 29 October c., betreffend den Stadthaushaltsplan für das Jahr 1882.

Derselbe enthält:

- 1) den Hauptetat der Stadtcasse nebst den dazu gehörenden Specialetats, sowie den Etat sämtlicher Schulcassen,
- 2) die Etats derjenigen städtischen Wirthschaftsanstalten und Einrichtungen, welche aus dem engeren Stadthaushalte zu gesonderter Verwaltung ausgeschieden sind,
- 3) als Anhang den Etat des Kreisfonds.

1. Der Hauptetat der Stadtcasse zerfällt in den ordentlichen und außerordentlichen Etat.

Der ordentliche Etat lautet in der Wiederholung:

#### Einnahme.

I. Aus dem Cämmereivermögen . . . . .	73905 M. 54 S.
II. Für kirchliche Zwecke . . . . .	— „ — „
III. Für das Unterrichtswesen . . . . .	576 „ — „
IV. Für Kunst und Wissenschaft . . . . .	— „ — „
V. Für die Armenpflege . . . . .	— „ — „
VI. Für das Medicinalwesen . . . . .	— „ — „
VII. Für Vereinszwecke und Volksfeste . . . . .	616 „ 67 „
VIII. Für das Feuerlöschwesen . . . . .	5306 „ 25 „
IX. Für die Ortspolizei . . . . .	20153 „ 12 „
X. Für den Straßenbau . . . . .	600 „ — „
XI. Aus Gemeindesteuern und sonstigen Abgaben . . . . .	715000 „ — „
XII. Aus Staatszuschüssen zur Bestreitung der Ausgaben für Staatsbedürfnisse . . . . .	23600 „ — „
XIII. Aus besonderen Amtsverrichtungen der Stadtverwaltung . . . . .	3790 „ — „
XIV. Insgemein . . . . .	32652 „ 42 „
Summa der ordentl. Einnahmen	876200 M. — S.

#### Ausgabe.

Auf das Cämmereivermögen . . . . .	137394 M. 79 S.
Für kirchliche Zwecke . . . . .	3524 „ — „
Für das Unterrichtswesen . . . . .	294129 „ 14 „
Für Kunst und Wissenschaft . . . . .	4964 „ 90 „
Für die Armenpflege . . . . .	91848 „ 85 „
Für das Medicinalwesen . . . . .	1545 „ — „
Für Vereinszwecke und Volksfeste . . . . .	2417 „ 17 „
Für das Feuerlöschwesen . . . . .	26300 „ — „
Für die Ortspolizei . . . . .	138512 „ 92 „
Für den Straßenbau . . . . .	6816 „ 66 „
Für die Gemeindesteuer und sonstige Abgaben . . . . .	3380 „ — „
Für Staatsbedürfnisse . . . . .	15170 „ — „
Für die Stadtverwaltung . . . . .	124883 „ 83 „
Insgemein . . . . .	25312 „ 74 „
Summa der ordentl. Ausgaben	876200 M. — S.

Der außerordentliche Etat lautet in der Wiederholung:

### Einnahme.

I. Aus der Bewegung des Stammvermögens . . .	11079 M. 33 S.
II. An erstatteten Vorschüssen . . .	1212 „ 68 „
III. Für verkaufte Grundstücke und Berechtigungen . . .	— „ — „
IV. An Ersatz auf außerordentliche Ausgaben . . .	29750 „ 50 „
V. Insgemein . . .	— „ — „
Gesamtbetrag der Einnahme	42042 M. 51 S.
Fehlsomme	248555 M. 29 S.

### Ausgabe.

Aus der Bewegung des Stammvermögens . . .	11079 M. 33 S.
An Vorschüssen . . .	— „ — „
Für angekaufte Grundstücke und Berechtigungen . . .	45250 „ — „
Für Bauten . . .	216768 „ 47 „
Insgemein . . .	17500 „ — „
Gesamtbetrag der Ausgabe	290597 M. 80 S.

Die Special-Etats bezw. Schulcassen-Etats sind:

- a. Etat der städtischen Realschule. Einnahme 28920 M. 79 S. Ausgabe 56648 M. 72 S.  
Zuschuß aus der Stadtcasse 27727 M. 93 S.
- b. Etat der höheren städtischen Mädchenschule. Einnahme 33260 M. Ausgabe 46197 M. 56 S.  
Zuschuß aus der Stadtcasse 12937 M. 56 S.
- c. Etat des Lehrerinnen-Seminar's. Einnahme 1000 M. Ausgabe 5100 M.  
Zuschuß 4100 M.
- d. Etat der städtischen Mädchenschule. Einnahme 13572 M. Ausgabe 21284 M. 88 S.  
Zuschuß aus der Stadtcasse 7712 M. 88 S.
- e. Etat der Bürgerschulcasse. Einnahme 86384 M. 57 S. Ausgabe 351935 M. 34 S.  
Zuschüsse aus dem Kreisfonds und der Stadtcasse 265550 M. 77 S.
- f. Etat der städtischen Turnhalle. Einnahme 2360 M. Ausgabe 1784 M.  
Ueberschuß 576 M.
- g. Etat der Armenkasse. Einnahme und Ausgabe 199342 M. 88 S.  
Anhang zu diesem Etat. Einnahme 36900 M. Ausgabe 87835 M.  
Zuschuß 50935 M.
- h. Etat der Wegebaucasse.  
Unterhaltungs-Etat. Einnahme 14900 M. Ausgabe 59400 M.  
Zuschuß aus dem Kreisfonds 44500 M.  
Neubau-Etat. Einnahme 350 M. Ausgabe 25350 M.  
Zuschuß aus dem Extraordinarium der Stadtcasse 25000 M.

2. Etats derjenigen städtischen Wirthschaftsanstalten u., welche gesondert verwaltet werden.

- a. Etat des städtischen Gaswerks. Einnahme 497788 M. Ausgabe 365130 M. Ueberschuß 114658 M.
- b. Etat des städtischen Wasserwerks. Einnahme 167335 M. Ausgabe 98595 M. Ueberschuß 68740 M.
- c. Etat der Neustadtmühle. Einnahme 32780 M. Ausgabe 30090 M. Ueberschuß 2690 M.
- d. Etat des städtischen Schlachtehauses. Einnahme und Ausgabe 89000 M.
- e. Etat der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde. Einnahme 11703 M. 25 S. Ausgabe 10595 M. Vorrath 1108 M. 25 S.

3. Etat der Kreiscommuncalcasse. Einnahme und Ausgabe 173252 M. 1 S.

Referent erklärte vorweg, daß er zu allgemeinen einleitenden Bemerkungen keine Veranlassung habe, da er annehmen dürfe, daß die Herren die Vorlage, welche ihnen schon vor geraumer Zeit in gedruckten Exemplaren zugestellt worden, durchgesehen haben würden. Die dem vorjährigen Etat gegenüber vorkommenden Abweichungen seien von der Commission eingehend geprüft und erforderlichen Falls Seitens des Stadtmagistrats aufgeklärt worden.

Die einzelnen Capitel des Etats, den Jeder der Herren zur Hand hatte, wurden sodann der Reihe nach durchgenommen, wobei der Herr Referent diejenigen Punkte, welche in der Commission zu Erörterungen Anlaß gegeben hatten, besonders hervorhob. Dem bisher bei Berathung derartiger Vorlagen beobachteten Modus gemäß wurde das vom Referenten bezeichnete Capitel allemal stillschweigend als genehmigt angesehen, sobald dagegen Einwendungen aus der Mitte der Versammlung nicht laut wurden. Dabei blieb die Abstimmung über die Vorlage im Ganzen vorbehalten.

Zu Cap. I. des ordentlichen Etats, das Cämmereivermögen betreffend, ist zu bemerken, daß die Miethserträge von dem mit dem 1. October c. in den Besitz der Stadt übergegangenen Wollemann'schen Hause an der Bertramstraße nicht mit aufgeführt sind. Da jedoch auf der anderen Seite auch die für dieses Gebäude erforderlichen Reparaturkosten nicht in Ausgabe gestellt sind, so wird auf Antrag der Commission beschlossen, von einer Einstellung dieser nicht wesentlichen Posten wegen der dadurch erforderlich werdenden Aenderung der Etatssummen Abstand zu nehmen.

Herr Rybikz macht darauf aufmerksam, daß auch dieses Jahr wieder wie im vorigen Jahre im Haushaltsplane ein Hauptetat fehle, aus welchem ohne langes Suchen der wirkliche Bestand der städtischen Finanzwirthschaft zu ersehen sei. Die Wiederholung würde man allenfalls als Hauptetat gelten lassen können, wenn sie nur sämtliche Einnahmen und Ausgaben enthielte. Das sei aber nicht der Fall. Zum Cämmerei-Vermögen gehörten unfraglich auch die Ueberschüsse des Gas- und Wasserwerks sowie der Neustadtmühle, die an betreffender Stelle nicht aufgeführt

seien. Wenn auch die Einnahmen eines Instituts wie der Gas- und Wasserwerke zu demselben Zwecke wieder in Ausgabe gestellt würden, so müßten doch Einnahme- und Ausgabesummen im Hauptetat figuriren; es liege eben kein Grund vor, so wesentliche Posten im Hauptetat unberücksichtigt zu lassen. Wie der Haushaltsplan aufgestellt sei, sei es schwierig, sich ein klares Bild von dem Vermögensbestande der Stadt zu machen. Redner komme deshalb auf den bereits im vorigen Jahre bei Gelegenheit seines Referats über den Haushaltsplan für 1881 geäußerten Wunsch zurück und beantrage: den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Formular zu dem städtischen Haushaltsetat künftig durch einen Hauptetat zu ergänzen, auch unter dem Capitel »Gämmeri-Vermögen« alle diejenigen Einnahmen zu buchen, welche Einkünfte vom Gämmeri-Grundvermögen sind, nämlich die Reinertragsprojecte vom Wasserwerke, vom Gaswerke und von der Neustadtmühle.

Nach einigen kurzen Erörterungen zwischen dem Herrn Oberbürgermeister Pockels, dem Herrn Antragsteller und dem Herrn Vorsitzenden, wird der Antrag, als ein selbstständiger, heute nicht beiläufig zu verhandelnder anerkannt, dann gehörig unterstützt und der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen.

Zu den übrigen Capiteln des ordentlichen Etats hatte Referent, abgesehen von kurzen Erläuterungen, nichts zu bemerken. Nur die Cap. XI. und XIV. gaben der Finanz-Commission Anlaß zu Anträgen, deren Berathung aus Zweckmäßigkeitsgründen an das Ende der Verhandlungen über den gesammten Stadthaushaltsplan verlegt wurden. Dort sollen auch in diesem Protokolle die Anträge mitgetheilt werden.

Der außerordentliche Etat wurde ohne Aenderung genehmigt, nachdem Herr Winter auf einen in Cap. IV. sub 2b. der Ausgabe befindlichen Rechenfehler von 1 *M.* aufmerksam gemacht hatte, über welchen der Geringfügigkeit halber hinweggegangen wurde.

Imgleichen wurden die Specialetats ohne Aenderung genehmigt.

Endlich gaben auch die Schulcassenetats zu Verhandlungen keinen Anlaß.

Bei Berathung des Etats der städtischen Bürgerschulen machte nur Herr Oberbürgermeister Pockels folgende Mittheilung über das Wachsthum unserer Schullasten: Seit dem Jahre 1871 sind an Baukosten für die Schulen aufgewandt 1 945 964 *M.* 26 *S.* Abgesehen von der Aufwendung der aus der Verzinsung und Tilgung dieses Baucapitals erwachsenen Kosten haben die Bürgerschulen der Stadt Unterhaltungslasten bereitet, die seit 1871 in stetem Wachsthum begriffen gewesen sind. 1871 betrug der Zuschuß zur Schulcasse pro Kopf der Bevölkerung 1,20 *M.*, 1881 = 3,04 *M.*, 1882 wird sich dieser Zuschuß auf 3,37 *M.* stellen.

Zum Etat der Armenkasse theilte Herr Oberbürgermeister Pockels mit, daß nach einer von ihm angefertigten statistischen Zusammenstellung über das Verhältniß der Zahl der Armen zur Einwohnerschaft sich Folgendes ergeben habe: 1871/72 kamen auf je 1000 Einwohner 11,2, 1880/81 = 12,0 Arme.



Zu dem Etat für das städtische Gaswerk hatte der Magistrat den Antrag gestellt, den Verkaufspreis des Gases vom 1. Januar f. J. an pro cbm um 2  $\mathcal{A}$ , d. i. auf 20  $\mathcal{A}$  zu ermäßigen, auch auf der Grundlage dieses Einheitspreises die Einnahme bereits etatisirt.

Die Versammlung stimmte diesem Antrage zu.

Bei Berathung des Etats des städtischen Schlachthauscs bemerkte Referent, daß die Schlachtgebühren leider nicht hätten herabgesetzt werden können, weil das Schlachten in der letzteren Zeit etwas nachgelassen habe. Bevor man eine Ermäßigung eintreten lasse, sei, um nicht im folgenden Jahre gleich wieder zu einer Erhöhung gezwungen zu sein, die Bildung eines kleinen Reservefonds unbedingt nöthig.

Ein Antrag des Stadtmagistrats, dem Director Rudolph in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistungen eine Gratification von 200  $\mathcal{M}$ . zu bewilligen, fand Annahme ohne Debatte.

Nachdem auch noch der Etat des Kreisfonds der Vorlage gemäß genehmigt worden,

kehrt die Versammlung zur Berathung über die Cap. XI. und XIV. des ordentlichen Etats zurück.

In Cap. XI. der Einnahme sind an Gemeindesteuern für 1882 — 698000  $\mathcal{M}$ . ausgeworfen. Um diese Summe zu beschaffen, beantragt der Magistrat, die Communalsteuern mit 11 Simplen auszuschreiben, also um 1 Simplum zu erhöhen.

Referent führt aus, daß die Commission sich dem Vorschlage des Magistrats, die Communalsteuern für 1882 um 1 Simplum zu erhöhen, nicht angeschlossen habe, indem sie der Ueberzeugung sei, daß auch ohne solche Erhöhung sich Mittel zur Deckung der im kommenden Jahre zu erwartenden Fehlsomme finden lassen würden. Die Commission sei dabei von folgenden Gründen geleitet worden: Einmal sei durch die fortwährende Zunahme der Bevölkerung, durch den erfreulicherweise in letzterer Zeit sich etwas hebenden Wohlstand und durch ein richtigeres, genaueres Einschätzungsverfahren das Einkommen aus den Communalsteuern, wie auch die Erfahrung gelehrt habe, ganz naturgemäß in ununterbrochen aufsteigender Entwicklung begriffen, durch welchen Umstand allein schon eine Mehreinnahme von 25 000  $\mathcal{M}$ . gegen das Vorjahr zu erwarten sei; fürs Zweite sei Aussicht vorhanden, daß der Staat helfend eingreifen werde, indem eine Erhöhung der für Einschätzung der Staatssteuern gewährten Entschädigung, sowie ein Zuschuß zu den städtischen Schullasten zu erhoffen sei. Mit solchen Aussichten lasse sich allerdings nicht etatmäßig rechnen und die Commission habe deshalb auch von einer Einstellung von Summen Abstand genommen. Es biete sich aber noch eine weitere Hilfsquelle dar: das städtische Gaswerk. Wenn die Uberschüsse dieses Werkes auch schon stark in Anspruch genommen seien, so könne man doch, ohne grade optimistisch zu sein, dreist annehmen, daß dasselbe, falls die vorhin gedachten 25 000  $\mathcal{M}$ . zur Deckung des zu erwartenden Deficits nicht ausreichen sollten,

immerhin im Stande sein werde, ausbühlsweise einzutreten. Die Commission sei der Ansicht, daß ein so wichtiger Factor, wie die Einnahmen des Gaswerks bei Feststellung des städtischen Haushaltsplans nicht ganz ohne Beachtung bleiben dürfte; es frage sich nur, in welchem Maße man diese Einnahmen heranziehen wolle. Die Commission empfehle, den Antrag des Magistrats wegen Erhöhung der Communalsteuern abzulehnen, die in Cap. XI. der Einnahme für aufkommende Gemeindesteuer etatisirte Summe von 698 000 *M.* auf 635 000 *M.* zu ermäßigen, dagegen in Cap. XIV. der Einnahme als pos. 6b. einzuschalten: »Aus den Ueberschüssen der städtischen Betriebsanstalten nach Bedarf = 63 000 *M.*« Principieller Widerspruch sei seitens des Herrn Oberbürgermeisters gegen diesen Vorschlag nicht erhoben worden.

Referent bemerkt noch, daß auch in anderen Städten derartige Betriebsanstalten in noch weit stärkerem Maße zu laufenden Einnahmen herangezogen würden. Die Versammlung werde sich um so leichter in der Lage befinden, den Antrag des Magistrats abzulehnen, als eine Steuererhöhung, die immerhin etwas höchst Unerfreuliches sei, weil ein großer Theil unserer Mitbürger hart dadurch betroffen werde und noch mancher an den Lasten und Sorgen aus früheren Jahren zu tragen habe, so lange als irgend möglich wohl vermieden werden müsse.

Herr Reuter hat an dem Commissionsantrage nichts weiter auszufügen, als daß darin »die städtischen Betriebsanstalten« gesagt sei. In der Commissionsitzung sei nach seiner Auffassung nur von einer Heranziehung des Gaswerks die Rede gewesen, und das sei auch nur allein richtig. Das Gaswerk könne die gesuchte Hilfe bieten, wenn es verlangt werde, mit dem Wasserwerke verhalte sich die Sache indeß anders. Dieses stehe noch auf zu schwachen Füßen und habe in nächster Zeit so bedeutende Ausgaben zu bestreiten, daß es nicht gerechtfertigt sein würde, die zu erwartenden Ueberschüsse anders als auf das Werk selber zu verwenden. Redner würde sich auch gegen die Heranziehung des Gaswerks gewendet haben, denn auch diesem ständen noch erhebliche Ausgaben bevor, da der zunehmende Gasconsum und die günstige Lage des Werks immer neue Aufwendungen erforderten, wenn nicht seine Bedenken dadurch wesentlich beseitigt würden, daß er in Bezug auf die eingehenden Steuern ein noch günstigeres Resultat herausrechne als Referent. Im Jahre 1880 seien an Communalsteuern ausgeschrieben etwa 680 000 *M.*, davon seien nach Abzug der sich als inerzigibel herausstellenden Beträge und der in Folge von Reklamationen zugestandenen Ermäßigungen im Betrage von etwa 55 000 *M.* nach Ausweis des Executionsetats 625 036 *M.* 87 *S.* eingegangen. Im Jahre 1881 seien ursprünglich etwa 692 000 *M.* ausgeschrieben, welche Summe sich durch die Nachtragrollen auf ca. 722 000 *M.* erhöht habe. Sollten davon wirklich wiederum 60 000 *M.* nicht eingehen, so würde sich doch eine Einnahme von ca. 660 000 *M.* ergeben. Finde nun im Jahre 1882 eine gleiche Steigerung der wirklichen Einnahme wie von 1880

auf 1881 statt, so lasse sich annehmen, daß die in der Vorlage etatisirten 698 000 *M.* beinah vollständig einkommen. Sollten außerdem noch günstige Wendungen in den Verhältnissen eintreten, daß beispielsweise die Regierung sich dazu verstände, zu der gesammten Straßenbeleuchtung den vertragsmäßigen Kostenbeitrag zu bezahlen, dann würde überall nicht nöthig sein, das Gaswerk in Anspruch zu nehmen. Ob und in welchem Umfange dies etwa künftig geschehen solle, würde füglich besser bei den Verhandlungen über die Verwendung der Ueberschüsse des Gaswerks erörtert. Redner beantragt, den Commissionsantrag mit der Modification anzunehmen, daß statt »der städtischen Betriebsanstalten« gesagt werde »des städtischen Gaswerks«.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Aus den Verhandlungen bei der commissionarischen Vorberathung des Etats habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Verfassung die angeforderte 11. Steuereinheit nur in dem Falle bewilligen werde, daß es dem Magistrat gelingen sollte, den Nachweis der absoluten Nothwendigkeit, mit anderen Worten, den Nachweis zu führen, daß, wenn das 11. Simplum verweigert werde, man sich zur Bestreitung der laufenden Ausgaben entweder auf Contrahirung von Schulden oder auf Eingriffe in das Grundcapitalvermögen der Stadt hingewiesen sehe. Dazu sei der Magistrat nun allerdings nicht im Stande, da auch er anerkennen müsse, daß in den städtischen Wirthschaftsanstalten und namentlich im Gaswerke disponible Mittel vorhanden seien resp. aller Wahrscheinlichkeit nach gewonnen werden würden, um den Geldwerth einer Steuereinheit zu decken. Der Magistrat würde daher im Falle einer Ablehnung seines Antrags gegen eine Entnahme der benötigten Mittel aus dem Gaswerke keinen Widerspruch erheben. Auch der Magistrat habe bei Aufstellung des Etats die Frage wegen Heranziehung des Gaswerks zu städtischen Lasten bereits ventilirt und sei zu der Ansicht gekommen, daß ein Gewinn, den dasselbe bei einem mäßigen Satze des Gaspreises und den nöthigen Abschreibungen und Reserven noch erzielen sollte, der Stadtcasse zu Gute kommen müsse. Der Magistrat sei aber der Ansicht gewesen, daß die Ueberschüsse des Gaswerks, wenigstens in der Hauptsache, zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben der Stadtcasse zu verwenden seien, weil dieselbe nicht die Garantie der Dauerhaftigkeit tragen und es immer bedenklich sei, Ueberschüsse zu den laufenden Einnahmen zu rechnen, über deren Beständigkeit man im Unklaren sei. Bei Lage der Sache sei nun aber der Magistrat bereit, für diesmal von der Regel, die vom wirthschaftlichen Standpunkte aus gewiß richtig sei, zu abstrahiren, um so mehr, als er nicht verkenne, daß man, wenn irgend thunlich, von einer Erhöhung der Communalsteuern bis dahin Abstand nehmen solle, daß wieder einmal ein dauerndes Ausblühen der Industrie eingetreten sei und die Steuerkraft der Einwohner sich erhöht habe! Auch er glaube, daß das Gaswerk einen eventuellen Zuschuß bis zu 63 000 *M.* wohl zu leisten im Stande sei, er hoffe aber mit Herrn Reuter, daß die Stadtcasse eines Zuschusses in solcher Höhe nicht bedürfe. Die Mittheilungen

des Herrn Reuter über die Ergebnisse der Steuereinschätzung aus den Jahren 1880 und 1881 seien im Ganzen richtig, nur habe derselbe vergessen, von der Gesamtheit der Resultate der diesjährigen Einschätzung das abzusetzen, was zwar nicht niedergeschlagen werde, was aber als Rest ins nächste Jahr zu übertragen sei. Ein solcher Rest von 1881 sei ja auch in den vorliegenden Etat als Einnahme unter pos. 2a des Cap. XI. eingestellt. Ebenso würden Reste aus dem Jahre 1882 verbleiben. Bei Berücksichtigung dieses Umstandes könne man allenfalls die Summe von 650 000 *M.* als in 1882 bei 10 Simptis eingehend annehmen, und er halte für unbedenklich, daß man diese Summe an Stelle der von der Commission vorgeschlagenen 635 000 *M.* als Ertrag von 10 Simpten einstelle. Nach den von ihm angestellten genauen Ermittlungen über die Resultate der diesjährigen Einschätzung werde es, um einen solchen Ertrag zu erreichen, nicht nöthig sein, die Steuerkraft des einzelnen Pflichtigen mehr als bisher heranzuziehen.

Nachdem noch die Herren Schwarzenberg, Kybik und Munte in dieser Frage das Wort genommen hatten, beantragte Herr Wolff in Ermangelung der Möglichkeit einer vorgängigen Commissionsberatung persönlich, die Einnahmen aus den Communalsteuern nicht dem Commissionsantrage gemäß mit 635 000 *M.*, sondern nach dem Vorschlage des Herrn Oberbürgermeisters Pockels, der wohl auch die Billigung der übrigen Commissionsmitglieder erhalten haben würde, mit 650 000 *M.* einzustellen und 48 000 *M.* aus den Ueberschüssen des Gaswerks disponibel zu machen.

Bei der Abstimmung wurde der Commissionsantrag, die Communalsteuern mit 635 000 *M.* zu etatisiren und die städtischen Betriebsanstalten nach Bedarf mit 63 000 *M.* heranzuziehen, abgelehnt, der Antrag des Herrn Wolff, die Gemeindesteuern in Cap. XI. der Einnahme zu 650 000 *M.* anzunehmen und in Cap. XIV. als pos. 6a aufzunehmen »Aus den Ueberschüssen des Gaswerks nach Bedarf 48 000 *M.*«, angenommen, auch dem Magistratsantrage gegenüber beschlossen, im nächsten Jahre nur 10 Steuersimpta zu erheben.

Danach wurde der Stadthaushaltsplan, wie er aus den Berathungen hervorgegangen, im Ganzen genehmigt.

III. wird nach einem Referate des Herrn Reuter für die Statutencommission auf ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. October c. beschlossen sich damit einverstanden zu erklären, daß die Rathsbleiche von Ostern k. J. an wiederum auf 6 Jahre zum Pachtzinse von 300 *M.* p. a. und unter den sonstigen bisherigen Bedingungen an den Bleicher August Büttner verpachtet werde.

IV. Der Instrumentenmacher Brandt und der Bäckermeister Tolle beabsichtigen ihre am Damme sub Nris. ass. 222, 223 und 227 belegenen Häuser neu zu bauen

und müssen dabei in die von den städtischen Behörden für die südliche Straßengrenze des Dammes vorgeschriebene neue Baulinie zurückrücken. Dieselben treten auf diese Weise 8,7 qm bezw. 80 qm zur Straße ab und verlangen dafür eine Entschädigung von 150 *M.* pro Quadratmeter. Der Magistrat giebt mittelst Schreibens vom 11. v. Mts. anheim, diesen unter gewöhnlichen Verhältnissen allerdings hoch, in Anbetracht der Lage und geringen Tiefe der Grundstücke aber angemessen erscheinenden Preis zu bewilligen.

Der Referent der Finanzcommission, Herr Kybik, schließt sich dem Magistratsantrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

### Ferner

V. beantragt Herr Kybik namens der Finanzcommission, den Marginalschreiben des Stadtmagistrats vom 25. und 26. v. Mts. gemäß die sich auf 1060 *M.* 80 *S.* belaufenden Reichstagswahlkosten (996 *M.* 50 *S.* für Verpflegung der Wahlvorsteher und Gehülfen, sowie für Localmiethen, und 64 *M.* 30 *S.* für Tischlerarbeiten) zu bewilligen.

Nach einigen kurzen Bemerkungen zwischen den Herren Blasius, Stadtrath Ketemeyer, Nieß, Semler, Jasper und Munte bezüglich der Frage über die gefehliche Zulässigkeit einer Restituirung der den Wahlvorstehern erwachsenen Verpflegungskosten, wird dem Commissions- resp. Magistratsantrage gemäß beschlossen.

### Schließlich

VI. richtet Herr Wolff an den Stadtmagistrat unter Bezugnahme auf die früheren Verhandlungen die Anfrage, ob das Project, den Durchbruch einer Straße vom Bankplatze nach dem Altstadtmarke betreffend, inzwischen weitere Erörterung gefunden habe und eventuell in welcher Weise? — Die Anfrage rechtfertigte sich durch das allgemeine Interesse, mit welchem das Project dieser Straßenanlage, als es auftauchte, begrüßt wurde. Es wurde nicht nur von den mehr theiligten Bewohnern der nahe liegenden Districte sondern auch vom allgemeinen Gesichtspunkte aus für außerordentlich zweckmäßig und erfreulich gehalten, daß sich die Aussicht eröffnete, diesen todtten Winkel der Stadt, welcher früher einen so außerordentlich lebhaften Stadttheil gebildet hat, in einer wirklich gelungenen Weise zu beseitigen, und er erinnere daran, daß schon früher einmal in dieser Versammlung seitens des Herrn Nieß ein Antrag gestellt sei, welcher auf Feststellung einer Baulinie für einen etwaigen Durchbruch dieser Straße abzielte. Damals war die Angelegenheit zur Erörterung noch nicht reif, er sehe aber aus den betreffenden in Rücksicht auf die von ihm auf heute angekündigte Anfrage im Sitzungslocale heute vorgelegten Projecten, daß dieselbe inzwischen gefördert sei, und er wolle nun von seinem Standpunkte aus noch wenige Worte hinzufügen, um zu betonen, wie sehr er von der

Nützlichkeit, ja Nothwendigkeit dieses Projectes durchdrungen sei. Es sei unbestrittene Thatsache, daß der Verkehr, namentlich Handel und Wandel im Hohen- und Petri-thordistricte außerordentlich zurückgegangen sei, daß der Verkehr sich in der Stadt durch die nunmehr ausgeführten Durchbrüche neue Bahnen suche und dadurch die Altstadt empfindlich leide. Seiner Ansicht nach sei es schon eine Frage der Gerechtigkeit, diesem dadurch arg benachtheiligten Stadttheil, in welchem die Miethen und Hauspreise schon bedeutend herunterzugehen anfangen, nach Kräften zu helfen, andererseits sei es das allgemeine Interesse, welches diesen Durchbruch lebhaft fordere. Ueberall sehe man mit der Beseitigung der kleinen schmalen Straßen im Innern der Stadt vorgehen. Neue Verkehrsadern schaffen neuen Verkehr, neues Leben, und so sei es nach seiner Ansicht wirklich in jeder Beziehung gerechtfertigt, daß auch für diesen Stadttheil etwas geschehe. Er wolle nur daran erinnern, daß die Versammlung heute für einen anderen aufblühenden Stadttheil am Monumentsplaz durch den Etat anstandslos 9500 *M.* zur Anlage einer Brücke provisorisch bewilligt habe. Wenn wirklich auch zu dem gedachten Straßendurchbruche, was kaum zu bezweifeln, ein Zuschuß seitens der Stadt nöthig wäre, so werde es sich ebenso gut rechtfertigen lassen, daß die Versammlung für einen alten, aber leider im Rückgang begriffenen Stadttheil ein ähnliches Opfer bringe.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Im Juli d. J. sei dem Stadt-Magistrate vom Stadtrath Götte eine Eingabe überreicht, in welcher aus denselben Gründen, welche vom Herrn Vorredner vorgebracht, der Stadt-Magistrat ersucht worden, der fraglichen Straßenanlage seine Unterstützung zu Theil werden zu lassen.

Die städtische Bauverwaltung, welcher diese Eingabe zum Berichte mitgetheilt worden, habe sich zu Gunsten der fraglichen Straßenanlage ausgesprochen. Dieselbe habe darauf hingewiesen, daß der Bahnhof die Centralstelle, den Sammelpunkt für alle Theile des Verkehrs nach Außen hin und umgekehrt wiederum den Ausgangspunkt für einen namhaften Theil des Verkehrs von Außen her nach den inneren Theilen der Stadt bilde. Es sei daher von großer Wichtigkeit, die hervorragenderen Theile und Plätze der Stadt durch breite und directe Straßen mit dem Bahnhofe in Verbindung zu bringen. Ein dahin gehendes Bestreben sei an andern Orten und ebenso auch in hiesiger Stadt durch die Anlegung der Friedrich-Wilhelmstraße, der verlängerten Münzstraße und das Project einer Verbindungsstraße zwischen dem Ruhfäutchenplaz und dem Hagenmarke zu Tage getreten. Die gegenwärtige Verbindung des Bankplazes mit dem Altstadtmarke erscheine ungenügend, da dieselbe nur auf Umwegen — über die Steinstraße und den Eiermarkt oder über den Ziegenmarkt, Kohlmarkt und die Poststraße — hergestellt werde, und da in beiden Richtungen enge Passagen sich dem Verkehr entgegenstellten, z. B. an der Ecke des Stephan Meyer'schen Hauses und zwischen der Martini-Kirche und dem Gewandhause. Durch die Anlegung der in Vorschlag gebrachten Straße werde diesen Uebelständen in befriedigender

Weise Abhülfe gewährt werden. Die Kosten der fr. Straßenanlage betrügen für den Erwerb des erforderlichen Terrains nach Absatz des Ertrages aus dem zu Bauplätzen zu verwerthenden Terrain 116 230 *M.* und für die Canalisirung, Pflasterung und Beleuchtung der Straße mit Gas- und Wasserrohren 30 570 *M.*, zusammen 146 800 *M.*

Der Stadt-Magistrat erkenne die für die fragliche Straßenanlage von dem Interpellanten und der städtischen Bauverwaltung vorgebrachten Gründe zwar als zutreffend an und halte die Straße sonach für wünschenswerth, derselbe glaube indeß in Anbetracht der Unzulänglichkeit der städtischen Mittel und der großen Ausgaben, welche der Stadt für andere wichtige Zwecke bevorständen, zu dem in Rede stehenden Straßenprojecte dieselbe Stellung, wie zu ähnlichen Anlagen, z. B. der Münzstraße und dem Straßendurchbruche vom Ruhfäutchenplatze nach dem Hagenmarkte einnehmen zu sollen, d. h. entweder das von einem oder mehreren Unternehmern auszuführende Project durch Baarzahlungen oder Uebernahme der Canalisations- und Pflasterungskosten u. zu subventioniren, oder aber, falls die Ausführung des Projectes von der Stadt ausgehen müsse, was wegen etwa erforderlich werdender Expropriationen nothwendig werden könne, zwar die Initiative zu vergrößern, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß Seitens der Bürgerschaft, insbesondere der bei dem fraglichen Projecte besonders interessirten Hauseigenthümer namhafte Beiträge zu den Kosten der Anlage geleistet würden.

Dem Vernehmen nach stehe eine auf das Project bezügliche Petition der Bürgerschaft in Aussicht, auch solle das lebhafteste Interesse an dem Projecte sich bereits durch Zeichnungen zu Beiträgen documentirt haben.

Der Stadt-Magistrat müsse ein weiteres Vorgehen in dieser Richtung abwarten und behalte sich vor, unter den angedeuteten Voraussetzungen bestimmte Anträge an die Stadtverordneten-Versammlung zu richten.

### Schluß der Sitzung.

In vertraulicher Sitzung wird sodann über eine Magistratsvorlage, betreffend die provisorische Anstellung eines Armenboten, Beschluß gefaßt.

(Beilage zu **N. 302** der **Braunschw. Anzeigen**.)**1881.**(Fortsetzung der Beilage zu **N. 297** de 1881  
der Braunschweigischen Anzeigen.)**N. 17.**

# Verhandlungen

## der

### Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 15. December 1881.

Oeffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betr.:

- I. Ringstraßenproject im Ortsbauplane.
- II. Entwurf einer Armenordnung.
- III. Verkauf eines Grundstücks der vormaligen Südwasserkunst.
- IV. Bewilligung von Zahlungsbillets für den Rendanten der Armencaffe.
- V. Ankauf von Terrain für Straßenzwecke an der Ecke von kleinem Exercierplatz und neuer Promenade.
- VI. Feststellung von Baulinien am westlichen Eingange des Langenhofes.
- VII. Feststellung der Baulinie an der Parkstraße.
- VIII. Ausbau des ehemal. Wollemonn'schen Hauses an der Leonhardsstraße.
- IX. Selbstständiger Antrag des Herrn Ramdohr, betreffend die Prüfung der baulichen Einrichtungen zu schneller Entleerung der von großen Menschenmassen besuchten Localitäten im Falle von drohender Feuergefährde.

Entschuldigt die Herren Hasenbalg, Jasper, von Seckendorff und Wolff. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Metemeyer.

Der Vorsitzende, Herr Otto, eröffnet die Sitzung, indem er zunächst mittheilt, daß ein selbstständiger Antrag des Herrn Ramdohr vorliege, welcher folgendermaßen lautet: den Stadtmagistrat zu ersuchen, er wolle unverzüglich seine Aufmerksamkeit



den Gefahren zuwenden, welche für das Publikum hier entstehen würden, wenn zur Versammlung einer großen Anzahl von Personen bestimmte Localitäten nicht diejenigen baulichen Einrichtungen besitzen sollten, welche eine schnelle und sichere Leerung im Falle von drohender Feuergefährdung ermöglichen.

Die Motivirung dieses Antrages erfolgt nach Erledigung der Tagesordnung.

### Sodann

I. berichtet Herr Reuter für die Statutencommission über das Ringstraßenproject im Ortsbauplane. Derselbe nimmt Bezug auf seine im Protokolle Nr. 15 über diesen Gegenstand enthaltene Berichterstattung, welcher er als weiteres statistisches Material noch hinzufügt, daß die Bevölkerungszunahme sich auf die verschiedenen Zählperioden sehr ungleichmäßig vertheile; sie habe betragen 1855/58 = 9,7 pCt., 1858/61 = 6,4 pCt., 1861/64 = 12,8 pCt., 1864/67 = 18,0 pCt., 1867/71 = 16,6 pCt. und 1875/80 = 13,8 pCt. Rechnet man nun für die kommenden Jahre auf eine Zunahme von nur 10 pCt., so werde sich die Einwohnerzahl Braunschweigs 1895 auf 100 000, 1905 auf 111 000 und 1930 auf 148 000 gesteigert haben. Die Zunahme lasse sich aber nicht genau nach der Vergangenheit berechnen, sie werde vielmehr in der Procentzahl steigen.

Nachdem Referent den Magistratsantrag nochmals vorgetragen hatte, empfahl er folgenden Antrag zur Annahme:

»Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der ferneren Bearbeitung des Ortsbauplans die von dem hiesigen Architecten- und Ingenieurvereine in Vorschlag gebrachte sog. Ringstraße zu Grunde gelegt werde. Sie ist auch im Principe damit einverstanden, daß vorbereitende Schritte zur Herstellung dieser Straße thunlichst bald gethan werden, sie erwartet jedoch vor der Beschlussfassung über die proponirte Art und Weise dieser Schritte die Vorlage des fertigen Ortsbauplans.«

Herr Grote bittet diesem Antrage zuzustimmen. Das Project sehe auf den ersten Blick großartiger aus, als es in Wirklichkeit sei. Im Jahre 1910 werde unter Voraussetzung einer gleichen Zunahme der Bevölkerung und der Bebauung wie in den letzten Jahren das Terrain zwischen dem Umfluthgraben und der projectirten Ringstraße so dicht bebaut sein wie jetzt das Innere der Stadt. Die Außenstadt umfasse nämlich 1,6 mal so viel Terrain als die Innenstadt. Die Ringstraße werde sich dann zu dem entwickeln, was die Promenaden einst gewesen; man werde dort in seinen Spaziergängen wirklich Erholung finden können, was auf den Ballpromenaden, da dieselben eher bebauten Straßen glichen, heute schon nicht gut mehr möglich sei.

Herr Munte ist mit dem Commissionésvorschlage gleichfalls einverstanden, da ja die Genehmigung der speciellen Ausführung bis zur Vorlegung des Ortsbauplans vorbehalten bleibe; er setzt jedoch voraus, daß die Ringsstraße so beschaffen sein werde, daß sie mit Locomotiven befahren werden könne, und daß es dem Magistrate gelingen werde, von Herzoglicher Landesregierung die Ermächtigung zur Separation der zwischen Ringsstraße und Promenade belegenen Grundstücke zu erlangen.

Es erfolgt Abstimmung durch Erheben von den Händen, welche einstimmige Annahme des Commissionsantrages ergibt.

### Danach

II. berichtet Herr Grote namens der Statutencommission über den den Mitgliedern der Versammlung gedruckt vorliegenden Magistratsantrag vom 30. October c., betreffend die Neugestaltung des Armenwesens in hiesiger Stadt. Der Magistrat legt in seinem Begleitschreiben dar, daß das unterm 1. Juni 1853 erlassene Statut über die Organisation und Verwaltung der Armenanstalt der Stadt Braunschweig insofern für die heutigen veränderten Verhältnisse nicht mehr paßt, als bei der Ueberlastung der Armenpfleger mit einer großen Zahl von Pfléglingen eine eingehende und fortdauernde Prüfung der Verhältnisse des einzelnen Armen nicht möglich ist, daneben auch verschiedene Unterstützungsfälle, gegenüber den heutigen Preisen aller Lebensbedürfnisse, zu niedrig bemessen sind. Dazu komme, daß, nachdem das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz die Unterstützungspflicht der Gemeinden durch Aufstellung tief einschneidender Grundsätze einheitlich geregelt hat, die Verwaltung des Armenwesens in einem so hohen Grade erschwert worden sei, daß wenn die Armenpflege ihre Aufgabe voll erfüllen solle, eine Entlastung auch der leitenden Organe nicht wohl länger umgangen werden könne. Ein geeignetes Mittel zur Erreichung der Zwecke der communalen Armenpflege, also ein Mittel, welches einerseits dem Elende der Armuth nach Möglichkeit abhilft und größerem Elende vorkengt, andererseits die Unterstützungsmittel vor resultatloser Vergendung sichert, erblickt der Magistrat in der Neugestaltung der Armenverwaltung nach dem Principe der Decentralisation und der individualisirenden Behandlung der Armen. Dieses Princip, zuerst eingeführt bei der Armenpflege zu Eberfeld im Jahre 1852, hat sich seitdem bei einer größeren Anzahl deutscher Städte, so in Barmen, Grefeld, Düsseldorf, Königsberg, Bremen, Dresden, Landsberg a. W., Altona, Hagen, Pforzheim, Schwerin, Eingang verschafft und wird von den Fachmännern gegenwärtig fast allgemein als mustergültig anerkannt. Auf diesem Principe hat der Magistrat eine 19 Paragraphen enthaltende Armenordnung ausgearbeitet, zu deren statutarischer Feststellung er die Genehmigung zu ertheilen ersucht.

Nachdem Referent die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über den Unterstützungswohnsitz und die Unterstützungspflicht der Gemeinden mitgetheilt hat, geht

er zur Beleuchtung des Elberfelder Systems über. Nach diesem Systeme solle überhaupt Jeder, der absolut unfähig ist, seinen Lebensunterhalt zu erwerben, also jeder wirklich Arme unterstützt werden. Auch sollen solche Leute, welche nur vorübergehend außer Stande sind, sich ihren Lebensunterhalt zu erwerben, während der Zeit ihrer hilflosen Lage unterstützt werden. Als Grundlage dieses Systems sei die Decentralisation angenommen. Bisher habe die Gewährung von Unterstützungen nur in den Händen der Deputation gelegen. Der Unterstützungsbedürftige habe die bezüglichen Anträge bei den Quartierpflegern gestellt, diese wieder bei den Bezirkspflegern und nach Feststellung des Unterstützungswohnsitzes des Betreffenden seitens Herzoglicher Polizei-Direction sei in der nächstfolgenden Sitzung der Armen-Deputation eine Unterstützung verwilligt und darauf durch den betreffenden Armenpfleger ausgezahlt worden. Hierüber sei so viel Zeit verstrichen, daß eine Unterstützung oftmals zu spät gekommen sei. Das Elberfelder System bezwecke in erster Linie ein schnelleres Eingreifen der unterstützenden Organe. Wende sich ein Hilfsbedürftiger mit der Bitte um Unterstützung an den Armenpfleger, so sei dieser im Falle wirklicher Noth sogar berechtigt, eine, wenn auch vorläufig erst geringe, Unterstützung ohne Weiteres nach eigenem Ermessen zu Theil werden zu lassen, er habe aber sein Vorgehen in der nächsten Bezirksitzung zu motiviren. Sei eine sofortige Hilfe nicht absolut nothwendig, dann habe sich der Armenpfleger persönlich über die Verhältnisse des Hilfesuchenden des Nähern zu informiren, die Ergebnisse in einen Fragebogen einzutragen und die Angelegenheit in der alle 14 Tage stattfindenden Bezirksversammlung vorzutragen; die dann eventuell bewilligte Unterstützung zahle der Armenpfleger aus. Ferner sei nach diesem Systeme dafür gesorgt, daß jeder Armenpfleger eine möglichst geringe Anzahl von Pfleglingen zugewiesen erhalte; 4—6 werden als Maximum angesehen. Auf diese Weise sei jeder Armenpfleger im Stande, die Verhältnisse der einzelnen Pfleglinge genau zu untersuchen und allen Anforderungen gerecht zu werden, ohne durch dieses Nebenannt in der Ausübung seines eigentlichen Berufs beeinträchtigt zu werden. Jetzt habe man in Braunschweig ungefähr 70 Armenpfleger; von diesen kommen aber bei der wirklichen Armenpflege nur etwa 28 in Thätigkeit, so daß einem Jeden die Sorge für durchschnittlich 16 Pfleglinge obliege. Die Zahl derselben sei in einigen Quartieren bis zu 38 ja über 40 gestiegen. Unter solchen Umständen dürfe man sich nicht wundern, wenn bei dem besten Willen der Organe es doch dem ganzen Geschäftsbetriebe stellenweise an der nöthigen Gründlichkeit fehle.

Man habe wohl gegen die Durchführbarkeit des Decentralisationsystems das Bedenken vorgebracht, daß es an der genügenden Zahl solcher Persönlichkeiten fehlen werde, welche das Amt eines Armenpflegers zu übernehmen bereit und fähig seien. Diese Befürchtung habe sich aber später überall als unbegründet herausgestellt. In allen Orten habe sich die genügende Zahl gefunden. Es erkläre sich dies theilweise

daraus, daß die Armenpfleger einmal nicht so in Anspruch genommen würden wie jetzt, dann auch daraus, daß die ihnen eingeräumte selbstständigere Stellung und Wirksamkeit das Interesse an der Ausübung des Amtes und die Liebe zur Sache zu fördern geeignet sei. Es fänden sich immer Leute, welche zur Uebernahme eines Armenpflegeramtes gern bereit seien und die meisten von ihnen gewannen ihre Stellung lieb und nahmen dieselbe nach abgelaufener Zeit immer mit Freuden wieder an.

Der Stadtmagistrat hat sich an die verschiedenen Verwaltungen der obenbezeichneten Städte mit Fragebogen gewandt, aus deren Beantwortung hervorgeht, daß das Elberfelder System überall ungetheilten Beifall gefunden hat. In Grefeld, wo dieses System seit 1863 eingeführt ist, hat die dortige städtische Armendeputation in einem nach 10jähriger Wirksamkeit in dieser Richtung erstatteten Berichte besonders betont, daß sie überzeugt sei, den beiden Hauptgesichtspunkten, der sparsamen Verwendung der durch die Steuerkraft der Mitbürger aufzubringenden Mittel und dem Festhalten idealer Ziele in der Fürsorge für ihre Pflegebefohlenen, im gleichen Maße gerecht geworden zu sein.

Nachdem Referent die gedachten Fragebogen und die dazu gehörenden Beantwortungen eingehend besprochen und besonders hervorgehoben hatte, daß die Frage, ob das System sich bewährt habe und dessen Einführung empfohlen werde, von allen Städten einstimmig bejaht sei, empfahl er den Statutentwurf mit einigen geringfügigen Modificationen, welche die Zustimmung des Stadtmagistrats bereits erhalten hatten, zur Annahme.

Der Entwurf wird darauf paragraphenweise durchgenommen.

Zu den §§. 3 und 4 stellt Herr Schwarzenberg den Antrag, die dort befindlichen Citate des §. 7 zu streichen.

Herr du Roi spricht sich unter dem Bemerken, daß diese Citate, weil sie auf etwas Nachfolgendes hinwiesen, erforderlich seien, gegen den Antrag aus, worauf derselbe abgelehnt wird.

Bei Berathung des §. 7 bemerkt Herr Lüderßen, daß von seiner in der Commissions-Sitzung geäußerten Absicht auf Einbringung eines Antrags, daß auch den Geistlichen ein Sitz in den Bezirkscommissionen gesichert werde, zurückgekommen sei, weil doch die meisten Geistlichen unter den Armenpflegern zu finden sein würden und sie eben dadurch schon den Bezirkscommissionen angehörten, wo sie ihre Erfahrungen verwerthen könnten. Auch habe er bei §. 4 pos. 12 von Stellung eines Antrags wegen Anstreben eines innigen Zusammenhanges zwischen der kirchlichen und bürgerlichen Armenpflege Abstand genommen, da ihm vom Magistrate mitgetheilt sei, daß dieser Zusammenhang bereits bestehe und auch ferner fortbestehen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiedert hierauf, daß dieser Zusammenhang nur in Bezug auf die Armenpredigtengelder bestehe, nicht auch in Bezug auf die Verwendung der Kirchenbeckengelder, über welche die kirchlichen Organe allein verfügten. Aus einer vorhin vom Herrn Referenten mitgetheilten gesetzlichen Bestimmung, (§. 10 des wegen Ausführung des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz erlassenen diesseitigen Gesetzes vom 5. Juni 1871 *N.* 39,) wonach die Vorsteher der Religionsgesellschaften und Stiftungen gehalten sind, den Gemeindebehörden auf Erfordern Auskunft über den Betrag der einem Hilfsbedürftigen gewährten Unterstützung aus den zu solchem Zwecke den Gesellschaften und Stiftungen zur Verfügung stehenden Mitteln zu ertheilen, folge nicht die Verpflichtung zu gleicher Auskunftsertheilung gegenüber der Armendirection und den Bezirks-Armen-Commissionen, (den Organen der Armenpflege nach dem neuen Statut,) da diese Organe als »Gemeindebehörden« im Sinne jener gesetzlichen Bestimmung wohl nicht angesehen werden könnten. Auf Grund derselben würde danach ein unmittelbarer lebendiger Zusammenhang zwischen der kirchlichen Armenpflege und der Gemeinde-Armenpflege sich nicht erzwingen lassen. Daß der Zusammenhang herbeigeführt werde, sei zuversichtlich zu hoffen, doch werde sich derselbe in der Hauptsache nur durch ein freiwilliges Uebereinkommen erzielen lassen.

Herr Lüderßen erklärt sich hiernach befriedigt.

Zu dem 2. Absatz des §. 7:

»Die Bezirksvorsteher und Armenpfleger werden auf 3 Jahre, die stellvertretenden Bezirksvorsteher aus den Armenpflegern des Bezirks auf 1 Jahr durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt; in jedem Jahre scheidet ein Drittheil der Bezirksvorsteher und Armenpfleger, das erste Mal durch das Loos, später nach dem Dienstalter aus«

stellt Herr Sievers den Antrag: hinter »auf 3 Jahre« einzuschalten »durch die Stadtverordnetenversammlung« und an Stelle von »Stadtverordnetenversammlung« zu setzen »Bezirksarmen-Commissionen«, zieht denselben aber zurück, nachdem die Herren Kloss und Oberbürgermeister Pockels sich dagegen ausgesprochen haben, der letztere insbesondere unter Hinweis darauf, daß nur die Wahl durch die Stadtverordneten zur Annahme eines solchen Amtes verpflichte.

Zu ferneren Debatten gab das Statut keinen Anlaß; es wurde deshalb zur Abstimmung geschritten, wobei die einstimmige Annahme desselben mit den Commissionsänderungen erfolgte.

Der folgende Punkt »Revision der städtischen Rechnungen v. J. 1879« wird wegen Fehlens des Herrn Referenten von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt demnach

III. von Herrn Lüderßen erstattet, der Bericht der Statutencommission über das Magistratsschreiben vom 21. November c. betreffend den Verkauf eines Grundstücks der vormaligen Südwasserfunkt. — Bei der i. J. 1863 stattgehabten Auflösung der Interessentenschaft der vorderen Südwasserfunkt ist die area der Gebäude derselben der hiesigen Stadt insoweit unentgeltlich zu Eigenthum überwiesen worden, als diese Grundfläche zu städtischen Zwecken benützt werden würde; bei etwaigem Verkauf dieser Fläche soll das Kaufgeld dafür den Mitgliedern der fraglichen Interessentenschaft ausgezahlt werden. Das 60 qm haltende Grundstück, welches nach Canalisirung der Oker am Bruchthore einen Zugang nicht mehr hat, und von dem Grundstück der Nieß'schen Erben begrenzt wird, erscheint zu städtischen Zwecken durchaus untauglich, weshalb der Magistrat auf wiederholtes Ansuchen der Mitglieder der gedachten Interessentenschaft beschlossen hat, dasselbe für 600 *M.* an die Nieß'schen Erben zu verkaufen. Referent bemerkte, daß die Stadt an der Höhe des Preises an sich kein Interesse habe, und daß die Interessentenschaft mit der gebotenen Summe, — 600 *M.* — einverstanden sei.

Dem Antrage des Magistrats schließt sich die Commission an, worauf derselbe genehmigt wird.

IV. wird nach einem von Herren Kybig namens der Finanzcommission erstatteten Berichte einem Magistratsschreiben vom 25. v. Mts. gemäß beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Rentanten Kuhlmann, vom Jahre 1882 an, gleich den beiden Stadtcassirern, eine jährliche Vergütung von 60 *M.* aus der Armenkasse für Zählverluste zugebilligt werde.

V. referirt Herr Munte für die Statutencommission, daß nach einem Magistratsschreiben vom 2. d. Mts. der Ingenieur Königsdorf auf seinem an der Ecke der neuen Promenade und des kleinen Exercierplatzes belegenen Grundstück ein Wohnhaus zu bauen beabsichtige und zu dem Ende um Feststellung der Fluchtlinie an dieser Stelle gebeten habe. Nach dem Vorschlage des Stadtbauamts solle, wie aus dem vorliegenden Situationsplane (welchen Redner circuliren läßt) näher zu ersehen sei, die Ecke des gedachten Grundstücks in der Weise coupirt werden, daß ein 5 qm haltendes Terrain zur Straße falle. Königsdorf verlange hierfür 100 *M.*, welchen Kaufpreis der Stadtmagistrat zu genehmigen ersuche.

Auf Befürwortung der Commission wird diesem Antrage gemäß ohne Debatte beschlossen.

Wie

VI. Herr Munte namens der Statutencommission ferner vorträgt, beabsichtigt die Reichsmilitairverwaltung auf dem Grundstück des bisherigen Militairlazareths

an der Fallersleberstraße eine neue Officier-Speiseanstalt zu erbauen und das am Wilhelmshöhe belegene Militair-Casinogebäude zu verkaufen. Die städtische Bauverwaltung hat im Auftrage des Stadtmagistrats und im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte zur demnächstigen Herstellung einer hinlänglich breiten Verbindungsstraße zwischen dem Wilhelmshöhe und dem Ruhfäutchenhöhe die auf dem im Sitzungsraale aushängenden Situationsplane eingezeichneten Baulinien in Vorschlag gebracht. Der Stadtmagistrat giebt nun in seinem Schreiben vom 3. d. Mts. anheim, die für das Dompfarrgebäude, den Langenhof und das bisherige Militair-Casinogebäude nebst sich nördlich daran schließendem, zur vormaligen Burgcaserne gehörigem Terrain, projectirten Baulinien zu genehmigen, von Feststellung einer Baulinie für den Ruhfäutchenplatz und die Straße am Museum, durch welche das Herzogliche Cavalierhaus in hervorragender Weise berührt werden würde, wegen der damit verbundenen zeitraubenden Verhandlungen, zur Zeit noch Abstand zu nehmen.

Die Commission empfiehlt diese Vorschläge zur Annahme.

Referent fügt persönlich die Bemerkung hinzu, daß es höchst wünschenswerth wäre, wenn die Baulinien des großen, wichtigen Straßenzuges vom Bahnhofe bis zum Hagenmarkte bald durchweg bestimmt würde und der Stadtmagistrat mit Herzoglicher Hofverwaltung wegen Feststellung auch der Baulinie am Ruhfäutchenhöhe in aller nächster Zeit in Verbindung träte.

Auf eine Anfrage des Herrn N i e k e, ob keine Hoffnung vorhanden sei, daß bezüglich einer eventuellen Begräumung der Burgcaserne baldigst Beschluß gefaßt werde,

erwiedert Herr Oberbürgermeister P o c k e l s, daß eine derartige Beschlußfassung nicht ausschließlich beim Magistrat liege, indem auch noch andere Factoren mitzusprechen hätten, fügt indeß hinzu, daß nach einer erst heute vom Stadtbaurath Winter abgegebenen Erklärung, eine technische Vorlage in Bezug auf die weitere Behandlung der Burgcasernen-Angelegenheit in aller kürzester Zeit erfolgen werde.

Danach werden die vom Magistrate vorgeschlagenen Baulinien genehmigt.

Ferner

VII. berichtet Herr Munte namens der Statutencommission bezüglich der Feststellung einer Baulinie am südlichen Eingange der Parkstraße. Nach einer Mittheilung der Herzoglichen Baudirection ist die Stackerie zwischen dem Wohn- und Stallgebäude der Polizeistation N<sup>o</sup> 1 am Steinhore bereits wiederholt durch das die Parkstraße passirende Fuhrwerk beschädigt worden, was in der ungenügenden Breite und der Abschüssigkeit der Parkstraße an dieser Stelle sowie in ihrer ungünstigen Lage zur Thorbarriere resp. der Helmstedter Straße und zur Steinhore-Avenue seinen Grund hat. Im Interesse einer besseren Straßencommunication ist es daher wün-

schenswerth, die südöstliche Ecke des Gartens der Polizeistation in einer auf dem vorliegenden Situationsplane näher bezeichneten Weise zu coupiren und das abgeschnittene, etwa 16 qm umfassende Terrain der Straße zuzulegen. Der Stadtmagistrat will die hierzu nöthigen Schritte bei Herzoglichem Staatsministerium thun, ersucht aber vorerst in seinem Marginalschreiben vom 9. d. Mts. die Stadtverordneten, zu der projectirten Baulinie die erforderliche Genehmigung zu erteilen.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an und wird derselbe genehmigt, nachdem auf eine Anfrage des Herrn Riecke, ob das als Holzgelaß dienende Stallgebäude des früheren Einnehmergrundstücks seines unschönen Anblicks wegen nicht so hinter das Wohnhaus verlegt werden könne, daß es den Blicken der Vorübergehenden entzogen werde,

Herr Bürgermeister Rittmeyer erwiedert hatte, daß das Gebäude nicht der Stadt gehöre und insofern sich der Verfügung der städtischen Behörde entziehe, daß aber der Magistrat die Angelegenheit in nähere Erwägung ziehen und eventuell das Weitere veranlassen werde.

VIII. Zum letzten Punkte der Tagesordnung, den Ausbau des an der Ecke der Leonhard- und Bertramstraße belegenen, vormalig Wollemann'schen Hauses betreffend, berichtet namens der Finanzcommission Herr Kybik, daß der Magistrat mittelst Marginalschreibens vom 9. d. Mts. zur Instandsetzung dieses Hauses 600 M., von welcher Summe 200 M. sofort und 400 M. im nächsten Jahre verwandt werden müssen, zu verwilligen beantragt habe.

Auf Empfehlung der Commission wird diesem Antrage ohne Weiteres entsprochen.

Nachdem der Herr Vorsichtige noch mitgetheilt hat, daß Herr Kybik seinen vor einiger Zeit in vertraulicher Sitzung gestellten Antrag wegen anderweiter Regulirung der Procentsätze, zu welchen Actiengesellschaften und physische Personen, welche hier nicht wohnen, aber steuerpflichtig sind, zur Communalsteuer herangezogen werden, nach eingehender Commissionsberathung zurückgezogen habe,

IX. motivirt Herr Ramdohr seinen Eingang benannten selbstständigen Antrag. Redner weist auf die schreckliche Katastrophe im Wiener Ringtheater hin und bittet seinen Antrag, der eine Beseitigung des beängstigenden Gedankens anstrebe, daß auch hier Aehnliches passiren könne, zu unterstützen. Im hiesigen Hoftheater seien Sicherheitsmaßregeln zur Vorbeugung eines größeren Unglücks nach allen Seiten hin getroffen, und doch müsse man sich nach den traurigen Erfahrungen der Neuzeit gestehen, daß auch dort noch mancherlei Verbesserungen möglich seien. Auch habe er die feste Ueberzeugung, daß in Braunschweig noch verschiedene andere Localitäten vorhanden seien, welche bei Ansammlung vieler Menschen ihrer baulichen Verhältnisse wegen schon seit Jahren die



größte Gefahr böten. Er wisse sehr wohl, daß der Magistrat in dieser Beziehung nicht direct thätig sein könne, derselbe könne aber vermöge seines Einflusses bei den verschiedenen einschlägigen Behörden Vieles bewirken. Wenn Redner auch anerkenne, daß die betreffenden Behörden sich ihrer Verantwortlichkeit im vollsten Maße bewußt seien, so halte er es doch für seine Pflicht, der allgemeinen Stimmung an dieser Stelle Ausdruck zu geben. Er bitte, wenn thunlich, seinen Antrag sofort zu berathen und event. anzunehmen.

Der Antrag wird allseitig unterstützt und, da ein sofortiges Eintreten in die Berathung der Geschäftsordnung widerspricht, der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

---